

**Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen**  
—  
**Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie  
1990-2000**

**DISSERTATION**

zur Erlangung des akademischen Grades  
doctor philosophiae  
(Dr. phil.)

Philosophische Fakultät III  
der Humboldt-Universität zu Berlin

Diplom-Kulturwissenschaftler  
Steffen Schmuck-Soldan  
geb. am: 6.4.1973  
in: Rotenburg a.d. Fulda

Dekan der Philosophischen Fakultät III  
Prof. Dr. Hartmut Böhme

1. Gutachter: Dr. habil. Alexander Siedschlag
2. Gutachter: Prof. Dr. Helmut Wiesenral

Einreichungsdatum: 31.10.2003  
Promotionsdatum: 03.05.2004

## **Abstract Deutsch**

Ausgangspunkt der Arbeit ist der Wandel des Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen zwischen 1990 und 2000. Um diesen Wandel in Programmatik als auch Handeln der Partei zu erklären, werden drei Variablen bestimmt: Eine sich verändernde internationale Umwelt, die Konkurrenz demokratischer Parteien sowie innerparteiliche Faktoren. Systematische Aussagen zum Stellenwert des Pazifismus werden erreicht, indem dieser als Ideologie behandelt wird. Die Wirkungseffekte der Ideologie richten sich auf Wahrnehmung, Handlungsoptionen und „Kollektiv“ der Partei. Die Untersuchung von Präferenzen, Optionen und Alternativenwahl von Parteiakteuren erlaubt einerseits eine differenzierte Erklärung des Pazifismus im Kontext des außenpolitischen Handelns von Bündnis 90/Die Grünen. Außerdem liefert die Arbeit weiterführende Ergebnisse zum Stellenwert der institutionellen Identität sowie zu Identifizierungsprozessen außen- und sicherheitspolitischer Probleme.

Bündnis 90/Die Grünen, Pazifismus, Außen- und Sicherheitspolitik, das wiedervereinte Deutschland, Ideologie, Konstruktivismus

## **Abstract English**

The point of departure for this thesis is the change of pacifism within the political party “Bündnis 90/Die Grünen” between 1990 and 2000. In order to explain this change, which was manifested both in policies and the party’s conduct, three variables are assumed: changing international environments; the competition of democratic parties; and inner party factors. Systematic accounts are achieved by treating pacifism as an ideology which effects perception, policy options and the party’s “collective”. The analysis of party actors’ preferences, options and decision making permits a differentiated explanation of pacifism within the context of the party’s performance. Additionally, it offers results concerning the functioning of an institutional identity and concerning the identification of foreign and security policy issues.

Buendnis 90/Die Gruenen, green party, pacifism, foreign policy, Germany, ideology, constructivism

<b>1</b>	<b><i>Themeneinstieg und Relevanz der Untersuchung</i></b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b><i>Stand der Forschung</i></b>	<b>9</b>
2.1	Pazifismus in der historischen Forschung	9
2.2	Ideologien in der Parteienforschung	12
2.3	Immaterielle Faktoren in den Internationalen Beziehungen	16
2.4	Ideologische Kollektiv-Funktionen und institutionelle Identität	22
2.5	Methodisches Vorgehen in der Arbeit	25
<b>3</b>	<b><i>Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus bis 1990</i></b>	<b>29</b>
3.1	Innere und äußere Bestimmungsfaktoren der Friedensbewegung	29
3.2	Außen- und sicherheitspolitische Orientierung der Grünen	33
3.3	Organisationsstrukturelle Aspekte der Problembearbeitung	37
3.4	Pazifistische Ideologeme bei den Grünen bis 1990	41
<b>4</b>	<b><i>Untersuchungsfahrplan</i></b>	<b>47</b>
<b>5</b>	<b><i>Die Grünen und die Krise am Persischen Golf 1990/91</i></b>	<b>49</b>
5.1	Neue geopolitische Problemstellungen für Deutschland	49
5.2	Ablehnung einer Beteiligung an militärischen Aktivitäten	53
5.3	Die Frage der Waffenlieferungen nach Israel	56
5.4	Der Parteitag von Neumünster	62
5.5	Zwischenresümee	66
<b>6</b>	<b><i>Das Handlungsproblem Auslandseinsätze der Bundeswehr</i></b>	<b>68</b>
6.1	Bundeswehreinsatz im ehemaligen Jugoslawien	68
6.2	Die Position der Bundestagsgruppe	72
6.3	Vorstöße einzelner Akteure	76
6.4	Übergreifende Ablehnung eines Somalia-Einsatzes	81
6.5	Zwischenresümee	86
<b>7</b>	<b><i>Der Zusammenschluss von Die Grünen und Bündnis 90</i></b>	<b>88</b>
7.1	Der Vereinigungsprozess der beiden Parteien	88
7.2	Verschiebungen in der außenpolitischen Programmatik	91
7.3	Unterschiedliche Länderratsbeschlüsse	96
7.4	Der Sonderparteitag in Bonn	100
7.5	Zwischenresümee	103
<b>8</b>	<b><i>Das Wahljahr 1994</i></b>	<b>105</b>
8.1	Institutionelle Ausgangslage	105
8.2	Die sicherheitspolitische Linie des Bundestagswahlprogramms	108
8.3	Reaktionen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts	112
8.4	Veränderte Akteurskonstellationen nach der Bundestagswahl	116
8.5	Zwischenresümee	118

<b>9</b>	<b><i>Militärische Krisenbearbeitung in Bosnien-Herzegowina</i></b>	<b>119</b>
9.1	Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen	119
9.2	Der offene Brief Joschka Fischers	123
9.3	Fraktionelle Spaltung in der Bundestagsabstimmung	130
9.4	Übergreifende Ablehnung eines Einsatzes in Ostslawonien	136
9.5	Die Delegationsreise und einzelne Positionsverschiebungen	138
9.6	Nachfolge des NATO-Mandates in Bosnien	141
9.7	Zwischenresümee	145
<b>10</b>	<b><i>Das Problem der NATO-Osterweiterung 1996/97</i></b>	<b>147</b>
10.1	Eine Veränderung der europäischen Sicherheitsarchitektur	147
10.2	Bündnisgrüne Positionen zu NATO und OSZE	150
10.3	Reaktionen auf Antje Vollmers Beitrag	153
10.4	Kontinuität der sicherheitspolitischen Positionen	156
10.5	Zwischenresümee	160
<b>11</b>	<b><i>Der Bundestagswahlkampf 1998</i></b>	<b>162</b>
11.1	Institutionelle Ausgangslage	162
11.2	Programmentwicklung und Magdeburger Parteitag	163
11.3	Die Bundestagsentscheidungen zu NATO und SFOR	169
11.4	Außen- und sicherheitspolitische Position Fischers und Volmers	173
11.5	Einstieg in die Regierungspolitik	178
11.6	Zwischenresümee	182
<b>12</b>	<b><i>Der Kosovokonflikt</i></b>	<b>184</b>
12.1	Der Antrittsbesuch in Washington und die Kosovo-Frage	184
12.2	Die Kosovo-Abstimmungen im Bundestag	187
12.3	Reaktionen auf die NATO-Luftschläge	193
12.4	Der Parteitag in Bielefeld	197
12.5	Fischers sicherheitspolitische Handlungsstrategie	204
12.6	Programmatische Positionierung nach der Kosovo-Krise	211
12.7	Zwischenresümee	216
<b>13</b>	<b><i>Resümee: Entwicklung der Pazifismus-Ideologie 1990-2000</i></b>	<b>218</b>
13.1	Ideensystem Gewalt	218
13.2	Ideensystem Frieden	220
13.3	Ideensystem Sicherheit	222
<b>14</b>	<b><i>Schlussfolgerungen</i></b>	<b>224</b>
14.1	Ideologie und Identifizierungsprozess	224
14.2	Stellenwert der institutionellen Identität	225
14.3	Die ideologischen Kollektivfunktionen	227
<b>15</b>	<b><i>Forschungsausblick</i></b>	<b>230</b>
15.1	Immaterielle Phänomene als Untersuchungsgegenstand	230
15.2	Methodik der Untersuchung	234
<b>16</b>	<b><i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i></b>	<b>236</b>



# 1 Themeneinstieg und Relevanz der Untersuchung

Als Bündnis 90/Die Grünen im März 2002 auf ihrem Parteitag in Berlin ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, wurde dieser Schritt von Beobachtern als „historische Wende“ beschrieben.<sup>1</sup> Zur Begründung hieß es, dass sich die Partei vom „Grundsatz der Gewaltfreiheit“ und damit „vom Pazifismus... verabschiedet“ habe.<sup>2</sup> Dieses konstatierte „Ende des Pazifismus“ erwägt, dass in dem bei Parteigründung 1980 formulierten ersten Grundsatzprogramm „Gewaltfreiheit“ als eine der vier „Grundwerte“ der Partei festgeschrieben worden war. In der Präambel hieß es: „Gewaltfreiheit gilt uneingeschränkt und ohne Ausnahme“, eine „Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt durch Kriegshandlungen“ wurde abgelehnt.<sup>3</sup>

In den folgenden Jahren wurden entscheidende außen- und sicherheitspolitische Zielsetzungen verfasst, die auf „Gewaltfreiheit“ als zentraler „pazifistischer“ Forderung zurückgingen. Im Wahlprogramm 1987 etwa sprach sich die Partei für ein Verbot des internationalen Waffenhandels, gegen die „Rüstungsdynamik“ des Kalten Krieges, für eine Beseitigung atomarer und chemischer Gefechts Waffen, sowie für unilaterale Abrüstungsschritte aus.<sup>4</sup> Im Programm zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erklärte die Partei 1990 eine „Welt ohne Militärblöcke und eine Gesellschaft ohne Waffen und Armeen“ zu ihrem außenpolitischen Handlungsziel.<sup>5</sup> Im Berliner Grundsatzprogramm von 2002 heißt es demgegenüber, dass sich „völkerrechtlich und rechtsstaatlich legitimierte Gewalt nicht immer vermeiden“ lasse.<sup>6</sup>

Das im neuen Grundsatzprogramm bestimmte „Ende der Gewaltfreiheit“ als Teil des außenpolitischen Forderungskatalogs kann indes nicht als radikaler Wendepunkt verstanden werden, da viele Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen der Partei vorausgingen: So erachtete kurz nach dem Zusammenschluss von Bündnis 90 mit den Grünen ein Länderrat 1993 zum ersten Mal die militärische Intervention in einem Krisengebiet für möglich.<sup>7</sup> Im Dezember 1995 befürwortete die bündnisgrüne Fraktion erstmals mehrheitlich den Einsatz deutscher

---

<sup>1</sup> Grüne mit Gewalt für den Frieden.

<sup>2</sup> Baur 2002b.

<sup>3</sup> Das Bundesprogramm der Grünen: 5.

<sup>4</sup> Bundestagswahlprogramm. Farbe bekennen: 26-28.

<sup>5</sup> Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 18, 21.

<sup>6</sup> Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm: 15.

<sup>7</sup> Beschluss des Länderrats vom 12.6.1993.

Truppen zur Friedenssicherung im ehemaligen Jugoslawien.<sup>8</sup> Eine große fraktionelle Mehrheit gab es im Juni 1998 für die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Rahmen der multinationalen SFOR-Friedenserhaltung in Bosnien.<sup>9</sup> Auf dem Bielefelder Parteitag während des Kosovo-Konflikts schließlich sprach sich die Partei im Mai 1999 lediglich für eine „Zurückdrängung“ von Gewalt als international gerichtetes Handlungsziel aus.<sup>10</sup>

Angesichts der Bundestagsabstimmung im November 2001 drohte bei der Frage eines deutschen Beitrags zur internationalen Kampftruppe in Afghanistan die rot-grüne Regierungskoalition zu zerbrechen. Jedoch votierten die vier bündnisgrünen Parlamentarier als Parteiminderheit gegen den Einsatz von deutschen militärischen Verbänden.<sup>11</sup> Kurz nach der Parlamentsabstimmung bestätigte der Rostocker Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen dementsprechend mit großer Mehrheit, dass sich Gewalt in den internationalen Beziehungen „als ultima ratio nicht ausschließen“ lasse.<sup>12</sup> Bereits die sprachliche Nähe des Rostocker Parteitagsbeschlusses zum Text des vier Monate später verabschiedeten Grundsatzprogramms verdeutlicht, dass Bündnis 90/Die Grünen programmatisch nachholte, was in der politischen Entscheidungswirklichkeit der Partei bereits praktiziert worden war.<sup>13</sup> Die wesentlichen Entwicklungen, ebenso wie die Gründe für das beobachtete „Ende der Gewaltfreiheit“ in der Partei sind vielmehr in der Dekade nach dem Ende des Kalten Krieges zu suchen. Die Suche nach Erklärungen für die Entwicklung des Pazifismus in der Partei soll Aufgabe und Ziel dieser Untersuchung sein.

Die erste Frage im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsziel ist, ob die Entwicklung des Pazifismus tatsächlich sein Ende nachweisen kann. Die von Beobachtern implizit getroffene analytische Gleichsetzung von Pazifismus und Gewaltfreiheit übersieht, dass das „Thema Frieden“ seit der Parteigründung mit anderen Politikbereichen gekoppelt wurde, so mit dem Thema der Ökologie, der zivilen Nutzung der Atomenergie und der Frage der ethnischen Selbstbestimmung.<sup>14</sup> Eine analytische Begrenzung des Pazifismus auf

---

<sup>8</sup> Schlötzer-Scotland 1995b; Monath 1995b.

<sup>9</sup> Große Mehrheit für Verlängerung des Sfor-Einsatzes.

<sup>10</sup> „Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden, der seinen Namen zurecht trägt!“ Beschluss der 2. Außerordentlichen BDK in Bielefeld.

<sup>11</sup> Es geht weiter: Rot-Grün gibt Schröder das Vertrauen.

<sup>12</sup> Zitiert nach: Die Grünen wollen weiter regieren. Parteitag in Rostock.

<sup>13</sup> Lohse 2001.

<sup>14</sup> Das Bundesprogramm der Grünen: 5.

Gewaltfreiheitsforderungen wird der Tragweite und Komplexität der pazifistischen Programmatik in der Partei demzufolge nicht gerecht. Eine wissenschaftliche Untersuchung zur Entwicklung des Pazifismus muss vielmehr übergreifende Facetten in unterschiedlichen konkreten außenpolitischen Handlungszielen bei Bündnis 90/Die Grünen erfassen. Erst auf dieser Basis wird deutlich, in welchen außen- und sicherheitspolitischen Problembereichen und Handlungsfeldern eine pazifistische Ausrichtung vorhanden war, wie sich diese im Laufe der 90er Jahren entwickelt hat und ob schließlich pazifistische Teilbereiche als Teil der „Grundwerte“ der Partei weiterhin existent sind.

In der analytischen Fassung des Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen müssen zudem unterschiedliche Begründungs- und Handlungskontexte berücksichtigt werden, die mit dem Begriff des Pazifismus in Verbindung stehen. Dies wird daran deutlich, dass einerseits von der Parteielite die Gewaltfreiheitsforderung des ersten Grundsatzprogramms lediglich als institutionell-politische „Aktionsform“ und nicht als Handlungsvorschrift für die internationalen Beziehungen interpretiert wurde. Andererseits bezeichnen sich jedoch Teile der Parteiführung trotz eines programmatisch nicht mehr vorhandenen Handlungsziels der Gewaltfreiheit als „politische Pazifisten“.<sup>15</sup> Die Untersuchung des Pazifismus muss aus diesem Blickwinkel Widersprüche zwischen Selbstbeschreibung und tatsächlich vorhandenen Handlungszielen aufzeigen und erklärbar machen. Die vorliegende Analyse betrifft demzufolge sowohl wertmäßige Orientierungen, Teile der außenpolitischen Programmatik als auch deren Stellenwert im Agieren der Partei. Um Erklärungen zu Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus zu umreißen, sollen drei Ausgangsthesen herangezogen werden.

Die erste These nimmt die veränderte außenpolitische Handlungssituation nach dem Ende des Kalten Krieges in den Blick: Die prägnante und prekäre zweipolige globale Konfliktkonstellation als Ausdruck eines verregelten „strukturellen Weltkonflikts“ löste sich mit dem Fall der Mauer auf.<sup>16</sup> Es traten unbekannte und weniger berechenbare gesellschaftliche wie Staatenkonstellationen in den Vordergrund, die neuartige Probleme generierten. Die geopolitischen Entwicklungen, wie sie etwa bei den aus Staatenverbünden lösenden Gesellschaften der Sowjetunion und Jugoslawiens zu beobachten waren, riefen auch bei den

---

<sup>15</sup> „Ich habe mich nicht verkauft.“. Interview mit Claudia Roth; Beer 1998; Volmer 1998a: 591.

<sup>16</sup> Link 1988: 50-61; Siedschlag 1998: 195.



Grünen genuine sowie subjektiv-perzipierte Unsicherheit hervor, die wiederum „neue Weltbilder“ erforderte.<sup>17</sup>

Deutschlands Wiedervereinigung und volle Souveränität spielten zudem neuen Handlungserwartungen im internationalen Staatensystem in die Hand: Die Bundesrepublik musste innerhalb der westlichen Bündnisstrukturen eigenverantwortlich weiterreichende Entscheidungen über die Ausgestaltung internationaler Ordnung treffen als zu Zeiten des Kalten Krieges.<sup>18</sup> Dies betraf vor allem die Bearbeitung neuer potentieller und akuter Sicherheitsgefahren des westlichen Staatenbundes unter Einschluss der deutschen Bundeswehr.<sup>19</sup> Für die politischen Akteure Deutschlands wurden diese neuen Herausforderungen Anlass für die Suche nach konzeptionellen Alternativen, die auch in programmatische Anpassungen mündeten. Pazifistische Forderungen hatten sich auf die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Probleme des Kalten Krieges bezogen, vor allem auf Rüstungsdynamik und atomaren Overkill. Die programmatischen Zielsetzungen eigneten sich nunmehr nicht als außenpolitische Position der Partei, da sie keine effiziente Antwort auf veränderte geopolitische Probleme und Gestaltungsräume darstellten. Die Partei musste somit im Sinne eines glaubwürdigen nationalen und internationalen Agierens ihre „friedenspolitische“ Orientierung korrigieren und den neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen programmatisch entsprechen.

Die Entwicklung des Pazifismus stellt sich aus dieser Sicht als Adaptionprozess an veränderte internationale Strukturbedingungen und außenpolitische Probleme dar. Die Komplexität der äußeren Handlungsbedingungen belegte die Partei in den 90er Jahren mit der objektiven Schwierigkeit, innerhalb einer „transitorischen, ungeordneten Phase der Weltpolitik“<sup>20</sup> neue Handlungsoptionen ausfindig zu machen und diese zu implementieren.

Eine zweite Großthese bestimmt innenpolitische Faktoren für programmatische Veränderung und Verhaltenswandel der Partei. Nach Meinung der Medienöffentlichkeit waren die Bündnisgrünen mit dem neuen Parteiprogramm vom März 2002 Interessenvermittler eines „etwas aufgeschlosseneren Bürgertums“<sup>21</sup> geworden und damit „in der politischen Mitte

---

<sup>17</sup> Czempiel 1993: 52.

<sup>18</sup> Siedschlag 2000a: 5.

<sup>19</sup> Vgl. Hanrieder 1995: 113f.; Schöllgen 1999: 182-222; Schaack 2000: 462-524; Haftendorn 2001: 386-431.

<sup>20</sup> Kühnhardt 1996: 15.

<sup>21</sup> Seidel 2002.

angekommen“<sup>22</sup>. Auch die Wissenschaft stellte eine in den 90er Jahren voranschreitende Hinwendung zu größeren Teilen der deutschen Wählerschaft fest, was die neue moderate inhaltliche Selbstpositionierung in der politischen Mitte erklären kann.<sup>23</sup>

Die Hinwendung zu Wählerschichten der politischen Mitte nimmt ihren Anfang nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag 1990, als die Partielite eine Neuausrichtung in Gang setzen musste, um als parlamentarisch agierende politische Institution mittelfristig zu überleben.<sup>24</sup> Innerhalb der deutschen Parteienlandschaft haben sich Loyalitätsverpflichtungen gegenüber Anhängern über einen längeren Zeitraum als hinderlich für den Erfolg der politischen Parteien erwiesen.<sup>25</sup> In diesem Sinne war ein Verzicht auf „Gewaltfreiheit“ als eine außen- und sicherheitspolitische Forderung das Mittel, um die „Abkopplung“ von Interessen- und Wertevertretungen der Parteiklientel aus der Friedensbewegung zu ermöglichen, von der die westdeutschen Grünen mitgegründet worden waren.<sup>26</sup>

Die steten Wahlerfolge der Partei in den 90er Jahren<sup>27</sup> ermöglichten die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene und gab aus Sicht der Partielite einer moderaten außenpolitischen Positionierung recht, die der SPD als potentiellem Koalitionspartner Vertrauenswürdigkeit dokumentierte und so dem Handlungsziel des innenpolitischen Erfolgs zutrug.<sup>28</sup> Mit der tatsächlichen Regierungsbeteiligung und der Übernahme des Außenministeramtes kam es 1998 zu einer verstärkten „Verstaatlichung“ der Partei.<sup>29</sup> Pazifistische Forderungen konnten nicht aufrechterhalten werden, da die Akteure der Partei demokratisch legitimierte Interessen Deutschlands im Rahmen internationaler Strukturbedingungen verfolgen mussten. Die nach der Regierungsübernahme 1998 oftmals wiederholte Äußerung des bündnisgrünen Bundesaußenministers Joschka Fischer, es gebe „keine grüne, sondern nur eine deutsche Außenpolitik“, bestätigten den notwendigen Verzicht auf die Repräsentation von

---

<sup>22</sup> Denkler 2002.

<sup>23</sup> Stöss 2002: 8

<sup>24</sup> Vgl. Fücks 1991; Erklärung von Neumünster.

<sup>25</sup> Wiesendahl 2000: 281.

<sup>26</sup> Lamla 1998: 10.

<sup>27</sup> Vgl. Stöss 2002: 12-14.

<sup>28</sup> Vgl. Bullion 2002.

<sup>29</sup> Tiefenbach 1998: 180.

Partikularinteressen innerhalb und im Umfeld der Partei.<sup>30</sup> Die Motivation, sich von pazifistischen Forderungen der friedenspolitischen Protestbewegung zugunsten moderaterer Positionen zu entfernen, stimmt letztlich auch mit der Selbstbeschreibung im neuen Grundsatzprogramm überein, nach der sich die Partei offiziell nicht mehr als „Anti-Parteien-Partei“, sondern als „die Alternative im Parteiensystem“ verstand.<sup>31</sup>

Eine dritte These bedient sich einer innerparteilichen, organisationsstrukturellen Sicht auf Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus in der Partei. Handlungsziele sind aus dieser Perspektive mitunter weder den Bedingungen des internationalen Staatensystems noch der Positionierung in der deutschen Parteienlandschaft geschuldet. Pazifistische Forderungen offenbaren sich als „symbolische Akte“, die – entgegen der Selbstbeschreibung – an Protestmotive einer „Anti-Parteien-Partei“ anschließen. Außen- und sicherheitspolitische Positionen dokumentieren den hohen Selbstvergewisserungsbedarf und die Eignung vereinfachter, aber plausibel erscheinender Deutungen zur Ausbildung von „kollektiver Identität“ innerhalb der Partei.<sup>32</sup>

In diesem Zusammenhang ist auch die Resistenz der Delegierten des Berliner Parteitags von 2002 zu sehen, die entgegen der Position der Parteiführung durchsetzten, den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland an die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Bundestags zu koppeln und die oben genannte Formel der „völkerrechtlich und rechtsstaatlich legitimierten Gewalt“ im neuen Grundsatzprogramm verankerten. Das Verhalten der Delegierten verdeutlicht aus diesem Blickwinkel einen „Rest an Unberechenbarkeit“<sup>33</sup> und eine „heimliche Sehnsucht nach Opposition“<sup>34</sup>, die stark mit der Identität als Protestpartei verbunden zu sein scheinen.

In der Wissenschaft wurde der Partei nunmehr ein Mangel an Identität attestiert.<sup>35</sup> Besonders bei Aktivisten der Partei sah man im Ersatz weltanschaulicher Formeln durch rationale Argumente Anzeichen für einen Identitätsverlust.<sup>36</sup> So liegt die Vermutung nahe, dass der Pazifismus, vor allem seine zentrale Forderung nach „Gewaltfreiheit“, Hand in Hand geht mit der Entwicklung

---

<sup>30</sup> Zitiert nach: Fischer: Meine Partei kann sich nicht beschweren.

<sup>31</sup> Die Zukunft ist grün: Grundsatzprogramm: 21.

<sup>32</sup> Wiesenthal 1993a: 116.

<sup>33</sup> Gujer 2002.

<sup>34</sup> Bullion 2002.

<sup>35</sup> Raschke 2001: 367f.; Stöss 2002.

<sup>36</sup> Wiesenthal 2000: 25.

der institutionellen Identität. Die Zustimmung der Parteiführung zur Position der Delegierten konnte nach fünfmaligen Entscheidungen im Bundestag zugunsten von Bundeswehreinsätzen im Jahr 2001 der „Besänftigung der grünen Parteiseele“ dienen.<sup>37</sup>

Gleichzeitig gereicht die von der Parteispitze selbst immer wieder argumentativ verwendete „Identitätsformel“ auch als verkapptes Motiv zur Legitimierung nicht genannter Interessen.<sup>38</sup> In dem komplexen Zusammenhang zwischen internationalen, nationalen und parteistrukturellen Erklärungsmustern stellt die „Identität“ eine Variable dar, die einen wichtigen Beitrag zur Erklärung von Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen leisten kann.

Auf der Grundlage der drei Ausgangsthesen wird hier angenommen, dass der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen im Sinne Max Schelers weder aus einer „heroisch-individualistischen“ *Non-Resistance* gegen Gewaltformen resultiert, noch dass er als kollektives ideelles Phänomen vornehmlich eine „subjektive Gesinnungsmotivation“ in der Partei darstellt.<sup>39</sup> Der Pazifismus als „teils bewusste, teils halb- oder viertelbewusste Interessenideologie“<sup>40</sup> wird vielmehr durch die oben genannten Wirkungsfaktoren bestimmt und steht im Zusammenhang unterschiedlicher Motive und Erwartungen innerhalb und außerhalb der Partei. Dementsprechend muss sich eine Untersuchung des Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen nicht nur auf ein außenpolitisches Politikprogramm beziehen, sondern hat Zwecksetzungen sowie situationsspezifische Problemdefinitionen zu berücksichtigen, die mit dem Pazifismus einhergehen.<sup>41</sup> Entscheidend wird also sein zu bestimmen, über welche pazifistischen Inhalte wann, warum und wie diskutiert wurde und welche Ergebnisse mit Blick auf das Handeln der Partei sich dabei abzeichneten.<sup>42</sup>

Unter Berücksichtigung der Ausgangsthesen wäre es gleichzeitig ein undifferenziertes Unterfangen, eine Analyse des Pazifismus isoliert aus einer international-systemischen Makro-Perspektive oder einer Mikro-Perspektive oder einer binnenstrukturellen Sicht auf die Partei durchzuführen. Es wird im Gegenteil darauf ankommen, die plausiblen Einzelperspektiven zu

---

<sup>37</sup> Vgl. Eingeschränkt solide. Rot-grüne Rücksichtnahme und eine Pannenserie gefährden Deutschlands internationales Ansehen.

<sup>38</sup> Wiesenthal 1999: 37.

<sup>39</sup> Scheler 1974: 33.

<sup>40</sup> Scheler 1974: 33.

<sup>41</sup> Waschkuhn 2002: 22.

<sup>42</sup> Nassmacher 2002: 4.

verbinden und problemspezifisch zu integrieren. Dabei stehen sich letztlich zwei Thesen zur Bedeutung „immateriell-ideeller“ Phänomene im außenpolitischen Handeln demokratischer Staaten gegenüber: Einerseits die These vom „Ende des ideologischen Zeitalters“, in der Ideologien von „sekundärer Bedeutung“ und in denen lediglich „moderne revolutionäre Regime... ideologisch aufgeheizt“ sind.<sup>43</sup> Ethisch-ideologische Begründungen und Argumentationen politischer Handlungsträger, etwa der rot-grünen Bundesregierung, sind demnach lediglich „Rechtfertigungsstrategien“ für institutionell, national oder international gerichtete Interessenverfolgungen.<sup>44</sup>

Andererseits werden ideelle Phänomene, die sich auf „Menschlichkeit, auf die Menschenrechte und die Moral“ beziehen, als „ernst zu nehmende“ Argumentation bezeichnet.<sup>45</sup> Damit verbindet sich eine Kritik an der „Verwechslung“ von Moral und Politik, die – durch eine Vermischung von Zweckrationalität und Wertrationalität sowohl in Wissenschaft als auch Politik – die nüchterne Analyse und Beurteilung der außen- und sicherheitspolitischen Problemstellungen hinter einen „ethischen Impetus“ zurücktreten lassen.<sup>46</sup> Eine systematische Untersuchung zu Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus muss das Verhältnis zwischen symbolisch-immateriellen und rational-materiellen motivierten Handlungen klären. Ziel soll es sein, einerseits die Reduzierung von Ideologien auf Herrschaftszwecke zu vermeiden, sowie andererseits klare analytische Kategorien und differenzierte kausallogische Verkettungen zwischen materiellen und ideellen Entscheidungsfaktoren aufzustellen.

---

<sup>43</sup> Schwarz 2000: 30.

<sup>44</sup> Link 1999a: 132.

<sup>45</sup> Czempiel 1999b.

<sup>46</sup> Pradetto 1999.

## 2 Stand der Forschung

Die Untersuchung des Pazifismus als außenpolitische Ideologie bei Bündnis 90/Die Grünen schneidet im wesentlichen drei verschiedene Forschungsbereiche: die Geschichtswissenschaft, die Parteienforschung sowie die Literatur der Internationalen Beziehungen. Im folgenden soll der Forschungsstand der unterschiedlichen Bereiche dargestellt und unter Bezugnahme auf die existierende Literatur ein Framework entwickelt werden, das es erlaubt, Richtlinien für systematische Erklärungen aufzustellen.<sup>47</sup> Dabei wird es darauf ankommen, die zur Erklärung notwendigen Variablen sowie – falls a priori möglich – deren Kausalbeziehungen zueinander zu bestimmen.<sup>48</sup>

### 2.1 Pazifismus in der historischen Forschung

Wissenschaftliche Untersuchungen zum Pazifismus sind vornehmlich in der Geschichtswissenschaft entstanden. Bedeutsam sind die historischen Arbeiten zunächst hinsichtlich der begrifflich-definitiven Fassung des Pazifismus. Johnson fasst den Pazifismus als eine „Suche nach Frieden“.<sup>49</sup> Appelius definiert Pazifismus als „friedenspolitischen Aktivismus“<sup>50</sup>. Für die Zwecke dieser Arbeit soll folgende Definition gelten: Pazifismus ist die Gesamtheit individueller und kollektiver Akte, die ein politisches Handeln fordern, propagieren und betreiben, welches Erscheinungsformen und Ursachen von Gewalt zu beseitigen sucht und das Ziel einer sicher und auf Dauer friedlich existierenden Staaten- und Völkergemeinschaft verfolgt.<sup>51</sup> Diese Definition ermöglicht es, verschiedene Begriffsfacetten und inhaltliche Schwerpunkte des Pazifismus zu erfassen, die etwa in der begrifflichen Fixierung auf das Handlungsziel „Gewaltfreiheit“ vernachlässigt werden.<sup>52</sup>

---

<sup>47</sup> Scharpf 1997: 37.

<sup>48</sup> Ostrom 1999: 39f.; Goldstein/Keohane 1993: 3-30.

<sup>49</sup> Johnson 1987.

<sup>50</sup> Appelius 1991: 9.

<sup>51</sup> Diese Definition orientiert sich an der begrifflichen Fassung von Karl Holl, nach der Pazifismus beinhaltet „die Gesamtheit individueller und kollektiver Bestrebungen..., die eine Politik friedlicher, gewaltfreier und zwischenstaatlicher Konfliktaustragung propagieren und den Endzustand einer friedlich organisierten, auf Recht gegründeten Staaten- und Völkergemeinschaft haben.“ (Holl 1978: 769).

<sup>52</sup> Vgl. Brock 1999.

Der Pazifismus wird in der Forschung unterteilt in eine realistisch-pragmatische und eine utopisch-radikale Ausprägung.<sup>53</sup> Der Unterschied wird hinsichtlich der von pazifistischen Akteuren verfolgten Umsetzungsstrategie sowie mit Blick auf das Verhältnis zwischen Handeln und „ideeller“ Begründetheit herausgearbeitet.<sup>54</sup> Diese Kategorisierung ist insofern problematisch, da einerseits pazifistische Implementierungsbestrebungen von äußeren Handlungsbedingungen mitbestimmt werden, die in der historischen Forschung nicht in die Kategorisierung integriert werden. Außerdem hängt die Realisierung pazifistischer Forderungen vom Stellenwert ab, den der Pazifismus bei seinen „Trägern“ einnimmt. Radikalitätsgrad bzw. Anpassungsfähigkeit gegenüber einem politisch-gesellschaftlichen Status Quo liefern insofern kein Unterscheidungsmerkmal des ideellen Phänomens Pazifismus selbst.

Hinsichtlich der „Träger“ oder Akteure des Pazifismus werden in der historischen Forschung unterschiedliche Ansätze verfolgt. Lowe fasst Pazifismus als „geschichtlich-sozialen Diskurs“.<sup>55</sup> Dadurch wird einerseits eine angesichts des großen Untersuchungszeitraums zwischen 1340-1560 notwendige Flexibilität des Begriffes Pazifismus gewährleistet. Die bekundete Einbettung „pazifistischer Ideen“ in ein Netz von Bedeutungsbeziehungen sozialer Praktiken beeinträchtigt jedoch insofern die Kohärenz der Untersuchung, da sich Lowe gleichzeitig der schriftlichen Ausdrücke individueller „Träger“ des Pazifismus bedient, um die Prägung des pazifistischen „flow of ideas“ zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt zu verdeutlichen.<sup>56</sup>

Brock verlegt demgegenüber den Blickwinkel von vornherein auf individuelle Akteure und deren „persönliche Verantwortung“ zu pazifistischem Handeln. Er versteht die Entwicklung des Pazifismus nicht als Ergebnis des geistig-ideellen Fortgangs innerhalb eines sozial-kulturellen Raumes, sondern als Produkt individueller politisch-moralischer Entscheidungen.<sup>57</sup> Durch diese individualzentrierte Betrachtung wird der menschlichen Einflussnahme auf historische Abläufe größerer Raum zuerkannt. Jedoch weist Brock eine „heroisch-moralische“

---

<sup>53</sup> Nigel Brock/Young 1999: x; Caedel 1996: 21.

<sup>54</sup> Der Historiker E.H. Carr verdeutlicht die Unterscheidung: „The utopian is necessarily voluntarist: he believes in the possibility of more or less radically rejecting reality, substituting his utopia for it by an act of will. The realist analyses a predetermined course of development which he is powerless to change.. The complete realist unconditionally accepting the causal sequence of events, deprives himself of the possibility of changing reality.” (Carr: 1964: 9).

<sup>55</sup> Lowe 1997: 8-11.

<sup>56</sup> Albert 1996: 133; Porter 1996.

<sup>57</sup> Brock 1972: 471; vgl. Brock/Young 1999: 397-403.

Gewissensentscheidung individueller Pazifisten nicht nach, sondern nimmt diese in jeder historischen Entscheidungs- und Handlungssituation a priori an.

Ein weiterer Problemkreis der historischen Forschung umfassen Einflussstärke und Stellenwert des Pazifismus bzw. seiner Akteure auf politisch-ökonomische Strukturen des Untersuchungszeitraums. Bei Lipp werden pazifistische Akte als „progressive Potentiale in der Geschichte“ benannt, ein tatsächlicher Nachweis der Wirkungskraft auf politischer und sozialer Ebene und in spezifischen historischen Situationen fehlt jedoch.<sup>58</sup> Appelius’ zufolge besitzt eine Analyse des Einflusses auf politische Prozesse sogar per se „spekulativen Charakter“.<sup>59</sup> Lowe untersucht im England der frühen Neuzeit politische, soziale und wirtschaftliche Bedeutungsgeflechte, die auf pazifistische Konzeptionen einwirken. Er beschreibt die Entwicklung des Pazifismus somit als Geschichte seiner intellektuellen Standpunkte als auch seiner politisch, sozial und ökonomisch bestimmten Legitimierungsverfahren.<sup>60</sup> Dabei misst auch er spezifischen Ausprägungen des Pazifismus lediglich eine „indirekte“ kausallogische Verbindung zu historisch-politischen Geschehnissen zu und bleibt zudem in deren Nachweis sehr vage.<sup>61</sup>

Unbeachtet bleibt in der Geschichtsforschung demnach die Überlegung, dass individuelle oder kollektive pazifistische Akte sehr wohl die historischen Entwicklungen beeinflussen können, in denen sie entstehen. Die Wirkung pazifistischen Handelns wird ebenso vernachlässigt wie eine integrierte Betrachtung des ideellen Phänomens im Kontext politisch-sozialer Strukturen. Es entsteht so das Bild einer zwar von außen determinierten, aber in ihrer Eigengesetzlichkeit isoliert fassbaren Geistesgeschichte des Pazifismus. Dieser Umstand ist für die hier angestrebte Untersuchung des Pazifismus innerhalb politischer Strukturen nicht hilfreich.

Letztlich werden in den historischen Untersuchungen zum Pazifismus kollektive Akteure des Pazifismus nicht klar genug abgegrenzt. Am deutlichsten werden institutionelle Fragen noch bei Holl, der den Begriff der „Bewegung“ verwendet, um einen Bezugspunkt für die politische Relevanz des Pazifismus vor allem im 20. Jahrhundert herauszustellen.<sup>62</sup> „Die“ pazifistische

---

<sup>58</sup> Lipp 1995: 1.

<sup>59</sup> Appelius 1991: 11.

<sup>60</sup> Lowe 1997: 5.

<sup>61</sup> Lowe sieht lediglich „an indirect effect on larger cultural attitudes as they developed and changed...“ (Lowe 1997: 10).

<sup>62</sup> Vgl. Holl 1988: 220-238.



Bewegung ist jedoch großen inhaltlichen und institutionellen Schwankungen unterworfen, so dass ihnen nicht zeitübergreifend gemeinsame Zielsetzungen, Organisationsstrukturen und Handlungsstrategien zugeschrieben werden sollten, ohne Verknüpfungen als auch spezifische Eigenheiten einzelner Bewegungsteile in die Untersuchung zu integrieren.

Eine kohärente Bestimmung von Untersuchungsgegenstand und -zeitraum wird erst durch eine genaue Abgrenzung des äußeren und inneren Wirkungszusammenhangs sowohl des ideellen Phänomens als auch seiner Akteure möglich. In diesem Sinne ist für eine Untersuchung zu Charakteristika, Entwicklungen und potentiellen Einflüssen des Pazifismus die Bestimmung einer Institution als „Kollektivakteur“ nötig. Eine Institution wird hier definiert als ein Erwartungszusammenhang innerhalb einer Ansammlung von Individuen, der sich durch eine kodierte Zielsetzung nach außen kennzeichnet.<sup>63</sup>

Die historischen Arbeiten bestellen zusammenfassend kein befriedigendes Instrumentarium, mit dessen Hilfe Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus untersucht werden könnten. Sie ermangeln einer befriedigenden Vorlage zur Analyse des Verhältnisses zwischen dem Pazifismus und den politischen Strukturen, in denen er existiert. Zudem formulieren die Arbeiten kein systematisches Akteurskonzept zur Fassung von individuellen als auch kollektiven pazifistischen Handlungen.

## **2.2 Ideologien in der Parteienforschung**

Aus Sicht der Politikwissenschaft umfasst „der“ Pazifismus als ziel- und problembezogene Forderung vor allem *Policy*-Elemente.<sup>64</sup> Im Rational-Choice-Modell der Parteienforschung werden *Policies* als „Ideologien“ und damit als „öffentliche Äußerung über die politische Linie“ einer Partei verstanden.<sup>65</sup> Die inhaltliche oder „ideologische“ Policy-Ausrichtung ist in diesem Modell auch der wesentlichste Bestimmungsfaktor für die Ausrichtung einer Partei: In der Konkurrenz untereinander positionieren sich demokratische Parteien „ideologisch“ dergestalt, dass sie diejenige Kombination von sozialen Gruppen anspricht, in der die Partei die meisten Anhänger zu finden glaubt.<sup>66</sup> In dem Bestreben also, Wählerstimmen zu maximieren, suchen

---

<sup>63</sup> March/Olsen 1998: 948.

<sup>64</sup> Vgl. Waschkuhn 2002: 22; Naßmacher 2002: 4; Rohe 1994: 61.

<sup>65</sup> Downs 1968: 98.

<sup>66</sup> Downs 1968: 98.

Parteien inhaltliche Nähe zum *median voter*, dem modellhaft konstruierten Median- oder Durchschnittswähler des Elektorats.<sup>67</sup>

In einem vor allem von Rabinowitz entwickelten, alternativen Rational-Choice-Modell profitieren Parteien demgegenüber gerade von inhaltlichen Positionen, die sich von denen anderer Parteien unterscheiden. Parteien vermeiden aus diesem Grund in den Grenzen einer „ideologischen Akzeptanzregion“ das politische Zentrum des *median voter*.<sup>68</sup> Empirische Untersuchungen in unterschiedlichen Ländern haben gezeigt, dass das Modell von Rabinowitz generell keine realistischeren Erklärungen für das Verhalten in Mehrparteiensystemen liefert.<sup>69</sup> Jedoch verdeutlicht das Alternativmodell das analytische Problem, die faktisch vorhandene inhaltliche Distanz zwischen Parteien überzeugend erklären zu müssen.<sup>70</sup>

In Kitschelts vergleichender Studie zu grünen Parteien in Deutschland und Belgien werden in diesem Zusammenhang Interessenvertretungen von Unterstützern der Partei als Grund für die Vermeidung der politischen Mitte benannt. In dieser Theorie wählen Parteien zwischen der Wählerschaftskonkurrenz (*electoral competition*) und einer *Constituency*-Repräsentation.

„A logic of constituency representation is inspired by the ideologies and political practices of core supporters. Faced with a tradeoff between breadth of popular appeal and ideological purity, they prefer the latter.“<sup>71</sup>

Die Berücksichtigung von Interessen von Aktivisten und Stammwählern begrenzt die Möglichkeit der Akteure, die inhaltliche Positionierung der Partei frei zu wählen. Die *Constituency*-Repräsentation wird somit Erklärungsvariable für das Verhalten von rational agierenden Parteien.<sup>72</sup>

Kitschelt bricht zudem mit der Analogie zwischen Parteien und Individuen<sup>73</sup> und trägt so dem Umstand Rechnung, dass unterschiedliche Akteure einer Partei verschiedenen

---

<sup>67</sup> Vgl. Downs 1968: 138; Krämer/Rattinger 1997: 1.

<sup>68</sup> Vgl. MacDonald/Listhaug/Rabinowitz 1991; Rabinowitz/MacDonald 1989: 108.

<sup>69</sup> Für einen Überblick der Forschungsergebnisse siehe: Karp/Banducci 2002: 126. Für das bundesrepublikanische Mehrparteiensystem ist dies von Krämer/Rattinger 1997 bestätigt worden.

<sup>70</sup> MacDonald/Rabinowitz 2001; vgl. Adams/Merrill 1999; Merrill 1995: 276.

<sup>71</sup> Vgl. Kitschelt 1989: 41.

<sup>72</sup> McGann 2002: 37.

<sup>73</sup> Vgl. Downs 1968: 25; Wiesendahl 1998b: 98f.

Erwartungszusammenhängen entsprechen und unter Berücksichtigung verschiedener Einflüsse ihre Präferenzen bestimmen.<sup>74</sup> Eine Differenzierung unterschiedlicher Akteure in der Partei vermag diesen Interessen-Divergenzen der in „lose verkoppelter Anarchie“<sup>75</sup> agierenden Individuen zu fassen.<sup>76</sup>

Im Anschluss an diese Überlegung gelten diejenigen Individuen als Akteure, die „aktiv einwirkend am Handlungsgeschehen... Interesse haben“<sup>77</sup>, also Motivation und Potential besitzen, als Repräsentanten unmittelbar und in prägender Weise die Handlungen der Partei zu „tragen“. Dabei können Parteiaktivisten in spezifischen Handlungssituationen selbst zu einem „Kollektiv-Akteur“ werden.<sup>78</sup> Als Interessen der institutionellen Akteure gelten hier genuine und instrumentelle, sich wechselseitig beeinflussende sowie über unterschiedliche Zeithorizonte verfolgte Interessen an der Stimmenmaximierung (*vote-seeking*), an Ämterbekleidung (*office-seeking*) sowie an der Umsetzung inhaltlicher Positionen (*policy-seeking*).<sup>79</sup>

Entscheidend für die inhaltliche, „ideologische“ Ausrichtung von Parteien sind zusammenfassend einerseits die unterschiedlichen akteursspezifischen Interessen als auch die Berücksichtigung unterschiedlicher Erwartungszusammenhänge innerhalb und außerhalb der Institution. Relevant sind darüber hinaus auch Übereinkünfte zwischen Parteien, nicht um das gleiche Wählerpotential zu konkurrieren, als auch die Antizipation von möglichen Koalitionsbildungen sowie die Korrelationen der inhaltlichen Ausrichtung in unterschiedlichen Politikfeldern.<sup>80</sup> Die Komplexität dieser Faktoren macht Voraussagen für Parteiverhalten extrem schwierig. Die genannten Größen konstituieren aber ein überschaubares Variablenset für eine situationsbezogene Erklärung der inhaltlichen Ausrichtung und das Handeln von institutionellen Akteuren innerhalb der Konkurrenz demokratischer Parteien.

---

<sup>74</sup> Kitschelt dazu: „Active members are expected to consider many potential objectives and strategies and choose among them in light of variable preferences and cognitive beliefs.“ (Kitschelt 1989: 46).

<sup>75</sup> Wiesendahl 1998b: 228-233.

<sup>76</sup> Kitschelts idealtypische Unterscheidung zwischen Ideologen, Lobbyisten und Pragmatikern als Akteure in der Partei ist hinderlich, da sie Akteuren a priori bestimmte Verhaltensmuster zuschreibt, die sich möglicherweise im Laufe der Untersuchung als nicht haltbar erweisen: Parteiakteure können in spezifischen Entscheidungs- und Handlungssituation unterschiedlichen Interessenrepräsentationen nachkommen (vgl. Kitschelt 1989: 50f.).

<sup>77</sup> Wiesendahl 1998b: 156.

<sup>78</sup> Scharpf 1997: 71.

<sup>79</sup> Strom 1990: 570-572.; vgl. Wiesendahl 1998b: 101; Laver 135-137.

<sup>80</sup> Laver 1997: 118-127.

Im inhaltlich umfassendsten Werk zu den Grünen von Raschke und mehreren Koautoren wird in einer Vierteilung jeweils eine externe, organisatorische, akteursbezogene und eine ideologische „Strukturierungsgeschichte“ der Partei vorgenommen.<sup>81</sup> Im Hinblick auf die ideologische Strukturierung spricht Raschke einerseits vom „ideologischen Feld“ einer Partei und bezeichnet damit problem- und themenbezogene *Policies*. Zudem spricht er jedoch von einer „ideologischen Deutungsebene“ im Gegensatz zu einer rationalen und sachbezogenen Politik und begreift eine Ideologie damit als eine Matrizie, „in deren Licht“ politische Problembearbeitungen stattfinden.<sup>82</sup> Damit wird einerseits das in der jüngeren deutschen Parteienforschung zu Bündnis 90/Die Grünen verwendete, sehr unreflektierte Ideologiekonzept systematisiert.<sup>83</sup> Gleichzeitig erfährt der Ideologiebegriff des Rational-Choice-Modells eine wesentliche Erweiterung. Bestimmt wird ein Einfluss der Ideologie auf die

„Identifizierung, Problemauswahl und -priorisierung, die Einordnung in übergreifende Zusammenhänge und die Profilierung bestimmter Interpretations- und Bearbeitungsmuster“.<sup>84</sup>

Die institutionelle „Abwägung“ zwischen Kosten und Nutzen vollzieht sich demnach auch über Ideologien, die angesichts übergroßer Komplexität und gleichzeitiger Unvollständigkeit der von außen kommenden Informationen dazu dienen, die letztere innerhalb der Institution vereinfacht zu verarbeiten.<sup>85</sup> Die Ideologie „entwirft“ in diesem Sinne perzeptionale Schemata, die die Wahrnehmung der Akteure auf bestimmte Teilbereiche äußerer Sachverhalte lenkt, wodurch diese in einer spezifischen Kombination aus Wahrnehmungsfokussierung und Ignoranz interpretiert werden.<sup>86</sup> Ideologien umfassen demzufolge nicht nur öffentlich bekundete Ziele oder „*Policy*-Bündel“ einer Partei, sondern formulieren unterschiedlich stark versprachlichte Konzepte oder „Systeme von Ideen und politisch-sozialen Kollektivvorstellungen“.<sup>87</sup>

---

<sup>81</sup> Vgl. Raschke 1993: 22-32.

<sup>82</sup> Vgl. Raschke 1993: 37f.

<sup>83</sup> Müller-Rommel 1993: 162ff.; Berger 1994: 149f.; Poguntke 1997; Jagodzinski/Kühnel 2002; Bauer-Kaase 2001; Fuchs/Rohrschneider 2001.

<sup>84</sup> Raschke 1993: 131.

<sup>85</sup> North 1991: 23.

<sup>86</sup> Scharpf 1997: 62.

<sup>87</sup> van Hüllen 1989: 13.

Eine solche Fassung erlaubt es methodisch, über die sprachliche Verwendung der Akteure hinausgehende, nicht- oder halbsprachliche Wirkungsstrukturen einer Ideologie zu integrieren. *Policy*-Elemente, die der Ideologie zugehören, können sich demnach angesichts unterschiedlicher Kognitionsgrade in Denk- als auch in Redefiguren manifestieren. Eine Ideologie umfasst so neben politikfeld- und problembezogenen Positionen auch begriffsstrukturelle Elemente oder „Ideologeme“, die nicht als Zielformulierung gefasst, jedoch sehr wohl in die Bearbeitung äußerer Informationen als auch in Handlungsoptionen Eingang finden. Die Ideologie konstituiert dadurch eine institutionelle Kommunikationsform, die nicht nur als sprachlicher Austausch, sondern auch in einem „indirekte[m] Gespräch zwischen Abwesenden“<sup>88</sup> manifest wird. Eine Ideologie soll hier letztlich als zu einer Sinneinheit verbundene Symbole gelten, die eine Kommunikationsinstanz zwischen Innen und Außen der Institution bildet.

### **2.3 Immaterielle Faktoren in den Internationalen Beziehungen**

Auffallend an allen hier aufgeführten Beiträgen zur Parteienforschung ist der innerparteiliche bzw. innenpolitische Fokus bei der Erklärung von Parteiverhalten.<sup>89</sup> In dieser Arbeit bilden demgegenüber Sachverhalte in der internationalen Umwelt den Problemzusammenhang von institutionellen Bearbeitungsprozessen und Akteurshandlungen. Bei der Erstellung eines Analyse-Frameworks sollen nun vor allem Ansätze der Internationalen Beziehungen einbezogen werden, die speziell die außenpolitische Problembearbeitung von Parteien und Ideologien in ihnen zu erklären vermögen.

In der wissenschaftlichen Literatur sind es vor allem „konstruktivistische“ Ansätze der Internationalen Beziehungen, die sich mit immateriellen Phänomenen befassen.<sup>90</sup> Konstruktivistische Ansätze versuchen, die kulturelle, soziale und historische Bedingtheit von außenpolitischer Problemwahrnehmung, Bearbeitung und Aktion in wissenschaftlichen Analysen zu berücksichtigen.<sup>91</sup> Als Zielrichtung wird ein Interesse an der Frage benannt, inwieweit und auf welche Weise konstruierte Bedeutungsstrukturen das Verhalten

---

<sup>88</sup> Keller 1997: 311.

<sup>89</sup> Monroe 2001: 155.

<sup>90</sup> Der Begriff „Konstruktivismus“ in der wissenschaftlichen Literatur der Internationalen Beziehungen geht wahrscheinlich auf Onuf zurück (vgl. Onuf 1989).

<sup>91</sup> Vgl. Onuf 1998: 58-60.

außenpolitischer Akteure beeinflussen.<sup>92</sup> In diesem Sinne sind Normen<sup>93</sup>, Ideen<sup>94</sup>, Identitätsvorstellungen<sup>95</sup> sowie militärische<sup>96</sup> und strategische<sup>97</sup> Entscheidungskulturen mehr als nur „Epiphänomene“ materieller Faktoren der internationalen Politik.<sup>98</sup>

Wissenschaftliche Ansätze, die immaterielle Erklärungsfaktoren berücksichtigen, wenden jedoch keine außenpolitische Theorie an und beschreiben oftmals lediglich ein Forschungsprogramm.<sup>99</sup> Huntingtons Ansatz des *Clash of Civilizations* etwa, der unter Kultur umfassend Sprache, Geschichte, und Religion einer sozialen Gemeinschaft versteht, überschätzt den Stellenwert kultureller Faktoren.<sup>100</sup> Durch eine Omnipräsenz immaterieller Faktoren bleibt wenig explanatorischer Raum für materielle, technologische und systemische Faktoren international gerichteter Politik.<sup>101</sup> Ideelle Phänomene stellen jedoch nur einen unter vielen möglichen Faktoren für außenpolitisches Handeln dar.<sup>102</sup>

Problematisch sind mitunter auch die theoretischen Voraussetzungen hinsichtlich der Wirkungsweise immaterieller Faktoren im außenpolitischen Handeln. Die Annahme, eine staatliche Rollenkonzeption als Zivilmacht<sup>103</sup> oder Handelsmacht<sup>104</sup> bestimme das außenpolitische Verhalten der Bundesrepublik Deutschland, steht in der Gefahr, ein erwünschtes Deutschlandbild mit einem politischen Ist-Zustand zu verwechseln.<sup>105</sup> In der Tendenz zum

---

<sup>92</sup> Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 66; Hopf 1998; Wendt 1999: 133; Krell 2000: 242; Risse 2000: 5.

<sup>93</sup> Berger 1996; Finnemore 1996; Price/Tannenwald 1996; Raymond 1997; Boekle/Rittberger/Wagner 2001.

<sup>94</sup> Desch 1999; Goldstein/Keohane 1993.

<sup>95</sup> Wendt 1994; Herrmann 1997; Risse-Kappen 1996.

<sup>96</sup> Farrell 1998; Kier 1996; Rosen 1995.

<sup>97</sup> Johnston 1995; Gray 1999.

<sup>98</sup> Desch 1999: 144; vgl. Wendt 1999: 1, 370f.

<sup>99</sup> Onuf 1999: 58; Lemke 2000: 44.

<sup>100</sup> Huntington 1993: 22; Huntington 1996.

<sup>101</sup> Johnston 1995: 37; vgl. Wilson 2000: 255f.

<sup>102</sup> Yee 1996: 70; Sending 2002: 458.

<sup>103</sup> Maull 1992; Maull 1993: 64; Maull 2000.

<sup>104</sup> vgl. Staack 2000, vor allem 15-56.

<sup>105</sup> Zum Problem der tautologischen Konzeptionalisierung von Normen siehe: Legro 1997: 33.

*selection bias* beeinflussen die ausgewählten Untersuchungsgegenstände dabei die erzielten Ergebnisse.<sup>106</sup>

Trotz konzeptioneller Schwierigkeiten ermöglichen die konstruktivistischen Ansätze eine entscheidende Verbesserung eines Frameworks der institutionellen außenpolitischen Problembearbeitung, da sie den Begriff der Handlungsrationalität flexibilisieren.<sup>107</sup> Als „zielgerichtete Disposition des Willens“<sup>108</sup> orientiert sich das Interesse außenpolitischer Akteure an den Erwartungen desjenigen Handlungszusammenhangs, der durch Probleme, die von der internationalen Umwelt generiert werden, auf institutioneller Ebene entstehen.<sup>109</sup> Eine Verbindung von Interessenstrukturen außenpolitischer Akteure und ideeller Phänomene ermöglicht deren konzeptionelle Einbindung als motivhafte Faktoren ebenso wie die Berücksichtigung einer kontextuellen Beeinflussung ideeller Phänomene durch Interessen.<sup>110</sup> Dies erlaubt einen Brückenschlag zwischen einem „Mainstream“-Konstruktivismus sowie dem deutschen Neorealismus, vor allem dem synoptischen Ansatz. Gleichzeitig wird eine Ergänzung von systemischen Beschreibungen der internationalen Beziehungen und eine akteurszentrierte Analyse von (materiell wie immateriell bestimmter) Außenpolitik durchführbar.

In dem hier verwendeten Framework institutioneller außenpolitischer Problembearbeitung<sup>111</sup> werden die von der internationalen Umwelt generierten Probleme im Zuge eines Identifizierungsprozesses in der Institution wahrgenommen. Auf Akteursebene treffen die Probleme neben subjektiv definierten Interessen auf Erwartungen, die als Wahrscheinlichkeitsschätzungen hinsichtlich einzusetzendem oder eingesetztem Kapital und erwünschtem Ertrag getroffen werden.<sup>112</sup> Darüber hinaus sind die Akteure mit Strategien als situationsübergreifenden Mittelkalkulationen zur Erreichung längerfristiger Handlungsziele ausgestattet.<sup>113</sup> Die Akteure formieren Akteurskonstellationen, entsprechend den ihnen

---

<sup>106</sup> Smith 1999: 3.

<sup>107</sup> Risse 2000: 3; Sending 2002: 444.

<sup>108</sup> Kindermann 1997: 1.

<sup>109</sup> Scharpf 1997: 61f.

<sup>110</sup> Vgl. dazu Kindermann 1997.

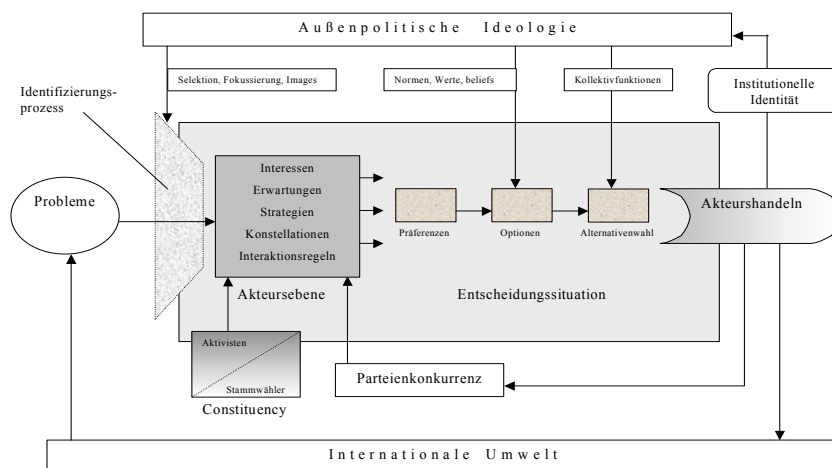
<sup>111</sup> Vgl. dazu die Modelle von Scharpf 1997: 44 und Siedschlag 2001: 53.

<sup>112</sup> Elster 1989: 109.

<sup>113</sup> Ostrom 1999: 37, Raschke 2001: 111. Für einen zusammenfassenden historischen Überblick zu Strategiekonzepten in den Internationalen Beziehungen siehe: Malik 1999.

verfügbaren Ressourcen, die in einer konkreten Situation um die Erreichung von Interessen willentlich ausgeübt werden können. Die Akteure agieren letztlich im Rahmen expliziter oder impliziter Interaktionsregeln miteinander, die bestimmte Akteurshandlungen wahrscheinlich machen.<sup>114</sup> Neben Interessen, Erwartungen, Strategien, Konstellationen und Interaktionsformen finden zusätzliche äußere Handlungserwartungen ebenfalls Eingang in die Akteursebene.<sup>115</sup> Im Fall von demokratischen Parteien sind dies vor allem Einflüsse der Parteienkonkurrenz und der *Constituency* der Institution.

Auf der Basis dieser Einzelfaktoren bestimmen die Akteure in der konkreten Entscheidungssituation Präferenzen.<sup>116</sup> Es steht ihnen ein *feasable set* oder Optionenset zur Verfügung, dem sie auf der Basis ihrer Präferenzen Handlungsalternativen entnehmen.<sup>117</sup> Die Alternativenwahl der Akteure besteht aus einem *reasoning process*, in dem ein Ranking über den Ertragswert der möglichen und erwarteten Ergebnisse getroffen wird.<sup>118</sup>



**Abbildung 1: Parteiinterner Prozess außenpolitischer Problembearbeitung**

<sup>114</sup> Scharpf 1997: 44-48; Wiesenthal 1990: 48.

<sup>115</sup> Vgl. Katzenstein 1996: 14; Goldstein/Keohane 1993: 29.

<sup>116</sup> Vgl. Scharpf 1997: 63-68.

<sup>117</sup> Scharpf 1997: 39.

<sup>118</sup> Sending 2002: 454.



Die Alternativenwahl ist als unmittelbarer Ausgangspunkt des Akteurshandelns die qualifizierte Bestimmung der höchstbewerteten aller möglichen Handlungsoptionen.<sup>119</sup>

Institutionelles Handeln ist die Gesamtheit aller deutlich erkennbaren Reaktionen institutioneller Akteure auf äußere Probleme. Innerhalb dieses Reaktionsprozesses entstehen Diskontinuitäten, die Adaptionen- und zugleich Innovationskompetenz implizieren.<sup>120</sup> Ein institutioneller Lernprozess äußert sich in einem problembezogenen wiederkehrenden

„deliberate attempt to adjust the goals and techniques of policy in response to past experience and new information.“<sup>121</sup>

Institutionelles Lernen setzt so rationale Motive institutioneller Akteure zur Anpassung der institutionellen Zielsetzung (*goals*) sowie Informationsverarbeitung (*techniques*) voraus, die durch exogene Faktoren aktiviert werden können.<sup>122</sup>

Der Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie als Faktor im institutionellen Prozess der Problembearbeitung lässt sich in dreifacher Hinsicht bestimmen. Die Ideologie formiert zunächst innerhalb des *feasable sets* wählbare Optionen für Akteurshandlungen.<sup>123</sup> Die Ideologie ist ein Lieferant für Elemente des institutionellen Optionensets und fungiert demzufolge in Entscheidungssituationen als *tool kit*.<sup>124</sup>

Als ideologische Teilelemente oder Ideologeme gelten hier zunächst Normen als kollektive Vorstellungen richtigen Verhaltens.<sup>125</sup> Normen beziehen sich im Gegensatz zu institutionellen Interaktionsregeln präskriptiv auf das äußere Handlungsfeld der Institution und sind demnach Teil der problem- und akteurübergreifende Implementierungsbestrebungen.<sup>126</sup> Werte hingegen beschreiben positiv belegte Handlungsziele wie auch Modi und Mittel zur Erreichung dieser

---

<sup>119</sup> Elster 1986: 4.

<sup>120</sup> Wiesenthal 1990: 44f.

<sup>121</sup> Hall 1993: 278.

<sup>122</sup> Vgl. Kitschelt 1989: 44.

<sup>123</sup> Scharpf 1997: 42.

<sup>124</sup> Swidler 1986: 276.

<sup>125</sup> Vgl. Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 54.

<sup>126</sup> Vgl. Ostrom 1999: 37.

Ziele.<sup>127</sup> Letztlich gehören zu den Ideologemen auch *causal beliefs*, die Vorstellungen von Ursache-Wirkung-Verhältnissen formulieren.<sup>128</sup>

Werte, Normen und *causal beliefs* lassen sich analytisch in miteinander gekoppelten „Ideensystemen“ verorten.<sup>129</sup> So wird hier eine horizontale Typologisierung immaterieller Faktoren vorgenommen.<sup>130</sup> Die vertikale Dimension zur Kategorisierung von Ideologemen bezieht sich auf deren unterschiedliche Kognitionssgrade, d.h. ihre Erscheinungsformen in Denk- und Redefiguren.<sup>131</sup>

Der zweite angenommene Wirkungskanal der Ideologie innerhalb des Frameworks beruht auf der Beobachtung, dass Institutionen spezifische Einschätzungen der internationalen Umwelt und der ihnen entspringenden Probleme besitzen.<sup>132</sup> Indem die Ideologie – wie oben beschrieben – durch Selektion und Fokussierung den Identifizierungsprozess außenpolitischer Probleme beeinflusst, erhöht sich einerseits das Risiko von Fehleinschätzungen<sup>133</sup>, andererseits werden mögliche Konflikte durch verzerrte Wahrnehmungen auch verringert.<sup>134</sup>

Aus Sicht der Institution werden im Identifizierungsprozess außenpolitischer Probleme unerwartete und unerwünschte Informationen durch kognitive „Schemata“ verändert und durch

---

<sup>127</sup> Berman fasst Werte dreifach: „Values can be modes, such as ‚individualism‘, means, such as ‚hard work‘, or ends, such as ‚personal wealth‘“ (Bergman 1998: 86).

<sup>128</sup> Goldstein/Keohane 1993: 10.

<sup>129</sup> Vgl. Kindermann 1991: 162.

<sup>130</sup> Vgl. Raymond 1997: 225f.

<sup>131</sup> Diese Klassifizierung steht im Gegensatz zu Forschungsergebnissen, bei denen kulturelle Faktoren in vertikalen Strukturen von *belief systems* verortet werden. Eine Unterteilung etwa von Sabatier in deep core-Elemente, einen „Policy-Kern“ und sekundäre Aspekte eignet sich zur Kategorisierung von Policy-Systemen (vgl. Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 121-135). Aus analytischen Gründen sollen hier jedoch Überschneidungen zu anderen ideellen Systemen ausgeblendet werden. Zudem werden auch solche Klassifizierungen nicht berücksichtigt, die den Abstraktionsgrad und Emotionalität immaterieller Phänomene zu integrieren suchen, da sie hinsichtlich Stellung und Wirkungsweise von *belief systems* den Voraussetzungsgrad des hier entwickelten Frameworks übersteigen (vgl. Berger 1996: 326).

<sup>132</sup> Vgl. Kindermann 1989: 23.

<sup>133</sup> Stoessinger geht sogar soweit zu behaupten, dass alle Kriege des zwanzigsten Jahrhunderts aufgrund von Fehlwahrnehmungen politischer Führer zustande gekommen sind (Stoessinger 1993).

<sup>134</sup> Stein 1990: 11.

Selektion und Fokussierung sogenannte „institutionelle Mythen“<sup>135</sup>, d.h. simplifizierte Bilder oder Images<sup>136</sup> formiert. Die Ideologie vermag als institutionelle Kommunikationsinstanz die Interpretation des außenpolitischen Problems vorzustrukturieren, so dass dieses in der Institution „wie durch eine Linse“ wahrgenommen wird.

## **2.4 Ideologische Kollektiv-Funktionen und institutionelle Identität**

Die Untersuchung von institutionellen Problembearbeitungsprozessen basiert auf der Analyse von Interessen und Motiven, die die Präferenzen und damit auch die Alternativenwahl der Akteure in Entscheidungssituationen wesentlich bestimmen. Ideologien sind Kodeterminanten der institutionellen Entscheidungsbildung, indem sie – ohne selbst als Handlungsmotiv zu gelten – einerseits Handlungsoptionen formieren und zum anderen die institutionelle Problemidentifizierung leiten. Das Framework fasst den dritten ideologischen Wirkungskanal nun als ein „Quasi-Motiv“ innerhalb der institutionellen Problembearbeitung. Er bestimmt einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen Ideologien und der Alternativenwahl der institutionellen Akteure, der in einem Diktum Max Webers bezüglich des Verhältnisses zwischen ideellen Phänomenen und menschlichen Interessen deutlich wird:

„Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“<sup>137</sup>

Das Rational-Choice-Modell nimmt in einer Analogie zwischen Einzel- und Gruppenakteur an, dass Individuen wie Kollektive eine rationale Wahl derjenigen Handlungsalternativen treffen, die die höchste erwartete Nützlichkeit im Sinne ihrer Interessen formulieren.<sup>138</sup> Diese Analogie ist insofern problematisch, da vor allem in großen Organisationen der Nutzen aller nicht dem spürbaren Nutzen des einzelnen entspricht<sup>139</sup> und individuelle Beiträge zum kollektiven Handeln

---

<sup>135</sup> Legro 2000: 428.

<sup>136</sup> Herrmann 1997: 423.

<sup>137</sup> Weber 1947: 252.

<sup>138</sup> Monroe 2001: 153; vgl. Wiesendahl 1998b: 97.

<sup>139</sup> Olson 1998: 62f.

aus diesem Grund zusätzlicher Motive als der rationalen Nutzenabwägung entspringen müssen.<sup>140</sup>

In dieser Untersuchung wird angenommen, dass die Wirkung von Ideologien über eine isoliert-subjektive Bedeutung für individuelle Akteure hinausgeht. Ideologien übernehmen als institutionelle, intersubjektive Kommunikationsinstanz vielmehr „kollektive Funktionen“, die als „kontextuelle Rationalität“<sup>141</sup> die Alternativenwahl der Akteure mitbestimmen.<sup>142</sup> Damit ist kollektives Agieren einer Institution mehr als die Summe des Handelns von Akteuren innerhalb dieser Institution.<sup>143</sup> Ideologische Kollektivfunktionen beeinträchtigen dabei das Rationalitätskalkül des institutionellen Akteurs und beschränken seine Handlungsautonomie. Für die Institution jedoch erfüllt die „irrationale“ Alternativenwahl bestimmte, auf die Institution selbst und ihr Funktionieren bezogene Zwecke.<sup>144</sup> Mit dieser funktionalistischen Betrachtung wird nicht intentionales Handeln als ein dynamisches Moment politischen Handelns unterschlagen, da die Kollektivfunktionen das Resultat einer gemeinsamen Wahl der Mitglieder der Institution und damit eine intentionale, quasi motivgeleitete Determinante, also einen institutionellen „Weichensteller“ bei der Wahl von Alternativen durch die Akteure darstellen. Den ideologischen Kollektivfunktionen ist gemein, dass ihre Versprachlichung symbolischen Charakter besitzt und auf „Kollektiv-Motive“ der Institution verweist. Sprache ist in diesem Zusammenhang nicht

„Zeichensystem, das wir benutzen, um einer ‚realen‘ Welt Ausdruck zu verleihen,... sondern... Zeichensystem, mit dem wir Bedeutungen produzieren.“<sup>145</sup>

Diese Bedeutungen haben keinen Selbstzweck etwa als Sinngebung<sup>146</sup>, sondern begründen Akte der symbolischen Kommunikation zwischen den Mitgliedern der Institution, wobei die Ideologie

---

<sup>140</sup> Wiesenthal 1987: 437.

<sup>141</sup> Sending 2002: 447.

<sup>142</sup> Vgl. dazu Scully/Patterson 2001: 143.

<sup>143</sup> Legro 2000: 420f.

<sup>144</sup> Scharpf 1997: 64.

<sup>145</sup> Keller 1997: 315.

<sup>146</sup> Geertz 1973; Snyder 2002: 15. Van Hüllen beschreibt eine Ideologie als Instanz der kollektiven Sinngebung (van Hüllen 1989: 14).

den Knotenpunkt der Interaktanten formiert. Die institutionellen Akteure werden an dieser Schnittstelle in das identifikative Feld eingebunden, das sie gleichzeitig beschreiben.<sup>147</sup>

Die ideologischen Kollektivfunktionen sollen hier gegenüber dem Faktor der institutionellen Identität abgegrenzt werden. Die institutionelle Identität bildet – anders als bei Einzelpersonen<sup>148</sup> – das Resultat eines gemeinschaftlichen Erfahrungshintergrunds der gesamten Institution.<sup>149</sup> Durch die Einübung und Wiederholung eines gemeinsamen Agierens einer großen Menge von Individuen entsteht ein „Feedback“-Mechanismus, der Institutionen bei der Stabilisierung eines komplexen Systems von Werten, Normen und *causal beliefs* mit einer höheren Effektivität als Einzelpersonen ausstattet.<sup>150</sup>

Die institutionelle Identität formiert sich als Speicher kollektiver „Handlungsgeschichten“, die in vergangenen Entscheidungsabläufen und bei der Anwendung von Handlungsoptionen angehäuft wurden.<sup>151</sup> Die Identität fördert als „Rückkopplungsinstanz“ einen Impuls, kollektive Handlungsmuster zu bestätigen, die dem existierenden institutionellen Erfahrungsspeicher entsprechen und so „Zusammengehörigkeit... handlungspraktisch demonstrieren“.<sup>152</sup> In dieser Arbeit wird angenommen, dass die institutionellen Akteure *in touch with identity*<sup>153</sup> stehen. Ein direkter Wirkungskanal auf die Präferenzen der Akteure besteht nicht. Die institutionelle Identität hat ebenso wie die Ideologie lediglich kausale Wirkung im Zusammenwirken anderer Faktoren.<sup>154</sup>

Ideologie und Identität sind miteinander verbunden, stellen jedoch zwei unterschiedliche Instanzen innerhalb des Prozesses institutioneller Problembearbeitung dar. Im Sinne einer adäquaten Verortung müssen – in Analogie zu anderen ideellen Phänomenen – eine Übergeneralisierung, Übergewichtung und Tautologisierung der Erklärungsvariable „Identität“

---

<sup>147</sup> Vgl. Johnston 1995: 40.

<sup>148</sup> Vgl. Gilliard 2002: 33.

<sup>149</sup> Scharpf 1997: 54.

<sup>150</sup> Wiesenthal 1990: 45.

<sup>151</sup> Gleichzeitig werden die dem Identitätskonzept Roths enthaltenen Dimensionen der kollektiven Identität, nämlich „der kognitiven Definition von Zielen, Mitteln und Handlungsfeldern“, in den Bereich der Ideologie gelegt (Roth 1998: 54).

<sup>152</sup> Rucht 1995: 10; vgl. Stöss 2002: 6.

<sup>153</sup> March/Olsen 1989: 161.

<sup>154</sup> Sending 2002: 446, 458.

vermieden werden.<sup>155</sup> Gleichzeitig darf die Wirkung der institutionellen Identität nicht mit einem *identity interest* verwechselt werden, dem rationalen Akteursinteresse also, eine bestimmte kollektive Identität für individuelle Zwecke zu formieren, zu bestätigen oder zu bestärken.<sup>156</sup> Umgekehrt sind die Interessen der institutionellen Akteure auch niemals das „sozial konstruierte Ergebnis“ einer institutionellen Identität.<sup>157</sup>

## **2.5 Methodisches Vorgehen in der Arbeit**

Zusammenfassend wird in dieser Arbeit eine akteurszentrierte Analyse der institutionellen außenpolitischen Problembearbeitung vorgenommen. Die Wirkungskanäle der Ideologie des Pazifismus innerhalb des entwickelten Frameworks werden in dreifacher Hinsicht (wahrnehmungsstrukturierend, optionenbildend, kollektivfunktional) angenommen. Die Analyse der Ideologie als außenpolitischer Faktor ist also in die Untersuchung der institutionellen Problembearbeitung integriert. Das beruht auf der Annahme, dass sich die Ideologie nur im konkreten, also problembezogenen außenpolitischen Handeln nachweisbar wird. Die komplexen kausalen Zusammenhänge zwischen den oben bestimmten Determinanten außenpolitischer Problembearbeitung, vor allem deren problem- und situationsabhängig variierende Wirkungsstärke, erfordern eine sehr genaue Untersuchungsmethode und ein systematisches Vorgehen.

Die Untersuchung ideeller Phänomene in außenpolitischem Handeln kann sowohl mit qualitativ-interpretativen als auch mit quantitativen Methoden vollzogen werden.<sup>158</sup> Dabei führt weder eine quantitative Untersuchung erst zu „eentlichen“ und objektiven Ergebnissen, noch dürfen qualitative Methoden zur bloßen Thesen-Illustration benutzt werden.<sup>159</sup> Eine quantitative Forschungsmethode ist in dieser Arbeit indes nicht angemessen, da die Erklärungsvariablen des institutionellen Problembearbeitungsprozesses wechselseitig Rückwirkungseffekte hervorrufen können. Die Variablen der longitudinalen Untersuchung sind demzufolge nicht standardisierbar und erlauben keine quasi-experimentelle Methode, sondern erfordern vielmehr problembezogen

---

<sup>155</sup> McSweeney dazu: „The idea of a collective identity as a social fact projects the image of a collective self to be discovered: we are what we are.“ (McSweeney 1996: 90); vgl. Zehfuss 2001.

<sup>156</sup> Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 63.

<sup>157</sup> Vgl. Wendt 1992: 398; Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 60f.; Ruggie 1998: 863.

<sup>158</sup> Vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 128.

<sup>159</sup> Flick 1995: 280f.

interpretative Bewertungen.<sup>160</sup> Ein interpretativer Zugang zu den Quellen wird auch aus dem Grund notwendig, da die Analyse von Entwicklung und Stellenwert der Ideologie sich nicht ausschließlich auf sprachlich-semantiche Formen begrenzt, sondern auch paradigmatisch-strukturelle ideologische Teilelemente umfasst. Da also der Informationsgehalt der zugänglichen Daten sehr unstrukturiert ist, führt eine qualitative Untersuchung zu relevanteren Ergebnissen.<sup>161</sup> Das größte methodische Problem der Untersuchung besteht in dem Nachweis von Kausalverbindungen zwischen beobachteten Normen, Werten und *causal beliefs* einerseits und dem tatsächlichen Akteursverhalten andererseits.<sup>162</sup> Ideelle Variablen dürfen nicht nur im Falle einer Unerklärbarkeit von außenpolitischen Entscheidungen mittels materieller Faktoren miteinbezogen werden und auf diesem Wege verbleibende Erklärungslücken füllen.<sup>163</sup> In solchen *explanations of last resort* wird alles, was nicht mit traditionellen Faktoren politikwissenschaftlicher Forschung erklärt werden kann, kulturellen Unterschieden oder Prägungen zugeschrieben.<sup>164</sup> Um die Gefahr eines „assoziativen Zusammensetzens“ von Kausalverbindungen zu verhindern, soll in möglichst kleinen Untersuchungsschritten die Verkettung der einzelnen Variablen nachgezeichnet werden. In diesem *process tracing* sollen Mechanismen beobachtbar werden, die belegen, ob Zusammenhänge zwischen Variablen entweder zufällig, auf den Einfluss anderer Faktoren zurückzuführen sind oder tatsächlich eine situationsbezogene Determinante des Akteurshandeln darstellen.<sup>165</sup> Aufgrund der oben benannten Rückwirkungseffekte bei Variablenveränderungen nimmt die Untersuchung methodisch keine *two-tiered-affair* vor, die eine direkte Kausalbeziehung zwischen ideellem Faktor und Akteurshandeln nachzuweisen sucht, sondern formiert eine flexiblere „Mehr-Klammern-Analyse“.<sup>166</sup> Ausgangspunkt sind dabei die Beschreibung von Faktoren, deren Wirkungsmechanismus innerhalb der institutionellen Problembearbeitung durch eindeutige Quellenlage zu bestimmen sind und die so ein Rahmengeflecht zur

---

<sup>160</sup> Untersuchungen mit konstruktivistischem Ansatz haben aber sehr wohl mit quantitativen Methoden gearbeitet (vgl. dazu Henderson 1998; Herrmann 1997; Legro 1996).

<sup>161</sup> Flick 1995: 281.

<sup>162</sup> Wilson 2000: 268.

<sup>163</sup> Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 109.

<sup>164</sup> Hudson 1997: 2.

<sup>165</sup> Vgl. Yee 1996: 76-78; Checkel 2001: 565.

<sup>166</sup> Vgl. Yee 1996: 84.

situationsbezogenen Erklärung von Akteurshandeln garantieren. Innerhalb der entstehenden Analyseklammern werden dann unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Quellen diejenigen Faktoren bestimmt, die eine konsistente Kausalkette zwischen den potentiellen Erklärungsvariablen herstellen.

Die „interpolierende Rekonstruktion“ des Problembearbeitungsprozesses konzentriert sich auf eine qualitative Inhaltsanalyse der vorhandenen und zugänglichen schriftlichen Quellen.<sup>167</sup> Bei diesem Vorgehen wird unterstellt, dass öffentlich zugängliche Daten relativ gut mit Innenansichten korrespondieren, die nur durch die Kenntnis von Strategiepapieren, vertraulichen Interviews oder teilnehmender Beobachtung gewonnen werden können.<sup>168</sup> Zu den verwendeten Quellen gehören vor allem Parteiprogramme, Bundestagsreden, Pressemitteilungen, schriftliche Beiträge sowie Interviews in Zeitungen, Zeitschriften und wissenschaftlichen Journalen. Die Aussagestärke der zu Verfügung stehenden Quellen muss insgesamt als gut eingestuft werden.<sup>169</sup> Innerhalb der „verstehenden“ Rekonstruktion vergangener Entscheidungsprozesse sind qualitative Interviews mit am institutionellen Entscheidungsprozess beteiligten Akteuren naheliegend.<sup>170</sup> Aussagen von Akteuren stellen einen unmittelbaren Zusammenhang zu zurückliegenden Handlungsprozessen her, so dass den Interviews zunächst die Aufgabe zukommt, eine ungenaue schriftliche Quellenlage zu kompensieren und eine konsistente und plausible Rekonstruktion der vergangenen Problembearbeitungsprozesse zu ermöglichen. Die Befragten können sich jedoch zu retrospektiven Rationalisierungen genötigt sehen, indem sie ihrem oder dem Handeln anderer Akteure statthafte Beweggründe ursächlich zuordnen. Verschleierungseffekte ursprünglicher Motive und Interessen werden also immer mit einzurechnen sein.<sup>171</sup>

Zu berücksichtigen ist zudem, dass vergangene Entscheidungen und Handlungen das Ergebnis von Faktoren sein können, die außerhalb der Rationalitätsweite der Akteure liegen.<sup>172</sup> Diese Rationalitätsgrenzen vermögen jedoch die Untersuchung zu unterstützen, indem sie auf nicht

---

<sup>167</sup> Checkel 2001: 565.

<sup>168</sup> Scharpf 1997: 63.

<sup>169</sup> Das größte Defizit bei der Rekonstruktion vergangener Problembearbeitungsprozessen ist die Sperre von internen Mitteilungen, Standortpapieren u.ä., die nach der Bundestagswahl 1994 in der Fraktion erarbeitet wurden.

<sup>170</sup> Bouma/Atkinson 1995: 214f.

<sup>171</sup> Vgl. Goldstein/ Keohane 1993: 27.

<sup>172</sup> Vgl. McSweeney 1999: 142.



intendierte und unbewusste Problembearbeitungsstrukturen hinweisen, die sich möglicherweise in den Quellen andeuteten. Das Frageinstrumentarium, ebenso wie die gegebenen Antworten bedürfen in jedem Fall einer sehr vorsichtigen Interpretation.<sup>173</sup> Trotz Untersuchungsstandards, die gleichermaßen für qualitative wie quantitative Untersuchungen entwickelt wurden<sup>174</sup>, ist letztlich die Glaubwürdigkeit des Interviewpartners im Vergleich zur Beweiskraft der schriftlichen Quellen entscheidend. Eine glaubhafte Berichtigung der vorhandenen Quellen durch die Befragten hat auch für die Rekonstruktion des Problembearbeitungsprozesses korrigierende Funktion und gegebenenfalls eine erneute schriftliche Quellenforschung zur Folge. Insgesamt betrachtet können die kausalen Zusammenhänge zwischen den Variablen nicht direkt nachgewiesen werden, sondern durch Eliminierung von Alternativhypothesen bestimmt werden.<sup>175</sup> Aus diesem Grund bedarf der qualitative Erkenntnisprozess des Ausschlusses von situationsbezogen nicht relevanten, sowie der genauen Gewichtung von entscheidenden Variablen. Die aus der Gesamtschau der schriftlichen Quellen wie aus den Interviews entstehenden Hypothesen zu Problembearbeitung und Stellenwert der Ideologie werden letztlich miteinander verglichen und gegeneinander ausgeschlossen. Auf diesem Weg sollen die tatsächlichen Kausalverhältnisse zwischen den für das Akteurshandeln relevanten Faktoren bestimmt werden.

---

<sup>173</sup> Vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 132.

<sup>174</sup> Adcock /Collier 2001.

<sup>175</sup> Reinecker 1993: 281.

### **3 Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus bis 1990**

#### **3.1 Innere und äußere Bestimmungsfaktoren der Friedensbewegung**

Die Partnerschaftsabkommen mit osteuropäischen Staaten sowie der Grundlagenvertrag mit der DDR eröffneten in den frühen siebziger Jahren die Möglichkeit, die „Spannung zwischen Grenz- und Mittellage“ Deutschlands zu verringern und die Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges durch internationale Zusammenarbeit zu regulieren.<sup>176</sup> Gleichzeitig lenkte die „Ostpolitik“ der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt die Aufmerksamkeit der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verstärkt auf die Problematik des internationalen Friedens und förderte Erwartungen auf eine Entspannung der militärpolitischen Konfrontation.<sup>177</sup>

Die ökonomische Rezession im Zuge verringerter Ölexporte durch die OPEC im Jahr 1973 dämpfte die Reformvorhaben der Regierung Brandt jedoch stark.<sup>178</sup> Mit der Übernahme des Kanzleramtes durch Helmut Schmidt begann 1974 endgültig eine Verwaltung der wirtschaftlichen und energiepolitischen Krise.<sup>179</sup> Die politischen Akteure konzentrierten sich nunmehr auf durch breiten gesellschaftlichen Konsens gestütztes Handeln.<sup>180</sup> Die Folge war eine politische Ernüchterung in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit<sup>181</sup>, vor allem in der Wählerschaft der SPD.<sup>182</sup>

Die Unzufriedenheit wurde verstärkt durch eine in den westlichen Industriestaaten auftretende Hinwendung zu politisch-wertbezogenen Problemkomplexen, die in eine Ergänzung des politischen Stellenwerts sozioökonomischer um „post-materialistische“ Fragestellungen mündeten.<sup>183</sup> Da im Krisenmanagement der Regierung Schmidt wertbezogene Problemkreise nicht befriedigend beantwortet wurden, konnten „alternative“ Konfliktstoffe wie das Geschlechterverhältnis, der Schutz der natürlichen Lebensräume, eine sichere Energieversorgung

---

<sup>176</sup> Vgl. Link 1987: 410f.

<sup>177</sup> Vgl. Haftendorn 2001: 190-195.

<sup>178</sup> Vgl. Mewes 1998: 31.

<sup>179</sup> Dräger /Hülsberg 1986: 47.

<sup>180</sup> Vgl. Lehmbruch 2000: 181f.

<sup>181</sup> Vgl. Winkler 2000: 319.

<sup>182</sup> Vgl. Frankland/Schoonmaker 1992: 6.

<sup>183</sup> Inglehart 1990: 370; van Deth 1995: 48-75.

sowie Probleme des internationalen Friedens als Ausdruck politischen Akzeptanzverlusts an Brisanz gewinnen.<sup>184</sup> Die „Neuen Sozialen Bewegungen“ artikulierten innerhalb eines außerparlamentarischen Protests die mangelnde Repräsentation alternativer Politikfelder, eine „organisatorische Einkapselung“ in den Massenparteien<sup>185</sup> sowie den generellen innen- und außenpolitischen Stillstand.<sup>186</sup> Die aus politisch-sozial mobilisierten Kleingruppen zusammengesetzten Bewegungen bildeten ein „durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem“<sup>187</sup>, welches politisch autonom von den existierenden Parteien agierte. In den Bewegungen entstand der „Zusammenhang einer eigenen Tradition“<sup>188</sup> als gemeinsame institutionelle Handlungsgrundlage, welche nicht nur die Bewegungen selbst durchdrang, sondern auch die mit ihr formell oder informell verbundenen Gesellschafts- und Wählerschaftsteile.<sup>189</sup>

Für die aus der Studentenbewegung der 60er Jahre kommende „Neue Linke“ stellten die Bewegungen der 70er Jahre eine Alternative sowohl zu terroristischer Radikalisierung als auch zu einer gänzlichen Abkehr von politischer Aktivität dar. Joschka Fischer aus dem Frankfurter Revolutionären Kampf sowie Jürgen Trittin aus dem Kommunistischen Bund gehörten dieser Teilgruppe der „Neuen Sozialen Bewegungen“ an.<sup>190</sup> Inhaltliche Berührungspunkte zur Friedensbewegung bestanden vor allem in der Betonung von politisch-ökonomischen Strukturen als auch von Sicherheitsfaktoren innerhalb des internationalen Staatensystems.<sup>191</sup>

Im Mittelpunkt des Protestes standen zunächst feministische Forderungen, Aktionen auf dem Gebiet des Naturschutzes sowie der Widerstand gegen die zivile Nutzung der Kernenergie<sup>192</sup>, so etwa bei der massenhaften Besetzung des Bauplatzes für das geplante Atomkraftwerk in Wyhl 1975 und bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Atomkraftgegnern und Polizei

---

<sup>184</sup> Rucht 1998: 50; vgl. Brand/Büsser/Rucht 1984: 83.

<sup>185</sup> Kitschelt 1989: 62.

<sup>186</sup> Vgl. Brand 1998: 68.

<sup>187</sup> Rucht 1994: 77.

<sup>188</sup> Hieber 1988: 32.

<sup>189</sup> Vgl. Vandamme 2000: 46ff.

<sup>190</sup> Vgl. Raschke 2001: 38.

<sup>191</sup> Vgl. Markovits/Gorki 1997: 107-120.

<sup>192</sup> Zu den neuen sozialen Bewegungen werden neben der Friedensbewegung die Ökologiebewegung, die Frauenbewegung, die Dritte-Welt-Bewegung die Alternativbewegung gezählt (Brand 1998: 214).

in Grohnde im März 1977.<sup>193</sup> Der thematische Fokus der Bewegungen lag somit zunächst auf der innerstaatlichen Frage von Sicherheit und Frieden, die Kernenergie wurde zum „Negativsymbol“ von politischem Protest.<sup>194</sup> Das Thema des internationalen Friedens wurde innerhalb der Bewegungen zunächst nicht in den Vordergrund gerückt; nicht um auf diesem Politikfeld politisch neutral zu bleiben, sondern weil es von den Aktivisten noch nicht als Mobilisierungsfeld und Handlungsfeld erkannt worden war.<sup>195</sup>

Im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der ab 1972 die sogenannte „Ökopax“-Bewegung begründete, wurden ökologische Themen mit Problemstellungen internationaler Sicherheit und Frieden zu integrativen programmatischen Bestandteilen verbunden.<sup>196</sup> In den gleichen Problem- und Handlungszusammenhang wurden die Armut großer Teile der Weltbevölkerung, die sie bedingenden politischen wie ökonomischen Strukturen sowie die Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen gestellt.<sup>197</sup> Das Ziel der inhaltlichen Verbindung bestand darin, den außerparlamentarischen Protesten mehr Gewicht zu verleihen und ihren politischen Einfluss zu vergrößern.<sup>198</sup>

Erst gegen Ende der 70er Jahre wurden Wirkungskraft und -richtung der Friedensbewegung durch eine Verschärfung der geopolitischen Konfliktkonstellation entscheidend verändert.<sup>199</sup> Angesichts einer verstärkten Produktion sowjetischer Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 einigten sich die NATO-Mitgliedstaaten unter Zustimmung der deutschen Regierung im Dezember 1979 im so genannten „Doppelbeschluss“ auf die Neustationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen sowie Marschflugkörper. Diese Entscheidung hatte zum Ziel, das

---

<sup>193</sup> Vgl. Hülsberg 1988: 80; Vandamme 2000: 61-63.

<sup>194</sup> Mewes 1998: 31.

<sup>195</sup> Vgl. Mewes 1998: 32.

<sup>196</sup> Der Sprecher der BBU und Gründungsmitglied sowie Bundestagsabgeordneter der Grünen, Roland Vogt, sagte in einem Grundsatzreferat im April 1978, die Ökologiebewegung würde nur eine Chance zum politischen Durchbruch besitzen, „wenn sie sich als Teil einer umfassenden Gesamtalternativenbewegung begreift“ (zitiert nach: Schroeren 1990: 13). Die Verkoppelung des Problembereichs von Friedens- und Ökologiebewegung kommt auch in den verwandten Begriffen „Lebensbewegung“ und „Überlebensbewegung“ zum Ausdruck, wobei sich die Ökologiebewegung als „Lebensbewegung“ und die Friedensbewegung als „Überlebensbewegung“ definierten (Heidtmann 1995: 130).

<sup>197</sup> Hülsberg 1988: 70. Zur Entwicklung der BBU siehe: Zirakzadeh 1997: 59-61.

<sup>198</sup> Vgl. Heidtmann 1995: 133.

<sup>199</sup> Brand/Büsser/Rucht 1984: 207.

strategische Gleichgewicht in Europa und die Glaubwürdigkeit der Abschreckung wiederherzustellen.<sup>200</sup> Gleichzeitig wurde beschlossen, mit der Sowjetunion in Verhandlungen über eine Beschränkung der eurostrategischen Waffen einzutreten.<sup>201</sup>

Erst der Problemzusammenhang des NATO-Doppelbeschlusses und das Festhalten der Regierung Schmidt an ihrer bisherigen Entspannungspolitik<sup>202</sup> gab den „Neuen Sozialen Bewegungen“ einen international gerichteten Handlungsschwerpunkt. Der NATO-Doppelbeschluss diente fortan als „negativer Minimalkonsens“<sup>203</sup> in einem übergreifenden Protestbündnis gegen die militärische Aufrüstung der Bundesrepublik. Fixiert waren die Proteste lediglich auf den ersten Teil des Beschlusses, die geplante Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Die „Nachrüstung“ wurde nicht wie in der offiziellen Deutung als Problem des europäischen Kräftegleichgewichts interpretiert, sondern als rationales Teilstück einer weltweiten Offensivstrategie der USA. Der zweite Teil des Beschlusses, die von den europäischen Staaten durchgesetzten Rüstungskontrollverhandlungen, blieb demgegenüber gänzlich unbeachtet.<sup>204</sup>

Die Friedensbewegung artikulierte ein „Unbehagen“ an der geopolitischen Situation, das sich in der Zukunftsprojektion eines Atomkriegs manifestierte.

„The ...consciousness was generated by a desire to ‚escape‘ from a Cold War that increased the chances of a conflict in which Germany would be the foremost casualty.“<sup>205</sup>

Bedrohungsszenarien wurden zum Erkennungszeichen der Bewegung, ein „Betroffenheit artikulierende[r] Politikstil“<sup>206</sup> zeichnete sich durch dichotome Gegenüberstellungen von Untergang und Errettung aus, die simplifzierten und emotionalisierten Erklärungen von geopolitischen Zusammenhängen Vorschub leisteten.

Die neue Friedensbewegung war in erster Linie eine locker institutionalisierte, nicht-hierarchisch geordnete außerparlamentarische Basisbewegung, die sich aus etwa 150 Initiativen

---

<sup>200</sup> Vgl. Haftendorn 2001: 267.

<sup>201</sup> Eine ausführliche Schilderung der Ereignisse findet sich bei: Haftendorn 2001: 264-307; Winkler 2000: 353ff.

<sup>202</sup> Vgl. Haftendorn 2001: 218.

<sup>203</sup> van Hüllen 1989: 374.

<sup>204</sup> Vgl. Schmitt 1990: 87.

<sup>205</sup> Verheyen 1991: 178; vgl. Schmidt 1983: 45.

<sup>206</sup> Mehl 1989: 34; vgl. van Hüllen 1989: 75-78.

zusammensetzte.<sup>207</sup> In ihr fanden sich christlich-humanitäre Pazifisten, Marxisten, Sozialisten und kommunistische Gruppen, außerdem links-alternative und aus dem subkulturellen Milieu stammende Gruppierungen sowie Mitglieder der ökologischen Bewegung.<sup>208</sup> Wesentliches Merkmal der Bewegungen wurde eine „Verdeutlichung der Differenz nach außen“, die eine Unterscheidung von traditionellen außenpolitischen Handlungszielen und -methoden beinhaltete. Die Unterscheidung diente einer „Stabilisierung der Identität nach innen“, so dass die Festigung eines institutionellen Erfahrungsspeichers verantwortlich war für die relative „Nichtverhandelbarkeit“ und damit die politische Radikalität der von den Bewegungen vertretenen Positionen.<sup>209</sup>

### **3.2 Außen- und sicherheitspolitische Orientierung der Grünen**

Die Gründung der Partei „Die Grünen“ wird als Konsequenz des politischen Agierens der „Neuen Sozialen Bewegungen“ angesehen.<sup>210</sup> Sie wurde im Sinne einer höheren Reichweite und Wirkungskraft der einzelnen Bewegungen notwendig, da man innerhalb der Organisationsform „Partei“ größere Einheit und inhaltliche Kohärenz zwischen den einzelnen Bewegungen herzustellen vermochte.<sup>211</sup> Die Parteigründung war mit der Erwartung verbunden, den neuen sozialen Bewegungen einen parlamentarisch-organisatorischen Arm oder ein „Spielbein“ geben zu können.<sup>212</sup>

Die strukturellen Voraussetzungen im bundesrepublikanischen Parteiensystem waren für die Gründung einer Partei günstig: Ein an nicht-materialistischen Konfliktlinien mobilisiertes Aktivisten- als auch Wählerschaftspotential war vorhanden.<sup>213</sup> Die Übereinkunft der traditionellen parlamentarischen Handlungsformationen zum gesellschaftlichen Konsens barg die Tendenz zur „Konzentration politischer Repräsentationslegitimität“.<sup>214</sup> Die „ideologische Lücke“, die auf dem Hintergrund verschärfter, vor allem wertmäßiger Konfliktlinien im

---

<sup>207</sup> Vgl. Brand/Büsser/Rucht 1984: 224.

<sup>208</sup> Vgl. Heidtmann 1995:131; Hülsberg 1988: 71.

<sup>209</sup> Schmitt 1990: 29-31.

<sup>210</sup> Vgl. Mewes 1998: 32; Schmitt 1990: 98; Kleinert 1992: 293.

<sup>211</sup> Vgl. Leif 1983: 37.

<sup>212</sup> Schnieder 1998: 174.

<sup>213</sup> Kitschelt 1989: 62.

<sup>214</sup> Schwarze 1999: 6.

Parteiensystem entstanden war, ermöglichte eine alternative politisch-parlamentarische Interessenvertretung.<sup>215</sup>

Der sich zunächst auf Länderebene formierenden, schließlich Anfang 1980 in Karlsruhe auf Bundesebene gegründeten Partei „Die Grünen“ gelang es, solche gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren, die bisher parlamentarisch nicht repräsentiert worden waren.<sup>216</sup> Keine der Bewegungen entwickelte ein exklusives Verhältnis zu den Grünen, alle Bewegungen standen den Grünen jedoch näher als den etablierten Parteien.<sup>217</sup>

Die Akteurszusammensetzung der Grünen ergab sich aus den personellen Verbindungen zu den „Neuen Sozialen Bewegungen“: 80 Prozent aller grünen Bundes- und Landtagsabgeordneten zwischen 1980 und 1987 hatten sich zuvor in politischen Bewegungen betätigt.<sup>218</sup> Auch auf der Ebene des programmatischen Selbstverständnisses knüpfte die Partei an die Bewegungen an. So verstanden sich die Grünen von Beginn an als „Wertegemeinschaft“.<sup>219</sup> Die Akteure der Partei präsentierten sich als Verfechter des gesellschaftlichen Gesamtinteresses sowie universeller, vornehmlich immaterieller Güter. Ihre politische Rhetorik suggerierte ein Agieren frei von Partikularinteressen.<sup>220</sup>

Die programmatische Verbindung zwischen Friedensbewegung und Partei verdeutlichte das mit über zwei Millionen Unterschriften versehene, wohl wichtigste Dokument der Friedensbewegung: der Krefelder Appell von 1980. Zu den Erstunterzeichnern des Appells gehörten u.a. die Gründungsmitglieder der Grünen, Gert Bastian und Petra Kelly. Der Appell richtete sich hauptsächlich gegen den NATO-Doppelbeschluss und erfüllte eine „Katalysatorfunktion“ für ein Anwachsen der Friedensbewegung einerseits, als auch für politischen Erfolg und programmatische Ausrichtung der Grünen andererseits.<sup>221</sup>

---

<sup>215</sup> Inglehart 1990: 370; vgl. Laver 1997: 122.

<sup>216</sup> Für einen guten Überblick zu den Entwicklungen bis zur Parteigründung der Grünen auf Bundesebene siehe: Schroeren 1990: 12-22.

<sup>217</sup> Vgl. Schnieder 1998: 173.

<sup>218</sup> Fogt 1991: 275-277.

<sup>219</sup> Vgl. Hoffmann 1998: 52.

<sup>220</sup> Raschke 2001: 63-65.

<sup>221</sup> Krefelder Initiative, abgedruckt in: Benz 1982: 140f.; vgl. auch Brand/Büsser/Rucht 1984: 216; Markovits/Gorski 1997: 168; Volmer 1998a: 76f.

Das Verhältnis der Bewegungen zur Partei blieb ambivalent, da Aktivisten wie Anhänger der Organisationsform „Partei“ sehr kritisch gegenüber standen.<sup>222</sup> In der Tat musste, um als politische Partei agieren zu können, auf spezifische Formen der personellen, inhaltlichen und organisationsstrukturellen Verständigung gebaut werden.<sup>223</sup> Damit geriet die Partei schnell in die Gefahr, einen Zwiespalt zwischen einer auf Konsens, Kompromiss und Anpassung angewiesenen Handlungsformation und der politischen Radikalisierung ihrer *Constituency* zu provozieren.<sup>224</sup>

Vor allem aufgrund stark divergierender Präferenzen der Aktivisten verzichtete man in der Gründungsphase der Partei auf die Formulierung einer umfassenden Ideologie als innere und äußere Handlungsgrundlage. Die Folge war die Konzentration auf einen „ideologischen Rahmen“.<sup>225</sup> Ökologie als ursprünglich wertkonservativer, natur-schützender Wert stand darin neben individueller Freiheit sowie egalitär-solidarischen Werten, die aus der „Neuen Linken“ und der „Dritte-Welt-Bewegung“ kamen.<sup>226</sup> Die Schwerpunkte auf dem Gebiet der „Ökologie“ übertrafen zunächst die Reichweite außen- und sicherheitspolitischer Programmatik einer grünen „Friedenspolitik“. Im Grundsatzprogramm von 1980 umfasste der außen- und friedenspolitische Teil nur insgesamt vier der 46 Seiten der Schrift.<sup>227</sup> Zu begründen ist dies einerseits damit, dass die Forderungen der Friedensbewegung einen relativ kurzen zeitlichen Vorlauf hatten, während ökologische Problemstellungen wesentlich länger virulent gewesen waren und sich auch im Agieren der Bewegungen stärker manifestieren konnten.<sup>228</sup> Zudem schien sich der thematische Schwerpunkt auf dem ökologischen „Grundwert“ für die institutionelle Integration besser zu eignen als die anderen programmatischen Elemente „sozial“ und „basisdemokratisch“ sowie die mit dem Friedensthema unmittelbar gekoppelte „Gewaltfreiheit“.<sup>229</sup>

---

<sup>222</sup> Cooper 1996: 183.

<sup>223</sup> Vgl. Hurrelmann 2001: 46.

<sup>224</sup> Vgl. Raschke 2001: 379.

<sup>225</sup> Kitschelt 1989: 64.

<sup>226</sup> Vgl. Raschke 2001: 76.

<sup>227</sup> Vgl. Das Bundesprogramm: 18-21.

<sup>228</sup> Volmer 1998a: 66-69.

<sup>229</sup> Vgl. Das Bundesprogramm: 5.



Die in der Partei vertretenen außen- und sicherheitspolitischen Positionen besaßen insgesamt eine große Bandbreite.<sup>230</sup> Die unterschiedlichen Positionen vor allem in linken Splittergruppen förderten inhaltliche Auseinandersetzungen.<sup>231</sup> Das programmatische Element „Gewaltfreiheit“ war „aus taktischen Gründen notwendig“, um die Partei im Gründungsprozess von linksterroristischen Vereinigungen und deren Sympathisanten zu distanzieren.<sup>232</sup> So wurde „Gewaltfreiheit“ als „innenpolitische Selbstbeschränkung“ und damit eher als Interaktionsregel denn als Handlungsnorm für die internationalen Beziehungen verstanden.<sup>233</sup> Dennoch generalisierte die grüne Programmatik die kontrafaktische Option einer „gewaltfreien Kommunikation“, die den „impliziten Legitimationshintergrund“ der Bewegungen abgab, aus denen die Partei personell und inhaltlich rekrutierte.<sup>234</sup>

Die „gewaltfreie Aktionsstrategie“ der Partei lehnte sich im Gründungsprozess programmatisch stark an die der BBU an.<sup>235</sup> Die Ökopax-Aktivisten hatten integrierte Positionen hinsichtlich Ökologie, Weltwirtschaft und internationalem Frieden formuliert, die auch für die außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen der Grünen entscheidend wurden: das prekäre Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie und ihre Verbreitung in der „Dritten Welt“; die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und das darin liegende Konfliktpotential; und schließlich auch den Zusammenhang zwischen Rüstungsentwicklung und fortschreitender Industrialisierung.<sup>236</sup> Im Zuge einer programmatischen Weiterentwicklung verlagerte sich der Schwerpunkt im Laufe der 80er Jahre von der Ökologie- und Antikernkraft-Thematik mehr in Richtung Abrüstungs- und Friedensproblematik.<sup>237</sup> Die grüne

---

<sup>230</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>231</sup> Vgl. Stoess 2002: 7.

<sup>232</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>233</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>234</sup> Lamla 1998: 10; vgl. Raschke 2001: 73f.

<sup>235</sup> Vogt 1997: 152. Zu personellen Überschneidungen zwischen BBU und den Grünen siehe: Mewes 1998: 32; vgl. Markovits/Gorski 1997: 256; Müller 1982: 177.

<sup>236</sup> Kelly/Leinen 1982: 9; vgl. auch Markovits/Gorski 1997: 167.

<sup>237</sup> Vgl. Schnieder 1998: 59. 1987 betrug der außen- und sicherheitspolitische Teil etwa ein Viertel des Bundestagsprogramms (van Hüllen 1989: 445).

„Friedenspolitik“ blieb dabei weiter mit ökologischen Themenkomplexen inhaltlich verkoppelt.<sup>238</sup>

Angesichts auch mangelnder gemeinsamer Erfahrungsgrundlagen der Partei wurde – in Analogie zu den „Neuen Sozialen Bewegungen“ – eine „negative Abgrenzung nach außen“ gesucht und ein „umfassender Katalog von Anti-Haltungen“ formuliert, um auf diesem Wege eine institutionelle Identität zu entwickeln. So war auch die außen- und sicherheitspolitische Programmatik der Grünen dem hohen „Selbstvergewisserungsbedarf“ einer noch jungen Partei geschuldet und stellte im Handeln ihrer Akteure einen „identitätsbildenden Faktor“ dar.<sup>239</sup>

Die Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik konnte die Partei als „ideologisches Spielmaterial“<sup>240</sup> zur inneren und äußeren Profilbildung nutzen, ohne internationale Strukturbedingungen für eine Implementierung ihrer Positionen berücksichtigen zu müssen. Vereinfachte Deutungen geopolitischer Zusammenhänge, die aufgrund einer komplexen Verkopplung miteinander plausibel erschienen, enthielten Mängel im operativen Bereich. Es entstand so eine Programmatik, die oftmals den Eindruck eines „rein kontemplativen Politikkonzepts“<sup>241</sup> erweckte.

### **3.3 Organisationsstrukturelle Aspekte der Problembearbeitung**

Im Laufe der 80er Jahre entwickelten sich in der Partei spezifische Akteurskonstellationen, die zu einem wichtigen Faktor für die institutionelle Problembearbeitung wurden. Je weiter die Konsolidierungsphase der Partei voranschritt, desto bedeutsamer wurde die Formation von Akteursgruppen in Flügeln, die alternativ auch Strömungen, Blöcke oder Clans genannt wurden. Im Herbst 1983 hatten sich die Bezeichnungen Fundamentalpolitiker („Fundis“) und Realpolitiker („Realos“) zur bipolaren Klassifizierung der Aktivisten und als entscheidendes Strukturierungsprinzip der bundespolitischen Akteure herausgebildet.<sup>242</sup>

---

<sup>238</sup> Symptomatisch in diesem Zusammenhang ist das Motto der Bundesversammlung in Offenbach vom 2.-4.10. 1981: "Ökologie heißt Frieden".

<sup>239</sup> Wiesenenthal 1993a: 116.

<sup>240</sup> van Hüllen 1989: 448.

<sup>241</sup> Mehl 1989: 228.

<sup>242</sup> Die dichotome Auseinandersetzung hatte sich erstmals hinsichtlich der Haltung der Parteifunktionäre zur Absicht des hessischen Landesverbandes ablesen lassen, ob eine Regierungsbeteiligung angestrebt werden sollte oder nicht (vgl. Kleinert 1992: 50-53; Fischer 1983; Ebermann /Trampert 1984a).

Auf der Akteursebene des fundamentalistisch-radikalen Flügels ließen sich einerseits die „Ökosozialisten“ unter Führung von Rainer Trampert und Thomas Ebermann<sup>243</sup> verorten, deren inhaltlicher Fokus auf wirtschaftlich-sozialen Fragen lag.<sup>244</sup> Den zweiten Teilblock bildeten die „RadikalökologInnen“ unter dem DDR-Dissidenten und späteren Vorstandsmitglied Rudolf Bahro, der in seine Positionen eine fundamentale Kritik an jeglicher technologischen Rationalität einband.<sup>245</sup> Als Bahro 1985 aus der Partei austrat, prägten in der Folge vor allem hessische Grüne um Jutta Ditfurth diese Unterströmung.<sup>246</sup> Ein erheblicher Prozentsatz grüner Parlamentarier und Bundesvorstandsmitglieder kam aus dem linken Flügel der Partei.<sup>247</sup> Vor allem Trampert und Ebermann waren bis 1987 „Protagonisten des Übergangs von der ‚Neuen Linken‘ zu den Grünen“.<sup>248</sup> Die Radikalität ihrer Forderungen wurde aus der Rhetorik der „Neuen Linken“ übernommen und setzte sich auf der gesamten Akteursebene der Partei durch.<sup>249</sup> Die so genannten „Realpolitiker“ stellten ebenfalls eine in sich heterogene Akteursgruppe dar. Sie verband die gemeinsame Absicht, die Grünen nicht als fundamentale Oppositions- und Protestpartei entwickeln zu wollen, sondern als eine links der SPD positionierte Reformpartei.<sup>250</sup> Joschka Fischer erkundete die historischen Grundlagen für einen „radikalen Revisionismus“ linker Politik, welche den „Machtfaktor“, also letztlich Überlegungen von Implementierungspotentialen und Kompromissfähigkeit radikaler politischer Konzepte integrierte.<sup>251</sup> Die Ökolibertäre um Winfried Kretschmann und Thomas Schmid bildeten mit der Forderung nach einem liberalen Wirtschaftssystem gleichsam den „rechten Rand“<sup>252</sup> der Partei.<sup>253</sup>

---

<sup>243</sup> Vgl. Hoffmann 1998: 77. So war Rainer Trampert von 1982 bis 1987 Sprecher im Bundesvorstand der Partei.

<sup>244</sup> Vgl. Ebermann /Trampert 1984b.

<sup>245</sup> Bahro 1983; vgl. auch Bahro 1987.

<sup>246</sup> Bahro trat mit der Begründung aus, die Organisation der Grünen als Partei habe nicht zur „ökologischen Wende“, sondern zu einer Abkehr von ihr geführt (Bahro 1987: 13).

<sup>247</sup> Fogt 1987: 160f.

<sup>248</sup> Raschke 2001: 387.

<sup>249</sup> van Hüllen 1990: 155ff; Rudzio 1996: 153.

<sup>250</sup> Vgl. Veen/Hoffmann 1992: 67.

<sup>251</sup> Fischer 1984: 10f.

<sup>252</sup> Veen/Hoffmann 1992: 70.

<sup>253</sup> Vgl. Schmid/Hoplitschek 1985.

Die Herausbildung der Flügel als spezifische Akteurskonstellation innerhalb einer aus vielen Untergruppen zusammengesetzten Partei hatte unterschiedliche Gründe. Zunächst hielten die Flügel als „Orientierungsgemeinschaften“ von zersplitterten und personalisierten Kämpfen um Interessenimplementierungen ab. Die Flügel strukturierten die Differenzen in sub-institutionelle Akteursformationen und ermöglichten so bei der Formulierung und Wahl von Handlungsoptionen „schlichtere Selektionsfilter“.<sup>254</sup> Einmal installiert wurden die Flügel jedoch genutzt, um deren „konstitutive Unfriedlichkeit“ bei der Konkurrenz um die knappe Ressource relevanter Ämter und Positionen einzusetzen.<sup>255</sup>

Einen weiteren Grund für die Flügelformierung bildete die basisdemokratische Organisationsstruktur der Partei. Die Aktivisten der „Neuen Sozialen Bewegungen“ hatten sich gegen eine strenge institutionelle Ordnung gewandt und demgegenüber weniger stark strukturierte Organisationsformen bevorzugt, um eine vielfältige und relativ autonome „politische Selbstentfaltung“ zu ermöglichen.<sup>256</sup> Auf dieser Basis wurden bei der Gründung der Grünen Interaktionsregeln entworfen, die für die Effizienz von institutionellen Entscheidungsprozessen hinderlich waren. Basisdemokratische Regeln bei den Grünen betrafen vor allem strukturelle Aspekte der Parteiorganisation wie das Rotationsprinzip von Abgeordneten und Mitgliedern im Bundesvorstand, die Inkompatibilität von Parteiamt und Abgeordnetenmandat sowie die versuchte Bindung der Fraktionen an Entscheidungen der Mitgliederversammlungen (das sogenannte Imperative Mandat).<sup>257</sup> In der Ambivalenz zwischen demokratischer Verregelung der Akteurshandlungen und notwendigen effizienten Entscheidungsprozessen fanden die institutionellen Akteure in der Flügelformung ein informelles Organisationsprinzip, das die Entscheidungsprozesse erleichterte und eine größere Handlungsfähigkeit nach außen herzustellen vermochte.<sup>258</sup>

---

<sup>254</sup> Vgl. Raschke 1993: 205.

<sup>255</sup> Raschke 2001: 361, 371.

<sup>256</sup> Vgl. Sontheimer/Bleek 1997: 228f.; Rucht 1994: 512; Rucht 1998: 49.

<sup>257</sup> Neben diesen Interaktionsregeln standen auch ein „Gesichtsverbot“ auf Wahlplakaten, die Öffentlichkeit aller Sitzungen, die Ehrenamtlichkeit aller Funktionen, die anteilige Abführung von Diäten an Bewegungsprojekte, der kollektive Partei- und Fraktionsvorsitz, die Autonomie der unteren Parteiebenen bei gleichzeitiger finanzieller und struktureller Schwächung des Bundesverbandes im Zusammenhang basisdemokratischer Ideale der Partei (vgl. Veen/Hoffmann 1992: 33-39; Hurrelmann 2001: 46; Huber 1983: 39ff.; Raschke 1993: 568).

<sup>258</sup> Vgl. Hurrelmann 2001: 48.

Gegen Ende der 80er Jahre wurden verschiedene Versuche unternommen, die bipolare Strömungskonstellation aufzubrechen. Die Gründung etwa der „Aufbruch“-Gruppe um Antje Vollmer, Christa Nickels, Ralf Fücks und anderen beabsichtigte, eine „mittlere Position zwischen den Strömungen“ zu formulieren und hatte zum Ziel, die Grünen aus der bipolaren Akteurskonstellation „herauszudefinieren“ und eine Ausdifferenzierung der Strömungen zu erreichen.<sup>259</sup> Inhaltlich entstand dabei ein „Sammelsurium unterschiedlicher theoretischer Versatzstücke und Politikpostulate“.<sup>260</sup> Der Einfluss der Gruppe war jedoch – ebenso wie der Einfluss der „Kritischen Realos“ unter Christa Vennegerts – von Anfang an begrenzt.<sup>261</sup> Die Aufbruch-Gruppe agierte faktisch wie eine zusätzliche Sub-Strömung in der Partei.<sup>262</sup> Auch im linken Flügel gab es Initiativen, die Akteurskonstellationen zu verändern.<sup>263</sup> Im Juni 1988 wurde die „undogmatische Linke“ gegründet, die sich später als „Linkes Forum“ unter Führung von Ludger Volmer vom Kern der Ökosozialisten um Trampert und Ebermann abspaltete.<sup>264</sup>

Die Versuche, die Partei aus einem personell souveränen und strategisch strömungsfeindlichen Zentrum heraus und unter Bezugnahme auf ein „fiktives Gesamtinteresse“ der Partei zu verändern, scheiterten 1990.<sup>265</sup> Als Konsequenz waren Entscheidungen oftmals das Ergebnis von informellen Konflikten zwischen den Blöcken.<sup>266</sup> Es gelang letztlich nicht, die bipolare Akteursformation und damit auch die Korrelation von inhaltlichen Positionen und Strömungen zu lösen.<sup>267</sup> Die Flügelgruppierung als vorherrschendes Organisationsprinzip diente damit immer weiter der Verkoppelung von Personen und Inhalten.

---

<sup>259</sup> Vgl. Vollmer/Ullrich [o.J.].

<sup>260</sup> Kleinert 1992: 99; vgl. Aufbruch-Manifest.

<sup>261</sup> Vgl. Dormann 1992: 353f.

<sup>262</sup> Vgl. Lamla 1998: 15.

<sup>263</sup> Raschke 1993: 203.

<sup>264</sup> Veen/Hoffmann 1992: 6.

<sup>265</sup> Raschke 2001: 337.

<sup>266</sup> Raschke 2001: 47; Wiesenthal 1993b: 66.

<sup>267</sup> Kahl-Lüdtke 1992: 117; Kleinert 1992: 99.

„Die Clans waren entlang wechselnder, aber identitätswichtiger Konfliktlinien organisiert, die den Streit über die 'Inhalte' beflügelten. Die 'Inhalte' funktionierten als Eingangstrichter; hier wurden und werden die Neulinge von den Aktivisten aufgelesen und der 'inhaltlichen' Arbeit, sprich den 'Clans' zugeführt.“<sup>268</sup>

Die Akteure konnten folglich bei der Verfolgung ihrer Interessen die Organisationsstruktur nutzen, mussten dabei jedoch die inhaltlichen Positionen denen des Flügels, dem sie zugerechnet wurden, berücksichtigen. Auf der Basis dieser Akteurskonstellation wurde die Bearbeitung konkreter außen- und sicherheitspolitischer Probleme vor allem gegen Ende der 80er Jahre von einer „ideologischen Debatte mit Selbstbezug“ überlagert.<sup>269</sup>

### **3.4 Pazifistische Ideologeme bei den Grünen bis 1990**

#### **3.4.1 Ideensystem Gewalt**

Die in der grünen Partei bis 1990 existierenden pazifistischen Ideologeme bezogen sich vor allem auf das Phänomen der Gewalt in den internationalen Beziehungen. Mit „Pazifismus“ wurde in diesem Zusammenhang am unmittelbarsten eine „Gewaltfreiheit“ in Verbindung gebracht. Im Bundesprogramm von 1980 heißt es: „Gewaltfreiheit gilt uneingeschränkt [...] auch zwischen Volksgruppen und Völkern.“<sup>270</sup> „Gewaltfreiheit“ war von den Akteuren also als Norm auf Innen- und Außenpolitik, sowie als Interaktionsregel auf das Agieren der politischen Partei „Die Grünen“ anwendbar. Außenpolitisch wurde auf der Basis von Gewaltfreiheitsforderungen ein Bezug zwischen dem militärischen Handeln von Staaten und Staatengruppen außerhalb ihres Territoriums und der normativen Forderung nach physischer Gewaltfreiheit hergestellt. Ein „gewaltfreier“ Umgang mit menschlichen und ökologischen Ressourcen verhinderte aus dieser Sicht eine „gewaltsame Aneignung fremder Rohstoffe“.<sup>271</sup>

Paradigmatisch wurde das Phänomen Gewalt in physisch-militärische einerseits und in strukturelle Gewalt andererseits geteilt. Strukturelle Gewalt war in den pazifistischen Konzeptionen kein „sinn- und zweckloses Ding“ im Sinne von Clausewitz.<sup>272</sup> Sie waren

---

<sup>268</sup> Wiesenthal 1999: 39.

<sup>269</sup> Hurrelmann 2001: 47.

<sup>270</sup> Das Bundesprogramm: 5. Auch im Wahlprogramm von 1990 ist diese Forderung vorhanden (Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 8).

<sup>271</sup> Friedensmanifest: 7.

<sup>272</sup> Clausewitz 1973: 991.

vielmehr Ausgangspunkt von Konflikten: Kriegerische, d.h. mit militärischen Mitteln ausgetragene Auseinandersetzungen stellten eine mögliche Erscheinungsform von Gewalt dar, waren jedoch nicht der einzige gesellschaftlich-politischer Gewalttypus.<sup>273</sup> Der pazifistische *causal belief* hinsichtlich dieser Gewaltformen lautete: Strukturell begründete Gewalt ruft – vor allem über einen längeren Zeitraum hinweg – militärische Gewalt hervor. Umgekehrt folgten der Anwendung militärischer Gewalt Formen struktureller Gewalt.<sup>274</sup>

Nicht-militärische Gewaltformen gründeten in pazifistischen Konzeptionen auf sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen.<sup>275</sup> Die bereits im Bundesprogramm der Grünen benannten herrschenden „gesellschaftlichen Zustände“<sup>276</sup> wurden zudem übergreifend auf die Lebenschancen benachteiligter Gruppen rückbezogen.<sup>277</sup> Strukturelle Gewalt definierte sich als „Ursache für den Unterschied zwischen dem Potentiellen und dem Aktuellen“ der menschlichen Existenz.<sup>278</sup> Mit Blick auf die internationalen Beziehungen wurden einerseits „Bevormundung, Einmischung, Besetzung und Ausplünderung“ genannt, die Potentiale zum „Ausbruch“ von militärischen Konflikten beherbergen.<sup>279</sup> Gleichzeitig kamen solche politischen Bestrebungen in den Blick, die diese Faktoren struktureller Gewalt zu beenden sowie den Unterschied zwischen potentiell möglichem und tatsächlichem Realisierungsgrad einer politischen Gemeinschaft zu verringern suchten.

Die Induzierung von physischen wie strukturellen Gewaltformen bewirkte in der pazifistischen Konzeption deren verstärkende „Spirale“ oder repetitive innere „Logik“. Eine „Rüstungsspirale“ bezeichnete demzufolge den Prozess, in dem Rüstungspolitik mit Gegenrüstung beantwortet wurde und auf diesem Wege den Wirkungsgrad von Gewalt erhöhte.<sup>280</sup> Zugleich wurden

---

<sup>273</sup> Vgl. Krysmanski 1993: 152.

<sup>274</sup> Besonders Johan Galtung hat hier sehr deutlich die Prämissen und Annahmen dieses Ansatzes formuliert. "[D]ie Gewalt ohne einen Akteur bezeichnen wir als strukturelle oder indirekte Gewalt....hier tritt niemand in Erscheinung, der einem anderen direkt Schaden zufügen könnte; die Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich ungleichen Lebenschancen." (Galtung 1975: 12; vgl. auch Haugaard 1999: 116).

<sup>275</sup> Vgl. Brown 1999: 705.

<sup>276</sup> Das Bundesprogramm 1980: 19.

<sup>277</sup> Bonacker /Imbusch 1999: 93.

<sup>278</sup> Galtung 1971: 58.

<sup>279</sup> Das Bundesprogramm: 19.

<sup>280</sup> Vgl. Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 20.

Forderungen nach einem Verbot von Waffenexporten und nach radikaler Abrüstung abgeleitet, um eine Fortführung der „Gewaltspirale“ zu verhindern.<sup>281</sup>

### 3.4.2 Ideensystem Frieden

Seit ihrer Gründung präsentierte die Partei ihre außen- und sicherheitspolitischen Handlungsziele als „Friedenspolitik“. Diese wurde als wertorientiertes und prozesshaft „aktives“ Handeln begriffen, mit dem impliziten Ziel, eine dauerhafte Eliminierung militärischer Gewalt als Austragungsmodus inner- und zwischenstaatlicher Konflikte zu erreichen.<sup>282</sup> Das spezifische Friedenskonzept der Partei erschien dadurch als politisch-gesellschaftliche „utopische Perspektive“<sup>283</sup>.

Die Annahme des „negativen Friedens“, gewalttätige Auseinandersetzungen seien eine wiederkehrende Konstante der menschlichen Koexistenz innerhalb und zwischen Völkern, wurde ebenso wenig geteilt wie die Beschränkung auf ein politisches Handlungsziel, welches die Abwesenheit von kriegesischen Auseinandersetzungen innerhalb einer instabilen Balance der internationalen Beziehungen bestimmt.<sup>284</sup> Das pazifistische, „positive“ Friedenskonzept der Grünen enthielt demgegenüber politisch-ontologische Vorstellungen, um der konstatierten Abwesenheit eines langfristig stabilen Friedens „aktiv“ zu begegnen.

So wurde in Koppelung an das Ideensystem Gewalt eine nicht gewalt-induzierende Konfliktverregelung zum friedenspolitischen Fernziel der Partei.<sup>285</sup> In den Blick kam eine Transformation des gewalthaften Charakters der internationalen Beziehungen in Richtung einer „Zivilisierung“ politisch-militärischen Agierens.<sup>286</sup> Nicht gewalttätig ausgetragene Konflikte wurden dabei als friedlich, d.h. dem „positiven“ Friedensprozess immanent begriffen.<sup>287</sup> Da eine

---

<sup>281</sup> Vgl. Das Bundesprogramm: 19; Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 18f.; vgl. auch den Fokus des Programms zur Europawahl auf den Aspekt der Abrüstung (vgl. Europa braucht grün).

<sup>282</sup> Vgl. Stephenson: 811.

<sup>283</sup> Vgl. Raschke 1993: 132.

<sup>284</sup> In dieser Konzeption gehört es „zum Wesen des Friedens, dass er nicht definiert werden kann. Entsprechend bildet sich auch die Idee vom Frieden ex negativo, eben in der Vorstellung von der Abwesenheit von Krieg.“ (Bonacker/Imbusch 1999: 108).

<sup>285</sup> Czempiel 1999a: 47; Schwerdtfeger 2001: 95.

<sup>286</sup> Vgl. Meyers 1994: 40ff.

<sup>287</sup> Krysmanski 1993: 155.



Konkretisierung politischer Methoden zur dauerhaften Verhinderung von kriegesischen Auseinandersetzungen und zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen vor 1990 programmatisch nicht vorgenommen wurde, besaß das Konzept des „positiven“ Friedens geringe operative Bedeutung.<sup>288</sup>

### 3.4.3 Ideensystem Sicherheit

Der Begriff der Sicherheitspolitik wurde bei den Grünen im Zeitraum von 1980 bis 1990 durch den der Friedenspolitik ersetzt.<sup>289</sup> Es herrschte demzufolge in der Partei ein geringer Kognitionsgrad sicherheitspolitischer Positionen. Entscheidendes Merkmal pazifistischer Sicherheitsvorstellungen vor 1990 war, dass Sicherheit in den internationalen Beziehungen nicht kausal mit dem Aspekt der Verteidigung gekoppelt wurde. Potentiellen und realen Sicherheitsbedrohungen von außen wurde nicht mit Konzepten militärischer Reaktionen begegnet. Programmatisch erhielt die militärisch gestützte Defensivverteidigung zunächst keine Aufmerksamkeit.<sup>290</sup> Im Bundestagswahlprogramm von 1987 wurde sie als „sinnlos“ abgelehnt.<sup>291</sup>

Gleichzeitig wurde eine Erweiterung traditioneller Sicherheitskonzeptionen vorgenommen.<sup>292</sup> Hinsichtlich der Sicherheit im internationalen Staatensystem konzentrierten sich pazifistische Positionen nicht auf die Sicherheit des Staates und durch den Staat. In das Blickfeld gerieten vielmehr Sicherheitsdefizite von Menschen und Gruppen, die durch den Staat wenig gesichert oder gar bedroht werden.<sup>293</sup> Sicherheit wurde generell verstanden als eine dauerhafte Abwesenheit von Bedrohungen, die für soziale Einheiten – Ethnien, religiöse Gemeinschaften, oder auch die Menschheit als ganze – bestehen. Die potentiellen oder real-existierenden Bedrohungen umfassten politisch-soziale Unterdrückung, die Zerstörung natürlicher Ressourcen, nukleare Bedrohung sowie Armut und Hunger. Das pazifistische Sicherheitskonzept wurde – wie

---

<sup>288</sup> Barash beschreibt ein „Auto-Hund-Problem“ im Zusammenhang mit der Konzeption eines „positiven“ Friedens: „Imagine a dog that has spent years barking and running after cars. Then, one day, it catches one. What does it do with it? What would devotees of peace do with the world if they had the opportunity?“ (Barash 2000: 129).

<sup>289</sup> Vgl. Mehl 1989: 38.

<sup>290</sup> Vgl. Das Bundesprogramm 1980: 19.

<sup>291</sup> Bundestagswahlprogramm. Farbe bekennen: 27.

<sup>292</sup> Zum Konzept der „erweiterten Sicherheit“ siehe auch: Lutz 1986: 79; Hanrieder 1995:123-132.

<sup>293</sup> Mutimer 1999: 82f.

auch das Friedenskonzept – mit dem Ideensystem Gewalt erfasst: Sicherheit wird bedroht, wenn Formen struktureller Gewalt existent sind.<sup>294</sup>

Sicherheitsbestrebungen etwa im Rahmen von EU oder NATO wurden aus dieser Sicht von nationalen oder multilateralen Interessen bestimmt, deren Verfolgung dauerhaft nicht zu Frieden respektive Sicherheit im internationalen System führen könne.<sup>295</sup> Das Konzept kollektiver Sicherheit als einer partiellen und zeitlich begrenzten Überantwortung von Souveränität an internationale Institutionen konnte keine konfliktfreie und damit dauerhaft verlässliche Sicherheit für die einzelnen Mitgliedstaaten des kollektiven Sicherheitssystems erwirken.<sup>296</sup>

Kollektivität wurde vielmehr als empathisches Muster sicherheitspolitischen Handelns gefasst. Vertrauensgewinn durch politische Formen der Solidarisierung und Kooperation wurden in diesem Sinne essentiell für ein wirksames Sicherheitsmodell. Entscheidend war so ein *causal belief*, in dem der Sicherheitsgrad anderer Staaten vornehmlich zum Resultat des solidarischen Handelns im und durch den eigenen Staat wurde. Demzufolge mussten kalkulierte „einseitige Schritte“ (etwa der Abrüstung) im eigenen Land begonnen werden, um auf diesem Wege andere Staaten zu ähnlichen Schritten zu veranlassen.<sup>297</sup> Dies entsprach einer – institutionell nicht versprachlichten – Zielsetzung, Sicherheitsdilemmata in den internationalen Beziehungen zu „überwinden“, d.h. nur solche staatlichen Handlungen und Maßnahmen durchzuführen, die den Grad an Sicherheit anderer Staaten nicht verringern.<sup>298</sup>

Während in traditionellen Konzeptionen von nationalen und bündnisbezogenen Interessen aus argumentiert wird, entstand in den ersten Jahren nach Parteigründung eine „Bottom-up“-Sicht, die durch internationale Kooperation von Nicht-Regierungs-Organisationen eine Form pluraler, dezentraler und solidarisch-kollektiver Sicherheit zu erreichen suchte.<sup>299</sup> Gleichzeitig existierte in der Partei eine übergeordnete, zumeist globale „Top-down“-Sicht auf Sicherheitsinstitutionen: Es fand eine Fokussierung statt auf global agierende und vermeintlich universelle Interessen vertretende sicherheitspolitische Akteure, die in der auf Eigeninteressen bezogene Interaktion

---

<sup>294</sup> Vgl. Buzan 2000: 7.

<sup>295</sup> Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 19.

<sup>296</sup> Vgl. Collins 1997: 66.

<sup>297</sup> Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 18; vgl. Brock 1990: 73-75.

<sup>298</sup> Snyder 1999: 111-117. Für einen Überblick über unterschiedliche Konzeptionen des Sicherheitsdilemmas siehe: Collins 1997; Jervis 1978.

<sup>299</sup> Vgl. Friedensmanifest: 20ff.

einzelner Staaten vermitteln sollten. Hier wurden vor allem die KSZE genannt, die „die Nationalstaaten zum Zwecke der Kriegsverhütung überwölbt und verbindet“<sup>300</sup>, sowie die Vereinten Nationen als „multilaterale Regelungsebene für eine solidarische Weltgesellschaft ohne Alternative“.<sup>301</sup>

---

<sup>300</sup> Das Bundesprogramm: 21.

<sup>301</sup> Das Bundesprogramm: 42.

## 4 Untersuchungsfahrplan

Die bisherigen Kapitel dienten dazu, Erklärungsvariablen für das außenpolitische Handeln der Partei aufzustellen (Kapitel 1 und 2). Diese wurden dann in den Zusammenhang von Merkmalfaktoren gestellt, die den spezifischen Stellenwert der Variablen vor Beginn des Untersuchungszeitraums bestimmen (Kapitel 3). Die Erfassung der pazifistischen Ideensysteme in Kapitel 3.4 bildet die *Baseline* für die Identifizierung ideologischer Teilelemente in der institutionellen außenpolitischen Problembearbeitung während der 90er Jahre.

In der Untersuchung werden nunmehr drei ideologische Wirkungszusammenhänge angenommen (wahrnehmungsstrukturierend, optionenbildend, kollektivfunktional), die zusammen mit den anderen aufgestellten Variablen die Entwicklung und den Stellenwert der pazifistischen Ideologie erklären sollen. Bei der chronologisch vorgehenden Rekonstruktion außenpolitischer Problembearbeitungsprozesse werden im Anschluss an das entwickelte Framework folgende Orientierungsfragen entscheidend sein:<sup>302</sup>

- Welche Ereignisse, Interessen und Erwartungen formieren sich in der internationalen Umwelt? Welcher Problemzusammenhang wird für die außenpolitischen Akteure in der Bundesrepublik Deutschland generiert?
- Wie werden konkrete außen- und sicherheitspolitische Probleme von den Akteuren in der Partei formuliert? Inwieweit werden spezifische Problemaspekte besonders hervorgehoben oder ignoriert?
- Welche generellen Einflüsse ergeben sich durch die Parteienkonkurrenz auf der Akteursebene der Partei? Welche Motive von Mitgliedern und Anhängern der Partei sind für die Akteure von Bedeutung? Inwieweit intervenieren diese Faktoren bei der institutionellen Problembearbeitung?
- Welche Interessen und Motive bestimmen die institutionellen Akteure? Welche Erwartungen und Strategien sind für die Problembearbeitung entscheidend? Welche Akteurskonstellationen und Interaktionsformen bestimmen die Präferenzen der Akteure mit?
- Welche Akteurshandlungen sind in der konkreten außenpolitischen Entscheidungssituation zu erwarten? Welches Optionenset steht den Akteuren zur Verfügung? Lassen sich die Alternativen als pazifistische Ideologeme identifizieren oder auf diese zurückführen?

---

<sup>302</sup> vgl. dazu Siedschlag 2001: 51; Ostrom 1999: 44.

- Welche möglicherweise bevorzugten Handlungsalternativen liegen außerhalb des zur Verfügung stehenden Optionensets? Wie gehen die Akteure mit möglichen Diskrepanzen zwischen Präferenzen und institutionellen Handlungsoptionen um?
- In welchen persönlichen, institutionellen und allgemein politischen Zusammenhängen findet die Alternativenwahl der Akteure statt? Wie genau verbinden die Akteure ihre Präferenzen mit institutionellen Handlungsalternativen? Spielt bei der Alternativenwahl eine kollektive Funktion der Ideologie als Kodeterminante eine Rolle?
- Wirkt das Akteurshandeln bestätigend oder schwächend auf die institutionelle Identität? Welche Impulse sind für die zukünftige Wirkungskraft der pazifistischen Ideologie zu erwarten? Welche möglichen Rückwirkungen ergeben sich für die institutionelle Problembearbeitung?

Nach der Untersuchung von institutionellen Problembearbeitungsprozessen innerhalb des entwickelten Frameworks und mittels dieser Orientierungsfragen sollen Entwicklung und Stellenwert der Ideologie des Pazifismus in einer Zusammenschau dargestellt werden. Berücksichtigung finden dabei die Entwicklung der pazifistischen Ideologeme als auch der Stellenwert, den die Ideologie während des Untersuchungszeitraums in perzeptionaler und kollektivfunktionaler Hinsicht besitzt. In Abgleichung mit definierten Untersuchungszielen und festgelegter Vorgehensweise soll letztlich die Tragfähigkeit des verwendeten Frameworks als auch der Methodik evaluiert werden.

## 5 Die Grünen und die Krise am Persischen Golf 1990/91

### 5.1 *Neue geopolitische Problemstellungen für Deutschland*

Die Krise am Persischen Golf in der Folge des gewaltsamen Einmarsches des Irak in Kuwait Anfang August 1990 entwickelte sich zum ersten Großereignis der internationalen Beziehungen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Es formierte sich eine – nicht nur die im Verbund agierenden Staaten Westeuropas und Nordamerikas, sondern zudem die alten Trennungslinien des Ost-West-Gegensatzes übergreifende – Staatenkoalition unter Führung der USA. Die amerikanische Regierung strebte bereits kurz nach dem Einmarsch des Irak und dem Hilfsersuchen Kuwaits und Saudi-Arabiens ein multilaterales Vorgehen an und bemühte sich, auf der Basis einer Ermächtigung durch die UN um ein militärisches Agieren in einem übergreifenden Staatenbündnis unter ihrer Führung.<sup>303</sup>

Die westlichen Partner erwarteten auch mit Blick auf dessen wiedererlangte volle Souveränität von Deutschland die Bereitschaft, in höherem Maße als bisher über eigene politische Initiativen an der Gestaltung der internationalen Politik mitzuwirken.<sup>304</sup> War der institutionelle Rahmen der Bundesrepublik vor allem im sicherheitspolitischen Bereich bislang weitgehend vorgegeben gewesen, so mussten die Handlungen nunmehr in stärkerem Maße selbstständig bestimmt werden.<sup>305</sup> Die Golfkrise forderte von den politischen Akteuren Deutschlands eine deutliche Positionsbeziehung, lange bevor sich die Konturen einer funktionierenden neuen außenpolitischen Selbstverortung des wiedervereinten Deutschland herausbilden und eine volle Handlungsfähigkeit Deutschlands hergestellt werden konnte.

Der politische Apparat Deutschlands war weitgehend mit der Herbeiführung und Ausgestaltung der Wiedervereinigung beschäftigt.<sup>306</sup> Zudem befanden sich die politischen Parteien im Wahlkampf zum ersten gesamtdeutschen Parlament, wo innen- bzw. deutschlandpolitische Fragen wesentlich höheres Gewicht besaßen als außenpolitische Problemstellungen.<sup>307</sup> Letztlich war die Phase der Regierungsbildung erst Mitte Januar 1991 abgeschlossen, so dass die

---

<sup>303</sup> Link 1999b: 13.

<sup>304</sup> Haftendorn 1994: 149.

<sup>305</sup> Siedschlag 1997: 333.

<sup>306</sup> Maull/Stahl 2002: 84.

<sup>307</sup> Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(1); Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(2); Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(3); Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(4).

politischen Akteure zwischen dem Einmarsch des Irak und dem Beginn der militärischen Aktion der Staatenkoalition am 17.1.1991 einen starken innenpolitischen Handlungsfokus hatten.

Deutschland beteiligte sich unmittelbar nach der Invasion zunächst am Handelsembargo gegen den Irak.<sup>308</sup> So wurde logistische Unterstützung zugesagt sowie Mitte August 1990 eine Militärflottille der Bundesmarine ins Mittelmeer entsandt, um ein in die Golfregion verlegtes US-Kontingent zu ersetzen.<sup>309</sup> Für die deutschen außenpolitischen Akteure waren bei Art und Umfang von Unterstützungsleistungen vor allem geopolitische Fragen des internationalen Gleichgewichts entscheidend. Die Bundesregierung konnte sich durch einen Beitrag das Mitspracherecht innerhalb der westlichen Bündnisstrukturen, vor allem in der NATO sichern.<sup>310</sup> Eine Zurückhaltung Deutschlands konnte demgegenüber von US-amerikanischer Seite als mangelnder Beweis von Bündnissolidarität ausgelegt werden.<sup>311</sup>

Andererseits gab es in der politischen Elite der Sowjetunion starke Widerstände gegen die Westpolitik von Präsident Gorbatschow und Außenminister Schewardnadze, die Deutschland berücksichtigen musste.<sup>312</sup> Die Bundesrepublik war im Begriff, einen für die gegenseitigen Beziehungen bedeutenden Partnerschaftsvertrag mit der Sowjetunion zu unterschreiben, in dem letztlich festgehalten wurde, „niemals und unter keinen Umständen als erste Streitkräfte gegeneinander oder gegen dritte Staaten ein[zu]setzen.“<sup>313</sup> Eine militärische Beteiligung Deutschlands konnte in der Sowjetunion einen Vertrauensverlust bedeuten, so dass Deutschland in der doppelten Herausforderung stand, sowohl nach Osten als auch nach Westen die „eigene Friedfertigkeit [...] beweisen zu müssen.“<sup>314</sup>

Im Sinne der vom amerikanischen Präsident George Bush im Mai 1989 angebotenen *partnership in leadership*<sup>315</sup> erwog Bundeskanzler Kohl zunächst eine Entsendung der Bundeswehr in den Persischen Golf, also außerhalb des Bündnisgebiets der NATO. Dies erachtete er – ein Mandat

---

<sup>308</sup> Bonn bereitet Handelsembargo gegen Irak vor.

<sup>309</sup> Staack 2000: 471.

<sup>310</sup> Siedschlag 1997: 331.

<sup>311</sup> Vgl. Sked 1991.

<sup>312</sup> Interview mit Hans-Dietrich Genscher: 6; Kaiser/Becher 1992: 7f.

<sup>313</sup> Vertrag über gute Nachbarschaft: D 86, Artikel 3.

<sup>314</sup> Inacker 1991:10; vgl. auch Karacs/Eisenhammer/Higgins 1990.

<sup>315</sup> Rede von George Bush zu den Ost-West-Beziehungen: D 357.

der UN vorausgesetzt – als verfassungsrechtlich konform.<sup>316</sup> Auch Bundesverteidigungsminister Stoltenberg behielt sich für den Fall eines konkreten Hilfeersuchens in der Krise „politische Entscheidungen“ zu einem möglichen militärischen Beitrag Deutschlands vor.<sup>317</sup>

In einer am 20. August 1990 getroffenen Übereinkunft setzte sich in der Koalition jedoch die Position der FDP unter Führung von Bundesaußenminister Genscher durch, wonach ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes unrechtmäßig sei, man jedoch eine Verfassungsänderung anstrebe, die einen Einsatz auf Basis einer Resolution des UN-Sicherheitsrates erlaube.<sup>318</sup> Damit hielt man an dem seit Beginn der siebziger Jahre bestehenden politischen Konsens fest, dass die Bundeswehr aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht *Out-of-area* eingesetzt werden dürfe.<sup>319</sup>

In der Folge erhöhte die US-amerikanische Regierung den Handlungsdruck auf Deutschland, die Staatenkoalition militärisch oder finanziell zu unterstützen.<sup>320</sup> Anfang Januar entsendete die Bundeswehr 18 Alpha-Jets und 200 Soldaten als Teile der mobilen Einsatztruppe der NATO zum türkischen Stützpunkt Erhac, um Deutschlands Einsatzbereitschaft zu dokumentieren und gleichzeitig den Irak durch Militärpräsenz von einem potentiellen Angriff auf die Türkei abzuschrecken.

Am 17.1. 1991 begann die alliierte Koalition aus 33 Staaten mit einer Luftoffensive gegen den Irak. Diese war durch eine Resolution des Sicherheitsrats der UN von Ende August gestützt, die mit der Regierung von Kuwait kooperierende Staaten ermächtigte, „alle notwendigen Mittel“ anzuwenden, um die Durchsetzung des Embargos und die Zurückdrängung der irakischen Besatzungsmacht in Kuwait durchzusetzen, falls der Irak sich nicht bis zum 15. Januar aus Kuwait zurückzog.<sup>321</sup> Eine deutsche Beteiligung an der militärischen Aktion gab es nicht, die Unterstützungsleistung der Bundesregierung konzentrierte sich weiterhin auf finanzielle

---

<sup>316</sup> Kohl schließt Einsatz im Golf nicht aus.

<sup>317</sup> Streit um Bundeswehreinsatz am Golf.

<sup>318</sup> Verständigung in Bonn nach eingehenden Beratungen.

<sup>319</sup> Vgl. Haftendorn 2001: 392.

<sup>320</sup> US-Senator McCain kritisierte öffentlich, offenkundig fehlt es den Deutschen an Einfühlungsvermögen für die Situation, in der wir Amerikaner uns befinden... Eine Entsendung von deutschen Luft- und Bodestreitkräften wäre sehr hilfreich.“ (zitiert nach: „Bonn soll seinen Beitrag leisten“; Zorn im Kongress).

<sup>321</sup> Resolution 678 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen: 103; vgl. auch: Embargo bis Kriegsbeginn.



Hilfen.<sup>322</sup> Diese wurden ausgeweitet, als der Irak wenige Tage später nichtmilitärische Ziele in Israel mit Waffen beschoss, die mit Unterstützung durch deutsches Know-how hergestellt worden waren.<sup>323</sup>

Der Bundestag stellte bei Beginn der Luftoffensive in einer EntschlieÙung fest, dass die westlichen Verbündeten einen „Anspruch auf unsere Solidarität“ besaßen.<sup>324</sup> Diese äußerst reservierte Haltung der politischen Akteure war stark durch die öffentliche Meinung geprägt, da es im Vorfeld der Militäraktion gegen den Irak zu Großdemonstrationen gegen eine mögliche Intervention der internationalen Allianz gekommen war. Etwa 250.000 Menschen demonstrierten Mitte Januar in 120 Städten, insbesondere in Bonn und Berlin, gegen einen bevorstehenden Krieg. Die Demonstrationen waren die größten seit 1983 anlässlich der Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa.<sup>325</sup> Es schien, als würde die Friedensbewegung ihre massenhafte Mobilisierungsfähigkeit wieder erlangen.<sup>326</sup>

Zusätzlich zu den internationalen Erwartungen der westlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands wurde so auch innenpolitisch Handlungsdruck auf Regierung und Parteien ausgeübt.<sup>327</sup> Die Bundesregierung wollte offensichtlich in der Breite der Bevölkerung einer „bleibenden politischen Entfremdung“<sup>328</sup> vorbeugen und agierte auch aus diesem Grund zögerlich, was jedoch den Eindruck einer „zeitweiligen Sprach- und Orientierungslosigkeit“<sup>329</sup> hinterließ. Finanzielle Unterstützungsleistungen der internationalen Staatenkoalition, die sich insgesamt auf etwa 17 Milliarden DM beliefen, fanden mit Blick auf die Demonstrationen weitgehend ohne öffentliche Diskussionen statt.<sup>330</sup>

---

<sup>322</sup> Vgl. Kaiser/Becher 1992: 40ff.

<sup>323</sup> Vgl. Deutsche Firmen rüsten Irak auf; Irakisches Giftgas „made in Germany“; Weitere 5,5 Milliarden an Amerika.

<sup>324</sup> EntschlieÙungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP im Bundestag zur Krise am Golf.

<sup>325</sup> Vgl. Massendemonstrationen in ganz Deutschland.

<sup>326</sup> Berger 1998: 173.

<sup>327</sup> Vgl. Staack 2000: 473.

<sup>328</sup> Kaiser/Becher 1992: 25.

<sup>329</sup> Kaiser/Becher 1992: 29.

<sup>330</sup> Vgl. Schöllgen 1999: 205; Inacker 1991.

## **5.2 Ablehnung einer Beteiligung an militärischen Aktivitäten**

Handlungsschwerpunkt der Akteure der Grünen lag seit dem Einmarsch des Irak in den Kuwait auf einer möglichen Beteiligung Deutschlands an den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen der Staatenkoalition. Die Bundestagsfraktion der Grünen forderte in einem Antrag Ende August,

„in keiner Weise die Bundeswehr zum Einsatz zu bringen, und auch für die Zukunft keinerlei Bundeswehreinsatz zur ‚Regulierung internationaler Konflikte‘ anzustreben, auch nicht im Rahmen eines von der UNO beschlossenen Militäreinsatzes.“<sup>331</sup>

Die Fraktion sprach zwar von „guten Möglichkeiten erfolgversprechender Wirtschaftssanktionen“ als Antwort auf die Aggression des Irak, ein Beitrag Deutschlands in Form einer finanzieller Beteiligung an den Kosten von Embargo-Maßnahmen wurde jedoch abgelehnt.<sup>332</sup> Zur gleichen Zeit bezeichnete der Bundeshauptausschuss, das oberste Gremium der Bundespartei zwischen den Parteitag<sup>333</sup>, die Besetzung und Annexion Kuwaits durch den Irak als einen „brutalen Aggressionsakt“, der „rückgängig gemacht werden“ müsse. Die Verstärkung alliierter Truppen im persischen Golf im Zuge der irakischen Invasion lehnte der Bundeshauptausschuss jedoch ebenfalls ab.<sup>334</sup> Die Akteure verurteilten den Einmarsch des Irak, gleichzeitig jedoch standen sie einer militärischen Reaktion durch die internationale Staatenkoalition geschlossen ablehnend gegenüber. Jegliche Einbindung der Bundeswehr, auch logistische Unterstützung internationaler Truppen unter dem organisatorischen Dach der Vereinten Nationen waren für die Grünen nicht akzeptabel. Eine Beteiligung „an dem derzeitigen Militäraufmarsch“ stand für die Partei „außer Frage“, wie es bei einer Diskussionsveranstaltung der Partei in Bonn einhellig hieß.<sup>335</sup>

Die Bundestagsabgeordnete Angelika Beer warnte im September, mit einer Einbeziehung der deutschen Bundeswehr werde einem künftigen Einsatz „der Boden bereitet“. Sie unterstellte,

---

<sup>331</sup> Entschließungsantrag der Fraktion Die Grünen zum Bericht der Bundesregierung über die Tagung der WEU/EPZ-Sitzung zur Lage am Golf.

<sup>332</sup> Entschließungsantrag der Fraktion Die Grünen zum Bericht der Bundesregierung über die Tagung der WEU/EPZ-Sitzung zur Lage am Golf.

<sup>333</sup> Raschke 1993: 567f.

<sup>334</sup> Keine Intervention und keine Bundesmarine in den Golf.

<sup>335</sup> Vgl. Bundesgrüne gegen Golfaufmarsch.

dass „das neue Großdeutschland“ sich darauf vorbereite, künftig auch in Krisenregionen der „Dritten Welt“ militärisch Flagge zu zeigen.<sup>336</sup> Ralf Fücks vom Bremer Landesverband äußerte, der Stopp aller Rüstungsexporte und der Einsatz für eine „konsequente Entmilitarisierung innen- und außenpolitischer Konflikte“ werde „mehr Frieden bewirken“ als eine Beteiligung Deutschlands an einer Militäraktion.<sup>337</sup>

In der Erklärung des Bayreuther Parteitages Ende September sprachen sich die Delegierten der Kreis- und Ortsverbände ebenfalls gegen eine Unterstützung der „kriegsträchtigen militärischen Interventionspolitik“ der westlichen Staatenkoalition aus. Die Delegierten wandten sich in der Resolution gegen „deutsche Ansprüche, als ökonomisch und politisch dominantes Land in den Kreis der Großmächte aufzurücken.“<sup>338</sup>

Die einhellige Ablehnung in der Partei gegenüber jeglicher Unterstützungsleistung Deutschlands im Zuge des Konflikts richtete sich auch gegen die Stationierung deutscher Truppen in der Türkei im Januar 1991. Joschka Fischer forderte mit Bezug auf die Entsendung von Soldaten in die Türkei,

„dass in der Bundeswehr Nein gesagt wird zu einem solchen Schritt hin zu einer militärisch unterfütterten Geopolitik“.<sup>339</sup>

Die Europaabgeordnete Claudia Roth erklärte gemeinsam mit Bundesvorstandsmitglied Ozan Ceyhun, die Bundesregierung mache sich zum „Erfüllungsgehilfen und Handlanger“ einer „menschenrechtsverletzende[n] Politik der türkischen Führung.“<sup>340</sup> Ähnlich scharf argumentierte Jürgen Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in Niedersachsen: Der Kriegseintritt Deutschlands werde durch die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen deutscher Luftwaffeneinheiten „auf verfassungswidrigem Weg vorbereitet.“<sup>341</sup>

Aus Sicht der grünen Akteure war es während der Krise zu einer neuen Verortung der bundesrepublikanischen Außen- und Sicherheitspolitik gekommen. Die Akteure befürchteten

---

<sup>336</sup> Beer/Eich 1990.

<sup>337</sup> Fücks 1990.

<sup>338</sup> Beschlüsse der außerordentlichen Bundesversammlung in Bayreuth.

<sup>339</sup> Zitiert nach: Kaum ist die Einheit da, schickt man deutsche Soldaten zur Front.

<sup>340</sup> Zitiert nach: SPD uneins über deutsche Truppen in der Türkei.

<sup>341</sup> Zitiert nach: Grüne empört über Türkeihilfe; vgl. auch Trittin: Tarnung für Rüstungsexporte.

innerhalb veränderter geopolitischer Problem- und Handlungsrahmen eine neue außenpolitische Interessenvertretung Deutschlands. Durch eine Abkehr von staatlicher Interessenverfolgung sollten aus dieser Sicht mögliche Sicherheitsdilemmata verhindert werden. Diese pazifistische Position war zuletzt im Wahlprogramm 1990 als außenpolitisches Ziel einer nationalen „Selbstbeschränkung“ des wiedervereinten Deutschland benannt worden.<sup>342</sup> Die Akteure der Grünen applizierten diesen in den Jahren zuvor entwickelten sicherheitspolitischen *causal belief* während der Golfkrise auf das neuartige Problem eines deutschen Beitrags zur militärischen Intervention der westlichen Staatenkoalition.<sup>343</sup> Jegliche Aktivität Deutschlands in der Krise wurde als Ausdruck einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik erkannt, die an die imperiale Großmachtpolitik des Dritten Reiches anschloss und in einen neuen Nationalismus zu führen drohte.<sup>344</sup>

Knapp zufolge waren die Aktivitäten der Parteiakteure während der Krise am Golf nicht Ausdruck einer übergreifenden institutionellen Handlungsstrategie.<sup>345</sup> Auch handlungsleitende Interessenstrukturen lassen sich bei der Problembearbeitung während der Krise kaum identifizieren. Die Akteure hielten sich insgesamt zurück, so dass auch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, dass sich die Grünen als Bundespartei „nicht dezidiert zu Wort melden“.<sup>346</sup> Es fand eine unmittelbare Fokussierung auf die Frage einer deutschen Beteiligung am Vorgehen der Alliierten in der Golfkrise statt. Die Anzahl der Beiträge grüner Akteure in dieser Frage war wesentlich höher als die Reaktionen auf die geopolitische Bedeutung des Konflikts und der Frage nach den Interessen, die die internationale Koalition in der Krise verfolgte.

Parallel zu dieser Fokussierung des Problemaspekts nationaler Interessenverfolgung ignorierten die Akteure die Handlungssituation zwischen eingeforderten Unterstützungsleistungen bei gleichzeitig erwarteten sicherheitspolitischen Friedfertigkeitbeweisen. Die Akteure der Grünen befürchteten auf der Basis einer pazifistischer Orientierung eine Interessenvertretung Deutschlands, die aus dieser Sicht die Sicherheit des internationalen Systems zu gefährden drohte. Diese Position stellte indes keine konkrete Antwort auf die durch den gewaltsamen Einmarsch in Kuwait entstandenen spezifischen Handlungsprobleme Deutschlands dar. So hatte

---

<sup>342</sup> Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 21.

<sup>343</sup> Interview mit Knapp, 4.1.02.

<sup>344</sup> Zum „historischem“ Argument siehe: Berger 1998: 55-86; Berger 1996: 329-331; Baumann 2001: 166.

<sup>345</sup> Interview mit Knapp, 4.1.02.

<sup>346</sup> Vgl. „Kaum ist die Einheit da, schickt man deutsche Soldaten zur Front“.

die „ideologisch gefärbte“ Perzeption Einfluss auf eine negative Erwartungsstruktur der Akteure, was eintreffen sollte und was wünschenswert war.<sup>347</sup> Die neuen außen- und sicherheitspolitischen Problemstellungen Deutschlands wurden während der Krise stark vernachlässigt, das Handeln der Partei war beschränkt „auf die strikte Verpflichtung zur Appeasement-Politik gegenüber Gewalttättern“.<sup>348</sup>

Hinsichtlich des normativen Problems eines militärischen Handelns in den internationalen Beziehungen war im Bundestagswahlprogramm formuliert worden, dass „Gewaltfreiheit [...] uneingeschränkt und ohne Ausnahme zwischen allen Menschen“ gelte.<sup>349</sup> Die politischen Argumentationen der grünen Akteure um eine mögliche Aktivität der Bundesrepublik in der Golfkrise wurden jedoch nicht auf diese Programmatik und damit nicht auf die pazifistische Handlungsnorm der Gewaltfreiheit rückbezogen. Mit der historischen Projektion einer reaktionären und konfliktinduzierenden nationalen Interessenverfolgung Deutschlands war es für das politische Handeln der institutionellen Akteure nicht notwendig, auf die Gewaltfreiheitsnorm zurückzugreifen, da mit diesem *causal belief* jegliches militärische wie politische Agieren Deutschlands in der Krise abgelehnt wurde.

### **5.3 Die Frage der Waffenlieferungen nach Israel**

Ein Schwerpunkt des parlamentarischen Agierens der Partei im Bundestag hatte außen- und sicherheitspolitisch auf Forderungen nach Exportstopps für in Deutschland hergestellte oder mit deutschem Know-how produzierte Waffen gelegen.<sup>350</sup> Während der Krise am Golf wurde diese Aktivität in der Frage der Rüstungsexporte intensiviert. Die Fraktion kritisierte bereits unmittelbar nach dem Einmarsch des Irak die Beteiligung deutscher Firmen an dessen militärischer Aufrüstung und bezichtigte die Bundesregierung einer Teilschuld durch zu schwache Rüstungsexportrichtlinien.<sup>351</sup> Zudem wurde im September 1990 gegen den vormaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes und zum Zeitpunkt der Golfkrise als Staatssekretär

---

<sup>347</sup> Legro 2000: 426.

<sup>348</sup> Kaiser/Becher 1992: 24.

<sup>349</sup> Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 8.

<sup>350</sup> Vgl. etwa: Zum Problem einer Proliferation von chemischen Vernichtungsmitteln durch Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland; Volmer 1998a: 455.

<sup>351</sup> Entschließungsantrag der Fraktion Die Grünen zum Bericht der Bundesregierung über die Tagung der WEU/EPZ-Sitzung zur Lage am Golf.

im Justizministerium tätigen Klaus Kinkel Strafanzeige erstattet. Angelika Beer und Helmut Lippelt begründeten dies mit dem Verdacht auf „Mittäterschaft bei der Lieferung von Anlagen zum Bau chemischer Waffen im Irak“.<sup>352</sup>

Eine konkrete Handlungssituation ergab sich nach dem Angriff des Irak auf zivile Ziele in Israel, bei dem acht Scud-Raketen bereits wenige Stunden nach dem Beginn der internationalen Militäration u.a. in Tel Aviv und Haifa einschlugen.<sup>353</sup> Angesichts eines drohenden Angriffs mit chemischen oder biologischen Waffen kam es in Israel zu Demonstrationen mit der Losung „1941 – Zyklon B, 1991 – Nerven- und Senfgas“, die eine deutliche politische Reaktion vonseiten der politischen Akteure Deutschlands erforderten.<sup>354</sup> Das Bundeskabinett beschloss Ende Januar 1991 ein Paket von Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung des militärischen Schutzes Israels und seiner Bevölkerung, wozu u.a. auch das Angebot gehörte, Israel mit Luftabwehraketen zu versorgen.<sup>355</sup>

Die Frage der Verteidigungsfähigkeit Israels angesichts der konkreten äußeren Bedrohungssituation wurde vom Bundesvorstand der Grünen zunächst kaum thematisiert.<sup>356</sup> Lediglich der Bundeshauptausschuss verurteilte kurz nach dem irakischen Abschuss der Skud-Raketen auf Israel die Angriffe und forderte ihre sofortige Einstellung.<sup>357</sup> Offenbar hielten sich die Akteure auf Bundesebene in dieser Frage zurück, da das Thema „zu sensibel“ war.<sup>358</sup> Die Ambivalenz des Handlungsproblems ergab sich für die grünen Akteure aus dem Umstand, dass im grünen Bundestagswahlprogramm ein absolutes Exportverbot als Handlungsziel festgeschrieben worden war. Die Zustimmung zu Waffenlieferungen an Israel konnten nun als Widerspruch zum Parteiprogramm und als Beitrag zur Konflikteskalation interpretiert werden.<sup>359</sup> Andererseits bedeutete ein Rekurs auf diese Programmatik „noch keine Antwort auf die Frage,

---

<sup>352</sup> Vgl. Grüne zeigen Ex-BND-Chef an.

<sup>353</sup> Walker/Fairhall 1991.

<sup>354</sup> Vgl. Wasmuht 1998: 7.

<sup>355</sup> Vgl. Kaiser/Becher 1992: 35.

<sup>356</sup> Volmer zufolge sprachen sich Joschka Fischer, Rupert von Plottnitz, Waltraud Schoppe und Hubert Kleinert früh für einen raschen Einsatz der bundeswehreigenen Patriot-Raketen zur Verteidigung Israels gegen die irakischen Raketen aus (Volmer 1998a: 454). Dies konnte anhand der untersuchten Quellen nicht nachgewiesen werden.

<sup>357</sup> Vgl. „Die Waffen nieder!“.

<sup>358</sup> Grüne empört über Türkeihilfe.

<sup>359</sup> Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 20.

wie den Israelis geholfen werden soll".<sup>360</sup> Denn es konnten nicht nur historische Argumente des besonders sensiblen Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel angeführt, sondern der „Zynismus" genannt werden, dass mit deutscher Hilfe zunächst irakische Raketen gebaut wurden, man aber nun nicht-militärische Mittel zur Verteidigung Israels gegen diese Raketen vorsah.<sup>361</sup>

Im hessischen Landesverband kam es hinsichtlich der Frage von Raketenlieferungen zu heftigen Diskussionen.<sup>362</sup> Auf einer Mitgliederversammlung des Landesverbandes Ende Januar 1991 wurde eine Lieferung deutscher Patriot-Raketen nach Israel zunächst abgelehnt. Michael Brumlik, grüner Frankfurter Stadtverordnete und Mitglied der jüdischen Gemeinde, drohte daraufhin mit seinem Parteiaustritt und der Niederlegung seines Stadtratmandats. Er begründete dies damit, dass die Partei sich nur um Juden kümmern würde, „wenn sie bereits tot sind".<sup>363</sup> In einer unmittelbar anschließenden Debatte einigten sich die Delegierten darauf, dass Israel „Anspruch auf Schutz" habe, auch „in militärischer Form".<sup>364</sup> Die Waffenlieferungen wurden damit nicht ausdrücklich befürwortet, die Position Brumliks unter starker Einflussnahme Joschka Fischers verundeutlicht.<sup>365</sup>

Angesichts dieser öffentlich geführten Diskussion musste die Parteiführung nun reagieren. Christine Weiske sprach sich im Namen des Bundesvorstands gegen eine Waffenlieferung aus, da „einzig und allein die Beendigung des Krieges" im Irak ein „wirksamer Schutz für die Menschen im Nahen Osten" sei.<sup>366</sup> Jürgen Trittin äußerte, Raketenlieferungen legitimierten die jahrelang kritisierte Rüstungspolitik der Bundesregierung. Außerdem böten solche Lieferungen

---

<sup>360</sup> Kostede 1991.

<sup>361</sup> Vgl. etwa die Stellungnahmen der Hamburger GAL-Politikerin Gabi Gottwald (Diskussionsrunde zum Verhältnis der Friedensbewegung zu Israel: 175-181).

<sup>362</sup> Vgl. Markovits/Gorski 1997: 455.

<sup>363</sup> Vgl. Klingelschmitt 1991a.

<sup>364</sup> Vgl. Klingelschmitt 1991a.

<sup>365</sup> Interview mit Knapp, 4.1.02. Von Teilnehmern der Sitzung wurde die Meinungsverschiebung zwischen den Abstimmungen einerseits als „Gefolgschaftsdenken", andererseits als „Ausdruck der Betroffenheit" interpretiert (Wülfing 1991; Klingelschmitt 1991a).

<sup>366</sup> „Warum wir gegen Waffenlieferungen nach Israel sind“.

keinen größeren Schutz, sondern seien „symbolische Akte“, mit denen die Bundesrepublik „ihr Image“ verbessern wolle.<sup>367</sup>

Der Bremer Landesverband verabschiedete hingegen wenige Tage später mit knapper Mehrheit eine Resolution, die eine Raketenlieferung unterstützte:

„Wir können nicht guten Gewissens gegen Abwehrraketen gegen Israel auftreten, nachdem wir die Belieferung des Irak mit Angriffstechnologie nicht verhindern konnten.“<sup>368</sup>

Im Interview sagte Fücks, diese Befürwortung sei vor allem auf „persönliche Konstellationen“ der Akteure im Bremer Landesverband zurückzuführen gewesen. Die Akteure hätten sich nicht „als Pazifisten definiert“, zudem eine „klare Haltung“ zum Selbstverteidigungsrecht Israels besessen und seien „stark genug“ gewesen, ihre Position öffentlich zu diskutieren.<sup>369</sup> Die Gegner der Resolution warfen den Befürwortern indes „Gelegenheitspazifismus“ vor.<sup>370</sup>

Den Höhepunkt der Debatte in der Partei löste ein Interview aus, das Bundesvorstandssprecher Christian Ströbele während einer Delegationsreise mit dem Journalisten Henryk Broder in Jerusalem führte. Ströbele argumentierte, die irakischen Raketenangriffe gegen Israel stünden ursächlich in Verbindung mit dessen „unrechtmäßiger“ Politik. Den Unterschied zwischen der Politik Israels während der Besetzung der palästinensischen Gebiete und dem Einmarsch des Irak in Kuwait beschrieb Ströbele wie folgt:

„Israel war damals einem Krieg ausgesetzt, hat die Gebiete erobert, hat sie dann behalten. Das ist ein wichtiger Unterschied zum Irak. Trotzdem ist das Unrecht, in den Gebieten eine Besatzungspolitik zu machen, vom Grundsatz her ein ähnliches Unrecht wie die Besatzung Kuwaits. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Israel seit Jahren eine Politik betreibt, die wir nicht gutheißen können. Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels.“<sup>371</sup>

Ströbele rief mit dieser Position große Empörung innerhalb und außerhalb der Partei hervor. Der Bundesvorstand distanzierte sich von Ströbele. Dessen Aussagen bewegten sich „außerhalb des

---

<sup>367</sup> Trittin 1991a.

<sup>368</sup> Zitiert nach: Grüne für Patriot-Raketen.

<sup>369</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>370</sup> Zitiert nach: Grüne für Patriot-Raketen.

<sup>371</sup> „Raketenangriffe sind Konsequenz der Politik Israels“.



Grundkonsens des Bundesvorstandes“, wie es in einer Erklärung hieß.<sup>372</sup> Fischer kritisierte, Ströbele mache sich zum „Büttel des irakischen Präsidenten Saddam Husseins“ und habe der Partei „großen Schaden zugefügt.“<sup>373</sup> Auch führende Politiker der Parteilinken wie Ludger Volmer und Gaby Gottwald distanzierten sich von Ströbele.<sup>374</sup> Parteisprecherin Renate Damus, die zur Israel-Delegation gehört hatte, sprach zunächst von „Schmierjournalismus“ Henryk Broders. Wenige Tage später kam auch sie zu dem Schluss, dass Ströbeles Interview „in keiner Weise zu retten“ sei.<sup>375</sup>

Ströbele erklärte angesichts der Reaktionen auf das Interview seinen Rücktritt vom Amt des Vorstandssprechers. Zur Begründung sagte er, es sei für ihn nicht weiter möglich, die Interessen der Grünen „glaubhaft“ zu vertreten.<sup>376</sup> In einer schriftlichen Reaktion warb er um „Verständnis“ für seine Haltung und räumte ein, dass er die Bedeutung der Waffenlieferung an Israel „falsch eingeschätzt“ habe.<sup>377</sup> Wenig später äußerte Ströbele weiterhin die Befürchtung, dass die Sicherheit Israels nur durch einen sofortigen Waffenstillstand und den Stopp aller Waffenlieferungen in die Region erreicht werden könne.<sup>378</sup> Renate Damus blieb auch nach den heftigen Reaktionen bei der Haltung, „dass die israelische Regierung nichts zur Befriedung der Region beigetragen“ habe.<sup>379</sup>

Zur gleichen Zeit kam in vielen Aktivitäten ein sehr solidarisches Verhältnis der Partei zu Israel zum Ausdruck. Einige Wochen zuvor hatte eine Reise vom Darmstädter Stadtverband der Grünen nach Israel stattgefunden, bei der man auf „nichts als [...] Freundschaft gestoßen“ war.<sup>380</sup> Auch Ströbele selbst hatte sich Mitte der 80er Jahre im Bundestag für die Intensivierung einer

---

<sup>372</sup> Ströbeles Aussagen vor der Israelreise.

<sup>373</sup> Fischer kritisiert Grünen-Sprecher.

<sup>374</sup> Vgl. Der grünen 'Baisse' noch eins draufgesetzt.

<sup>375</sup> Zitiert nach: Grüne geläutert aus Israel zurück. Der Vorwurf, das Interview wurde von Broder manipuliert, konnte bis auf einige Ungenauigkeiten bei der Übersetzung des Interviews vor Gericht nicht bewiesen werden.

<sup>376</sup> Vgl. Ströbele gibt sein Amt auf.

<sup>377</sup> Ströbele 1991b:142f.

<sup>378</sup> Vgl. Ströbele 1991a.

<sup>379</sup> Ströbele 1991b:142.

<sup>380</sup> Klingelschmitt 1991b.

Versöhnungsdebatte zwischen Israel und Deutschland stark gemacht.<sup>381</sup> Zwischen der von Ströbele während der Golfkrise vertretenen Position und der eines Großteils der Stammwählerschaft und den Aktivisten der Partei bestand jedoch ein hoher Übereinstimmungsgrad. Bestätigt wurde dies durch den Empfang Ströbeles mit „stürmischem Beifall“ auf dem Parteitag in Neumünster im April 1991.<sup>382</sup> Die Berliner „tageszeitung“ erreichte zahlreiche Leserbriefe, die Ströbeles Position unterstützten.<sup>383</sup> Auch Petra Kelly bestätigte, Ströbeles Argumentation habe sie „leider auch schon in Kreisen der Grünen gehört“. <sup>384</sup> Insofern können Ströbeles Aussagen nicht als Positionsbeziehung eines einzelnen politischen Akteurs gedeutet werden, sondern es ziehen sich vielmehr „kollektive Interpretationsmuster“ durch Ströbeles Formulierungen.<sup>385</sup> Fücks zufolge waren die Reaktionen der Aktivisten und Stammwähler Teil einer „Solidarisierungswelle“. Ströbeles Rücktritt stellte aus dieser Sicht ein politisches Opfer dar, seine Äußerungen entsprachen jedoch den politischen Realitäten.<sup>386</sup>

Grundlage für die Einschätzung war die Identifizierung von geopolitischen Fehlentwicklungen, die der eigentlichen Krise zeitlich und ursächlich vorausgingen. Ströbele kam zu der Auffassung, dass die als aggressiv interpretierte Politik Israels gegenüber seinen arabischen Nachbarn zu einem Faktor „struktureller“ Gewalt geworden war, der in einer „Gewaltspirale“ kausal mit der Golfkrise verbunden war. Dieser auf pazifistischen Konzeptionen basierende *causal belief* wurde von Ströbele wie von vielen Aktivisten auf das Handlungsproblem einer möglichen Lieferung von Patriot-Raketen übertragen. Damit wurde die konkrete Frage nach der Verteidigungsfähigkeit Israels nach dem Raketenbeschuss nicht beantwortet. Die der Krise vorangehenden Faktoren für die militärische Austragen des Konflikts wurden von den Akteuren „nicht akzeptiert“, und auf dieser Basis „sah man keine Notwendigkeit“, zu den konkreten Handlungsproblemen Stellung zu nehmen.<sup>387</sup> Das pazifistische Optionenset war in der Krise

---

<sup>381</sup> Vgl. Ströbele 1986a; Ströbele 1986b; Knapp 1991: 14. Knapp zufolge wäre ohne Ströbeles Engagement eine Thematisierung des Holocaust im Bundestag nicht möglich gewesen (Interview mit Knapp, 4.1.02).

<sup>382</sup> Die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen.

<sup>383</sup> So zum Beispiel auch von Andreas Neunert, Mitglied des Stadtverbandes München-Mitte und Bundestagskandidat für die Grünen (vgl. Neunert 1990; Markovits/Gorski 1997: 209).

<sup>384</sup> „Mir macht die Situation angst“; vgl. Schenk 1991.

<sup>385</sup> Kostede 1991; vgl. auch Loewenstein 1991.

<sup>386</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>387</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

insgesamt zu inflexibel, um die konkreten Handlungsprobleme in der Krise adäquat zu interpretieren.<sup>388</sup> Die Neuheit des außenpolitischen Problems war für die Akteure offensichtlich zu prägend, als dass man neue Optionensets formulieren konnte. Stattdessen wurde in der Partei „Frieden[...] zur absoluten moralischen Kategorie“<sup>389</sup>, die – lösgelöst von ihrer Fähigkeit, eine Bearbeitung der Krise zu ermöglichen – auf die generierten Handlungsprobleme angewandt wurde.

## **5.4 Der Parteitag von Neumünster**

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hatte die SPD mit der Übernahme ursprünglich von den Grünen verfochtenen Positionen begonnen und so programmatisch auf den Verlust von Wählerstimmen beim Eintritt der Grünen in das parlamentarische Mehrparteiensystem der Bundesrepublik reagiert.<sup>390</sup> Zudem entstand in der Wählerschaft der Eindruck eines programmatischen Stillstands und einer „ideologischen Ergrauung“ der Grünen, die ursächlich mit der Flügelkonstellation der Partei verbunden wurde.<sup>391</sup> Diese Faktoren führten, zusammen mit einer skeptischen Haltung gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands, zu einem Ergebnis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990, das knapp unter der 5%-Hürde lag.<sup>392</sup>

Wollten die Akteure nach der verlorenen Bundestagswahl das vorhandene Wählerschaftspotential von etwa 13 Prozent ausschöpfen<sup>393</sup> und 1994 wieder in das Parlament einziehen, mussten sie eine Profilkorrektur vornehmen. Dazu wurden während der Bundesdelegiertenkonferenz in Neumünster Ende April 1991 wesentliche organisatorische wie programmatische Veränderungen initiiert: Zunächst wurde der organisatorische

---

<sup>388</sup> Vgl. Wiesenthal 1993a: 118.

<sup>389</sup> Markovits/Gorski 1997: 210.

<sup>390</sup> Hoffmann 1998: 59; Interview mit Knapp, 4.1.02; vgl. Laver 1997: 124. Deutlich wurde dies bereits im nordrhein-westfälischen Wahlkampf 1985, als die SPD unter Johannes Rau die Wahl gewann und die Grünen unter die Fünfprozenthürde fielen (vgl. Mewes 1998: 39, 43).

<sup>391</sup> Zirakzadeh 1997: 93; Bürklin/Dalton 1994.

<sup>392</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02. Zu den deutschlandpolitischen Positionen der Partei siehe: Deutschlandpolitische Erklärung der Bundesversammlung in Hagen; siehe auch: „Gegen die Kolonialisierung der osteuropäischen Staaten durch NATO und EG“.

<sup>393</sup> Wiesenthal 1991: 157.

Zusammenschluss mit dem ostdeutschen Bündnis 90 vor der Bundestagswahl 1994 beschlossen.<sup>394</sup> Zudem waren die Akteure bemüht, in Neumünster ein „Zentrum in der Parteiführung“ zu etablieren.<sup>395</sup> Der Bundesvorstand wurde zu diesem Zweck von 13 auf neun Personen reduziert, die Sprecherposten von drei auf zwei verringert und das Rotationsprinzip für den Bundesvorstand abgeschafft.<sup>396</sup> Die satzungsmäßige Unvereinbarkeit von Amt und Mandat wurde hingegen beibehalten, da die Delegierten der Orts- und Kreisverbände in einem „alternativen Strukturkonservatismus“<sup>397</sup> die basisdemokratischen Ideale gegenüber einer effektiveren Steuerungsfähigkeit der Partei bevorzugten. Dennoch wurde mit den Parteitagsentschlüssen zur Parteiorganisation der „relativ größte Reformschritt“ in der Parteigeschichte vollzogen.<sup>398</sup>

Entscheidend für die Neuformierung der Partei war auch eine wesentliche Verschiebung der Akteurskonstellation. Im Zuge des Parteitages verließen die dem linken Flügel zugehörige Gruppe der „RadikalökologInnen“ um Jutta Ditfurth die Partei.<sup>399</sup> Ditfurth hatte bereits im Vorfeld des Parteitags kritisiert, dass Waffenlieferungen an Israel bei Teilen der Grünen „geduldet oder sogar direkt befürwortet“ wurden. Dadurch habe die Partei

„freiwillig auf ihr unverwechselbares politisches Profil verzichtet. Unter ‚Verantwortung‘ und ‚Politikfähigkeit‘ wird nur noch die vollständige Koalitionsfähigkeit um jeden Preis verstanden.“<sup>400</sup>

Der „Auszug der RadikalökologInnen“ war aus strategischer Sicht unabdingbar, da sich diese Unterströmung inhaltlich als „nicht integrierbar“ erwies.<sup>401</sup> Mit dem Weggang der linken Unterströmung kam es zu einer Stärkung der gemäßigten Linken um Ludger Volmer, der zur

---

<sup>394</sup> Vgl. Protokoll der 13. Ordentlichen Bundesversammlung in Neumünster.

<sup>395</sup> Raschke 2001: 322.

<sup>396</sup> Vgl. Protokoll der 13. Ordentlichen Bundesversammlung in Neumünster.

<sup>397</sup> di Lorenzo 1991.

<sup>398</sup> Raschke 2001: 330.

<sup>399</sup> Ditfurth gründete später zusammen mit Manfred Zieran und Jan Kuhnert in Frankfurt die Partei der „Ökologischen Linken“, die eine radikaloppositionelle wie antistaatliche Grundhaltung hatte (vgl. Mohr 1991).

<sup>400</sup> Ditfurth 1991a. Auf der Delegiertenkonferenz beobachtete Ditfurth nunmehr eine „äußerst dramatische Rechtsverschiebung“ in der Partei (Ditfurth 1991b; vgl. auch: Plog 1991).

<sup>401</sup> Interview mit Knapp, 4.1.02

Führungsfigur einer „Mitte-Links-Mehrheit“ auf der Akteursebene der Partei wurde.<sup>402</sup> In Kooperation mit den ebenfalls gestärkten Akteuren des realpolitischen Flügels um Fritz Kuhn und Joschka Fischer begann in der Partei eine „Konturierung eines eindeutigen reformpolitischen Selbstverständnisses“, welches nicht nur auf den Wiedereinzug in den Bundestag, sondern auch auf eine „Koalitionsfähigkeit“, d.h. auf programmatische wie organisationsstrukturelle Voraussetzungen einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene abzielte.<sup>403</sup>

Die auf dem Parteitag verabschiedete „Erklärung von Neumünster“ sollte einen „ersten Schritt“ in Richtung eines neuen Grundsatzprogramms darstellen.<sup>404</sup> Die Akteure intendierten eine programmatische „Entpolarisierung“ der Partei, so dass „parteiinterne Vielfalt ...nicht länger zur Beliebigkeit führen“ würde, wie es in der mit 90-prozentiger Mehrheit verabschiedeten Erklärung hieß.<sup>405</sup> Die Formel, durch diese Entpolarisierung eine „einheitliche Identität... formulieren“ zu wollen, dokumentierte einen inhaltlichen wie organisatorischen Erneuerungswillen der Akteure, der auf eine breite programmatische Übereinkunft in der Partei abzielte.<sup>406</sup> Und tatsächlich war das von Volmer und Kuhn in einem mehrstündigen Vieraugen-Gespräch verhandelte Papier ein von beiden Flügelvertretern gleichermaßen getragener Konsens.<sup>407</sup> In der außen- und sicherheitspolitischen Passage hieß es:

„Wie kann ein abstrakter Pazifismus, wie kann unsere Forderung nach Auflösung der NATO in eine gesamteuropäische und globale Sicherheitspartnerschaft einmünden? Wie müssen - gerade im sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt - nicht-militärische Formen von Sicherheitspolitik auf der Basis einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft aussehen? Wie müssen wirtschaftliche Konversionsprozesse bei uns und anderswo aussehen, die unumkehrbar die Waffenproduktion abbauen?“<sup>408</sup>

Als „Streitziel“ wurde in der Erklärung eine „ökologisch-solidarische Weltordnung“ benannt, die „die wirtschaftlichen und sozialen Motive für Militäraktionen“ abbaue. Militärische Konflikte wurden folglich als Ergebnis ökonomischer Verhältnisse, d.h. strukturell gewaltinduzierend

---

<sup>402</sup> Raschke 2001: 346; Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>403</sup> Kleinert 1992: 372.

<sup>404</sup> Raschke 2001: 74.

<sup>405</sup> Erklärung von Neumünster.

<sup>406</sup> Erklärung von Neumünster.

<sup>407</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>408</sup> Erklärung von Neumünster.

verstanden. Zudem wurde die Solidarität als Mittel der Sicherheitspolitik betont, und in einer „Top-down“-Konzeption mit der staatlichen Einbindung „partnerschaftlicher“ Institutionen internationaler Sicherheit verknüpft. Sowohl die Gewalt- als auch die Sicherheitsvorstellungen dokumentierten eine Kontinuität pazifistischer Konzeptionen in der Partei.

Mit Blick auf die Diskussionen in der Bundesrepublik hinsichtlich einer militärischen Unterstützungsleistung im Ausland hielten die Delegierten in einer separaten Resolution mit großer Mehrheit einen möglichen Einsatz deutscher Soldaten unter UN-Mandat für „politisch verhängnisvoll“, da dies der Beginn „anderer Einsatzformen“ sei. Eine Grundgesetzänderung zum Zweck einer juristischen Absicherung eines solchen Einsatzes wurde abgelehnt.<sup>409</sup>

Angesichts der Tatsache, dass die Parteiakteure während der militärischen Krise am Golf sprachlich nicht „pazifistisch“ argumentiert hatten, ist bemerkenswert, dass in der Neumünster Erklärung nunmehr programmatisch ein „Pazifismus“ hervorgehoben wurde, der für das außen- und sicherheitspolitische Agieren der Institution handlungsleitend sein sollte. Die Erklärung sollte Volmer zufolge die „politische Arena“ beschreiben, in der zukünftig nach institutionellen Handlungsoptionen „gesucht“ werden sollte. So wurden Extrempositionen ausgeschlossen und die verbleibenden „Handlungspotentiale“ in verschiedenen Politikbereichen theoretisch „durchdekliniert“.<sup>410</sup> Während sich die Akteure bei der institutionellen Bearbeitung der Golfkrise „unterschiedlicher ideologischer Versatzstücke“ bedienten<sup>411</sup>, wurden diese nunmehr unter dem Oberbegriff „Pazifismus“ als Teil der institutionellen Programmatik präsentiert.

Offensichtlich war durch die Angriffe des Irak auf Israel sowie das Regime von Saddam Hussein „Verunsicherung“ erzeugt worden, die „viele in der Partei zum Nachdenken gebracht“ hatte.<sup>412</sup> Dennoch war es nicht die konkrete außenpolitische Problembearbeitung der Partei, die mittels der Erklärung verändert werden sollte. Der Inhalt der Resolution von Neumünster hatte unmittelbar „nichts mit dem Golfkrieg zu tun“.<sup>413</sup> Weitaus entscheidender als Grundlage für die programmatische (wie auch organisationsstrukturelle) Verschiebung der Partei war die „Erfahrung harter innerer Konflikte“ sowie das gemeinsame Handlungsinteresse eines

---

<sup>409</sup> Vgl. Resolution A 3 der 13. Ordentlichen Bundesversammlung in Neumünster.

<sup>410</sup> Vgl. Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>411</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02; Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>412</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>413</sup> Vgl. Interview mit Volmer, 25.4.02.

Wiedereinzugs in den Bundestag.<sup>414</sup> So ist die Erklärung von Neumünster Ausdruck einer institutionellen Diskussionsphase, die entscheiden sollte, „auf welcher Basis“ sich die Partei nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag „neu konstituieren könnte“.<sup>415</sup> Entsprechend betonten die neu gewählten Parteisprecher Christine Weiske und Ludger Volmer durch die inhaltlichen, strukturellen und personellen Entscheidungen die Möglichkeit, zukünftig intensiv in Sachdebatten „einzusteigen“, so bei der Entwicklung der „Leitlinien grüner Friedenspolitik“.<sup>416</sup> Angesichts dieses Umreißen einer außen- und sicherheitspolitischen Programmatik wurden wenige institutionelle Antworten auf reale Handlungsprobleme benannt, sondern – den Einsatz der Bundeswehr im Ausland ausgenommen – lediglich die allgemeine Formulierung eines Fragenkatalogs erreicht. Analyse und Beurteilung konkreter außen- und sicherheitspolitischer Problemstellungen, etwa die ökologische Katastrophe in der Golfregion oder der Separationstendenzen in der Sowjetunion und in Jugoslawien blieben unberücksichtigt. In diesem „undurchsichtigen Gährungs- und Veränderungsprozess“<sup>417</sup> um strukturelle und programmatische Weiterentwicklungen der Partei wurden virulente Fragen ebenso wie mittelfristige Handlungsstrategien zur Bearbeitung außen- und sicherheitspolitischer Probleme vernachlässigt.

## **5.5 Zwischenresümee**

Die Akteure der Grünen reagierten während der Krise am Golf bei weitgehender Ausschaltung sowohl von Interessen als auch längerfristigen Strategien reflexartig auf die virulenten außen- und sicherheitspolitischen Handlungsprobleme. Bei der Beantwortung international mehrfach eingeforderter Friedfertigkeitbeweise erwiesen sich Optionenset wie auch Handlungswahl der grünen Akteure als äußerst begrenzt.

Jegliche politische oder militärische Einbindung in die internationalen Staatenkoalition während der Krise wurde mit der Verfolgung nationaler Interessen gleichgesetzt. Eine deutsche Interessenpolitik erzeugte nach grüner Auffassung konfliktinduzierende Sicherheitsdilemmata und widersprach der normativen „Selbstbeschränkung“ außenpolitischen Handelns, die die Partei als pazifistische Sicherheitskonzeption programmatisch festgelegt hatte. Für die Akteure waren

---

<sup>414</sup> Raschke 2001: 337.

<sup>415</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>416</sup> Volmer/Weiske 1991.

<sup>417</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

gleichzeitig Befürchtungen um eine reaktionäre und interessengeleitete Politik des wiedervereinten Deutschland handlungsleitend. So wurde in dem institutionellen *causal belief* eine negative „rückwärtsgewandte Großmachtprojektion“<sup>418</sup> in der außenpolitischen Entwicklung Deutschlands erwartet.

Auf der Basis der verwendeten ideologischen Versatzstücke zur Problembearbeitung war es für die Akteure nicht notwendig, die pazifistische Norm der Gewaltfreiheit in der Frage der deutschen Unterstützungsleistung heranzuziehen. Die Konzentration auf wenige Positionen hatte jedoch Rückwirkungen auf die Realisierung der Handlungsprobleme in der Krise insgesamt. Wie stark die Problembearbeitung durch die Beschreibung der Krise mittels allgemein-normativer Ideologeme beeinträchtigt wurde, dokumentiert die Reaktion in der Partei auf mögliche Waffenexporte nach Israel nach dessen Raketenbeschuss durch den Irak. Die von den Akteuren verwendete sicherheitspolitische Norm einer Verhinderung von „Gewaltspiralen“ durch Waffenlieferungen ließ die Frage der Sicherheit Israels in der konkreten Handlungssituation unbeantwortet. Zudem wurde die Krise am Golf als Ergebnis struktureller Gewaltverhältnisse verstanden und die Politik Israels in diesem Zusammenhang als Faktor für die militärische Eskalation identifiziert. Auf dieser Basis wurde einerseits die Beantwortung des israelischen Sicherheitsproblems verhindert. Gleichzeitig verdeutlichte dies den Einfluss „ideologischer“ Handlungsoptionen auf Identifizierung der außenpolitischen Probleme während der Krise.

Nach Ende der militärischen Intervention am Golf begannen die grünen Akteure eine parteistrukturelle wie programmatische Neuausrichtung. Dabei stellte jedoch nicht die Krise am Golf, sondern die Niederlage bei den Bundestagswahlen den entscheidenden äußeren Beweggrund „programmatisher Mäßigung“<sup>419</sup> dar. Im Zuge der inhaltlichen Neuorientierung kam es zu einem höheren Kognitionsgrad des Pazifismus als Teil des außen- und sicherheitspolitischen Optionensets. Gleichzeitig jedoch wurden Handlungsalternativen nicht konkretisiert, da es den Akteuren nicht gelang, über ein von beiden Parteiflügeln getragenes „Umreißen“ pazifistischer Themenkomplexe hinauszugelangen. Die Neuorientierung mündete so nicht in eine tatsächliche Weiterentwicklung der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik: es wurde lediglich ein Fragenkatalog, jedoch keine Antworten auf Handlungsprobleme formuliert.

---

<sup>418</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>419</sup> Höfele 1998: 27.



## 6 Das Handlungsproblem Auslandseinsätze der Bundeswehr

### 6.1 Bundeswehreinsatz im ehemaligen Jugoslawien

Die aus sechs Republiken bestehende Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien<sup>420</sup> war bereits in den Jahren nach dem Tod seines Präsidenten Tito 1980 in eine innenpolitische Krise geraten.<sup>421</sup> Der einsetzende Zerfall der Sowjetunion förderte zu Beginn der neunziger Jahre in zusätzlichem Maß die Auflösungstendenzen der multi-ethnischen und multi-konfessionellen Struktur des Staates Jugoslawien.<sup>422</sup>

Die Entfesselung der innerstaatlichen Interessengegensätze und kollektiven Orientierungen in Form von Separationsbestrebungen ethnisch formierter und national ausgerichteter politischer Einheiten führte Ende 1990 zu Vorbereitungen der Regierungen Kroatiens und Sloweniens hinsichtlich ihrer staatlichen Unabhängigkeit von Jugoslawien.<sup>423</sup> Die in Kroatien lebenden ethnischen Serben begannen daraufhin – gedeckt von der jugoslawischen Regierung in Belgrad – mit der Bildung paramilitärischer Einheiten, um einen Anschluss von serbisch besiedelten Gebieten Kroatiens an ein „neues Jugoslawien“ zu ermöglichen. Auch in Bosnien-Herzegowina, wo die serbische Bevölkerung einen Anteil von etwa 30% hatte, mobilisierte die Jugoslawische Volksarmee ab April 1991 serbische Kämpfer und koordinierte ihre Manöver mit der politischen Führung in Belgrad.<sup>424</sup>

Das westliche Staatenbündnis ging gegen die gewaltförmigen Auseinandersetzungen in Jugoslawien vornehmlich auf diplomatischer Ebene vor. Die Waffenstillstandsinitiative der EG, die die kurzen Unabhängigkeitskriege Kroatiens und Sloweniens formal beendete, hatte in Slowenien Bestand, nicht jedoch in Kroatien, wo sich die Kämpfe gegenüber den von KSZE und EG vorgenommenen Maßnahmen der Konfliktbearbeitung als resistent erwiesen.<sup>425</sup> Auch nach der Unabhängigkeitserklärung des Vielvölkerstaates Bosnien-Herzegowina im März 1992 dauerten die dortigen militärischen Auseinandersetzungen an. Die zur Überwachung des

---

<sup>420</sup> Die Republiken waren Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien sowie die beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina.

<sup>421</sup> Bebler 1992: 385.

<sup>422</sup> Vgl. Janjic 1997: 17f.

<sup>423</sup> Zur Definition von Ethnizität und Nationalismus im zerbrechenden Jugoslawien siehe: Skenderovic 1997: 84-86.

<sup>424</sup> Gow 1997: 19, 34-39.

<sup>425</sup> Gow 1997: 27. Für einen Überblick siehe: Dokumente zum Konflikt in Jugoslawien: 526f.

Waffenstillstandes entsandte und zur Selbstverteidigung legitimierte UN-Schutztruppe UNPROFOR konnte dem offenen jugoslawischen Bürgerkrieg nicht Einhalt gebieten.<sup>426</sup>

Im Sommer 1992 weiteten sich die Kampfhandlungen auf das Kosovo und Mazedonien aus. Im Falle eines Übergreifens der Krise auf weitere Anrainerstaaten sowie einer möglichen Involvierung der Türkei und Griechenlands in einen großen Balkankrieg war der Zusammenhalt westlicher Bündnisstrukturen essentiell gefährdet.<sup>427</sup> Das Handlungsproblem stand so auch für die deutsche Regierung einerseits in einem Zusammenhang gesamteuropäischer Sicherheits- und Stabilitätsinteressen, eine Rückkehr von Krieg als Mittel zur Durchsetzung ethnisch und national ausgerichteter Politik im europäischen Binnenverhältnis zu verhindern.<sup>428</sup>

Die NATO hatte sich zwar in ihrem neuen strategischen Konzept Ende 1991 auf einen umfassenden Sicherheitsbegriff geeinigt, in dem den „klassischen“ Aufgaben der Abschreckung, Verteidigung und Zusammenarbeit das internationale Krisenmanagement als zusätzliche operative Funktion zur Seite gestellt wurde.<sup>429</sup> In der US-amerikanischen Regierung hatte man jedoch nicht die Absicht, die Führungsposition in der vornehmlich europäische Sicherheitsbelange betreffenden Jugoslawien-Krise zu übernehmen.<sup>430</sup> Auf dieser Basis wurden in NATO und EU zusätzlich Handlungserwartungen an Deutschland als europäische Führungsmacht formuliert.<sup>431</sup> Die Erwartungen der westlichen Bündnispartner an eine tiefergehende internationale Einbindung hatten sich zudem durch die zögerliche Haltung Deutschlands während der Krise am Golf verschärft.<sup>432</sup> Die Verbündeten ließen immer weniger zu, dass das vereinte Deutschland sich nicht an den militärischen und politischen Kosten gemeinsamer Sicherheitsmaßnahmen beteiligte.<sup>433</sup>

Auf der Ebene der politischen Akteure Deutschlands war vor allem die CDU bemüht, die Frage einer militärischen Beteiligung an Maßnahmen der Friedenserhaltung innenpolitisch

---

<sup>426</sup> Haftendorn 2001: 409.

<sup>427</sup> Calic 1993: 14.

<sup>428</sup> Vgl. Haftendorn 2001: 405.

<sup>429</sup> The Alliance Strategic Concept. Agreed by the Heads of State and Government Participating in the Meeting of the North Atlantic Council.

<sup>430</sup> Wallander 2000: 719.

<sup>431</sup> Gow 1997: 29; Gompert 1994: 36.

<sup>432</sup> Vgl. Sked 1991; vgl. Schöllgen 1999: 206.

<sup>433</sup> Link 1991: 89; Haftendorn 2001: 392.

voranzutreiben. Verteidigungsminister Rühle sagte bereits im Juni 1991, es müssten „sobald als möglich die Voraussetzungen“ für einen deutschen Einsatz geschaffen werden.<sup>434</sup> Im Februar 1992 wurde in diesem Zusammenhang vom Verteidigungsministerium „Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung“ von Konflikten als Teil des deutschen Sicherheitsinteresses definiert.<sup>435</sup> Der Koalitionspartner FDP stimmte dem Papier des Verteidigungsministeriums jedoch auf Betreiben von Außenminister Hans-Dietrich Genscher nicht zu und forderte eine eindeutige verfassungsrechtliche Grundlage in Form einer klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes.<sup>436</sup>

Auch zwischen den Regierungsparteien und der SPD-Opposition herrschte Uneinigkeit, inwieweit ein militärisches Engagement Deutschlands auf dem Balkan juristisch möglich war.<sup>437</sup> So existierte in der Frage eines militärischen Beitrags an der Bearbeitung der Krise in Jugoslawien keine überparteiliche Übereinkunft mehr, sondern vielmehr ein mühsamer politischer Konsensfindungsprozess, ob und inwieweit ein Einsatz der Bundeswehr einer juristischen Absicherung durch das Grundgesetz bedürfe.<sup>438</sup> Streitpunkt der verfassungsrechtlichen Kontroverse waren die Grundgesetzartikel 87a Abs.2 GG, der die ausschließliche Verteidigungsaufgabe der Bundeswehr benennt<sup>439</sup>, sowie Art. 24 Abs.2 GG, in dem die Übertragung von Hoheitsrechten „zur Wahrung des Friedens“ auf ein „System kollektiver Sicherheit“ geregelt wird.<sup>440</sup>

Angesichts der Eskalation auf dem Balkan kristallisierte sich die Kontroverse im Sommer 1992 in der Frage, ob Deutschland Einheiten der Bundesmarine für einen Inspektionsauftrag der Vereinten Nationen und als Teil eines NATO-Verbandes in die Krisenregion Jugoslawiens entsenden dürfe.<sup>441</sup> Die Regierungskoalition beschloss Mitte Juli, Deutschland mit einem Zerstörer und drei Aufklärungsflugzeugen an der Überwachung des Embargos gegen Serbien

---

<sup>434</sup> Zitiert nach: Winter 1991.

<sup>435</sup> Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr.

<sup>436</sup> Reinhardt 1992; Hardthöhe. Aufmacher Bundeswehr. Weniger Soldaten Mehr Arbeit.

<sup>437</sup> Vgl. Krause 1995: 45.

<sup>438</sup> Vgl. Philippi 1997: 148.

<sup>439</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: 61.

<sup>440</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: 31f.

<sup>441</sup> Schöllgen 1999: 216.

und Montenegro zu beteiligen.<sup>442</sup> Die Entscheidung des Kabinetts wurde am 22.7.1992 mit den Stimmen der Koalition im Bundestag bestätigt.<sup>443</sup> Außenminister Klaus Kinkel sagte, es gebe gegenüber einer Beteiligung Deutschlands aus „völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten keine Bedenken.“<sup>444</sup>

Die SPD-Bundestagsfraktion beschloss trotz des „relativ unerheblichen Anlasses“<sup>445</sup>, eine Verfassungsklage gegen den Einsatz der Bundeswehr in der Adria einzuleiten.<sup>446</sup> Begründet wurde der juristische Schritt damit, dass die Bundesregierung mit ihrer Entscheidung „die Rechte des Parlaments missachtet“ habe und die deutschen Streitkräfte in keiner „rechtlichen Grauzone“ agieren dürften.<sup>447</sup> Auf dem Wege der juristischen Klärung sollten letztlich auch die innerparteilichen Diskussionen in der SPD um einen Einsatz beendet werden.<sup>448</sup>

Das Bundesverfassungsgericht wurde im Frühjahr 1993 bei der Frage einer deutschen Beteiligung an den sogenannten AWACS-Besatzungen der NATO zur Auswertung von Radarsignalen und zur Luftaufklärung über dem Gebiet Jugoslawiens erneut eingeschaltet.<sup>449</sup> Nach gemeinsamer Klage von SPD und FDP billigte das oberste deutsche Gericht Anfang April die Beteiligung deutscher Soldaten an den AWACS-Einsätzen bis zu einer grundsätzlichen Entscheidung des Gerichts. In der Begründung hieß es, die Einsatzfähigkeit der AWACS-Systeme sei ohne deutschen Teilnahme „erheblich gefährdet“.<sup>450</sup> Ein Rückzug der deutschen Einheiten verursache zudem einen irreparablen „Vertrauensverlust“ bei Bündnispartnern und

---

<sup>442</sup> Presseerklärung des deutschen Verteidigungsministers, Volker Rühe, zur Entsendung von Seeaufklärern und für die Unterstützung der UN-Embargoüberwachung in der Jugoslawien-Krise.

<sup>443</sup> Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zur Beteiligung von Marinestreitkräften der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen in der Adria; vgl. Bundestag billigt Adria-Einsatz der Marine.

<sup>444</sup> Rede von Klaus Kinkel vor dem deutschen Bundestag.

<sup>445</sup> So formulierte es der SPD-Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Klose (zitiert nach: Der Bundestag streitet über Deutschlands Verantwortung im Angesicht kriegischer Gewalt).

<sup>446</sup> Vgl. SPD-Fraktion beschließt Verfassungsklage gegen Adria-Einsatz.

<sup>447</sup> Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zu Lage und Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien.

<sup>448</sup> Vgl. Schwarz 1992; vgl. auch Philippi 1997: 119.

<sup>449</sup> Haftendorn 2001: 392; Schöllgen 1999: 216.

<sup>450</sup> Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 88. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BverfGE 88): 181.

europäischen Nachbarn.<sup>451</sup> Auf der Basis dieser Entscheidung nahmen in der Folge etwa 150 Bundeswehrangehörige an der militärischen Aktivität der NATO im Auftrag der Vereinten Nationen teil. Diese Unterstützungsleistung stellte bis dato den deutschen Maximalbeitrag an den multilateralen Aktivitäten zur militärgestützten Konflikteindämmung in Jugoslawien dar.<sup>452</sup>

Die bereits während des Golfkriegs offenbar gewordene Schwierigkeit Deutschlands, eine politisch tragbare Antwort auf das Handlungsproblem eines Einsatzes der deutschen Bundeswehr im Ausland zu geben, wurde erneut virulent. Dabei stellte die politische Wahrnehmung eines juristischen Vakuums die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands vehement in Frage und bedeutete zwangsläufig einen Verlust an politischem Einfluss bei den internationalen Partnern.<sup>453</sup> Ziel der Akteure musste es demzufolge sein, durch eine verfassungspolitische Verständigung, durch eine Änderung des Grundgesetzes oder durch richterliche Klärung eine konsensfähige wie verfassungsrechtlich eindeutige Regelung herbeizuführen.<sup>454</sup>

## **6.2 Die Position der Bundestagsgruppe**

Das ostdeutsche Wahlbündnis „Die Grünen/Bündnis 90-BürgerInnenbewegungen“ entsandte nach der Bundestagswahl 1990 sechs Repräsentanten von Bündnis 90 sowie zwei Akteure der ostdeutschen Grünen als Abgeordnetengruppe in den Bundestag.<sup>455</sup> Da den westdeutschen Grünen aufgrund einer getrennten Anwendung der 5%-Klausel in den alten und neuen Bundesländern der Wiedereinzug in das Parlament nicht gelungen war, wurde die außen- und sicherheitspolitische Position parlamentarisch durch acht ostdeutsche Abgeordnete einer auf Bundesebene noch nicht vereinten Partei Bündnis 90/Die Grünen vertreten. So wurde die Frage der juristischen und politischen Verregelung eines militärischen Handelns der Bundeswehr in Krisengebieten von einigen wenigen Akteuren getragen, die qua Mandat mit unmittelbarer

---

<sup>451</sup> Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 88. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BverfGE 88): 181. Vgl. auch Knapp 1993.

<sup>452</sup> Philippi 1997: 149.

<sup>453</sup> Maull 2002: 91.

<sup>454</sup> Vgl. Staack 2000: 475-480.

<sup>455</sup> Die kurz vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl aufgestellte Wahlliste setzte sich aus Demokratie Jetzt, Initiative für Frieden und Menschenrechte, Die Grüne Partei der DDR, Neues Forum, Unabhängiger Frauenverband und Vereinigte Linke zusammen. Zur Entstehung des Wahlbündnisses siehe: Hampele 1992.

parlamentarischer Handlungsbefugnis sowie großer Repräsentanzfunktion als Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen ausgestattet waren.

Beim Entschluss des Bundestages zur Beteiligung der Bundeswehr am Inspektionsauftrag der Vereinten Nationen in der Adria forderte die Abgeordnetengruppe Ende Juli 1992 in einem gemeinsamen Antrag eine Grundgesetzänderung, um eine Beteiligung der Bundeswehr an friedenserhaltenden Maßnahmen im Auftrag der Vereinten Nationen „zu ermöglichen“. In der Begründung hieß es, ein Engagement mit dem Ziel, die Einhaltung von Menschenrechten und den Minderheitenschutz in Krisengebieten sicherzustellen, könne nicht „als Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten zurückgewiesen werden.“ In einem dem Antrag enthaltenen Entwurf zur Neufassung von Grundgesetzartikel 24 wurde ein Einsatz zur Friedenserhaltung im Rahmen der Vereinten Nationen als eines „völkerrechtlich institutionalisierten kollektiven Sicherheitssystems“ befürwortet und somit ein Einsatz deutscher UN-Truppen – eine Grundgesetzänderung vorausgesetzt – als legitim erachtet.<sup>456</sup>

Hinsichtlich der Verfasserschaft dieses Änderungsentwurfs zum Grundgesetz gibt es unterschiedliche Aussagen: Poppe sieht den Abgeordneten Ullmann als Initiator, Schmillen hingegen die westdeutschen Mitarbeiter der Bundestagsgruppe.<sup>457</sup> Offensichtlich hat jedoch Vera Wollenberger den Antrag in den Bundestag eingebracht.<sup>458</sup> Voraussetzung für den Antrag war die Einschätzung in der Abgeordnetengruppe, dass eine „Uminterpretation“ des Grundgesetzes hinsichtlich eines Streitkräfteeinsatzes durch die CDU nicht mehr verhindert werden könne.<sup>459</sup> Bekundetes Ziel war es, durch eine Präzisierung der verfassungsrechtlichen Grundlagen einer Entgrenzung des militärischen Agierens Deutschlands entgegenzuwirken und so einen „Blankoscheck für ein militärisches Eingreifen in beliebige Konflikte“ zu verhindern, wie Poppe es formulierte.<sup>460</sup> Im Nachhinein erscheint der Antrag zur Grundgesetzänderung vor allem als eine „theoretische Überlegung“, die zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung nicht unmittelbar mit dem Handeln der Bundestagsgruppe verbunden werden sollte.<sup>461</sup>

---

<sup>456</sup> Für eine Zivilisierung internationaler Beziehungen – Politik nicht-militärischer Konfliktlösung.

<sup>457</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02; Interview mit Schmillen, 19.3.02.

<sup>458</sup> Lengsfeld (vormals: Wollenberger) 2002: 342.

<sup>459</sup> Schmillen 1992: 85.

<sup>460</sup> Poppe 1993a.

<sup>461</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

Unabhängig von Motiven bei der Formulierung des Antrags widersprach dieser inhaltlich den programmatischen Erklärungen, die von der westdeutschen grünen Partei auf dem Parteitag in Neumünster formuliert worden waren. Dort hatte man einen Einsatz deutscher Soldaten unter UN-Mandat im Ausland für „politisch verhängnisvoll“ bezeichnet und eine diesbezügliche Grundgesetzänderung abgelehnt.<sup>462</sup> Der Bundesvorstand der Westgrünen reagierte entsprechend „mit Erstaunen“ auf den von der Bundestagsgruppe vorgelegten Antrag. Eine Grundgesetzänderung berge die Gefahr, weitergehende militärische Einsätze der Bundeswehr „verfassungsrechtlich abzusichern und vorzubereiten“.<sup>463</sup> Parteisprecherin Christine Weiske sagte, die diplomatischen Friedensbemühungen seien noch nicht ausgeschöpft worden. Erst auf der Grundlage von „haltbaren Waffenstillständen“ seien „nichtmilitärische Blauhelmeinsätze“ – allerdings ohne eine deutsche Beteiligung – sinnvoll.<sup>464</sup>

Harsche Kritik an der Position der ostdeutschen Parlamentarier kam auch von der westdeutschen *Constituency* der Grünen. In einem u.a. von Kerstin Müller, der Landesvorstandssprecherin in Nordrhein-Westfalen, unterschriebenen „Memorandum aus der Friedensbewegung“ hieß es, dass die stabilisierende Wirkung von friedenssichernden Einheiten im Auftrag der Vereinten Nationen dadurch gefährdet sei,

„dass sich Großmächte als 'Weltpolizei' einmischen....Wer also wirklich die Erhaltung deeskalierender UNO-'Blauhelme' wünscht, muss zumindest die Großmächte heraushalten.“<sup>465</sup>

Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Frieden und Internationalismus, ein beratendes Gremium aus Aktivisten und professionellen Spezialisten der *Constituency*<sup>466</sup>, kritisierte eine „Anhäufung von Floskeln [und] schwammigen Unklarheiten“ in der parteiinternen Diskussion. Ziel grüner Politik müsse sein, „dass die Uno wirksame Embargomaßnahmen gegen alle kriegsführenden Teile Jugoslawiens“ beschließe, wobei diese jedoch „strikt nicht-militärisch“ sein müssten.<sup>467</sup>

---

<sup>462</sup> Vgl. Resolution A 3 der 13. Ordentlichen Bundesversammlung in Neumünster.

<sup>463</sup> Keine out-of-area-Einsätze der Bundeswehr.

<sup>464</sup> Weiske 1992.

<sup>465</sup> SOS Rutschgefahr. Memorandum aus der Friedensbewegung.

<sup>466</sup> Raschke 1993: 720f.

<sup>467</sup> So die Stellungnahme der „Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationalismus“ vom 27.6.1992, in: Sommerpost Juli 1992 (zitiert nach Höfele 1998: 40).

Offenbar „hagelte“ es Forderungen vonseiten der westdeutschen Grünen an die ostdeutschen Abgeordneten, ihr Bundestagsmandat niederzulegen und aus der Partei auszutreten.<sup>468</sup> Die in dem Antrag zur Grundgesetzänderung formulierte Position der Bundestagsgruppe stieß in der Partei auch deshalb auf Widerstand, weil die ostdeutschen Abgeordneten nicht als parlamentarische Repräsentanten der gesamten Partei akzeptiert wurden.<sup>469</sup> Die Kooperation der Bundesgremien der Grünen mit den ostdeutschen Parlamentariern war zum Teil durch „Abschottungsprozesse“ geprägt.<sup>470</sup> Umgekehrt herrschte bei den ostdeutschen Parlamentariern die Vorstellung, die westdeutsche Partei beabsichtige – u.a. durch den Einfluss der westdeutschen Mitarbeiter – die Bundestagsgruppe zu beeinflussen oder zu übervorteilen.<sup>471</sup> Die vom Programmstand der Partei abweichende Position trug in diesem Sinne weiter zu Kommunikationsproblemen und zu einer mangelnden Akzeptanz der Bundestagsgruppe bei den Grünen bei. Wohl aufgrund der Kritik aus der Westpartei präsentierte die parlamentarische Gruppe im November 1992 einen präzisierenden Antrag zur Teilnahme der Bundeswehr an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen, der die Differenzen allerdings nicht überbrücken konnte.<sup>472</sup>

Das Repräsentationsproblem der Bundestagsgruppe war auch der Grund, warum sich diese trotz der Initiativen zur Grundgesetzänderung nicht an verfassungsrechtlichen Schritten vor dem Bundesverfassungsgericht beteiligte. Für die Westpartei stellte ein Agieren vor dem Bundesverfassungsgericht auf der Basis der Programmatik von Neumünster keine Handlungsoption dar. Die Bundestagsgruppe konnte nicht ohne die Zustimmung der westdeutschen Partei als Kläger in Karlsruhe agieren, da dies in der Öffentlichkeit eine inhaltliche Spaltung zwischen Parlamentariern und Partei verdeutlicht hätte.<sup>473</sup> Durch diese Nicht-Aktivität in Karlsruhe gelangten sowohl Bundestagsgruppe als auch westdeutsche Partei in

---

<sup>468</sup> Lengsfeld (vormals: Wollenberger) 2002: 342.

<sup>469</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>470</sup> Interview mit Schmillen, 19.3.02.

<sup>471</sup> Interview mit Schmillen, 19.3.02.

<sup>472</sup> Der präzisierende Antrag sah vor, Soldaten der Bundeswehr dem Auswärtigen Amt in Form eines Unterstützungskontingentes zu unterstellen. Ein Einsatz wurde ausschließlich im Rahmen der UN befürwortet. Der Einsatz erfordere zudem die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages (vgl. Nicht militärische Unterstützung der Vereinten Nationen).

<sup>473</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02; Interview mit Poppe, 18.2.02.



die vorteilhafte Position, die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Kohl hinsichtlich möglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr weiter attackieren zu können, ohne im Falle einer Ablehnung der angestregten Klagen durch das Bundesverfassungsgericht eine politische Schwächung zu riskieren.<sup>474</sup>

Mit der Zurückhaltung gegenüber einer verfassungsrechtlichen Klärung ging jedoch eine Vernachlässigung des konkreten Handlungsproblems der juristischen Verregelung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr einher. Weder die alleinige Vorlage eines Entwurfs zur Verfassungsänderung durch die Bundestagsgruppe noch das grundsätzliche Proklamieren institutionell festgelegter außen- und sicherheitspolitischer Handlungsoptionen durch die Westpartei konnte dieses Handlungsziel erreichen. Durch die inhaltlichen als auch persönlichen Differenzen zwischen den verschiedenen Akteursgruppen der Partei wurde folglich ein effektives außen- und sicherheitspolitisches Agieren verhindert.

### **6.3 Vorstöße einzelner Akteure**

In einem gemeinsamen Vorstoß thematisierten Helmut Lippelt und Claudia Roth im August 1992 eine militärische Sicherung der Hilfskonvois der Vereinten Nationen in Bosnien. Die beiden Politiker argumentierten, angesichts der „unglaublichen Welle“ von Terror, Intoleranz und Nationalismus sei die Frage zu stellen, „wie Pazifisten mit Faschismus umgehen.“ Sie betonten dabei die Notwendigkeit, „internationale quasi 'polizeiliche' Eingriffsmöglichkeiten“ im Krisengebiet einzusetzen.<sup>475</sup> Lippelt und Roth vollzogen eine Neubewertung militärischen Agierens im Krisengebiet, die in der konkreten Forderung nach einem neutralen und kontrollierbaren Einsatz einer internationalen Polizeitruppe bestand. Die Eskalationsgefahr sei ohne ein militärisches Eingreifen der westlichen Staaten ebenso groß wie im Falle einer Intervention. Gegen die „unglaubliche“ Militarisierung in Serbien käme „purer Pazifismus“ nicht mehr an.<sup>476</sup> Besonders Roth verwies auf den Unterschied zwischen „eine[r] klassische[n] militärische[n] Intervention“ und „polizeiliche[r] Verbrechensbekämpfung.“<sup>477</sup> Roth und Lippelt übertrugen in einem Analogieschluss nationalstaatliche Strukturen auf das internationale Staatensystem und auf die UN als einen – real nicht existierenden – weltstaatlichen Akteur mit

---

<sup>474</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>475</sup> Lippelt /Roth 1992.

<sup>476</sup> Zitiert nach: Abschied vom Grünen Pazifismus.

<sup>477</sup> Zitiert nach: „Es geht um das Wie einer Intervention“.

Exekutivgewalt. Damit wurde eine Position bekundet, die offenbar von mehreren Akteuren des linken Flügels getragen wurde.<sup>478</sup>

Als Auslöser für diesen Vorstoß muss einerseits eine Reise in das Krisengebiet gelten, während der Lippelt und Roth Gespräche mit jugoslawischen Politikern geführt hatten, und die einen entscheidenden Einfluss auf ihre veränderte Position in der Frage eines militärischen Agierens im Krisengebiet hatte.<sup>479</sup> Die Position von Claudia Roth muss zudem im Zusammenhang gesehen werden mit einer Initiative weiblicher Akteure in der Partei. Claudia Roth formulierte einige Wochen später gemeinsam mit Eva Quistorp, dass eine gewaltfreie Politik die Massenvergewaltigungen auf dem Balkan nicht beenden könnten.<sup>480</sup> Auch Marieluise Beck äußerte in einem Interview „Entsetzen über die Verdrängungsleistung“ in der westlichen Politik angesichts systematischer Vergewaltigungen von Frauen und forderte eine militärische Verteidigung der humanitären Unterstützung im Krisengebiet.<sup>481</sup> Der „Aufstand der Frauen“<sup>482</sup> in der Partei, die sich für ein militärisches Agieren im Krisengebiet aussprachen, verlieh der Debatte um einen militärischen Einsatz in Bosnien eine spezifisch frauenpolitische Prägung. Lippelt ging wenige Tage nach dem gemeinsamen Papier mit Roth einen Schritt weiter und forderte die „Befreiung“ der vor allem von serbischer Seite eingerichteten Konzentrationslager im Krisengebiet. Dabei sei klar, „dass das nicht ohne Gewalt geht.“<sup>483</sup> Daraufhin distanzierte sich Claudia Roth zusammen mit den Bundesvorstandsmitgliedern Ludger Volmer, Angelika Beer und Heide Rühle von Lippelt, dem vorgeworfen wurde, er nähere sich „bewusst oder unbewusst“ der „Politik von CDU bis SPD, die die Legitimierung von Militär... langsam aber sicher kippen“ wollten.<sup>484</sup> Claudia Roth sah sich offenbar gezwungen, den Vorstoß zu revidieren. Auch Helmut Lippelt verfolgte seine Position nicht weiter, da der Widerstand gegen eine mögliche

---

<sup>478</sup> Auch Frieder O. Wolf sah einen Unterschied zwischen „dem Ziel einer Verhinderung/Unterbindung von Rechtsverletzungen isolierbarer Rechtsbrecher als 'polizeiliches' Ziel und dem 'militärischen' Ziel der Brechung eines politischen Willens eines (in der Regel staatlich) konstituierten Kollektivs.“ ( Wolf 1992).

<sup>479</sup> Grüne notfalls für Militäreinsatz; Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>480</sup> Vgl. Der Krieg gegen die Frauen von Bosnien; Gefühl der Wut. Bei den Grünen melden sich kriegerische Frauen zu Wort.

<sup>481</sup> Beck 1993.

<sup>482</sup> Wasmuht 1998: 8.

<sup>483</sup> Interview mit Lippelt: 33f.

<sup>484</sup> Vgl. Ende des GRÜNEN Pazifismus.

programmatische Öffnung der Partei, die eine situationsabhängige Zustimmung zu militärischem Handeln in Jugoslawien ermöglicht hätte, sehr stark war.<sup>485</sup> Entscheidend für den Widerstand gegen den Vorstoß war die Einschätzung in der Parteiführung, dass die von Lippelt und Roth geforderte polizeiliche Eingreiftruppe realiter nicht existierte. Eine durch Waffengewalt gestützte Bearbeitung der Krise war nur mittels Truppen einzelner Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen möglich. Eine polizeiliche Intervention lief also de facto ebenso auf eine multilaterale Militäraktion der internationalen Staatenkoalition hinaus, die man in der Partei jedoch generell ablehnte.<sup>486</sup>

Trotz des „Rückruderns“ des Bundesvorstandes brachte der Vorstoß der beiden Politiker eine Diskussion in der Partei in Gang.<sup>487</sup> Ludger Volmer sprach von einer „Krise des Pazifismus“. Er hielt am „Bekenntnis zur Gewaltfreiheit“ fest, da dieses kein „Dogma“, sondern eine „schlüssige Antwort in einer bestimmten historischen Konstellation“ sei. Ein – wie von Lippelt und Roth gefordertes – militärisches Eingreifen in „quasi-polizeilicher Funktion“ sei nicht wünschenswert, da es zum gegebenen Zeitpunkt keine kontrollierbaren Institutionen einer „Weltgesellschaft“ gebe. Ziel der Bosnienpolitik der Partei müsse demgegenüber die Forderung an die EG-Mitgliedstaaten nach einer „vollständigen Blockade“ und die Ächtung der jugoslawischen Regierung sein. „Wenn sie [die EG-Mitglieder] sich sperren, hilft - bei aller Verzweiflung - ... nichts.“<sup>488</sup>

Auch Angelika Beer besuchte wie Claudia Roth und Helmut Lippelt das Krisengebiet Jugoslawiens und berichtete anschließend vom „unglaublichen Hass“ der Bevölkerungsteile Kroatiens und Bosniens. Sie hielt jedoch auch nach der Reise an der offiziellen Position der Partei fest. Im Falle einer Intervention in der Krisenregion „würden noch mehr Unschuldige umkommen“ und weitere Angriffe „provoziert“. Stattdessen sprach sie sich für ein „absolutes Embargo“ aus, um den kriegesischen Konflikt einzudämmen.<sup>489</sup> Ebenso wie Volmer forderte sie

---

<sup>485</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02. In einem Interview äußerte Lippelt, für die Formel der polizeilichen Eingreiftruppe sei nach seinem Interview „sehr heftig von seinen Parteifreunden angegriffen“ worden (zitiert nach: Höfele 1998: 42).

<sup>486</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>487</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>488</sup> Volmer 1992a.

<sup>489</sup> Vgl. Auth 1992.

von den westlichen Staaten „absolute Unparteilichkeit“, denn nur die könne den „Freibrief zum Morden, Vertreiben und Hassen“ aller Kriegsparteien beenden.<sup>490</sup>

Die Frage der Wirksamkeit des Waffenembargos für eine Deeskalation des Konflikts ist letztlich nicht eindeutig zu beantworten.<sup>491</sup> Die von den grünen Akteuren eingeforderten Embargomaßnahmen gegen alle Kriegsparteien liefen jedoch darauf hinaus, dass die serbische Seite immer weiter militärisch mobilisierte, da sie sich ihrer materiellen Überlegenheit bewusst war und die durch das Waffenembargo vom Nachschub abgeschnittenen Bürgerkriegsgegner als besiegt erachtete. Eine frühe begrenzte Parteinahme für die Gegner der serbischen Jugoslawischen Volksarmee hätte mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Fortführung der kriegerischen Auseinandersetzungen verhindern können.<sup>492</sup>

In jedem Fall wurde von den linken Akteuren der Grünen die Eskalationsgefahr durch ein vollständiges, gegenüber allen Kriegsparteien verhängtes Waffenembargo nicht berücksichtigt. Der Einwand, Effizienzkriterien seien in diesem Zeitraum lediglich an nicht-militärische Handlungsoptionen gelegt worden, nicht jedoch an militärische Überlegungen, trifft nicht zu.<sup>493</sup> EG und KSZE waren in der Hauptsache gerade auf diplomatischer, also auf nicht-militärischer Ebene aktiv, so dass in der westlichen Staatenkoalition sehr wohl Wirksamkeitskriterien auch für militärisch gestützte Handlungsoptionen vorhanden gewesen sein müssen.<sup>494</sup>

Unter den Akteuren des realpolitischen Flügels gab es unterschiedliche Reaktionen auf den Vorstoß von Lippelt und Roth. Joschka Fischer nannte die Äußerungen "mutig", da sie eine „notwendige Diskussion“ anstießen. Seiner Meinung nach habe eine „begrenzte Intervention“ jedoch eine Eskalation der Krise zur Folge. Gleichzeitig sei im Sinne eines „friedlichen Miteinander der Völker“ nicht zu unterschätzen, dass man „den Frieden notfalls auch gegen Friedensbrecher durchsetzen muss.“ Mit Blick auf eine mögliche deutsche Beteiligung an der militärischen Konfliktbearbeitung sah Fischer ein „echtes Dilemma" zwischen „deutscher Weltmachtpolitik" und der situationsabhängigen Notwendigkeit militärischen Handelns.<sup>495</sup> Offenbar waren für Fischers zurückhaltende Position neben der persönlichen Einschätzung der

---

<sup>490</sup> Beer 1992.

<sup>491</sup> Gow 1997: 36-38.

<sup>492</sup> Krause 1995: 45.

<sup>493</sup> Vgl. Volmer im Interview, 25.4.02.

<sup>494</sup> Zur Jugoslawien-Politik der EG siehe: Hort 1991: 579-581.

<sup>495</sup> Fischer 1992. Diese Position teilte auch Hubert Kleinert (vgl. Beteiligung in Ex-Jugoslawien).

Situation im Krisengebiet entscheidend, dass er Vorstöße, die zu einer veränderten Programmatik führen konnten, für institutionell letztlich nicht durchsetzbar hielt.<sup>496</sup>

Andere Akteure des realpolitischen Flügels unternahmen indes Vorstöße, die sehr wohl eine Veränderung der außen- und sicherheitspolitischen Position der Partei einforderten. So sprachen sich Ralf Fücks und der Europaabgeordnete Graefe zu Baringdorf in mehreren Beiträgen für eine militärische Intervention aus. Der Pazifismus verliere „seine Unschuld“, wenn er „zur Tatenlosigkeit führt.“<sup>497</sup> Die Autoren sprachen sich für einen „pragmatischen Pazifismus“ und gegen die „Allgemeingültigkeit pazifistischer Politik jenseits von Zeit und Raum“ aus. Man müsse „über konkrete Antworten auf konkrete Fragen“ nachdenken. Den Gegnern einer Intervention warfen sie vor, sich „in allgemeingültige Selbstgewissheiten zu flüchten“ und sich „in einer komfortablen Idylle einzurichten.“<sup>498</sup> Zwar stand offenbar die Aufbruch-Gruppe hinter den Vorstößen von Fücks und Baringdorf.<sup>499</sup> Die Wirkung in Partei und Öffentlichkeit war jedoch – wohl auch aufgrund der zurückhaltenden Position Fischers – begrenzt.

Insgesamt waren die Diskussionsbeiträge im Hinblick auf die politische Situation in Jugoslawien wesentlich zahlreicher als etwa zur Zeit der Krise am Persischen Golf. Die internationale Krise im Zuge der Separationsbestrebungen generierte eine Vielzahl von Fragen hinsichtlich der Handlungsalternativen, die den grünen Akteuren zur Bearbeitung vor allem der humanitären Situation in Jugoslawien zur Verfügung standen. So wurde offensichtlich im Bundesvorstand der Westpartei die Notwendigkeit einer inhaltlichen Klärung deutlich, da

„das bisherige Repertoire an Programmpunkten nicht ausreichte, um den Konflikt in Jugoslawien analytisch und auch konzeptionell in den Griff zu bekommen.“<sup>500</sup>

Mit den intendierten Positionsverschiebungen in der Frage der militärischen Aktivität in Krisengebieten reagierten einzelne Akteure in Richtung einer adäquateren Bearbeitung der sich stellenden Handlungsprobleme, vor allem mit Blick auf die Zivilbevölkerung im Krisengebiet. Die Reaktion des Bundesvorstandes auf die Vorstöße war offensichtlich deswegen ablehnend, da

---

<sup>496</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>497</sup> Fücks /Graefe zu Baringdorf 1993a.

<sup>498</sup> Fücks 1993; siehe auch: Fücks/Graefe zu Baringdorf 1993b.

<sup>499</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>500</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

die Forderungen nicht an das Konsenspapier von Neumünster anschlossen und nicht mit der Parteiführung abgesprochen worden waren.<sup>501</sup> Motive, die institutionelle Problembearbeitung zu effektivieren, wurden demzufolge durch Interessen überlagert, eine in der gesamten Partei einheitliche außen- und sicherheitspolitischen Linie zu verfolgen.

Die willentliche Konsensposition von Neumünster konnte jedoch unterschiedliche Positionsbestimmungen der Akteure nicht verhindern.<sup>502</sup> Angesichts der mangelnden Konkretisierbarkeit einer lediglich „umrissenen“ Programmatik entstanden Debatten, in denen pazifistischen Konzeptionen als argumentative Grundlage außen- und sicherheitspolitischen Handelns in den Vordergrund gerückt wurden. In direkter oder impliziter Bezugnahme auf die Neumünster Erklärung zogen nun die Akteure vor allem „Gewaltfreiheit“ als Norm für eine Bearbeitung der Jugoslawienkrise heran. Der sowohl von Befürwortern als auch Gegnern eines militärischen Einsatzes vorgenommene Rekurs reduzierte – entgegen der auch in der Erklärung von Neumünster vorgenommenen weiten Fassung – Pazifismus auf die Norm der Gewaltfreiheit.

#### **6.4 Übergreifende Ablehnung eines Somalia-Einsatzes**

Nach einer vierjährigen Phase der „faktischen Untätigkeit“<sup>503</sup> der westlichen Staaten im somalischen Bürgerkrieg wurde auf der Grundlage eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrats ab Juli 1992 eine Luftbrücke eingerichtet, mit deren Hilfe humanitäre Hilfsmaßnahmen zur Versorgung der vom Hungertod bedrohten Bevölkerung Somalias sichergestellt werden sollten.<sup>504</sup> Im August beschloss der UN-Sicherheitsrat angesichts der Übergriffe somalischer Rebellen auf Transporte und Hilfsgüter der internationalen Staatenkoalition eine Sicherung der Hilfsaktion durch 3000 UN-Soldaten des sogenannten UNOSOM-Einsatzes.<sup>505</sup> Daraufhin begannen im Dezember auf Betreiben der US-amerikanischen Regierung multinationale Militäreinheiten, die Versorgung der hungernden Bevölkerung zu sichern.<sup>506</sup> Ebenfalls im

---

<sup>501</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>502</sup> Höfele 1998: 48.

<sup>503</sup> Hasenclever 2001: 224.

<sup>504</sup> Resolution 767 des UN-Sicherheitsrats über die Lieferung von Hilfsgütern nach Somalia.

<sup>505</sup> Resolution 775 des UN-Sicherheitsrats über die Überwachung humanitärer Hilfslieferungen nach Somalia.

<sup>506</sup> Vgl. Hasenclever 2001: 233; The United Nations and Somalia 1992-1996: 30.

Dezember legitimierte der UN-Sicherheitsrat ein aktives militärisches Eingreifen in der Bürgerkriegsregion, um der humanitären Operation zum Erfolg zu verhelfen.<sup>507</sup>

Da auch dieser militärische Einsatz unter Beteiligung von mehr als 30 Staaten eine Fortdauer der Kämpfe nicht verhindern konnte, beschloss der Sicherheitsrat im März 1993 eine Erweiterung der UNOSOM-Mission in Somalia.<sup>508</sup> Auf dieser Basis wurde aus dem militärisch gestützten Einsatz zur Bekämpfung der Hungersnot de facto eine friedensschaffende Intervention zur Entwaffnung der Kriegsparteien, mit dem Ziel, eine notwendige Voraussetzung für die Beendigung des Bürgerkriegs zu schaffen. Die Präsenz der UN-Truppen rief in Somalia indes feindliche Reaktionen hervor, so etwa beim Besuch des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali in Mogadischu, als „Warlord“ General Aidid mit gewalttätigen Aktionen gegen die internationalen Truppen drohte.<sup>509</sup>

Die Eskalationsgefahr sowie hohe Sicherheitsrisiken für die Einsatzkräfte waren auch den außenpolitischen Akteuren Deutschlands bewusst, da es bereits im Oktober 1992 zum Beschuss deutschen Hilfspersonals durch somalische Rebellen kam. Das Bundeskabinett einigte sich zwar bereits im Dezember 1992 darauf, zur Unterstützung der UN-Operationen „innerhalb befriedeter Regionen... Somalias ein verstärktes Nachschub-/Transportbataillon für humanitäre Aufgaben“ einzusetzen.<sup>510</sup> Erst nach längerem Zögern fasste die Bundesregierung jedoch im April 1993 einen konkreten Einsatzbeschluss für einen deutschen Unterstützungsverband.<sup>511</sup>

Nach der Bestätigung des Einsatzbeschlusses mit den Stimmen der Regierungskoalition im Bundestag erweiterte die SPD Ende April 1993 ihre Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.<sup>512</sup> Die außenpolitischen Akteure von CDU, FDP und SPD erwarteten, das Urteil des Karlsruher Gerichts würde die politisch offenbar unlösbare Aufgabe einer verfassungsrechtlichen

---

<sup>507</sup> Vgl. Brief des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali; Resolution 794 des UN-Sicherheitsrats über den multinationalen Militäreinsatz in Somalia.

<sup>508</sup> Resolution 814 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Erhöhung der Truppenstärke in Somalia.

<sup>509</sup> Vgl. Gaus 1993; UN-Soldaten in Somalia angegriffen.

<sup>510</sup> Erklärung der Bundesregierung zur Unterstützung der humanitären Anstrengungen der Vereinten Nationen in Somalia.

<sup>511</sup> Vgl. Abstimmungsergebnis zum Antrag der Regierungskoalition auf Zustimmung zum Beschluss der Bundesregierung vom 21.4.1993.

<sup>512</sup> Vgl. Bundestag stimmt UN-Einsatz in Somalia zu.

Übereinkunft übernehmen.<sup>513</sup> Am 23.6. erließen die Verfassungsrichter demgegenüber in einer einstweiligen Verfügung, dass der Bundestag „in eigener Verantwortlichkeit“ zu bestimmen habe, ob der Einsatz der Bundeswehr in Somalia auf der Grundlage des Regierungsbeschlusses durchgeführt werden dürfe.<sup>514</sup> Kurz darauf stimmte das Parlament dem Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen eines UN-Hilfskontingents für Transport und humanitäre Aufgaben mit 336 Ja-, 184 Nein-Stimmen sowie 14 Enthaltungen zu.<sup>515</sup>

Die verminderte Handlungsfähigkeit setzte sich angesichts anhaltender juristischer Diskussionen auch bei der Problembearbeitung im Zusammenhang des somalischen Bürgerkriegs fort.<sup>516</sup> Die Schwierigkeiten der bundesrepublikanischen Parteien, sich in der Frage einer Beteiligung an der militärischen Krisenbearbeitung zu verständigen, stand im Gegensatz zur notwendigen klaren Positionierung auf dem Gebiet der internationalen Friedenssicherung.<sup>517</sup> Letztlich waren der mangelnde innenpolitische Konsens und das juristische Vakuum mittelbar auch ein Hindernis beim Ausbau des politischen Gewichts Deutschlands innerhalb der NATO.<sup>518</sup>

Bei den Grünen erforderte der Einsatz von UN-Blauhelmen in Somalia ebenfalls eine deutliche Positionierung gegenüber einer Beteiligung der Bundeswehr an den multinationalen Truppen. Im Vergleich zu den Diskussionen mit Blick auf eine militärische Problembearbeitung in Jugoslawien herrschte bei der Frage eines Einsatzes in Somalia eine große Geschlossenheit in der Partei. Ludger Volmer lehnte einen Einsatz der westlichen Staaten in Somalia mit der Begründung ab, für die Sicherung von Hilfslieferungen seien nicht die Vereinten Nationen, sondern die Organisation Afrikanischer Einheit zuständig, die bei der Lösung des Konflikts „politische Unterstützung“ von den westlichen Staaten erhalten solle.<sup>519</sup> Auch Joschka Fischer wies eine Beteiligung deutscher Soldaten an einem UN-Einsatz in Somalia zurück, da

---

<sup>513</sup> Vgl. Staack 2000: 509.

<sup>514</sup> Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 89. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BVerfGE 89): 42f.

<sup>515</sup> Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU zur Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II (Drucksache 12/5338); vgl. Krabbe 1993.

<sup>516</sup> Vgl. dazu vor allem: Rühl 1993; Philippi 1997: 154.

<sup>517</sup> Vgl. Kühne 1993: 9.

<sup>518</sup> Vgl. Tuschoff 1993: 37.

<sup>519</sup> Volmer 1993b.



Deutschland in diesem Jahrhundert „genug Kriege“ geführt habe und er eine „Beteiligung an Interventionen wie im Golfkrieg“ generell für ausgeschlossen halte.<sup>520</sup>

Die Delegierten des Leipziger Gründungsparteitag der gesamtdeutschen Partei Bündnis 90/Die Grünen kritisierten im Mai 1993 mit eindeutiger Mehrheit die Entscheidung der Bundesregierung, Soldaten in das somalische Krisengebiet zu entsenden.<sup>521</sup> Auch auf der Sitzung des ersten gemeinsamen Länderrats vom Juni 1993, während der die Frage eines möglichen Einsatzes der Bundeswehr in Jugoslawien äußerst kontrovers diskutiert wurde, kam es zur einhelligen Forderung, die deutschen Soldaten aus Somalia abzuziehen.<sup>522</sup> Jürgen Trittin argumentierte wenig später, die Vereinten Nationen agierten in Somalia „nicht als Schlichterin, sondern selbst als Kriegspartei, mit allen Eskalationsfolgen.“<sup>523</sup> Im Juli erklärte Volmer, der Einsatz sei keine humanitäre Hilfsmaßnahme, sondern ein „voller Krieg“.<sup>524</sup> Angelika Beer verlangte, dass alle für den Einsatz vorgesehen Gelder des Bundeshaushaltes zu Entwicklungshilfemitteln für die Unterstützung der in Somalia tätigen Hilfsorganisationen verschoben werden sollten.<sup>525</sup> Die deutschen Truppen richteten in Somalia Schäden an, die „nicht wieder gutzumachen“ seien.<sup>526</sup> Auch die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten teilten diese Einschätzung. Als der Bundestag Anfang Juli 1993 einem Einsatz deutscher Soldaten zustimmte, lehnten die ostdeutschen Abgeordneten den Antrag der Bundesregierung geschlossen ab.<sup>527</sup> Im Oktober schließlich wurde auf dem Sonderparteitag in Bonn zum Konflikt in Bosnien, „mit großer Mehrheit bei wenigen Enthaltungen“ eine Resolution verabschiedet, in der der Somalia-Einsatz der Bundeswehr erneut abgelehnt wurde.<sup>528</sup>

---

<sup>520</sup> zitiert nach: „Linksliberalen eine neue Heimat geben“.

<sup>521</sup> Protokoll der 1. Ordentlichen Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen; vgl. Mitglieder-Rundbrief Nr.3/1993: 6.

<sup>522</sup> Resolution zu Somalia des Länderrats vom 11.-13.6. in Bonn; vgl. Nach dem Eingreifen der UN in Somalia Streit in Bonn um die Entsendung deutscher Soldaten.

<sup>523</sup> Trittin 1993a.

<sup>524</sup> Volmer 1993c.

<sup>525</sup> Beer 1993a; vgl. Von 310 Millionen Mark Somalia zwei Drittel für Militär.

<sup>526</sup> Beer 1993b.

<sup>527</sup> Vgl. Abstimmung zum Antrag der Regierungskoalition auf Zustimmung zum Beschluss der Bundesregierung vom 21.4.1993.

<sup>528</sup> Resolution Somalia.

Gegen Ende des Jahres 1993 kam es zu einer Wende in der Somaliapolitik der westlichen Staatenkoalition. Die immer tiefergehende Verwicklung der multinationalen Truppen in den Bürgerkrieg hatte bereits verdeutlicht, dass Aktivitäten der Friedenserhaltung und der Friedensschaffung in Somalia nicht eindeutig voneinander zu trennen waren.<sup>529</sup> Der Tod von 18 amerikanischen Soldaten Anfang Oktober schließlich führte zum Abzug aller US-Truppen aus Somalia, woraufhin auch die Bundesregierung beschloss, das deutsche Militärkontingent aus dem Krisengebiet zurückzuziehen.<sup>530</sup> Die Vereinten Nationen erlitten angesichts des erfolglosen Abbruchs einen schwerwiegenden politischen Autoritätsverlust. Es blieb die Einsicht, dass einem erfolgreichen Agieren der internationalen Staatenkoalition in Krisengebieten Grenzen gesetzt waren.<sup>531</sup>

Insgesamt herrschte bei den Grünen hinsichtlich eines Einsatzes deutscher militärischer Verbände in Somalia eine ablehnende Haltung „auf ganzer Linie“.<sup>532</sup> Die Geschlossenheit der Partei hatte zwei wesentliche Gründe: Einerseits waren die Akteure außen- und sicherheitspolitisch wesentlich stärker mit der Bearbeitung der Jugoslawien-Krise befasst. So herrschte in der Partei die Vorstellung, hinsichtlich der Handlungsprobleme auf dem Balkan sei man „mehr involviert“.<sup>533</sup> Auf dieser Basis wurde das Problem eines multinationalen Agierens im somalischen Bürgerkrieg von den Akteuren nicht mit der gleichen Intensität behandelt wie die Frage eines deutschen Beitrags zur militärisch gestützten Bearbeitung der Jugoslawien-Krise. Zudem stand der Zusammenschluss von Bündnis 90 mit Die Grünen im März 1993 bevor.<sup>534</sup> Um den Fusionsprozess möglichst erfolgreich abschließen zu können, musste eine offene Austragung von Differenzen vermieden werden. Eine intensivere Beschäftigung mit der Somalia-Krise hätte möglicherweise erneute Divergenzen zwischen Westpartei und Bundestagsgruppe hinsichtlich eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr zu Tage treten lassen.

Das Bemühen um eine einheitliche Position war umso nötiger, da auch in der ostdeutschen Bundestagsgruppe Positionsdifferenzen hervortraten. Zwar stellten die Parlamentarier im Juli ein

---

<sup>529</sup> Schöllgen 1999: 211.

<sup>530</sup> Vgl. Krech 1996: 104f.

<sup>531</sup> So formulierte es der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali (The United Nations and Somalia 1992-1996: 87).

<sup>532</sup> Vgl. Höfele 1998: 82-84.

<sup>533</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>534</sup> Siehe das Kapitel: Der Zusammenschluss von Die Grünen und Bündnis 90.

einheitlich ablehnendes Abstimmungsverhalten bei der Frage eines deutschen militärischen Beitrags her, jedoch argumentierten die Abgeordneten sehr heterogen. Die Debatte offenbarte, dass lediglich vier der acht Parlamentarier internationale Militäreinsätze unter dem Dach der UN generell ablehnten.<sup>535</sup> Am positivsten äußerte sich Wolfgang Ullmann: Der Bundestag stehe vor der Entscheidung, „wie er seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen“ wahrnehme, so dass in der Frage von Militäreinsätzen eine Situation entstehe, „die wir ganz neu entscheiden müssen.“<sup>536</sup> Aus dem Blickwinkel der unterschiedlichen Einschätzungen war es notwendig, die Frage eines Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Konfliktbearbeitung in Somalia während des Vereinigungsprozesses nicht weiter zu thematisieren.

## 6.5 Zwischenresümee

Angesichts eines juristischen Vakuums und unterschiedlicher Positionen der außenpolitischen Akteure bestand das unmittelbare Problem in der Herstellung von Handlungsfähigkeit Deutschlands, um den von internationalen Partnern erwarteten Beitrag an gemeinsamen Sicherheitsmaßnahmen und zur Bearbeitung von humanitären Krisen in Jugoslawien und Somalia nachzukommen. Die ostdeutsche Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen forderte im Zusammenhang der Jugoslawienkrise eine tiefergehende Verrechtlichung von Bundeswehrauslandseinsätzen und legte dazu einen Entwurf zur Grundgesetzänderung vor. Diese Position stieß bei westdeutschen Akteuren und der *Constituency* der Grünen auf großen Widerstand. Die Grünen lehnten auf allen Ebenen der Partei einen Einsatz deutscher Truppen im Ausland und zudem jede diesbezügliche Verfassungsänderung mit großer Mehrheit ab. Ein Vorstoß einzelner Akteure des linken Flügels, eine Neupositionierung der Partei in der Frage eines militärischen Handelns in Krisengebieten anzustoßen, wurde vom Bundesvorstand gestoppt. Initiativen aus dem realpolitischen Flügel wurden aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten in der gesamten Partei nicht konsequent verfolgt.

Trotz des Versuchs der Parteiführung, den in Neumünster erreichten Konsens zu halten, nahm der Umfang der Diskussionen um die außen- und sicherheitspolitische Position der Partei stark zu. Hinsichtlich eines militärischen Agierens der westlichen Staaten in Jugoslawien wurde dabei „Gewaltfreiheit“ als Handlungsnorm von Gegnern wie Befürwortern herangezogen: Gegner

---

<sup>535</sup> Wollenberger 1993; vgl. Weiß 1993c; Poppe 1993c.

<sup>536</sup> Ullmann 1993.

eines Einsatzes hoben den Pazifismus als Grundlage der institutionellen Programmatik hervor, Befürworter sahen demgegenüber eine mangelnde Effizienz der Gewaltfreiheitsnorm für der Bearbeitung der Krise. Der Stellenwert des Pazifismus in der Partei wurde somit deutlich erhöht.

In der Frage einer militärischen Bearbeitung des Bürgerkriegs in Somalia herrschte in der Partei demgegenüber eine einheitlich ablehnende Position. Die Akteure verwiesen vor allem auf eine Deeskalationsgefahr durch militärisch gestütztes Handeln im Krisengebiet. Die geringe Intensität der Debatte um den Einsatz eines deutschen militärischen Hilfscorps war einerseits den geringeren Aufmerksamkeitspotentialen der Akteure zuzuschreiben. Zudem beabsichtigte man, vor der Vereinigung von den Grünen mit Bündnis 90 eine einheitliche Position zu formulieren, so dass unterschiedliche Einschätzungen nicht thematisiert wurden.

Die Akteure konzentrierten sich zur Bearbeitung der Krisen in Jugoslawien und Somalia insgesamt stark auf die normative Frage der Gewaltfreiheit als Handlungsoption. Dadurch konnte das konkrete Problem einer Herstellung außenpolitischer Handlungsfähigkeit Deutschlands nicht gelöst werden, da die Partei zur mangelnden politischen Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit gegenüber den internationalen Partnern beitrug. Letztlich waren die Grünen mitverantwortlich dafür, dass die Staatenkoalition auf dem Gebiet der langfristigen internationalen Konflikteindämmung nur geringe Erfolge erzielen konnte.<sup>537</sup>

---

<sup>537</sup> Calic 1993: 20.

## 7 Der Zusammenschluss von Die Grünen und Bündnis 90

### 7.1 Der Vereinigungsprozess der beiden Parteien

Bereits 1990 war mit dem Einzug der Abgeordnetengruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ in den Bundestag ein gemeinsames institutionelles Handeln der westdeutschen Grünen mit Akteuren des ostdeutschen Bündnis 90 eingeleitet worden. Die Bundespartei „Die Grünen“ beschloss im Zuge einer institutionellen „Neukonstituierung“ im April 1991, einen Vereinigungsprozess mit Bündnis 90 „sofort einzuleiten“. Bekundetes Ziel war die Herstellung „arbeitsfähiger Zusammenhänge“ für eine gemeinsame Kandidatur bei der Bundestagswahl 1994.<sup>538</sup>

Ausgangspunkt für diese Entscheidung war, dass die Konkurrenz im gleichen Wählersegment eine Teilung des Stimmenpotentials der beiden Parteien zur Folge hatte. Dies verdeutlichte die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1991, wo Neues Forum, Grüne Ost und Bündnis 90 insgesamt neun Prozent der Wählerstimmen erhielten, als getrennt antretende Gruppierungen jedoch allesamt an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten.<sup>539</sup> Die „antizipierte Wirkung der 5%-Hürde“ motivierte die Akteure, eine inhaltliche und organisatorische Verbindung herzustellen.<sup>540</sup> Bei den Akteuren von Bündnis 90 gab es hinsichtlich einer organisatorischen Neuformierung große Bedenken. Als sich im September 1991 ein Teil der ehemaligen Bürgerbewegungen der DDR zur Partei „Bündnis 90“ formierte, waren Befürchtungen vor einer „Inkorporierung“ der Einzelbewegungen zutage getreten.<sup>541</sup> Verstärkt wurde die Skepsis durch die Einschätzung der Grünen als einer in sich stark zerstrittenen Organisation.

„They [the ‘Bündnis 90’-activists] were still at ease with the anti-system rhetoric and radical chic that flourished among some western Greens and appalled by the internal battles which they considered a sign of political immaturity“.<sup>542</sup>

---

<sup>538</sup> Vgl. Erklärung von Neumünster.

<sup>539</sup> Vgl. Die Erstgeborenen der Revolution sind so billig nicht zu haben.

<sup>540</sup> Kaltefleiter 1995: 21f.

<sup>541</sup> Haufe 1993: 133, 145; vgl. das Interview mit Bärbel Bohley in: Findeis/Pollack/Schilling 1994: 61f.; Voit 1991; Interview mit Joschka Fischer(1); Motivationsschub für Grüne; siehe auch die Willenserklärung „Vollenden und aufbrechen“, die bei der Gründung von Bündnis 90 am 21./22.9.1991 in Potsdam verabschiedet wurde (Vollenden und aufbrechen).

<sup>542</sup> Betz 1995: 207.

Dass die Akteure von Bündnis 90 dennoch in den Vereinigungsprozess einwilligten, hatte vor allem materielle Gründe. Um den politischen Prozess auf lokaler Ebene mitzubestimmen, musste die Partei ihre „beunruhigende finanzielle Lage“ verbessern.<sup>543</sup> Nur im Fall einer Fusion konnte man mit einer ausreichend hohen Wahlkampfkostenerstattung rechnen und Abschläge auf zukünftige Wahlkämpfe erhalten.<sup>544</sup> Zudem besaß Bündnis 90 enorme Mobilisierungsprobleme, da ein mit den Westgrünen vergleichbares Potential an Parteiaktivisten in den fünf neuen Bundesländern nicht vorhanden war.<sup>545</sup> Entscheidend war auch letztlich das Interesse der Akteure, auch auf gesamtdeutschem Gebiet spezifisch ostdeutsche Interessen wirksam repräsentieren zu können.<sup>546</sup>

Im Mai 1992 beschloss die Bundesdelegiertenversammlung von Bündnis 90 offiziell, mit den Westgrünen über eine Fusion zu verhandeln.<sup>547</sup> An diesen Entschluss wurden Forderungen nach einer gesicherten Repräsentation im Parteivorstand sowie einem „Erhalt der Arbeitszusammenhänge“ von Bündnis 90 geknüpft.<sup>548</sup> Ein paritätischer Zusammenschluss war angesichts der unterschiedlichen personellen wie politischen Stärke der Verhandlungspartner jedoch nicht zu erreichen: Die Mitgliederzahl der Grünen lag bei 36000, Bündnis 90 umfasste lediglich etwa 2600 Mitglieder. Zudem besaßen die Ostdeutschen einen Mangel an „strategischem Wissen“ für das praktische Agieren im politischen System Deutschlands, den die Westgrünen während des institutionellen Vereinigungsprozess als Vorteil nutzen konnten.<sup>549</sup>

In einem Memorandum des Bundesvorstandes der Grünen hieß es, dass die erhöhten Chancen auf einen Wiedereinzug in den Bundestag das „zwingendste Motiv“ einer Vereinigung mit dem Bündnis 90 sei. Dennoch wurde betont, dass „die Masse der Wahlstimmen dort [im Westen] geholt werden“ müsse.<sup>550</sup> Die Akteure der westdeutschen Grünen erwarteten also bei einer Fusion eine Konzentration von Wählerstimmen auf eine als *team of men* agierenden

---

<sup>543</sup> Vgl. Müller-Enbergs 2001: 86; vgl. das Interview mit Hans-Jürgen Fischbeck in Findeis/Pollack/Schilling 1994: 96f.

<sup>544</sup> Vgl. Wielgoß/Schulz/Müller-Enbergs: 111.

<sup>545</sup> Vgl. Poguntke 1996: 100; Betz 1995: 216.

<sup>546</sup> Probst 1993: 157; Vollmer/Templin/Schulz 1992: 33; Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>547</sup> Vgl. Bündnis 90 macht Grünen Antrag.

<sup>548</sup> Vgl. Wielgoß/Schulz/Müller-Enbergs 1992: 116.

<sup>549</sup> Interview mit Knapp, 4.1.02.

<sup>550</sup> Memorandum des Bundesvorstandes zur parteiinternen Diskussion.

Organisation.<sup>551</sup> Das unmittelbare Handlungsziel der westdeutschen Akteure bestand indes darin, die inhaltlichen Positionen der neuen Partei in ihrem Sinne zu harmonisieren und „die Strukturen möglichst geräuschlos kompatibel“ zu machen.<sup>552</sup>

Organisationsstrukturell bewirkte der Zusammenschluss der Parteien vor allem eine Verschiebung innerhalb der institutionellen Akteurskonstellationen. Erste Konsequenzen zeigten sich kurz vor dem Leipziger Einigungsparteitag, als sich Parteilinke der westdeutschen Grünen zum „Babelsberger Kreis“ formierten.<sup>553</sup> Diese Gruppe bildete eine Schnittstelle zwischen den Ebenen des linken Flügels und umfasste Akteure der Parteiführung sowie Teile der *Constituency*. Bekundetes Ziel war die inhaltliche Positionierung in einem „gemeinsam getragenen diskursiven Raum“, wie Frieder-Otto Wolf es beschrieb.<sup>554</sup> Strategisches Ziel bestand vor allem darin, einer im Zuge der Fusion befürchteten einhergehenden Verschiebung inhaltlicher Positionen – einer „Erosion“, wie es im linken Flügel hieß – koordinierte Positionen entgegenzusetzen.<sup>555</sup> Diese strömungspolitische Positionierung kurz vor der Vereinigung hinderte die Akteure beider Parteien nicht daran, während der ersten gemeinsamen Bundesversammlung in Leipzig eine große Geschlossenheit zu dokumentieren. Die internationale Presse lobte

„eine für diese individualistische Gruppierung ungewöhnlich gut funktionierende Regie... [und] einen fast reibungslosen Ablauf des Treffens.“<sup>556</sup>

Die vom Bundesvorstand der Grünen vorgeschlagene „Leipziger Erklärung“ wurde mit wenigen Änderungen beschlossen.<sup>557</sup> Das „die Einheit gefährdende Thema Außenpolitik“ wurde während des Treffens indes nicht behandelt.<sup>558</sup> Zu wesentlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, etwa zu Möglichkeit und Grenzen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr enthielt auch die Parteitagserklärung keine Angaben.<sup>559</sup>

---

<sup>551</sup> Strom 1990: 566f.

<sup>552</sup> Lengsfeld (vormals Wollenberger) 2002: 381.

<sup>553</sup> Mitglieder waren u.a. Claudia Roth, Christian Ströbele, Frieder O. Wolf, Angelika Beer und Ludger Volmer.

<sup>554</sup> Zitiert nach: Potential sucht Politik.

<sup>555</sup> Betz 1995: 208; Rudzio 1996: 155.

<sup>556</sup> Die Nation liegt schief. Bündnis und der Weg nach Bonn.

<sup>557</sup> Vgl. Stock 1993a.

<sup>558</sup> Die Nation liegt schief. Bündnis und der Weg nach Bonn.

<sup>559</sup> Vgl. Leipziger Erklärung.

Im Assoziationsvertrag zwischen den beiden Parteien wurde dem Bündnis 90 für eine Übergangszeit organisatorische Sonderrechte gewährt, zu denen unter anderem eine Garantie von drei der elf Sitze im Bundesvorstand und die Zusicherung eines der beiden Sprecherposten gehörten. Außerdem wurde „Bündnis 90“ im neuen Parteinamen an vorderer Stelle genannt.<sup>560</sup> Trotz der „überaus pragmatisch begründeten Aufgaben- und Postenverteilung“<sup>561</sup> konnten nicht alle ostdeutschen Akteure im Lauf des Verreinigungsprozesses integriert werden. Die ostgrüne Vorstandssprecherin Christine Weiske verkündete in Leipzig ihren Rücktritt. Als Begründung nannte sie die Weigerung der Delegierten, einem Vertreter der ostdeutschen Landesverbände der Grünen einen Platz im neuen Bundesvorstand zu garantieren.<sup>562</sup> Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley kritisierte, mit dem Zusammenschluss seien „die Grundsätze des früheren Oppositionsbündnisses in der DDR preisgegeben worden“. Frau Bohley rief die Mitglieder des Bündnis 90 auf, künftig beim Neuen Forum mitzuarbeiten.<sup>563</sup> Auch Michael Platzeck vom Brandenburger Landesverband entschied sich, Bündnis 90 zu verlassen; er blieb als parteiloser Minister in Potsdam tätig.<sup>564</sup>

## ***7.2 Verschiebungen in der außenpolitischen Programmatik***

Das Ergebnis der Fusionsverhandlungen war neben dem Assoziationsvertrag der so genannte „Grundkonsens“ von Bündnis 90/Die Grünen. Diese Präambel zum Assoziationsvertrag ging auf Rahmenpapiere von Ludger Volmer und Hans-Jürgen Fischbeck zurück.<sup>565</sup> Der Grundkonsens war kein offizielles Grundsatzprogramm, skizzierte jedoch die Elemente des politischen

---

<sup>560</sup> Zu weiteren Sonderrechten gehörte das Recht der Mitglieder von Bündnis 90, eine innerparteiliche Organisation „Bürgerbewegung“ zu bilden; ein Vetorecht zum Aufschub von Entscheidungen im Länderrat; die Ermöglichung eines Ost-Länderrats; keine Trennung von Amt und Mandat für die Mitglieder des Bündnis 90 im Bundesvorstand (vgl. Satzung und satzungsändernde Vereinbarungen, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen).

<sup>561</sup> Lorenzo 1993.

<sup>562</sup> Außerdem wurde der Antrag der ostdeutschen Grünen, vor wichtigen Abstimmungen „Meinungsbilder“ der ostdeutschen Mitglieder einzuholen, von den mehrheitlich westlichen Delegierten abgelehnt (vgl. Bündnis 90 und Grüne wollen eine Partei werden).

<sup>563</sup> Zitiert nach: Bündnis 90 und Grüne wollen eine Partei werden.

<sup>564</sup> Vgl. Matthias Platzeck.

<sup>565</sup> Fischbeck war 1990-1992 als Mitglied von Bündnis 90 in der bündnisgrünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und danach Leiter der Evangelischen Akademie in Mühlheim/Saar tätig.



Selbstverständnisses und beschrieb die „grundsätzlichen Ziele, Werte und politischen Leitsätze“<sup>566</sup> der neuen Partei. Der Grundkonsens besitzt daher sehr allgemeinen Charakter und entzieht sich zumeist konkreten politischen Handlungszielen und Strategien.<sup>567</sup> Im außen- und sicherheitspolitischen Teil des Grundkonsenses wurden wesentliche Teilbereiche der pazifistischen Ideologie wieder aufgegriffen. Vor allem die Konzeption der strukturellen Gewalt fand Eingang in den Grundkonsens. Im Vorwort wandte sich Bündnis 90/Die Grünen gegen „militärische Logik der Konfliktaustragung“ und forderte demgegenüber ein „demokratisch begründetes multilaterales System nichtmilitärischer Konfliktlösung“.<sup>568</sup> Zudem klagte der Grundkonsens eine „Weltordnung“ ein, in der es keine „wirtschaftlichen Motive für die gewaltsame Austragung von Konflikten mehr gibt“.<sup>569</sup> Auch die erweiterte Sicherheitskonzeption wurde fortgeführt: So wurde als Handlungsziel benannt, den „Interessenstreit“ zwischen Staaten durch „Entwicklung und Institutionalisierung einer Weltinnenpolitik“ unter einer „reformierten Uno“ abzulösen.<sup>570</sup>

Neben diesen aus grüner Sicht inhaltlichen Kontinuitäten in der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik sind zwei wesentliche inhaltliche Verschiebungen festzustellen. Entscheidend war zunächst, dass Bündnis 90/Die Grünen einen programmatischen Schwerpunkt auf die Sicherung und Herstellung von Menschenrechten legte.<sup>571</sup> Die Menschenrechte seien „unteilbar, gleichwertig und universell“ und umfassten

„politische BürgerInnenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheitsrechte; die sozialen Existenzrechte; das Recht auf Schutz der Umwelt, Sicherung der Grundbedürfnisse sowie auf Bildung und Entwicklung.“<sup>572</sup>

Bei den Grünen war der Begriff der Menschenrechte bereits 1980 programmatisch genannt worden.<sup>573</sup> Das Wahlprogramm 1987 erklärte einen „umfassenden Menschenrechtsbegriff“ als

---

<sup>566</sup> Satzung von Bündnis 90/Die Grünen, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen, § 2 Absatz 1.

<sup>567</sup> Vgl. Hoffmann 1998: 220.

<sup>568</sup> Vgl. Politisches Vorwort, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen: Ziffer (44).

<sup>569</sup> Grundkonsens, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen: Ziffer (49).

<sup>570</sup> Grundkonsens, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen: Ziffer (49).

<sup>571</sup> Vgl. Hoffmann 1998: 222.

<sup>572</sup> Grundkonsens, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen: Ziffer (6).

„stets wirkendes Leitprinzip grüner Innen- und Außenpolitik“. Dieses „Leitprinzip“ beschrieb nicht nur individuelle und politisch-soziale Rechte, sondern auch wirtschaftliche und kulturelle Dimensionen der Menschenrechte.<sup>574</sup> Im Wahlprogramm 1990 jedoch findet sich der Begriff der Menschenrechte nicht. Im Zentrum des Forderungskatalogs der Bürgerbewegungen hatten die demokratische Beteiligung und Bürgerrechte gestanden. Die im Grundkonsens verwendete Menschenrechtskonzeption knüpfte also an den Forderungskatalog von Bündnis 90 an. Die grüne Verhandlungsseite schloss sich im Laufe des Vereinigungsprozess offensichtlich dieser Schwerpunktsetzung an.<sup>575</sup> Die programmatische Neugewichtung war aus Sicht der Grünen zwar „kein großes Zugeständnis“<sup>576</sup>, aber dennoch ein „kleines Entgegenkommen“<sup>577</sup> gegenüber dem Bündnis 90.

Die Menschenrechtskonzeption des Grundkonsenses basierte wie wesentliche Teile der pazifistischen Ideologie auf dem strukturellen Gewalt-Verständnis. In der benannten Fassung der Menschenrechte wurde das Gewaltverständnis noch einmal mit der Forderung nach Sicherung dieser Rechte konkretisiert und intensiviert: Wertmäßiges Handlungsziel war nicht die Absenz von strukturellen, d.h. mitunter nicht akuten Gewaltformen, sondern der dauerhafte Bestand eines definierten Menschenrechtskatalogs.<sup>578</sup> Das Handlungsziel besaß demzufolge in der Betonung von gewaltinduzierenden respektive menschenrechtsverletzenden politisch-sozialen Strukturen als außen- und sicherheitspolitische Problemfaktoren paradigmatische Gemeinsamkeiten mit pazifistischen Konzeptionen. Dennoch muss das Handlungsziel der Menschenrechtssicherung als zwar strukturell ähnlicher, aber dennoch autonomer normativer Teil des außen- und sicherheitspolitischen *feasable set* von Bündnis 90/Die Grünen betrachtet werden.

---

<sup>573</sup> Im Bundesprogramm von 1980 wurde die Einhaltung der Menschenrechte lediglich kurz und undeutlich als Ziel formuliert (vgl. Das Bundesprogramm der Grünen: 18).

<sup>574</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm. Farbe bekennen: 22f.

<sup>575</sup> Vgl. Programmatische Erklärung von Bündnis 90; Hoffmann 1998: 119; Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>576</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>577</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02; vgl. Hoffmann 1998: 222; vgl. auch die Rede Gerd Poppes zum Assoziationsvertrag auf der BDK im Januar 1993 in Hannover, wo er von „inhaltlicher Bewegung bei den Grünen“ sprach (Poppe 1993: 91).

<sup>578</sup> Der Begriff der „strukturellen“ Gewalt wird an verschiedenen Stellen des Grundkonsenses benannt (vgl. Grundkonsens, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen: Ziffer (8), Ziffer (50)).

Während sich die Menschenrechte im Grundkonsens an vorderster Position befanden, wurde die pazifistische Norm der Gewaltfreiheit lediglich an letzter Stelle des Grundwertekatalogs und vage „als ein Prinzip unserer politischen Ethik“ benannt.<sup>579</sup> Militärische Gewalt stelle eine „generelle Bedrohung“ dar, Krieg und Kriegsdrohung seien „schlimme, illegitime“ Gewalt.<sup>580</sup> Zwar dürfen Reihenfolge und begriffliche Fassung nicht überinterpretiert werden, da auch die Ablehnung militärischer Maßnahmen im Grundkonsens „deutlich“ formuliert wurde.<sup>581</sup> Allerdings hatte die Existenz beider programmatischer Elemente im Optionenset von Bündnis 90/Die Grünen Folgen für die zukünftige Begründung außen- und sicherheitspolitischen Handelns: In konkreten Entscheidungssituationen konnte das politische Handlungsziel einer Sicherung von Menschenrechten der pazifistischen Handlungsnorm der Gewaltfreiheit gegenübergestellt werden. Die Anwendung von militärischer Gewalt konnte dabei einerseits als Verletzung von Menschenrechten erachtet werden, da die humanitären Folgen militärischen Agierens in Krisengebieten Menschenrechtsverletzungen im Sinne der getroffenen Definition darstellten. Andererseits wurde es möglich, mit Rekurs auf die Zielsetzung der Sicherung oder Wiederherstellung von Menschenrechten die Anwendung militärischer Mittel zur Bearbeitung internationaler Krisen leichter zu kommunizieren.

Es ist nicht anzunehmen, dass die Verhandlungsführer der Parteien sich einer möglichen programmatischen Konfrontation bewusst waren, die auf der Grundlage des formulierten außen- und sicherheitspolitischen Optionensets möglich wurde. Die Verhandlungspartner haben im Gegenteil die Schwerpunktverschiebung in Richtung Menschenrechte offensichtlich „nicht als Wandel empfunden“, da man keinen Widerspruch zwischen „Friedenspolitik und Menschenrechten“ sah.<sup>582</sup> Volmer bestätigte jedoch, dass seit der Vereinigung der beiden Parteien ein „subtiler Streit“ zwischen den Handlungsoptionen – Menschenrechtssicherung einerseits und „Ablehnung militärischer Mittel“ andererseits – existierte.<sup>583</sup>

Als eine zweite wesentliche programmatische Verschiebung wurde das von den Grünen in den 80er Jahren normativ geforderte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nicht mit in den

---

<sup>579</sup> Grundkonsens, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen: Ziffer (43).

<sup>580</sup> Grundkonsens, in: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen: Ziffer (48).

<sup>581</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>582</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>583</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

Grundkonsens aufgenommen.<sup>584</sup> Der Zeitpunkt dieser programmatischen Veränderung ist bemerkenswert, da die Separationsbestrebungen in der ehemaligen Sowjetunion und in Jugoslawien eine klare Position der Akteure hinsichtlich der ethnisch-nationalen Selbstbestimmung erforderlich machte. Allerdings war bei den Grünen die „Selbstbestimmung der Völker“ schon seit dem Wahlprogramm 1990 nicht mehr als programmatisches Element genannt worden. Der Bundesvorstand der Grünen hatte sich im Gegenteil Ende 1991 gegen eine Unterstützung der Separationsbestrebungen in Jugoslawien mit der Begründung ausgesprochen, dass grundsätzlich das „Prinzip multikulturellen Zusammenlebens“ höher zu bewerten sei als eine „mit mörderischem Krieg durchgesetzte nationale Selbstbestimmung“.<sup>585</sup>

Für die Akteure von Bündnis 90 war der normative Grundsatz eines ethnischen Selbstbestimmungsrechts bei der Frage der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens vom Staatenbund Jugoslawien indes handlungsleitend gewesen. Gerd Poppe etwa sagte im Februar 1991, die Ereignisse in Jugoslawien folgten „in vielem der gleichen Logik“ wie die Entwicklungen in der Tschechoslowakei, in Polen, im Baltikum und in der DDR. Die „emanzipatorische Komponente des Strebens nach nationaler Unabhängigkeit“ werde oft vereinfacht als „Gefahr für die Gemeinschaft der Völker“ dargestellt.<sup>586</sup> Die Akteure von Bündnis 90 erwarteten, mittels einer Unabhängigkeitsunterstützung die militärischen Konflikte in Jugoslawien und die ihnen inhärenten Gefahren für die europäische Sicherheit „internationalisieren“ zu können. Der UN-Sicherheitsrat hatte sich aus Sicht von Bündnis 90 intensiver mit den in die Souveränität entlassenen Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien befassen können.<sup>587</sup> Die Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen durch die parlamentarischen Akteure von Bündnis 90 setzte sich bis vor den Vereinigungsparteitag in Leipzig fort.<sup>588</sup> Der Grund für die Befürwortung der Separationen lag demzufolge auch im Selbstverständnis der Partei begründet. Bündnis 90 war mit dem politischen Slogan angetreten:

---

<sup>584</sup> Vgl. Das Bundesprogramm der Grünen: 19.

<sup>585</sup> Presseerklärung des Bundesvorstandes Die Grünen vom 13.12.1991.

<sup>586</sup> Poppe 1991.

<sup>587</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>588</sup> Im August 1992 kritisierten Poppe und Wollenberger, die Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens seien von den EG-Staaten „viel zu spät“ anerkannt worden (Poppe /Wollenberger 1992). Im Mai 1993 wurde die Anerkennung der Staaten Ex-Jugoslawiens als „Verhinderung der Eskalation“ bezeichnet (Resolution zum Krieg in Bosnien-Herzegowina).

„Bestimmen wir selbst unsere Zukunft!“<sup>589</sup> Mit Blick auf die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien projizierten die Akteure von Bündnis 90 diese Programmatik auf das Handlungsproblem der nach nationaler Selbstbestimmung strebenden Teilrepubliken.<sup>590</sup>

Dass die „Selbstbestimmung von Völkern“ im Grundkonsens von Bündnis 90/Die Grünen nicht benannt wurde, ist letztlich mit der Stellung der Menschenrechte zu erklären. Das Optionenset, das die Akteure nun mit der programmatischen Aufwertung eines weltweiten Schutzes von Menschenrechten zur Verfügung hatten, war aus Sicht der Verhandlungspartner offensichtlich ausreichend, um die Handlungsprobleme im Zusammenhang der politischen und humanitären Entwicklung in Krisengebieten adäquat beantworten zu können. Durch diese Vereinheitlichung der bei Bündnis 90 und den Grünen unterschiedlichen programmatischen Schwerpunkte konnte die außen- und sicherheitspolitische Problembearbeitung mittels eines in beiden Parteien akzeptierten Handlungsziels durchgeführt werden.

### **7.3 Unterschiedliche Länderratsbeschlüsse**

Der Länderrat, jenes Parteigremium, in das die Landesverbände jeweils eine gleich hohe Anzahl von Vertretern der „mittleren Parteielite“ entsandten und das als höchstes entscheidungsgebendes Gremium zwischen den Parteitagungen galt<sup>591</sup>, formulierte während der ersten Hälfte des Jahres 1993 in der Frage eines militärischen Einsatzes in Bosnien-Herzegowina widersprüchliche Positionen. Zunächst betonte der Länderrat der Grünen auf zwei Sitzungen zu Beginn des Jahres 1993 vor der offiziellen Vereinigung mit Bündnis 90 „Gewaltfreiheit“ als handlungsleitende Norm bei der Bearbeitung der Krise in Jugoslawien. Ein Treffen des Länderrates Anfang März in Frankfurt bestätigte in allgemeiner Formulierung „eine breite Zustimmung für gewaltfreie Friedenspolitik“.<sup>592</sup> Diese Entscheidung stand offenbar im

---

<sup>589</sup> Vgl. Programmatik von Bündnis 90: 313. Hans-Jürgen Fischbeck dazu: „Trotzdem nehmen wir vom Bündnis 90 für uns in Anspruch, diejenigen zu sein, die dieses Ergebnis [der deutschen Einheit] nicht hinnehmen wollen, sondern den Anspruch der Selbstbestimmung hochhalten.“ (Interview mit Hans-Jürgen Fischbeck, in: Findeis/Pollack/Schilling 1994: 89).

<sup>590</sup> Crawford 1995: 15. Poppe widerspricht im Interview der These Crawfords mit der Begründung, dass sich die Forderungen der Bürgerrechtler auf individuelle Freiheitsrechte, nicht auf nationale Selbstbestimmung bezogen hatten. Dieses Argument ist jedoch angesichts der von Poppe selbst im Bundestag angebrachten Argumentationslinie nicht überzeugend (vgl. Interview mit Poppe, 18.2.02).

<sup>591</sup> Raschke 2001: 323.

<sup>592</sup> Vgl. Geis 1993b.

Zusammenhang mit der am folgenden Tag stattfindenden hessischen Landtagswahl, vor der man eine Debatte über eine mögliche militärische Bearbeitung der Krise in Jugoslawien ausklammern wollte.<sup>593</sup>

Auch ein Sonder-Länderrat Ende März in Hannover zum Thema Jugoslawien bekannte sich zu einem „konsequenten Pazifismus“. Ein militärisches Eingreifen auf dem Balkan wurde abgelehnt, ebenso eine Entsendung deutscher Truppen. Auch in Handlungssituationen, in denen „kein unmittelbar wirksames, zuverlässiges Mittel“ zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen zur Verfügung stehe, müsse man einem „Versagen der Politik durch militärische Intervention“ entgegentreten. Nur durch „Konfliktvermittlung“ könnten Menschenrechte auf Dauer gesichert werden.<sup>594</sup> Diese Position kam ebenfalls ohne wesentliche Debatte zustande, da die Akteure eine einheitliche außen- und sicherheitspolitische Position vor der Vereinigung von Bündnis 90 mit den Grünen auf Bundesebene präsentieren wollten.<sup>595</sup>

Im Juni jedoch fasste der in Bonn tagende, erste gesamtdeutsche Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen einen „spektakulären Entschluss“<sup>596</sup>. Mit Blick auf die „ethnozentristisch-imperialistische Großmachtpolitik“ in Bosnien-Herzegowina hieß es:

„Nicht jeder Einsatz von Zwang und Gewalt [kann] von vornherein völlig ausgeschlossen werden, um im Sinne einer (auch pazifistisch gerechtfertigten) Notwehr und Nothilfe das nackte Überleben der Menschen zu sichern... Humanitäres Eingreifen im Rahmen der Vereinten Nationen muß in Einzelfällen nach einer parlamentarischen Abstimmung möglich sein.“<sup>597</sup>

Friedens erzwingende Maßnahmen im ehemaligen Jugoslawien könnten nicht nur von Gewalttaten abhalten, sondern auch „Raum für eine friedliche Streitschlichtung schaffen.“ Um das Überleben der muslimischen Bevölkerung Bosniens zu sichern, müsse eine bewaffnete

---

<sup>593</sup> Geis 1993a.

<sup>594</sup> „Für eine konsequente Zivilisierung der internationalen Politik“; vgl. Pazifismus trotz aller Nöte.

<sup>595</sup> Vgl. Geis 1993b.

<sup>596</sup> Geis 1993d.

<sup>597</sup> Beschluss des Länderrats vom 12.6.1993.

multinationale Truppe Hilfskonvois schützen, mögliche Konzentrationslager befreien und die Sicherheit der Menschen in deklarierten Sicherheitszonen garantieren.<sup>598</sup>

Entscheidende Fürsprecher dieser Resolution waren Eva Quistorp, Ralf Fücks, Marie-Luise Beck und Vera Wollenberger.<sup>599</sup> Die Entscheidung des Länderrats spiegelt damit die Einflussnahme dreier wesentlicher Akteursgruppen wider: Zunächst verwiesen weibliche Akteure während der Sitzung auf die Situation der Frauen im Krisengebiet. Das Abstimmungsverhalten wurde durch Berichte über eine Informationsreise durch das bosnische Kriegsgebiet von Marieluise Beck und Vera Wollenberger „sehr stark geprägt“.<sup>600</sup> Zweitens war der Einfluss der westdeutschen Realpolitiker für das Zustandekommen der Länderratsentscheidung ausschlaggebend. Der entscheidende Antrag war von Graefe zu Baringdorf eingebracht worden und setzte sich in der Endabstimmung knapp gegen den von Helmut Lippelt für den Bundesvorstand formulierten Antrag durch, in dem ein strikt nicht-militärisches Vorgehen in Bosnien verlangt wurde.<sup>601</sup> Volmer zufolge nutzten die Akteure des realpolitischen Flügels die Gelegenheit, die außenpolitische Position der Partei über den Länderrat „zu pushen“.<sup>602</sup>

Drittens repräsentierte der Länderrat zum ersten Mal Vertreter aus den ostdeutschen Bundesländern.<sup>603</sup> Diese stritten während der Sitzung „vehement für ihre Position“.<sup>604</sup> Der Länderrat hatte eine andere Zusammensetzung als etwa ein Parteitag, so dass die Stimmen der Ostdeutschen überproportional ins Gewicht fallen konnten.<sup>605</sup> Die Akteure von Bündnis 90 um Gerd Poppe und Vera Wollenberger scheiterten zwar mit einem eigenen Antrag, unterstützten dann jedoch mehrheitlich den realpolitischen Antrag.<sup>606</sup> Die Einflussstärke der Akteure von

---

<sup>598</sup> Beschluss des Länderrats vom 12.6.1993.

<sup>599</sup> Trittin 1993b; Geis 1993c. Lengsfeld zufolge wurde der Länderrat sogar eigens aus Anlass einer Reise von Gerd Poppe und Vera Wollenberger in das Bürgerkriegsgebiet Jugoslawiens einberufen (Lengsfeld (vormals Wollenberger) 2002: 382).

<sup>600</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>601</sup> Beschluss des Länderrats vom 12.6.1993.

<sup>602</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>603</sup> Vgl. Rühle 1993.

<sup>604</sup> Geis 1993c.

<sup>605</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>606</sup> Die Position von Bündnis 90 war nicht geschlossen. Konrad Weiß etwa zeigte sich „bestürzt“ und sprach von „Unvereinbarkeit“ des Beschlusses mit dem Grundkonsens. Die Verteidigung von Menschenrechten mit Waffengewalt sei eine „neue Kreuzritter-Ideologie“ (Weiß 1993a).

Bündnis 90 während des Länderrats darf zwar nicht überbewertet werden.<sup>607</sup> Dennoch war ihre Anwesenheit der letztlich entscheidende Wirkungsfaktor für eine Befürwortung der militärischen Sicherung von Hilfslieferungen in das Krisengebiet. Somit muss der Entschluss von Bonn als „erste spürbare Konsequenz der Vereinigung“ der Grünen mit Bündnis 90 gewertet werden.<sup>608</sup> Vehemente Kritik an der Resolution des Länderrats kam aus dem linken Flügel der westdeutschen Grünen. Der Babelsberger Kreis erklärte, der Länderratsbeschluss legitimiere „im Namen von Humanität und Menschenrechten grundsätzlich militärische Interventionen oder gar Bundeswehreinsätze“ und verurteile auf der Grundlage „schneller Eindrücke und persönlicher Betroffenheit“. Die Mehrheit der Partei wende sich demgegenüber gegen ein „Einschwenken ins allgemeine Kriegsgeschrei“.<sup>609</sup> Jürgen Trittin nannte in einer scharfen Kritik das Abstimmungsergebnis eine „Legitimierung des Krieges als Mittel grüner Außenpolitik“. Es gebe „prinzipiell“ keinen Unterschied zwischen der Länderratsentscheidung und der Haltung der Bundesregierung.<sup>610</sup> Auch der vom linken Flügel der Grünen dominierte Bundesvorstand reagierte distanziert auf das Ergebnis des Länderrates. Die Resolution habe zu „programmatischen Verunklarungen“ geführt, die man bedaure. Der Länderrat habe es versäumt, einen Antrag zu verabschieden, der „von einer großen Mehrheit getragen“ und mit der Programmatik der Partei vereinbar sei.<sup>611</sup> Ludger Volmer begründete später die Reaktion des grünen Bundesvorstands auf die ostdeutschen Positionen damit, dass diese „sich bewusst nicht auf die grüne Diskussion“ bezogen hatten.<sup>612</sup>

Die Reaktionen in der Folge der Länderratsresolution verdeutlichen, dass sich die Auseinandersetzungen um die Bestimmung des außen- und sicherheitspolitischen Optionensets durch den Einfluss der Akteursgruppe Bündnis 90 verschärften. Entgegen der Intention von Bündnis 90, als „dritte Kraft“ in der Partei zu agieren, wurden sie in den Auseinandersetzungen der Strömungen um die außen- und sicherheitspolitische Positionierung der Partei „subsumiert“.<sup>613</sup> Das Ergebnis dieser „strukturellen Inkorporierung“ war ein tendenziell

---

<sup>607</sup> Interview mit Poppe, 18.02.02.

<sup>608</sup> Geis 1993c.

<sup>609</sup> Stellungnahme des Babelsberger Kreises.

<sup>610</sup> Trittin 1993a.

<sup>611</sup> Erklärung des Bundesvorstandes zu den Abstimmungen im Länderrat am 12.6.1993.

<sup>612</sup> Volmer 1998a: 499.

<sup>613</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.



gemeinsames Agieren von Akteuren von Bündnis 90 und denen des realpolitischen Flügels der Grünen.<sup>614</sup> Angesichts einer informellen Verstärkung des realpolitischen Flügels durch die ostdeutsche Akteursgruppe befürchteten die Linken, dass sich dieser nunmehr „ohne große Bedenken an die traditionelle Außen- und Sicherheitspolitik anschließen“ würde.<sup>615</sup> Wie essentiell die Positionsbestimmung in der Frage einer militärisch gestützten Krisenbearbeitung in Bosnien für den linken Flügel der Partei war, zeigte sich daran, dass es bereits während der Sitzung des Länderrats zu „emotionalen“ Vorwürfen an die Akteure von Bündnis 90 vonseiten der linken Akteure kam, „die letzten ideologischen Gewissheiten zerstören zu wollen.“<sup>616</sup> Einer außen- und sicherheitspolitischen Positionsverschiebung im Zuge veränderter Akteurskonstellationen begegneten die Akteure des linken Flügels mit Polarisierung und Radikalisierung der inhaltlichen Auseinandersetzung.<sup>617</sup>

## **7.4 Der Sonderparteitag in Bonn**

In den folgenden Monaten mobilisierten die Akteure des linken Parteiflügels für ihre außen- und sicherheitspolitische Linie. Der Babelsberger Kreis bekräftigte im September seine „antimilitaristische Position“ und bereitete sich nach eigener Darstellung auf eine „heiße Phase der Parteientwicklung“ vor, die

„zu entscheidenden Profilbestimmungen der aus Bündnis 90 und Grünen zusammengeschlossenen Organisation führen wird“.<sup>618</sup>

Auf Initiative mehrerer westdeutscher Landesverbände wurde für Anfang Oktober 1993 ein Sonderparteitag einberufen, auf dem die Position der Partei zur Bearbeitung der militärischen Auseinandersetzungen und der humanitären Krise auf dem Balkan verhandelt werden sollte. Auf dem – wie auch der Länderrat zuvor – in Bonn tagenden Parteitag wurde ein Antrag verabschiedet, der zunächst die Ziele einer Zivilisierung der Außenpolitik sowie der nationalen Selbstbeschränkung und Selbsteinbindung Deutschlands in internationale Institutionen benannte.

---

<sup>614</sup> Vgl. Weißhuhn 1993: 191.

<sup>615</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>616</sup> Lengsfeld (vormals Wollenberger) 2002: 382.

<sup>617</sup> Geis 1993d.

<sup>618</sup> Presseerklärung des Babelsberger Kreises.

Gefordert wurde außerdem die Aufwertung von KSZE und Vereinten Nationen.<sup>619</sup> Hinsichtlich der internationalen Krisenbearbeitung hieß es, falls militärische Aggression nicht präventiv verhindert werden könne, müssten nicht-militärische Zwangsmaßnahmen erlaubt sein. In Widerspruch zum Beschluss des Länderrats vom Juni wurde eine Intervention in Bosnien jedoch abgelehnt. Wer Militäreinsätze gegen Menschenrechtsverletzungen durchführe, gehe „immer das enorme, unkontrollierbare Risiko einer Kriegseskalation mit noch weit schlimmeren Folgen“ ein.<sup>620</sup>

„Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten darf sich keiner militärischen Mittel bedienen, wenn das Ziel der dauerhaften Entmilitarisierung der internationalen Politik eine Chance auf Verwirklichung haben soll.“<sup>621</sup>

Erstaunlich war die Einheitlichkeit des Abstimmungsergebnisses: Lediglich 46 Delegierte lehnten die Resolution ab.<sup>622</sup> Auffallend war zudem eine „aufgeladene Stimmung“ des Parteitages.<sup>623</sup> Vor allem Ludger Volmer, der den Resolutionstext eingebracht hatte, emotionalisierte die Diskussion.<sup>624</sup> Auch Teile des Beschlusses sind sprachlich dramatisiert und „höchst pathetisch“.<sup>625</sup> Die emotionalen Polarisierungen verhinderten eine rationale Auseinandersetzung um ein institutionelles Optionenset, das ermöglicht hätte, die Menschenrechtsverletzungen im Krisengebiet effektiv zu bearbeiten. Die Partei wandte sich gegen jegliche Einbindung militärischer Verbände in die Bürgerkriegsgeschehnisse Bosniens, obwohl sie die prekäre Menschenrechtssituation anerkannte.

Das Handlungsproblem, die Lieferung von humanitären Gütern und die medizinische Versorgung für die Bevölkerung nur mit militärischen Mitteln sichern zu können,

---

<sup>619</sup> Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz von Bonn.

<sup>620</sup> Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz von Bonn.

<sup>621</sup> Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz von Bonn.

<sup>622</sup> Darunter aus der Parteispitze Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Marieluise Beck, Eva Quistorp und Lukas Beckmann sowie Gerd Poppe, Vera Wollenberger und Parteisprecherin Marianne Birthler von Bündnis 90 (Vgl. 'Bellizisten' unterliegen 'Pazifisten'; Grüner Parteitag).

<sup>623</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>624</sup> Volmer äußerte in seiner Rede: „Wenn die Mächtigen der Welt den Frieden nicht wollen, dann dürfen wir, die Ohnmächtigen, nicht nach Waffen rufen.“ (zitiert nach: Geis 1993e; siehe auch Deupmann 1993).

<sup>625</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

„materialisierte“ den im Grundkonsens von Bündnis 90/Die Grünen angelegten Widerspruch zwischen den Handlungsalternativen einer normativ geforderten Gewaltfreiheit und der Sicherung von Menschenrechten. Trotz der mangelnden Operativität des Beschlusses machte das einheitliche Abstimmungsergebnis ein Handlungsmotiv zur Bestätigung der Norm der Gewaltfreiheit in allen Teilen der Partei deutlich. Die Partei reagierte auf das Handlungsproblem mit einem „Festhalten an alten Grundsätzen“.<sup>626</sup>

„Für einen Moment, im Schutzraum der geschlossenen Veranstaltung, wollte sich die Partei vergewissern, dass ihr Standpunkt klargeblieben ist.“<sup>627</sup>

Das Abstimmungsergebnis von Bonn war dazu bestimmt, die Handlungsnorm der Gewaltfreiheit für die Bearbeitung der Krise in Jugoslawien festzulegen. Dieses kollektive Motiv wurde durch eine ideologische Funktion der „Autokommunikation“ ermöglicht, die als „symbolisches Selbstgespräch“ der institutionellen Selbstvergewisserung diene.<sup>628</sup> Auslöser für die Aktivierung dieser Funktion waren äußere Entwicklungen, unter deren Eindruck das institutionelle Optionenset in Frage gestellt wurde.<sup>629</sup> Die Autokommunikation zielte darauf ab, Adäquatheit von Handlungsalternativen unter Beweis zu stellen.<sup>630</sup> Dabei ging es – wie die mangelhafte Operativität des Beschlusses verdeutlichte – nicht um die Suche nach dem „besseren Argument“, um die Krise auf dem Balkan adäquat zu beantworten.<sup>631</sup>

Dass man nicht das neue Handlungsziel der Sicherung von Menschenrechten favorisierte, das im Grundkonsens programmatisch definiert worden war, ist auf das Interesse der linken Akteure sowie der Delegierten zurückzuführen, eine mit dem Beschluss des Länderrats im Juni angedeutete Positionsverschiebung zu verhindern.<sup>632</sup> Der Beschluss des Sonderparteitags war zwar insgesamt weniger eine rationale Entscheidung der Akteure innerhalb der

---

<sup>626</sup> Grüne lehnen jeden Militäreinsatz ab, Pazifisten setzen sich durch.

<sup>627</sup> Bruns 1994: 31. Auch Volmer hielt dies im Interview für „nicht falsch beobachtet“ (Interview mit Volmer, 25.4.02).

<sup>628</sup> Vgl. Johnston 1995: 56.

<sup>629</sup> Vgl. Berger 1996: 326f.

<sup>630</sup> Vgl. Legro 2000: 420.

<sup>631</sup> Risse 2000: 7.

<sup>632</sup> Volmer bestätigte später mit Blick auf den Sonderparteitag: „Wer gehofft hatte, dass Bürgerrechtler die gesamte Formation in die politische Mitte rücken könnten, musste sich bald enttäuscht sehen.“ (Volmer 1998a: 433).

Auseinandersetzung um die programmatische Ausrichtung von Bündnis 90/Die Grünen.<sup>633</sup> Dennoch gab das von Aktivisten wie von Akteuren des linken Flügels geteilte Interesse zur Positionswahrung den Ausschlag dafür, dass anderslautende Positionen der Akteure erst gar nicht thematisiert wurden.<sup>634</sup>

Insgesamt reagierte die Partei auf das gesteigerte In-Frage-Stellen der Handlungsnorm der Gewaltfreiheit im Zuge der Vereinigung mit Bündnis 90 mit der Formulierung politischer Fernziele, deren Implementierung im internationalen Handlungsfeld mittelfristig nicht möglich waren. Die Handlungsprobleme im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Jugoslawien konnten die Akteure mittels der Norm der Gewaltfreiheit nicht befriedigend beantworten.<sup>635</sup> Die „Verhinderungsstrategie“ musste mittelfristig scheitern, da die Partei keine „positiven“ Optionen für die Problembearbeitung des jugoslawischen Bürgerkriegs formulierte.<sup>636</sup>

## **7.5 Zwischenresümee**

Der rationale und pragmatische Zusammenschluss, die *marriage of convenience*<sup>637</sup> von Bündnis 90 und Die Grünen hatte zwei wesentliche Folgen für die institutionelle Problembearbeitung. In organisationsstruktureller Hinsicht bedeutete die Fusion zunächst eine Veränderung der Akteurskonstellation bei den Grünen: Auf die inhaltliche Nähe zwischen Akteuren des Bündnis 90 und des westdeutschen realpolitischen Flügels reagierte der linke Flügel mit der Formierung des „Babelsberger Kreises“, so dass institutionelle Entscheidungsprozesse im Zuge des Zusammenschlusses polarisiert und radikalisiert wurden.

Mit der Vereinigung gingen zudem Verschiebungen in der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik einher. Im „Grundkonsens“ von Bündnis 90/Die Grünen kam das pazifistische Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht mehr vor. Der programmatische Schwerpunkt auf Einhaltung und Sicherung von Menschenrechten machte eine Gegenüberstellung dieses außenpolitischen Handlungsziels mit der pazifistischen Norm der Gewaltfreiheit innerhalb der außen- und sicherheitspolitischen Problembearbeitung möglich.

---

<sup>633</sup> Vgl. Stock 1993b; Hölscher 1993.

<sup>634</sup> Vgl. Legro 1996: 122.

<sup>635</sup> Cooper 1996: 267; Frankland 1996: 6.

<sup>636</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>637</sup> Frankland 1996: 3.

Auf der Basis der Veränderung von Akteurskonstellation und Optionenset wurde bei der Bearbeitung des jugoslawischen Bürgerkriegs auf dem ersten bündnisgrünen Länderrat eine Beteiligung der deutschen Bundeswehr als möglich erachtet. Unter Bezugnahme auf die Sicherung der Menschenrechte im Krisengebiet agierten weibliche Akteure, Politiker von Bündnis 90, sowie westdeutsche Realpolitiker während des Treffens gemeinsam.

Eine Positionsverschiebung der offiziellen Programmatik wurde jedoch während eines Sonderparteitags in Bonn verhindert. In der Resolution lehnten die Aktivisten mit überragender Mehrheit ein militärisches Agieren im Ausland prinzipiell ab. Da das institutionelle Optionenset angesichts der Krise auf dem Balkan in Frage gestellt worden war, reagierte die Partei nun kollektiv mit einer „herbeigeredeten Selbstgewissheit“.<sup>638</sup> Durch die „autokommunikative“ Funktion der pazifistischen Ideologie wurde eine einheitliche institutionelle Programmatik hergestellt. Gleichzeitig waren Interessen des linken Flügels und der Aktivisten entscheidend, eine programmatische Positionsverschiebung im Zuge der Fusion von Bündnis 90 und den Grünen zu verhindern.

---

<sup>638</sup> Bruns 1993.

## 8 Das Wahljahr 1994

### 8.1 Institutionelle Ausgangslage

Im Laufe des Jahres 1994 mussten sich die Parteien der Bundesrepublik in insgesamt neun Kommunalwahlen und sechs Landtagswahlen dem Votum der deutschen Wählerschaft stellen. Die beiden wichtigsten Entscheidungen im Hinblick auf Programmentwicklung und außenpolitische Problembearbeitung stellten aus Sicht der politischen Akteure jedoch die Wahlen zum Europaparlament sowie zum deutschen Bundestag im September 1994 dar. Das bereits im November 1993 in Aachen verabschiedete Programm zur Europawahl knüpfte im Wesentlichen an die auf dem Bonner Parteitag formulierten außen- und sicherheitspolitischen Positionen an.<sup>639</sup> Es enthielt einige europapolitische Schwerpunkte, seine Fassung stand jedoch hinter der zentralen Zielsetzung zurück, ein Programm für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf zu entwerfen.<sup>640</sup> So wies das Europawahlprogramm letztlich kaum eigene inhaltliche Akzente auf.<sup>641</sup>

Das unmittelbare Interesse der Akteure von Bündnis 90/Die Grünen im Hinblick auf die Bundestagswahl bestand in einem Wiedereinzug in das Parlament als gesamtdeutsche Partei. Um dieses Ziel zu erreichen, musste die Partei größere Teile der Wählerschaft an sich binden, da der Stimmumfang der Stammwählerschaft weniger als 5% des gesamten Elektors bildete und daher nicht für das unmittelbare Wahlziel hinreichen würde.<sup>642</sup> Das Stimmpotential der Partei lag

---

<sup>639</sup> Vgl. Protokoll der 2. Außerordentlichen Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Aachen.

<sup>640</sup> Stock 1994.

<sup>641</sup> Im sicherheitspolitischen Abschnitt des Europawahlprogramms hieß es, der Vertrag von Maastricht habe „durch die Einbeziehung der WEU die Tür für eine Militarisierung“ geöffnet. Die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik geschehe „nicht im nationalen Alleingang, sondern im Gewande der westeuropäischen und atlantischen Integration.“ Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten dürfe sich „keiner militärischen Mittel bedienen.“ Ziel müsse es sein, „die wirtschaftlichen Grundlagen der Aufrüstung zu verändern“ durch gemeinsame Rüstungskonversionsprogramme eine stärkere Kontrolle der EU von militärisch verwendbaren Gütern. Um die herrschende „organisierte Friedlosigkeit“ der internationalen Beziehungen zu beenden, bedürfe es einseitiger Abrüstung sowie dem Ausbau der KSZE-Institutionen und der „transnationalen Zusammenarbeit gesellschaftlicher und politischer Gruppen“ (Lieber Europa erweitern als Demokratie beschränken. Programm zur Europawahl 1994: 31-34).

<sup>642</sup> Vgl. Raschke/Schmitt-Beck 1993; Schmitt-Beck 1993, Bruns 1994a: 29.

im Umkreis der „Neuen Mittelschichten“.<sup>643</sup> Die Programmatik der Partei durfte aus diesem Blickwinkel nicht außerhalb einer glaubwürdigen „Akzeptanzregion“ liegen, da programmatische Radikalität die Attraktivität von Bündnis 90/Die Grünen in diesem Wählersegment minderte.<sup>644</sup> Zudem verringerte eine inhaltliche Ausrichtung der Partei jenseits der politischen Mitte die Chancen auf mögliche Verhandlungen zu einer Regierungskoalition mit der SPD.<sup>645</sup> Radikale Positionen konnten den potentiellen Koalitionspartner SPD dazu bewegen, im Falle eines Wahlsiegs eine Koalition mit der CDU einzugehen.<sup>646</sup>

Die christlich-liberale Bundesregierung beschrieb in ihrem Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wahljahr als sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands u.a. „die Gestaltung einer neuen, alle Staaten Europas umfassenden kooperativen Sicherheitsordnung“, was den von Bündnis 90/Die Grünen formulierten Positionen um eine Stärkung der KSZE als gesamteuropäische sicherheitspolitische Institution glich. Auch das im Weißbuch benannte Interesse an der „weltweite[n] Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte“ entsprach den im Grundkonsens ein Jahr zuvor formulierten Programmatik der Partei Bündnis 90/Die Grünen.<sup>647</sup> Die Gelegenheit zur Ausrichtung der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik an der politischen Mitte war demnach groß, da eine Angleichung wesentlicher Positionen stattgefunden hatte.

Für die Programmentwicklung von Bündnis 90/Die Grünen war jedoch entscheidend, dass die Außen- und Sicherheitspolitik kein wahlentscheidendes Politikfeld darstellten, da innenpolitische Themen im Vordergrund des Wählerinteresses standen.<sup>648</sup> Die Akteure konnten sich demzufolge bei der Formulierung der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik auf eine Interessenvertretung der Stammwählerschaft konzentrieren. Die *Constituency*-Repräsentation war gerade auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet entscheidend, weil hier die

---

<sup>643</sup> Wiesenthal 1991: 158.

<sup>644</sup> Vgl. MacDonald/Listhaug/Rabinowitz 1991; Rabinowitz/MacDonald 1989: 108.

<sup>645</sup> Vgl. Laver 1997: 118.

<sup>646</sup> Fuhr 1994: 11. In einem Entwurf zur Präambel des Wahlprogramms, der von Ludger Volmer verfasst wurde, hieß es dementsprechend: „Wir werden es der SPD nicht leicht machen, sich in eine große Koalition zu flüchten.“ (zitiert nach: Deupmann 1994a; vgl. auch: Mit altem Streit zum neuen Ziel).

<sup>647</sup> Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr: 42.

<sup>648</sup> Themen der Arbeitslosigkeit, Ökologie und Ausländerfeindlichkeit standen hier im Vordergrund (vgl. die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage vor der Bundestagswahl, zusammengestellt in Dörner 1998: 169).

Stammwähler der Partei „besonders dezidierte Meinungen vertreten und sich dadurch deutlich vom Wählerdurchschnitt absetzen.“<sup>649</sup> Eine moderate und den sicherheitspolitischen Positionen der Volksparteien ähnelnde Programmatik konnte die Interessenrepräsentation der *Constituency* erschweren.

Der erste Länderrat der Partei Bündnis 90/Die Grünen stellte im Juni 1993 – ohne Differenzierung einzelner Politikfelder und Elektoratsteile – fest, dass es zur Erschließung wichtiger Wählerpotentiale notwendig sei, „die Grundlinien einer Politik in Unterscheidung zu der anderer Parteien“ zu bestimmen.<sup>650</sup> Gleichzeitig müsse sich die Programmatik der Partei an den existierenden Problemen und „Interessen der Wählerschaft“ orientieren und nicht „ganze Weltbilder vermitteln oder politische Bildung betreiben“.<sup>651</sup> Problematisch an dieser Einschätzung war eine offenkundige Konzentration auf die Stammwählerschaft über alle Politikfelder hinweg. Damit lief die Partei Gefahr, zu den Wählersegmenten der politischen Mitte keine „tragfähigen Beziehungen“ zu entwickeln, die das „parlamentarische Überleben“ gewährleisteten.<sup>652</sup>

Entscheidend für den Wahlerfolg war letztlich, politische Handlungskompetenz sowohl gegenüber der Institution als auch ihren Akteuren zu dokumentieren.<sup>653</sup> Dazu mussten auch auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet „Glaubwürdigkeitslücken“ geschlossen werden<sup>654</sup>, und zwar mit Blick auf die Wählerschaft in der politischen Mitte, den potentiellen politischen Regierungspartner sowie hinsichtlich Aktivisten und Stammwählern der Partei. Die Akteure waren folglich gezwungen, potenziert im Brennpunkt verschiedenster Einflüsse und Interessen zu argumentieren und zu agieren. Politische Gegner anderer Parteien, Mitglieder und Interessengruppen, Medienöffentlichkeit sowie potentielle Wähler setzten hohe Glaubwürdigkeitsanforderungen an die vertretenen Positionen.

Um die Erwartungen so umfassend wie möglich erfüllen zu können, mussten programmatische Zielsetzungen und Handlungsabsichten demzufolge sprachlich so präsentiert werden, dass die

---

<sup>649</sup> Schmitt-Beck 1993.

<sup>650</sup> Konzept des Wahlprogramms.

<sup>651</sup> Konzept des Wahlprogramms.

<sup>652</sup> Wiesenthal 1991: 160.

<sup>653</sup> Vgl. Laver 1997: 126; Strom 1990: 573.

<sup>654</sup> Schmillen 1994.



verschiedenen Interessen möglichst umfassend zufrieden gestellt wurden.<sup>655</sup> Aufgrund der Komplexität des Handlungsfelds war eine intensive Verwertung der Positionen im Prozess politischer Argumentation zu erwarten.<sup>656</sup>

## **8.2 Die sicherheitspolitische Linie des Bundestagswahlprogramms**

Im Januar wurde vom Bundesvorstand ein erster Entwurf des Bundestagswahlprogramms vorgelegt. In den unter Federführung Helmut Lippelts und Angelika Beer entstandenen sicherheitspolitischen Passagen wurde in einer sehr allgemeinen Formulierung „eine politische Initiative zur Auflösung der NATO in ein System kollektiver Sicherheit“ gefordert.<sup>657</sup> Diese Forderung nach einer Neubewertung europäischer Sicherheitsinstitutionen war nicht neu. Angesichts des zerbrechenden Minimalkonsenses im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss wurde seit 1983 von den Grünen der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO gefordert.<sup>658</sup> Im Wahlprogramm von 1987 hieß es, dass es „mit der NATO keinen Frieden geben kann“. Eine „Aufhebung“ des Bündnisses sei „unabdingbar..., um Frieden zu schaffen.“<sup>659</sup> Die Forderung nach Austritt aus und der „Aufhebung“ der NATO fand sich auch im Programm zur Bundestagswahl von 1990.<sup>660</sup>

Die Frage einer realpolitischen Implementierung einer solchen „Auflösung“, etwa durch eine zu beschließende Selbstauflösung oder durch eine Übernahme wesentlicher Entscheidungsgremien und -verfahren in die OSZE, wurde in dieser sicherheitspolitischen Positionierung nicht näher erläutert. Da in beiden Fällen alle Mitgliedsstaaten einer solchen Forderung zustimmen mussten, eignete sich diese Forderung nicht als implementierungsorientiertes Handlungsziel bündnisgrüner Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>661</sup> Die Akteure formulierten eine Position mit geringer Tauglichkeit für die außen- und sicherheitspolitischen Problembearbeitung einer

---

<sup>655</sup> Vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 2001:113.

<sup>656</sup> Vgl. Wiesendahl 1998: 160.

<sup>657</sup> Vgl. Mit altem Streit zum neuen Ziel; Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen streitet über Wahlprogramm.

<sup>658</sup> Vgl. van Hüllen 1989: 451. Zuvor war er lediglich im Zusammenhang der Entwicklung eines blockfreien Europas eine „schrittweise Loslösung der Bundesrepublik von der NATO“ gefordert worden (Friedensmanifest: 10).

<sup>659</sup> Bundestagswahlprogramm. Farbe bekennen: 31.

<sup>660</sup> Vgl. Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990: 19.

<sup>661</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

potentiellen Regierungspartei. Bereits im Wahlkampf 1987 erhielt die sicherheitspolitische Position der Partei angesichts einer möglichen Ablösung der liberal-konservativen durch eine rot-grüne Regierungskoalition auf Bundesebene „koalitionspolitische Bedeutung“.<sup>662</sup> Auch für eine mögliche Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 1994 bedeutete die erneute Forderung nach einer Auflösung der NATO ein wesentliches Hindernis.

Während des Ende Februar 1994 stattfindenden Mannheimer Parteitags, auf dem das Bundestagswahlprogramm verabschiedet werden sollte, war die Position der Partei zur NATO Gegenstand von größeren Auseinandersetzungen. Der realpolitische Gegenantrag zum Entwurf des Bundesvorstandes, der von Krista Sager, Marianne Birthler und Werner Schulz eingereicht wurde, forderte, dass die NATO als „sicherheitspolitischer Arm in den KSZE-Prozess überführt werden“ müsse.<sup>663</sup> Begründet wurde diese Sicht mit den Erfahrungen des Nationalismus in Jugoslawien und den Erfolgen der Rechtsextremisten in Russland.

„Die mittel- und osteuropäischen Staaten fühlen sich massiv bedroht und fordern die Aufnahme in die NATO. Sie wollen die Sicherheitsgarantie eines nuklear gerüsteten Militärbündnisses gegenüber dem ebenfalls nuklear gerüsteten Rußland.“<sup>664</sup>

Der Antrag stellte ebenso wie zuvor der Programmentwurf die Funktion der NATO als Sicherheitsinstitution infrage. Gleichzeitig jedoch wurde im Antrag des realpolitischen Flügels ein Sicherheitskonzept deutlich, das Abschreckung als Instrument und Machtbalance in den internationalen Beziehungen anerkannt. Damit wurde die kritische Haltung gegenüber der NATO entscheidend aufgeweicht.

Vorstandssprecher Ludger Volmer hatte bereits vor dem Parteitag geäußert, die Änderungsanträge bedeuteten „letztlich eine Verkehrung unserer Friedenspolitik ins Gegenteil“.<sup>665</sup> In Mannheim lenkte Volmer die sicherheitspolitische Auseinandersetzung auf die begriffliche Frage einer „Auflösung“ und einer „Überführung“ der NATO.

---

<sup>662</sup> van Hüllen 1989: 453; vgl. Fischer 1988: 97.

<sup>663</sup> zitiert nach: Programmdissens. Die Mannheimer Streitpunkte.

<sup>664</sup> Änderungsanträge PA-1-3-neu Außenpolitik – Bundestagswahlprogramm der Delegiertenkonferenz in Mannheim.

<sup>665</sup> Zitiert nach: Ziller 1994.

„Überführen heißt nicht aufgelöst. Hier geht es um eine Richtungsentscheidung. Ihr müsst Euch entscheiden, in welcher Partei ihr sein wollt.“<sup>666</sup>

Der Antrag des Bundesvorstandes wurde mit etwa 70:30 Prozent der Delegiertenstimmen verabschiedet, der Antrag von Sager, Birthler und Schulz bei wenigen Enthaltung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.<sup>667</sup> Die außen- und sicherheitspolitische Debatte wurde mit insgesamt „maßvollen Differenzen“<sup>668</sup> abgeschlossen. Joschka Fischer hatte sich dafür eingesetzt, die Diskussion um die NATO in Mannheim „so tief wie möglich zu hängen“.<sup>669</sup> Letztlich verwendete man im Wahlprogramm den Begriff der „Auflösung“ der NATO, jedoch nicht als explizite sicherheitspolitische Forderung, sondern eingebettet in die Zielbestimmung einer „Zivilisierung“ der internationalen Beziehungen: Zur generellen Entmilitarisierung der Politik gehöre auch eine „Auflösung der NATO“, da das Militärbündnis „strukturell ungeeignet“ sei, die zivilen und politischen Aufgaben einer gesamteuropäischen Friedensordnung in Europa wahrzunehmen.<sup>670</sup>

Volmers Position auf dem Parteitag erklärt sich durch parteiinternen Widerstand. Angesichts der Diskussionen um NATO-Austritt und -Auflösung in den 80er Jahren wollten „viele in der Partei“ den Begriff der „Überführung“ nur mittragen, wenn man gleichzeitig den der „Auflösung“ beibehielt.<sup>671</sup> Einerseits war der Kompromiss so der *Constituency* der Partei geschuldet, gleichzeitig stellte die gefundene Formulierung jedoch eine begriffliche „Brücke“ dar hin zu einer weiteren Akzeptanz der NATO in der Partei.<sup>672</sup>

Im Wahlprogramm hieß es, Bündnis 90/Die Grünen seien der Gewaltfreiheit und der Durchsetzung der Menschenrechte „verpflichtet“.<sup>673</sup> Letztere seien universal gültig und erlaubten eine „gegenseitige gewaltfreie Einmischung“ in die „Menschenrechtsverhältnisse“ anderer

---

<sup>666</sup> Zitiert nach: Bruns 1994c.

<sup>667</sup> Vgl. Deupmann 1994b.

<sup>668</sup> Bruns 1994b.

<sup>669</sup> Zitiert nach Hartung 1994.

<sup>670</sup> Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 55.

<sup>671</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>672</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>673</sup> Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 53.

Gesellschaften.<sup>674</sup> Eine Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Einsätzen der UN wurde „weiter abgelehnt“.<sup>675</sup> Die im Vorjahr behandelten militär- und menschenrechtspolitischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Jugoslawienkrise wurden in Mannheim nicht thematisiert. Die Position der Partei war während des Bonner Sonderparteitags Ende 1993 derart deutlich formuliert worden, dass die Akteure des realpolitischen Flügels und von Bündnis 90 keine Debatte begannen.<sup>676</sup>

Ein neuer programmatischer Schwerpunkt wurde im Wahlprogramm auf die internationale Konfliktprävention als „vorausschauende Verhinderung von Konflikten“ gelegt. Zu den vorgesehenen, und vor allem der KSZE zugeschriebenen Instrumenten der Konfliktverhütung gehörten

„ein verbindlicher Mechanismus zur friedlichen Streitbeilegung, ein Konflikt- und Krisen-Verhütungszentrum, ein Beauftragter für Menschenrechte, Konflikt-Vermittlungsmissionen, dauerhafte Strukturen der militärischen Vertrauensbildung und Abrüstung, kontinuierliche Einbeziehung von Nicht-Regierungsorganisationen.“<sup>677</sup>

Damit wurde nicht nur die pazifistische, „Top-down“-Sicherheitskonzeption, die sowohl global agierende als auch substaatliche Institutionen als internationale Sicherheitsinstrumente in den Blick nimmt, programmatisch aufgewertet. Vielmehr wurden hier in der bündnisgrünen Programmatik zum ersten Mal konkrete Methoden und politisch-administrative Mittel zur dauerhaften Beseitigung und Verregelung von Konflikten umrissen und damit die Konzeption eines „positiven“ Friedens konkretisiert.

Die programmatische Schwerpunktsetzung auf die Konfliktprävention war der Überlegung geschuldet, eine Antwort auf die Handlungsprobleme der militärischen Konflikte auf dem Balkan zu finden, ohne militärpolitische Überlegungen zu formulieren, die für die *Constituency* der Partei nicht haltbar waren.<sup>678</sup> Die Konkretisierung der „Konfliktprävention“ erlaubte es also, eine Handlungsoption programmatisch weiter in den Mittelpunkt zu stellen, die mit der Norm

---

<sup>674</sup> Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 53.

<sup>675</sup> Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 55.

<sup>676</sup> Höfele 1998: 73.

<sup>677</sup> Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 55.

<sup>678</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

der Gewaltfreiheit programmatisch vereinbar war. Es gelang den Akteuren somit, zu einer nach innen und außen tragfähigen sicherheitspolitischen Position zu gelangen.

### **8.3 Reaktionen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts**

Nach dem Ende des Kalten Krieges war für die außenpolitischen Akteure des wiedervereinten und voll souveränen Deutschland das Problem virulent geworden, ob und inwieweit ein Beitrag der Bundeswehr zur militärischen Krisenbearbeitung der internationalen Staatenkoalition verfassungskonform sei. Durch die offenkundigen Schwierigkeiten von Regierung und Opposition, in dieser Frage zu einer Übereinkunft zu kommen, wurde dem Bundesverfassungsgericht die „eminent politische Aufgabe“ überantwortet, durch eine juristische Klärung die Handlungsfähigkeit in diesem wichtigen Teilbereich der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik herzustellen.<sup>679</sup>

Nach zwei Interimsbeschlüssen entschieden die Richter des höchsten deutschen Gerichts im Juli 1994 über die Verfassungskonformität von drei zurückliegenden Bundeswehreinsätzen in der Hauptsache.<sup>680</sup> Zur Disposition standen der Adria-Einsatz von Einheiten der Bundeswehr zur Überwachung des Embargos gegen Rest-Jugoslawien, die Teilnahme von Bundeswehrsoldaten in integrierten Besatzungen der AWACS-Systeme zur Überwachung des Flugverbots in Bosnien sowie der Beitrag der Bundeswehr im Rahmen der UN-Hilfsmission in Somalia.<sup>681</sup> Juristischer Streitpunkt war einerseits die Interpretation der Grundgesetzartikel 87a Abs.2 GG, in dem die ausschließliche Aufgabe der Bundeswehr, nämlich die nicht weiter bestimmte „Verteidigung“ benannt wird.<sup>682</sup> Zudem bezog sich die verfassungsrechtliche Kontroverse auf Art. 24 Abs.2 GG,

---

<sup>679</sup> Vgl. Staack 2000: 50.

<sup>680</sup> Zur „Awacs“-Entscheidung siehe: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 88. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BVerGe 88: 173-185); zur „Somalia“-Entscheidung siehe: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 89. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BVerGe 89: 38-47).

<sup>681</sup> Vgl. Vor der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts; Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 90. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BVerfGE 90): 286-394. Die Leitsätze des Urteils siehe: Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden gegen internationale Einsätze der Bundeswehr: D 428-431.

<sup>682</sup> Art. 87a Abs. 2 ist die zentrale juristische Norm, die einen Einsatz der Bundeswehr im Grundgesetz regelt. „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: 61).

in dem die Übertragung von Hoheitsrechten „zur Wahrung des Friedens“ auf ein „System kollektiver Sicherheit“ geregelt wird.<sup>683</sup>

In einer weiten Auslegung des Begriffs interpretierte das Gericht neben den Vereinten Nationen auch Verteidigungsbündnisse als „kollektive Sicherheitssysteme“. NATO und WEU stellten somit aus Sicht der Richter kollektive Sicherheitssysteme im Sinne von Art. 24 Abs. 2 GG dar, „wenn und soweit sie strikt auf die Friedensbewahrung verpflichtet sind.“<sup>684</sup> Mit dieser Entscheidung wurde verfassungsrechtlich klargestellt, dass friedenserhaltende Einsätze der Bundeswehr auch im Rahmen eines NATO-Mandats stattfinden konnten. Eine Grundgesetzänderung wurde vom Gericht als nicht notwendig erachtet: Entscheidungen über einen Bundeswehreinsatz mussten vom Gesetzgeber getroffen werden. Damit schlossen sich die Richter inhaltlich der von der CDU/CSU vertretenen Position an. Hinsichtlich des parlamentarischen Ratifizierungsprozesses bestätigte das Bundesverfassungsgericht hingegen die Auffassung von SPD und FDP: Die Regierung hatte bei den drei Einsätzen „nicht die Zustimmung des Parlaments eingeholt, wie es ihre Pflicht gewesen wäre.“<sup>685</sup> Für die politische Praxis bedeutete das Urteil also, dass die Zustimmung des Parlaments für vergangene Einsätze eingeholt und für jeden zukünftigen Einzelfall eine parlamentarische Mehrheit im Bundestag erzielt werden musste.<sup>686</sup>

Die Position von Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich eines Bundeswehreinsatzes im Ausland war auf dem Bonner Parteitag vom Oktober 1993 eindeutig festgelegt worden. Die Delegierten hatten sich generell gegen einen Einsatz gewandt. Zudem habe eine für einen solchen Einsatz notwendige Grundgesetzänderung das Ende nationaler Selbstbeschränkung zugunsten einer staatliche Interessenverfolgung mit militärischen Mitteln zur Folge.<sup>687</sup> Im Programm zur Bundestagswahl wurden die Auslandseinsätze der Bundeswehr ebenfalls abgelehnt, die

---

<sup>683</sup> Der genaue Textlaut von Artikel 24, Absatz 2 GG ist: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“ (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: 32)

<sup>684</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden gegen internationale Einsätze der Bundeswehr: 431.

<sup>685</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden gegen internationale Einsätze der Bundeswehr: 431.

<sup>686</sup> Vgl. Staack 2000: 511.

<sup>687</sup> Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz von Bonn.

juristische Frage jedoch nicht thematisiert.<sup>688</sup> Für die Akteure der Partei bedeutete das Urteil eine neue juristische Rahmensetzung für außen- und sicherheitspolitischen Begründen und Handeln. Die Argumentation einer mangelnden Verfassungskonformität eines Bundeswehreinsatzes war mit dem Urteil „in der Partei erledigt.“<sup>689</sup> Gleichzeitig wurde jedoch die Diskussionen um Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht beendet, sondern durch das Urteil verschoben.<sup>690</sup> Es wurden mussten nunmehr andere, nicht-juristische Argumente bestimmt werden, um ein militärisches Agieren der Bundeswehr im Ausland politisch zu verhindern.

Unmittelbar nach der Gerichtsentscheidung verlangte der Bundesvorstand der Partei in einer offiziellen Stellungnahme die Fortsetzung der außenpolitischen Selbstbeschränkung Deutschlands:

„Verfassungsrecht ist im Interpretationsfall das, was rechts nützt... Nicht alles, was erlaubt ist, muß eine Regierung auch tun!“<sup>691</sup>

Ludger Volmer erinnerte in einem Interview an den „jahrelangen Konsens“, demzufolge ein Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung innerhalb des NATO-Bündnisgebietes erlaubt sei. Das Bundesverfassungsgericht erkläre dies nun „zur kollektiven Selbsttäuschung einer vergangenen Epoche“.<sup>692</sup>

Als der Bundestag Ende Juli zu einer Sonderdebatte zusammentrat, um nachträglich über die Bundeswehreinsätze in der Adria und auf AWACS-Flugzeugen der NATO zu entscheiden, stellten die Vertreter der Bundesregierung heraus, dass mit dem Urteil nun eine effektivere Durchsetzung von Menschenrechten möglich werde. Außenminister Kinkel sagte, wer nicht bereit sei, Kriegstreibern notfalls auch militärisch zu widerstehen, könne weder Frieden noch Menschenrechte schützen, sondern mache „nur Politik der Worte“.<sup>693</sup> 424 Parlamentarier stimmten in der Abstimmung dem Einsatz in der Adria und der AWACS-Beteiligung nachträglich zu.

---

<sup>688</sup> Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 53.

<sup>689</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>690</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>691</sup> Das Urteil lässt die Wahl: Selbstbeschränkung oder Großmachtpolitik.

<sup>692</sup> Zitiert nach: Der Bundeskanzler mit dem Karlsruher Urteil „sehr zufrieden“.

<sup>693</sup> Regierungserklärung von Bundesaußenminister Klaus Kinkel zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.1994.

Auch große Teile der SPD-Fraktion, die eine juristische Klärung durch das Bundesverfassungsgericht angestrebt hatte, billigten den Einsatz nun im Nachhinein.<sup>694</sup>

Die Bundestagsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen hatte sich bereits bei der Vorlage einer Grundgesetzänderung 1992 unter bestimmten Voraussetzungen für einen Einsatz deutscher Truppen im Ausland ausgesprochen, mit dem bekundeten Ziel, diesen juristisch zu regulieren.<sup>695</sup>

In der Bundestagsdebatte vom Juli 1994 kritisierten die ostdeutschen Abgeordneten nunmehr das Gerichtsurteil. Werner Schulz betonte, angesichts des Urteils sei nun eine „ausgiebige Diskussion“ erforderlich, die in ein „Gesetz über die Bedingungen und Grenzen der Militäreinsätze“ und einen Volksentscheid zur Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung führen könne.<sup>696</sup> Gerd Poppe bezeichnete das Urteil als „Rückschritt“ sowie als „juristische Absicherung eines Rechtsrucks“. Die Richter hätten eine „unverständliche Gleichsetzung“ getroffen zwischen militärischen Bündnissen und Sicherheitsbündnissen. Ein System kollektiver Sicherheit werde

„von Staaten gebildet, die voreinander Schutz suchen, nicht aber von Militärbündnissen, die sich gegenüber einem potentiellen Gegner zusammenschließen.“<sup>697</sup>

In dieser Kritik am Sicherheitskonzept des Gerichts folgte Poppe dem Entwurf der Bundestagsgruppe zur Verfassungsänderung. Die NATO stellte aus dieser Sicht kein System kollektiver Sicherheit dar, da sie nicht zum Schutz der Mitglieder voreinander, sondern der kollektiven Verteidigung, also dem Schutz vor Angriffen von außen dient.<sup>698</sup>

Auffallend war insgesamt die Knappheit der Reaktionen in der Partei in der Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Höfele erkennt darin eine „friedenspolitische Enthaltensamkeit“.<sup>699</sup>

Die Zurückhaltung in der Bewertung des Urteils lässt darauf schließen, dass die Akteure der Partei keine weitere Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit riskieren wollten. Unmittelbarer Anlass dafür waren die anstehenden Landtagswahlen in Bayern sowie vor allem die

---

<sup>694</sup> Vgl. Bundestag billigt mit großer Mehrheit Einsätze der Bundeswehr in der Adria und in AWACS-Flugzeugen.

<sup>695</sup> Für eine Zivilisierung internationaler Beziehungen – Politik nicht-militärischer Konfliktlösung.

<sup>696</sup> Schulz 1994.

<sup>697</sup> Poppe 1994.

<sup>698</sup> Philippi 1997: 129.

<sup>699</sup> Höfele 1998: 78.



Bundestagswahlen im September 1994.<sup>700</sup> In der *Constituency* konnte das Urteil Misstrauen hervorrufen, da die Akteure im Handeln gegen die sicherheitspolitische Interessenvertretung Deutschlands mit militärischen Mitteln eine politische Niederlage erlitten hatten. Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit indes schätzte militärische Einsätze der NATO zu diesem Zeitpunkt insgesamt überaus positiv ein.<sup>701</sup> Eine ablehnende Haltung der bündnisgrünen Akteure gegenüber dem Urteil konnte in der politischen Mitte demnach als radikale und unglaubwürdige Position interpretiert werden. So waren die Akteure bemüht, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts öffentlich so wenig wie möglich zu thematisieren, um die *Constituency* nicht zu frustrieren und im Elektorat glaubwürdig zu bleiben. Die spärliche Behandlung setzte sich letztlich bis in Volmers Dissertation aus dem Jahre 1998 zu „Grüner Außenpolitik“ fort, wo das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf lediglich sechs Zeilen behandelt wurde.<sup>702</sup>

#### **8.4 Veränderte Akteurskonstellationen nach der Bundestagswahl**

Die mögliche Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen kam nicht zustande, da die CDU in ihrem „knappstem Sieg“ bei einer Bundestagswahl im Vergleich zur SPD mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte.<sup>703</sup> Bündnis 90/Die Grünen wurden mit 7,3 Prozent drittstärkste Fraktion im Parlament und konnte als Wahlerfolg den Wiedereinzug ins Parlament verzeichnen. Es war den Akteuren gelungen, relevante Elektoratsteile während des Wahlkampfes konstant zu mobilisieren.<sup>704</sup> Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hatte in der Wählerschaft wie erwartet insgesamt keinen entscheidenden Politikbereich dargestellt.<sup>705</sup> Mangelnde Operativität der sicherheitspolitischen Programmatik waren in der

---

<sup>700</sup> Höfele 1998: 78.

<sup>701</sup> So war die öffentliche Zustimmung zu einer deutschen Teilnahme an UN-Operationen seit dem Golfkrieg kontinuierlich gestiegen. Für eine detaillierte Aufstellung demoskopischer Untersuchungen siehe: Philippi 1997: 167-169.

<sup>702</sup> Vgl. Volmer 1998a: 511.

<sup>703</sup> Vgl. Jung /Roth 1994: 3.

<sup>704</sup> Vgl. die statistischen Analysen bei Friedrichsen 1996: 61-63.

<sup>705</sup> Vgl. dazu Jung/Roth 1994: 7.

bundesrepublikanischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden, so dass im Wahlergebnis keine Stimmeneinbußen zu verzeichnen waren.<sup>706</sup>

Das Ergebnis der Bundestagswahl wirkte sich parteistrukturell vor allem auf Akteurskonstellationen aus.<sup>707</sup> Zunächst wurde durch den Einzug von 49 Abgeordneten aus Ost und West in den Bundestag das Repräsentationsproblem der zuvor sämtlich ostdeutschen Parlamentarier von Bündnis 90/Die Grünen obsolet. Die Fraktion setzte sich nunmehr mehrheitlich aus Akteuren des realpolitischen Flügels zusammen. Joschka Fischer zog als Fraktionssprecher in den Bundestag, neben ihm wurde Kerstin Müller als „profilierter Linke“ zweite Sprecherin.<sup>708</sup> Die Fraktionslinke musste eine Niederlage hinnehmen, als sich Werner Schulz von Bündnis 90 bei der Wahl des parlamentarischen Geschäftsführers durchsetzen konnte. Daraufhin zog Ludger Volmer seine Kandidatur für den Posten des außenpolitischen Sprechers der Fraktion zurück.<sup>709</sup> Außenpolitischer Sprecher wurde Gerd Poppe, was von den westdeutschen Aktivisten als ein „Affront gegen die pazifistische Mehrheit in der Partei“ aufgefasst wurde.<sup>710</sup>

Insgesamt verschob sich durch den Wiedereinzug der Partei in den Bundestag das interne Einflussgewicht vom Parteivorstand auf die Fraktion.<sup>711</sup> Das bereits vor dem Ausscheiden aus dem Bundestag 1990 vorhandene Ungleichgewicht zwischen Fraktion und Parteiführung wurde dadurch fortgeführt. Ein dezidiertes außen- und sicherheitspolitisches Profil besaß im Parteivorstand indes lediglich Jürgen Trittin, der neben der Hamburger Realo-Politikerin Christa Sager zum Parteisprecher gewählt wurde. Trittin gelang es jedoch in der Folge nicht, den linken Flügel auf Bundesebene entscheidend zu prägen und damit auch dessen außen- und sicherheitspolitische Position zu harmonisieren.<sup>712</sup>

---

<sup>706</sup> Vgl. Bruns 1994a: 27.

<sup>707</sup> Höfele 1998: 84.

<sup>708</sup> Vgl. Bündnisgrüne wählen ihre Fraktionsführung.

<sup>709</sup> Außenpolitik ohne Volmer.

<sup>710</sup> Schrotthofer 1994: 50. Volmer begründete seinen Rückzug damit, dass Poppe mit dem "Stereotyp" der Berücksichtigung eines ostdeutschen bei der Postenbesetzung aufgetreten sei und sich dagegen mit Inhalten nicht argumentieren lasse (vgl. Streit um Posten in neuer Grünen-Fraktion).

<sup>711</sup> Bruns 1994a: 27.

<sup>712</sup> Raschke 2001: 388.

## 8.5 Zwischenresümee

Das institutionelle Handeln wurde im Jahr 1994 vornehmlich durch das Interesse der bündnisgrünen Akteure an einem Erfolg bei der Bundestagswahl bestimmt. Für einen Wiedereinzug der Partei ins Parlament musste die Programmatik einerseits an Positionen der politischen Mitte orientiert werden. Andererseits mussten vor allem auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet radikale Positionen formuliert werden, die von der *Constituency* der Partei erwartet wurden.

Angesichts der Komplexität des Handlungsfeldes wurde die sicherheitspolitische Position der Partei gegenüber der NATO begrifflich vage formuliert sowie operationelle Fragen nicht beantwortet. Die im Wahlprogramm benannte Forderung nach einer „Auflösung“ der NATO war einerseits der Stammwählerschaft geschuldet, sollte jedoch ebenso einer weiteren Akzeptanz des Militärbündnisses in der Partei dienen. Das Konzept des „positiven“ Friedens wurde im Wahlprogramm konkretisiert. Die Benennung des Handlungsziels der Konfliktprävention ermöglichte eine bessere Bearbeitung der Konflikte auf dem Balkan mittels einer Handlungsoption, die mit der Norm der Gewaltfreiheit programmatisch vereinbar war.

Die äußerst zurückhaltenden Reaktionen der bündnisgrünen Akteure auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Bundeswehreinsätzen im Ausland ist ebenfalls auf das Interesse an einem Wahlerfolg zurückzuführen. Die vom höchsten deutschen Gericht festgestellte Verfassungskonformität vom Parlament ratifizierter Bundeswehreinsätze innerhalb der NATO widersprach zwar der auf dem Bonner Parteitag festgelegten Position. Eine öffentliche Thematisierung des Urteils konnte jedoch einerseits die *Constituency* der Partei frustrieren, andererseits Wählern der politischen Mitte eine vertrauensschädigende Position verdeutlichen.

## 9 Militärische Krisenbearbeitung in Bosnien-Herzegowina

### 9.1 *Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen*

Keiner der verschiedenen Pläne, die die internationale Staatenkoalition zwischen 1992 und 1995 zur Bildung einer politischen Konföderation „Bosnien-Herzegowina“ vorgelegt hatte, fand die gemeinsame Zustimmung der bosnischen, serbischen und kroatischen Bevölkerungsteile. Die Bürgerkriegsparteien ließen sich weder durch negative Sanktionen noch durch das Angebot wirtschaftlicher Hilfe zu einer Einstellung der Kampfhandlungen bewegen.<sup>713</sup> Im Mai 1995 eroberte die kroatische Armee die serbisch kontrollierten Gebiete Westslawoniens und der Kraina. Das Parlament der bosnischen Serben beschloss im Juni, eine Vereinigung mit den serbisch verbliebenen Gebieten in Kroatien anzusteuern.<sup>714</sup> Die humanitäre Situation blieb indes durch Flüchtlingsströme, Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen dramatisch.<sup>715</sup>

Es wurde immer deutlicher, dass sowohl Vereinte Nationen und OSZE, als auch NATO und EU mit dem Handlungsproblem, den kriegesischen Auseinandersetzungen Einhalt zu gebieten, überfordert waren.<sup>716</sup> Nach der Geiselnahme von UN-Soldaten durch bosnische Serben beschloss EU und NATO im Juni 1995 die Aufstellung einer 12500 Mann starken „Schnellen Eingreiftruppe“ in Bosnien zum Schutz der britischen, französischen und niederländischen UN-Verbände.<sup>717</sup> Gleichzeitig kam es zu einer strategischen Positionsänderung der amerikanischen Regierung, die angesichts der mangelnden Handlungseffektivität der UN-Mission in Bosnien eine operative Kontrolle durch die NATO anstrebte, basierend auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats.<sup>718</sup>

Unter den deutschen außenpolitischen Akteuren gab es hinsichtlich der militärischen Krisenbearbeitung insgesamt einen breiten Konsens, dass der Umfang einer Beteiligung Deutschlands dessen geopolitisch „gewachsenem Gewicht“ entsprechen müsse.<sup>719</sup> Das

---

<sup>713</sup> Haftendorn 2001: 410.

<sup>714</sup> Vetter 1999: 558.

<sup>715</sup> Vetter/Melčić 1999: 525, 528f.

<sup>716</sup> Vgl. Schöllgen 1999: 212.

<sup>717</sup> Karádi/ Klingenburg 1996: 93.

<sup>718</sup> Haftendorn 2001: 396; vgl. Resolution 998 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen: 1014.

<sup>719</sup> Rede von Roman Herzog vor der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“: 162f.

Bundeskabinett beschloss Ende Juni 1995 in einer Sondersitzung, Luftwaffen- und Marineeinheiten der Bundeswehr zur Unterstützung der „Schnellen Eingreiftruppe“ abzustellen.<sup>720</sup> Einige Tage darauf sollte der Bundestag über die Entsendung von deutschen Militärverbänden in das Krisengebiet entscheiden.<sup>721</sup>

In der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen gab es bei der Beurteilung eines militärischen Handelns der Bundeswehr im Krisengebiet unterschiedliche Positionen. Etwa ein Drittel der Abgeordneten waren strikte Gegner eines Bundeswehreinsatzes.<sup>722</sup> Sie verwiesen auf die im Wahlprogramm und zuletzt im Potsdamer Parteitagsbeschluss programmatisch festgelegte Ablehnung eines Einsatzes deutscher Truppen in Krisengebieten.<sup>723</sup> Fraktionssprecherin Kerstin Müller etwa forderte, die Fraktion dürfe die „Definitionsmacht“ der Partei nicht untergraben.<sup>724</sup> Angelika Beer warnte davor, dass die Zustimmung zu einem militärischen Beitrag der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien „der Basis [der Partei]den Boden weghaut“.<sup>725</sup> Etwa die Hälfte der Abgeordneten beabsichtigte, einer humanitären und logistischen Unterstützung durch die Bundeswehr zuzustimmen.<sup>726</sup> Eine kleine Gruppe hielt die Erweiterung des Handlungsspielraums der Bundeswehr hinsichtlich ihrer Verteidigungsfähigkeit mit Waffen für wünschenswert, darunter der außenpolitische Sprecher Gerd Poppe, der bekundete, das Mandat eines frei gewählten Abgeordneten dürfe in dieser Frage „nicht durch irgendeine Art von Parteibeschluss relativiert werden“.<sup>727</sup>

Angesichts dieser unterschiedlichen Positionen gelangte die Fraktionsführung auf einer Klausurtagung Mitte Juni zu keiner gemeinsamen Linie.<sup>728</sup> Daraufhin erarbeiteten Joschka Fischer und Ludger Volmer ein Kompromiss-Papier, das die Position der Fraktion harmonisieren

---

<sup>720</sup> Entschließungsantrag der Bundesregierung zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes.

<sup>721</sup> Der Bundestag mit deutlicher Mehrheit für den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr.

<sup>722</sup> Vgl. die übereinstimmende Einschätzung von Schlötzer-Scotland 1995a; Monath 1995a; Ziller 1995a; vgl. auch „Wer droht, der muss zur Not auch schießen“.

<sup>723</sup> Beschlüsse der Bundesversammlung in Potsdam: 12f.

<sup>724</sup> Zitiert nach: Grüne uneins über möglichen Einsatz.

<sup>725</sup> Zitiert nach: Grüne uneins über möglichen Einsatz.

<sup>726</sup> Vgl. Schlötzer-Scotland 1995a; Monath 1995a; Ziller 1995a.

<sup>727</sup> Zitiert nach: Grüne uneins über möglichen Einsatz.

<sup>728</sup> Monath 1995a.

sollte. Der Kompromiss besagte, den Antrag der Bundesregierung auf militärische Unterstützung der „Schnellen Eingreiftruppe“ abzulehnen und stattdessen einen stärkeren Beitrag Deutschlands an humanitären Leistungen im Kriegsgebiet zu fordern.<sup>729</sup>

In der parlamentarischen Debatte unmittelbar vor der Abstimmung des Bundestags begründete Bundesaußenminister Kinkel die Entsendung deutscher bewaffneter Streitkräfte nach Ex-Jugoslawien mit der „geforderte[n] Solidarität“ der westlichen Partner sowie einer Steigerung von „Glaubwürdigkeit und... Ansehen Deutschlands in der Welt“.<sup>730</sup> Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Scharping hielt entgegen, dass „Krieg in der Luft nicht zum Frieden auf Erden“ führe.<sup>731</sup> Die SPD-Fraktion brachte einen eigenen Antrag ein.<sup>732</sup> In der Abstimmung erreichte die Bundesregierung eine parlamentarische Mehrheit von 386 Parlamentariern, 258 Abgeordnete stimmten gegen den Antrag, elf enthielten sich. Damit wurde der Antrag auf Unterstützung der „Schnellen Eingreiftruppe“ durch 1500 deutsche Soldaten angenommen.<sup>733</sup>

Das Abstimmungsverhalten der bündnisgrünen Fraktion war nach dem erreichten Kompromiss überaus einheitlich. Die meisten Abgeordneten votierten gegen den Antrag der Bundesregierung, lediglich Marieluise Beck, Helmut Lippelt, Waltraud Schoppe und Gerd Poppe stimmten für einen Einsatz der Bundeswehr.<sup>734</sup> Die Abweichler nannten als Grund für die Unterstützung des Regierungsantrags vor allem die „Tendenz zum Völkermord“ im Krisengebiet. Die Truppen der internationalen Staatenkoalition seien in der Lage, das Leben der Bevölkerung vor Ort zu sichern.<sup>735</sup> Im Entschließungsantrag der Fraktion wurden politische Initiativen der Bundesregierung zur „friedlichen Lösung“ des Konflikts, wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Republik Jugoslawien, sowie eine konsequente Durchsetzung eines Waffenembargos gegenüber allen Kriegsparteien gefordert. Die Ablehnung des Regierungsantrags wurde einerseits mit mangelnden präzisen Angaben über die politischen und militärischen Ziele einer

---

<sup>729</sup> Wehrpflichtige nur als Freiwillige nach Bosnien.

<sup>730</sup> Zitiert nach: Zur Unterstützung der europäischen Eingreiftruppen.

<sup>731</sup> Zitiert nach: Der Bundestag mit deutlicher Mehrheit für den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr.

<sup>732</sup> Entschließungsantrag der SPD zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes.

<sup>733</sup> Der Bundestag mit deutlicher Mehrheit für den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr.

<sup>734</sup> Weiland 1995; Zur Unterstützung der europäischen Eingreiftruppe.

<sup>735</sup> Lippelt 1995; Beck 1995; Poppe 1995.

deutschen Beteiligung begründet. Zudem hieß es in einem „historischen Argument“<sup>736</sup>, wie Fischer es nannte, dass angesichts der Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien eine Entsendung deutscher Soldaten „konfliktverschärfend [wirken] und der serbischen Propaganda Vorschub leisten“ würde.<sup>737</sup>

Offenbar waren die inhaltlichen Differenzen in der Fraktion größer, als es das Abstimmungsergebnis zeigte. Die Spannung in der Fraktion wurde während der Debatte deutlich. Nachtwei bekundete einen „Meinungsriss“ in der Fraktion.<sup>738</sup> Fischer nannte die Entscheidung der Fraktion „nicht einfach“.<sup>739</sup> Schoppe merkte an, sie wolle angesichts ihres Abweichens von den „Idealen“ der Partei „am liebsten nicht in dieser Haut stecken“.<sup>740</sup> Es war in der Fraktion zu dieser Zeit „sehr verbreitet“, die „moralische Legitimität militärischen Handelns“ anzuerkennen und im Hinblick auf die Krisensituation in Bosnien-Herzegowina nicht „pauschal pazifistisch“ zu argumentieren, d.h. mit Rekurs auf die Handlungsnorm der Gewaltfreiheit ein militärisches Handeln der internationalen Staatenkoalition abzulehnen.<sup>741</sup>

Dass es in der Fraktion nicht zu größeren Auseinandersetzungen kam, lag auch an der deutlichen Position des Bundesvorstands, der auf die Entwicklungen in Ex-Jugoslawien mit der Forderung nach konsequenter Einhaltung des Embargos und nach Einführung eines Boykotts gegen Kroatien reagiert hatte.<sup>742</sup> Parteisprecher Trittin betonte im Mai, „Friedens erzwingung durch Krieg“ bedeutete eine Eskalation der Krisensituation.<sup>743</sup> Im Bundesvorstand herrschte offenbar die Einschätzung, dass die Beteiligung deutscher Soldaten an einem Kampfeinsatz „eine Frage grundsätzlicher Bedeutung für Selbstverständnis und Programmatik der Partei“ darstellte.<sup>744</sup> Der

---

<sup>736</sup> Fischer 1995a. Dieses Argument gründete nicht auf nachweisbaren Sachverhalten (Schöllgen 1999: 215).

<sup>737</sup> Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes.

<sup>738</sup> Nachtwei 1995.

<sup>739</sup> Fischer 1995a.

<sup>740</sup> Schoppe 1995a.

<sup>741</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>742</sup> Trittin 1995a.

<sup>743</sup> Trittin 1995b.

<sup>744</sup> Trittin 1995b.

Kabinettsbeschluss zur Truppenentsendung nach Bosnien wurde als „Eintritt der Bundesrepublik Deutschland als Kriegspartei in Jugoslawien“ bezeichnet.<sup>745</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren waren in Interessenkonflikte um die außen- und sicherheitspolitische Position der gesamten Partei eingeflochten. Der erreichte Konsens sowie das einheitliche Abstimmungsverhalten der Fraktion lassen darauf schließen, dass die Akteure die Distanz zwischen den unterschiedlichen Handlungspräferenzen in der Partei nicht zu groß werden lassen wollten, um so die Handlungsfähigkeit der Partei insgesamt nicht zu gefährden. Das gemeinsame Interesse der Akteure bestand dabei in der Bestimmung einer in der Partei erreichbaren, als auch für die Problembearbeitung adäquaten Handlungsoption.

## **9.2 Der offene Brief Joschka Fischers**

Ein entscheidender Wendepunkt in der Haltung der bündnisgrünen Akteure gegenüber militärisch gestützter Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina rief die Eroberung der UN-Schutzzonen Srebrenica und Zepa durch bosnische Serben hervor. Bei dem Massaker im Zuge der Übernahme kamen mehrere tausend bosnische Muslime ums Leben, nachdem die UN-Truppen unter niederländischer Führung die Schutzzonen nicht militärisch verteidigt hatten.<sup>746</sup> Unmittelbar nach dem Massaker legte Joschka Fischer einen „brilliant[en] wie in groben Zügen zusammenhanglos aneinandergereiht[en]“ offenen Brief an die Partei vor.<sup>747</sup> Unter der Überschrift „Wir müssen für den militärischen Schutz der UN-Zonen sein“ forderte Fischer, entweder das Schutzzonenkonzept aufzugeben und durch Waffenlieferungen die Selbstverteidigung der Bevölkerung zu ermöglichen, oder aber durch ein militärisches Eingreifen von außen die Sicherheitszonen gegen die Serben zu sichern.<sup>748</sup> Fischer setzte in seinem Papier argumentativ die pazifistische Norm der Gewaltfreiheit gegen eine Handlungsoption der Sicherung der Menschenrechte und urteilte, „Leben und Freiheit“ stünden in Bosnien gegen „den Grundsatz der Gewaltfreiheit“.

---

<sup>745</sup> Trittin 1995c.

<sup>746</sup> Vgl. Bericht des „Netherlands Institute for War Documentation“.

<sup>747</sup> Massarat 1995.

<sup>748</sup> Fischer 1995b.



„Auf der einen Seite Gewaltfreiheit als Vision einer Welt, in der Konflikte durch Vernunft gelöst werden, durch Recht und durch Mehrheitsentscheidungen, durch Verfassungsstaat und nicht mehr durch nackte Gewalt, der Verzicht auf militärische Gewalt, das Ziel, Strukturen zu schaffen, damit diese nicht mehr notwendig ist; auf der anderen Seite das verfluchte Dilemma, Menschen zum Überleben nur noch durch die Entsendung von Militär helfen zu können. Zwischen der Solidarität zum Überleben und der Verpflichtung zur Gewaltfreiheit - das ist unser Widerspruch.“<sup>749</sup>

Unter den Bedingungen des Völkermordes in Bosnien habe die „moralische Seele“ der deutschen Linken die „Pflicht“, den Militäreinsatz einer multinationalen Truppe zu unterstützen. Bündnis 90/Die Grünen müssten sich der „neuen Herausforderung“ stellen und „praktische Antworten“ geben, die auch die „Gewaltfrage nicht... ausklammern“ könne.<sup>750</sup>

Fischers Brief bildete den Ausgangspunkt für eine vehemente Debatte in der Partei um die Legitimität und Wirksamkeit militärischer Gewalt im Falle massiver Menschenrechtsverletzungen. Die starke Wirkung des Briefs lässt sich an der Anzahl der veröffentlichten Reaktionen vonseiten der bündnisgrünen Akteure erkennen. Waren Vorstöße hinsichtlich der außen- und sicherheitspolitischen Position der Partei zuvor als Einzelbeiträge entstanden, rief Fischer eine Flut von Positionsbekundungen hervor, die bis zum Parteitag von Bremen Anfang Dezember 1995 andauerte.<sup>751</sup>

Sofortige Unterstützung erhielt Fischer von Gerd Poppe<sup>752</sup> und Werner Schulz, der feststellte, dass man in „eskalierenden Situationen“ wie in Bosnien „mit Pazifismus nicht weiter“ komme.<sup>753</sup> Unterstützung gab es ebenfalls von den Landesverbänden des Saarlandes<sup>754</sup>, Baden-Württembergs<sup>755</sup>, Bayerns<sup>756</sup> und Hessens<sup>757</sup>. Auch Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer teilte die Haltung Fischers, die Schutzzonen im Krisengebiet „in den Stand zu versetzen, diese

---

<sup>749</sup> Fischer 1995b.

<sup>750</sup> Fischer 1995b.

<sup>751</sup> Vgl. Markovits/Gorski 1997: 457.

<sup>752</sup> Vgl. Stock 1995.

<sup>753</sup> Zitiert nach: „Pazifismus am Ende“.

<sup>754</sup> Grüne stellen Prinzip der Gewaltfreiheit zur Debatte.

<sup>755</sup> Heftige Debatte über möglichen Kurswechsel in der Außenpolitik.

<sup>756</sup> Lafontaine widerspricht Fischer.

<sup>757</sup> Hessische Grüne unterstützen Fischers Forderungen zu Bosnien.

auch verteidigen zu können."<sup>758</sup> Rezzo Schlauch<sup>759</sup> und Hubert Kleinert<sup>760</sup> trugen die Position Fischers ebenso mit. Letztlich plädierten auch Reinhard Bütikofer, Marieluise Beck und Cem Özdemir in Einzelbeiträgen für eine militärische Verteidigung der Schutzzonen.<sup>761</sup> Waltraud Schoppe führte aus, der westeuropäischen Politik mangle es „an einer Kultur der Einmischung“. Eine „Weltgemeinschaft“ könne nur funktionieren, wenn ihre Mitglieder bereit seien, „Verantwortung und Risiken“ zu übernehmen, um Menschenrechten zum „Durchbruch“ zu verhelfen.<sup>762</sup>

Kritik an den Thesen Fischers kam von den Sprechern der Landesverbände Niedersachsen sowie Rheinland-Pfalz.<sup>763</sup> Die nordrhein-westfälische Umweltministerin Höhn betonte, Militäreinsätze führten nicht zum Frieden.<sup>764</sup> Zu den Gegnern von Fischers Thesen gehörten auch Winfried Nachtwei und Christian Sterzing.<sup>765</sup> Kerstin Müller nannte Fischers Position „zynisch und absurd".<sup>766</sup> Angelika Beer sagte, es sei „müßig“, nach Lösungen zu suchen, nachdem es zu keiner konsequenten Anwendung nicht-militärischer Mittel gekommen sei, so etwa hinsichtlich einer strikten Einhaltung des Waffenembargos. Es gebe momentan „kein Mittel..., in kürzester Zeit diese Menschenrechtsverletzungen zu beenden."<sup>767</sup> Ludger Volmer kritisierte, Fischer könne nicht die Gegner eines Einsatzes „als Vertreter symbolischer Politik“ diskreditieren, da Fischers Forderung nach Verteidigung der Schutzzonen ebenfalls symbolisch sei.

„Es geht nicht an, der Partei die Knobelaufgabe 'Verteidigt die Schutzzonen' hinzuwerfen, ohne selbst einen Vorschlag zur Durchführung zu machen."<sup>768</sup>

---

<sup>758</sup> Zitiert nach: „Ich gehe nicht so weit wie Joschka Fischer".

<sup>759</sup> Ziller 1995b.

<sup>760</sup> Kleinert 1995.

<sup>761</sup> Volmer 1998a: 515.

<sup>762</sup> Schoppe 1995b: 29.

<sup>763</sup> Widerspruch bei den Grünen gegen Fischers Bosnien-Vorstoß.

<sup>764</sup> Heftige Debatte über möglichen Kurswechsel in der Außenpolitik.

<sup>765</sup> Trittin gegen Beteiligung an Bosnien-Truppe.

<sup>766</sup> Zitiert nach: „Wenn Fischer sich durchsetzt, dann wäre das für die Grünen verheerend".

<sup>767</sup> Zitiert nach: „Militär keine Lösung".

<sup>768</sup> Volmer 1995.

In der Tat hatte Fischer in keinem Wort die Frage behandelt, wer die Verteidigung der Schutzzonen übernehmen solle und ob bzw. inwieweit sich deutsche Truppen an einer militärischen Konfliktbearbeitung in Bosnien beteiligen sollten. Während sich die Debatte in der Fraktion in den vorangegangenen Monaten gerade auf diese Frage konzentriert hatte, wurde sie in dieser öffentlichen Positionsbestimmung des Fraktionssprechers völlig ausgespart.

Fischers Veröffentlichung stand sicherlich im Zusammenhang mit dessen Handlungsstrategie, die Partei dauerhaft „als dritte politische Kraft“ in der Bundesrepublik zu etablieren.<sup>769</sup> Als Motiv für den offenen Brief muss demzufolge das langfristige Bemühen Fischers gelten, die Partei für Wählerkreise der politischen Mitte attraktiv zu machen.<sup>770</sup> Gleichzeitig konnte durch einen Vorstoß dem potentiellen Regierungspartner SPD außen- und sicherheitspolitische Vertrauenswürdigkeit dokumentiert werden.<sup>771</sup> Die Veröffentlichung vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Srebrenica war also „aus Fischers Perspektive strategisch sinnvoll“.<sup>772</sup>

Dennoch war Fischers Initiative kein „grandioser rhetorischer Trick“, um durch eine Positionsverschiebung in der Frage militärischer Konfliktbearbeitung eine höhere „Regierungsfähigkeit“ der Partei herzustellen.<sup>773</sup> Die Motivation des Fraktionssprechers für den Vorstoß lag vielmehr in der Identifizierung der humanitären Katastrophe und der Probleme zur dauerhaften Befriedung des Krisengebiets begründet, die durch die Eroberung der UN-Schutzzonen und das Massaker veranschaulicht wurden.<sup>774</sup> So ist „persönliche Entlastung“<sup>775</sup> als Reaktion auf die Geschehnisse von Srebrenica als Motiv mitentscheidend gewesen. Nachtwei bestätigte, dass Fischer in einem Gespräch nach dem Massaker von Srebrenica einen „emotional-

---

<sup>769</sup> So der Titel eines Aufsatzes von Fischer zu einem Strategiekongress der Partei Ende September 1995 in Bonn (vgl. Fischer 1995c).

<sup>770</sup> Zastrow 1995.

<sup>771</sup> Borchers 1995.

<sup>772</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02; vgl. Gottschlich 1995a.

<sup>773</sup> Vgl. Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>774</sup> Stock 1995.

<sup>775</sup> Gottschlich 1995.

moralisch-politischen Umschwung“ verdeutlicht habe.<sup>776</sup> Dies stimmt zudem mit der Selbstdarstellung Fischers überein.<sup>777</sup>

Der Bundesvorstand kannte den Inhalt des Briefes bereits vor seiner Veröffentlichung. Fischer hatte zunächst versucht, Trittin zu einem gemeinsamen Papier zu bewegen.<sup>778</sup> Offensichtlich erwartete er, durch die Unterstützung des linken Vorstandsteils eine größere Mobilisierungsstärke für eine Positionsänderung zu erreichen.<sup>779</sup> Die Akteure des linken Flügels waren jedoch nicht bereit, sich an dem Papier zu beteiligen. Sie hielten offenbar an der – zuvor in der Fraktion erfolgreichen – Strategie fest, die Bearbeitung der Bosnienkrise über einen Handlungskonsens zu vollziehen, der sich am bisherigen Programmstand der Partei orientierte. Der Fraktionssprecher hatte in den Jahren zuvor immer eine moderate Position vertreten und sich auch in öffentlichen Diskussionen zumeist bedeckt gehalten.<sup>780</sup> So musste das – zumal rhetorisch geschickte – Papier des sehr einflussreichen Akteurs eine deutliche Positionierung der anderen Akteure motivieren.<sup>781</sup> Die Wirkung von Fischers Brief in der Partei ist jedoch insofern erstaunlich, da in ihm letztlich keine bisher ungenannten Positionen vertreten wurden.<sup>782</sup> Fischer ging inhaltlich nicht über Forderungen hinaus, die Teile des Realo-Flügels zuvor bereits gestellt hatten. Fischer hat in seinem offenen Brief den zuvor „subtil“ vorhandenen Widerspruch zwischen dem politischen Ziel der Sicherung der Menschenrechte und einer Ablehnung militärischer Mittel der Konfliktbearbeitung lediglich „dezidiert beschrieben und auf den Punkt gebracht.“<sup>783</sup>

---

<sup>776</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>777</sup> Bereits auf dem Parteitag in Bremen sprach Fischer von der Wandlung seiner Haltung gegenüber einer Militärintervention in Ex-Jugoslawien, und behielt das Argument der „Erschütterung“ seiner „Position als Nicht-Interventionist“ in der Folge von Srebrenica bis ins Jahr 2002 bei (vgl. „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“).

<sup>778</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02; vgl. Stock 1995.

<sup>779</sup> Borchers 1995. Dies könnte auch die anfangs zurückhaltenden Reaktionen von Jürgen Trittin auf Fischers Brief erklären. Noch Ende August sprach Trittin in Interviews von einem „sehr breiten Konsens“ in der Außen- und Friedenspolitik der Partei (zitiert nach: Trittin 1995d; vgl. auch „Militärschutz? - Lieber evakuieren.“).

<sup>780</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02; Monath 1995a; vgl. Grüne streiten über Bundeswehr-Einsätze.

<sup>781</sup> Vgl. Risse 2000: 8.

<sup>782</sup> Zastrow 1995.

<sup>783</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

Die Massaker in den Schutzzonen riefen in der gesamten Partei einen „Schock“ hervor.<sup>784</sup> Es kam unter einem großen Teil der Akteure zu der „zeitlich verzögerten Erkenntnis“, dass Militärpräsenz auf dem Balkan vor allem für das Überleben der Zivilbevölkerung Bosniens notwendig war.<sup>785</sup> Zum Zeitpunkt von Fischers Veröffentlichung realisierte ein Großteil der institutionellen Akteure, dass sich mit Bezug auf die pazifistische Norm der Gewaltfreiheit die Handlungsprobleme auf dem Balkan nicht befriedigend bearbeiten ließen. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Handlungsziel der Menschenrechtssicherung einerseits und der Handlungsnorm der Gewaltfreiheit andererseits hatte bereits der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karsten Voigt, in einem Dossier Ende 1994 „programmatische Innovation“ vorausgesagt.<sup>786</sup> Nachtwei bestätigte, dass sich nach Fischers Vorstoß die „Gewichtung zwischen beiden Elementen“ des außen- und sicherheitspolitischen Optionensets der Partei „verschob“.<sup>787</sup> Auch Volmer bestätigte, dass das Papier Fischers und ein mit ihm verbundenes „Lostreten der Debatte“ der Auslöser war für ein „Umdenken“ vor allem in der Fraktion hinsichtlich der „Notwendigkeit“ militärischen Vorgehens in Bosnien.<sup>788</sup> Durch die Neugewichtung wurde die institutionelle Problembearbeitung besser auf konkrete Fragen des Überlebens von Menschen im Krisengebiet Bosniens beziehbar. Denn die institutionelle Zielbestimmung der Sicherung von Menschenrechten orientierte sich nicht an „Rechtstiteln in einer Charta“, sondern war konkret auf „Menschenleben in Krisengebieten“ gerichtet.<sup>789</sup>

Die parteiinternen Debatten vom Herbst 1995 knüpften explizit oder implizit an die Diskussionen vor dem Sonderparteitag in Bonn Ende 1993 an.<sup>790</sup> Dort hatte die Partei in einer strukturell ähnlichen Situation die außen- und sicherheitspolitischen Position ebenfalls sehr stark in Frage gestellt. Die pazifistische Handlungsnorm der Gewaltfreiheit war damals mittels einer ideologischen Autokommunikation als handlungsleitende Option zur Bearbeitung der Krise auf dem Balkan bestätigt worden.<sup>791</sup> Im Herbst 1995 wurde die Institution durch äußere

---

<sup>784</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>785</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>786</sup> Voigt/Bruckmann 1994: 23.

<sup>787</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>788</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>789</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>790</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>791</sup> Vgl. das Kapitel „Der Zusammenschluss von Die Grünen und Bündnis 90“.

Veränderungen nunmehr erneut motiviert, „sich selbst und... [ihre] Umwelt zu erkennen“ und darauf aufbauend „Handlungsmaximen“ zu entwickeln.<sup>792</sup> Zur Etablierung dieser institutionellen „Selbsterkenntnis“ waren Vorstellungen entscheidend von

„selfhood and distinctiveness held and projected by an actor formed (and modified over time) through relations with significant ‘others’.“<sup>793</sup>

Zum Zeitpunkt von Fischers Veröffentlichung waren die durch die Krise generierten Probleme zu stark, um die Handlungsoption der Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen als handlungsleitende Position der Partei insgesamt halten zu können. Die Neubewertung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen wurde nun in einer kollektiven „Distinktion“ vollzogen. Diese Abgrenzung hatte zur Folge, dass ein großer Teil der Partei die Norm der Gewaltfreiheit als „anders“, d.h. nicht mit der institutionellen Position identifizierbar erachtete. Die ideologische „Distinktionsfunktion“ war ein kollektives Motiv zur Abgrenzung gegenüber einer nicht-erwünschten, weil nicht adäquaten Handlungsoption. Gleichzeitig erlangte das Handlungsziel der Sicherung von Menschenrechten eine stärkere Akzeptanz in der Institution. Fischer versuchte, in der Gegenüberstellung unterschiedlicher Handlungsoptionen eine sprachlich akzeptable Formulierung zu finden, die ihm eine größere Unterstützung für seine Position sichern sollte.

„By renaming objectionable behavior in ways that are linguistically acceptable, the group can carry out behaviors which members otherwise might oppose.“<sup>794</sup>

Obwohl in der Folge von Fischers Brief ein Großteil der Akteure begann, sich von der pazifistischen Norm der Gewaltfreiheit zu distanzieren, wurde die „Distinktion“ nicht vollständig vollzogen. Vielmehr führte sie zu einem „Prinzipienstreit“<sup>795</sup>, in dem das Handlungsziel einer

---

<sup>792</sup> Dies hat vor allem Link im Hinblick auf die Traditionslinie der deutschen Geschichte herausgestellt. Die Bundesrepublik „grenzt sich ab von den undemokratischen und imperialistischen Traditionen deutscher Politik – innenpolitisch wie außenpolitisch!“ (Link 1987: 400-405).

<sup>793</sup> Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 59.

<sup>794</sup> Johnston 1995: 57.

<sup>795</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

Sicherung von Menschenrechten gegen die Norm der Gewaltfreiheit gesetzt wurde. Der Grund dafür lag in der Wirkung von Fischers Brief auf die institutionelle Identität.

„Fischer tendiert zum Pol der Anpassung an die Mainstream-Realität und das heißt zur Identitätsdiffusion der Grünen.“<sup>796</sup>

Die von Fischer forcierte „Anpassung“ der Handlungsoptionen zur besseren Bearbeitung der humanitären Probleme im Krisengebiet implizierte, dass der institutionelle Erfahrungsspeicher, der sich mit der pazifistischen Norm der Gewaltfreiheit verband, nicht weiter bestätigt werden konnte. Einen vergleichbaren Handlungsspeicher in Bezug auf die Handlungsoption der Menschenrechtssicherung gab es in der Partei nicht, da diese erst nach dem Zusammenschluss mit Bündnis 90 in der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik hervorgehoben wurde.<sup>797</sup> Der linke Flügel der Partei artikulierte die erwartete „Identitätsdiffusion“ und verhinderte damit die Abgrenzung gegenüber der Norm der Gewaltfreiheit als Handlungsoption zur Bearbeitung des Bosnienkonflikts. Identitätsmotive bewirkten, dass im linken Flügel der Partei für die Kontinuität der Gewaltfreiheitsnorm argumentiert wurde.<sup>798</sup> Das Handlungsziel der Menschenrechtssicherung wurde durch die begonnene „Distinktion“ zur Bearbeitung der Bosnienkrise zwar insgesamt stärker akzeptiert. Die Installierung einer neuen institutionellen Handlungsoption konnte jedoch nicht eindeutig herbeigeführt werden, da der Widerstand bei Aktivisten und linken Akteuren der Partei zu groß war. Es standen sich – in unterschiedlichen Handlungsoptionen symbolisch aufgeladene – kollektive Distinktionsbestrebungen und Identitätsmotive gegenüber. Für die Handlungsfähigkeit der Partei war dieser Mangel an „ideologischer Kohäsion“ äußerst problematisch.<sup>799</sup>

### **9.3 Fraktionelle Spaltung in der Bundestagsabstimmung**

Anfang August unternahm die kroatische Armee eine militärische Operation, bei der mit Ausnahme Ost-Slawoniens alle Teile Kroatiens erobert wurden, die sich unter serbischer Kontrolle befanden. Auch in Bosnien begannen kroatische Truppen koordinierte Aktionen gegen

---

<sup>796</sup> Raschke 2001: 386.

<sup>797</sup> Vgl. das Kapitel „Der Zusammenschluss von Die Grünen und Bündnis 90“.

<sup>798</sup> Vgl. Legro 2000: 420.

<sup>799</sup> Vgl. McGann 2002: 38.

die dort lebenden Serben. Es kam so im ehemaligen Jugoslawien erneut zu territorialen Verschiebungen, die mit Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen einhergingen.<sup>800</sup> Nach dem Scheitern einer weiteren Jugoslawien-Konferenz befürwortete die amerikanische Regierung im Juli Waffenlieferungen an die bosnischen Muslime sowie gezielte Luftangriffe gegen serbische Stellungen. Als am 28.8.1995 bei einem den Serben zugeschriebenen Granatenangriff in Sarajewo 37 Menschen getötet wurden, begann die NATO in Absprache mit der internationalen Bosnien-Kontaktgruppe, vehemente Luftangriffe auf militärische Objekte der bosnischen Serben zu fliegen.<sup>801</sup> Diese Intervention hatte entscheidenden Einfluss auf deren Zurückdrängung und führte vor allem zur glaubwürdigen Einwilligung der Kriegsparteien in einen dauerhaften Waffenstillstand.<sup>802</sup> Die Militäraktion erreichte damit in kurzer Zeit, was durch langfristig angelegte negative Sanktionen sowie diplomatische Vermittlungsversuche zuvor nicht gelungen war.<sup>803</sup>

Im Herbst 1995 wurde von der Bosnien-Kontaktgruppe der Friedensvertrag von Dayton ausgehandelt, der die Schaffung eines Staates Bosnien-Herzegowina vorsah, bestehend aus einer kroatisch-bosnischen und einer serbischen Republik.<sup>804</sup> Gleichzeitig wurde die Entsendung von etwa 60000 Soldaten unter NATO-Kommandantur vorbereitet. Die sogenannte IFOR-Truppe, an der sich u.a. auch russische und arabische Staaten beteiligten, hatte den Auftrag, die Einhaltung des Dayton-Vertrages zu überwachen und eine stabile Sicherheitsumgebung zur zivilen Rekonstruktion des Bürgerkriegsgebietes zu garantieren.<sup>805</sup> Zur Erfüllung dieser Mission wurde die IFOR zum Waffengebrauch ermächtigt.<sup>806</sup>

Angesichts der durch Joschka Fischers offenen Brief entfachten Debatte waren die Reaktionen in der Partei auf die militärische Problembearbeitung der internationalen Staatenkoalition in Bosnien sehr heterogen. Der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen kritisierte unmittelbar nach den Bombardements der NATO-Luftstreitkräfte, diese seien die „falsche Antwort“ auf die serbischen Angriffe in Sarajewo, da sie die „Spirale des Tötens“ fortführten. Eine konsequente

---

<sup>800</sup> Vgl. Gow 1997: 278.

<sup>801</sup> Haftendorn 2001: 412.

<sup>802</sup> Schöllgen 1999: 214.

<sup>803</sup> Vgl. Funke 1996: 16.

<sup>804</sup> Abkommen über die Verwirklichung der Föderation Bosnien-Herzegowina.

<sup>805</sup> Baumann 2001: 171.

<sup>806</sup> Haftendorn 2001: 413.



Durchsetzung eines totalen Waffenembargos sei hingegen weiterhin „das Gebot der Stunde“.<sup>807</sup> In einer Stellungnahme der Fraktion wurden die Luftangriffe der NATO demgegenüber Anfang September als „logische und grausame Konsequenz aus den jüngsten Massakern“ in Srebrenica und Sarajevo bezeichnet. Dieser Entschluss, implizit eine Zustimmung zum militärischen Vorgehen der NATO, kam offensichtlich vor allem durch die Abwesenheit von Fraktionssprecherin Kerstin Müller zustande.<sup>808</sup> Der Parteivorstand opponierte daraufhin gegen diese Position: Die Fraktionsführung habe den Eindruck erweckt, die Partei würde die Bombardements der NATO rechtfertigen. Zudem stünde die Stellungnahme der Fraktion in scharfem Widerspruch zu Programm und Beschlusslage der Partei.<sup>809</sup>

Das Kabinett der Regierung Kohl beschloss Ende November bereits vor den USA und den europäischen Verbündeten, der internationalen IFOR-Truppe ein Bundeswehrrkontingent von 4000 Soldaten sowie Tornado-Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen. Das Truppenkontingent sollte vor allem die medizinische Versorgung der Soldaten anderer Teilnehmerstaaten sicherstellen.<sup>810</sup> Die für Mitte Dezember angesetzte Abstimmung im Bundestag offenbarte einen erneuten Klärungsbedarf bei Bündnis 90/Die Grünen. Die Differenzen hinsichtlich der militärischen Konfliktbearbeitung im Krisengebiet Jugoslawiens zwischen Fraktion einerseits sowie Bundesvorstand und Aktivisten der Ortsverbände andererseits konnten auf dem für Anfang Dezember angesetzten Parteitag eskalieren.

Der Bundesvorstand der Partei hielt auch Ende November weiterhin an der Ablehnung einer deutschen Beteiligung an der Friedenssicherung fest.<sup>811</sup> Die Fraktion beschloss, die Ergebnisse des Parteitages abzuwarten und erst danach eine gemeinsame Haltung zu formulieren.<sup>812</sup> Eine Initiative von Joschka Fischer, die Fraktion für eine Zustimmung zur Bundeswehrebeteiligung zu

---

<sup>807</sup> Trittin /Rühle 1995.

<sup>808</sup> Zitiert nach: Wieder Streit über militärische Gewalt.

<sup>809</sup> Vorstand kritisiert Fraktion.

<sup>810</sup> Baumann 2001: 171.

<sup>811</sup> Vgl. Bundesvorstand lehnt NATO-Einsatz deutscher Soldaten im ehemaligen Jugoslawien ab.

<sup>812</sup> Vgl. Grüne entscheiden über Kampfeinsatz.

mobilisieren, führte nicht zur Bekundung einer gemeinsamen Position.<sup>813</sup> Die Mehrheit der bündnisgrünen Abgeordneten ließen jedoch vor dem Parteitag verlauten, sie wolle für die Entsendung von deutschen Soldaten ins Krisengebiet stimmen.<sup>814</sup> So wurde deutlich, dass die Fraktion anders abstimmen würde als der Parteitag – in Anlehnung an die Programmlage der Partei – aller Voraussicht nach vorgeben würde.<sup>815</sup>

Auf dem Parteitag in Bremen vom 1.-3.12.1995 waren mit Blick auf die Bosnien-Politik der Partei drei Anträge entscheidend: Zunächst zwei Anträge aus dem linken Parteiflügel, die von Ludger Volmer bzw. Uli Cremer, dem Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden“, eingebracht wurden. Außerdem ein realpolitischer, von Hubert Kleinert begründeter Antrag, der sich im Wesentlichen für eine deutsche Beteiligung an „robust-zivilen“ Einsatzkräften mit der Möglichkeit der Selbstverteidigung aussprach.<sup>816</sup> Aufgrund eines ungewöhnlichen Abstimmungsmodus unterstützten nur etwa 35% der Delegierten Kleinerts Antrag, so dass dieser nicht in die Endabstimmung gelangte.<sup>817</sup> Abstimmungssieger wurde der Antrag Ludger Volmers, in den einige Positionen des Antrags von Uli Cremer integriert wurden.<sup>818</sup>

Die letztlich verabschiedete Parteitagsresolution begrüßte zunächst den Friedensschluss von Dayton. Gleichzeitig wurde eine mit dem Vertragsabschluss verbundene Aufhebung des Waffenembargos kritisiert, da diese die Gefahr einer verstärkten Militarisierung der Region und eines Wiedererstarkens der Auseinandersetzungen berge. Ablehnung erhielt vor allem die geplante Bereitstellung von Kampfflugzeugen und Bodentruppen der Bundeswehr als „Vorratsbeschluss“, der eine „beliebige“ Verstärkung der Truppen ermögliche. Eine Beteiligung im institutionellen Rahmen der Bundeswehr sowie innerhalb eines NATO-Mandats lehnte die Resolution ebenso ab, begrüßt wurde lediglich eine deutsche Beteiligung an friedenserhaltenden

---

<sup>813</sup> Fischer forderte vor dem Parteitag, dass speziell ausgebildete Bundeswehrsoldaten den Vereinten Nationen bei der Gefahr des Völkermordes für friedenserzwingende Maßnahmen unterstellt werden sollten. Der „Grundwert der Solidarität“ mit den Opfern von Völkermord habe Vorrang vor einer Politik der Gewaltfreiheit (zitiert nach: „Grundwert Solidarität hat Vorrang vor Gewaltfreiheit“).

<sup>814</sup> Vgl. Prantl 1995.

<sup>815</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>816</sup> Protokoll der 6. Ordentlichen Bundesversammlung in Bremen.

<sup>817</sup> Vgl. Höfele 1998: 104-106.

<sup>818</sup> Cremer konnte sich mit der Forderung durchsetzen, die Fraktion auf den bisherigen Programmstand festzulegen (vgl. Grünen-Vorstand lehnt deutschen Bosnien-Einsatz ab; Höfele 1998: 102; Volmer 1998a: 520).

Maßnahmen in Form von unbewaffneten Hilfsverbänden. Die bündnisgrüne Fraktion wurde „gebeten“, dem Antrag der Bundesregierung im Bundestag nicht zuzustimmen.<sup>819</sup>

Trotz der Abstimmungsniederlage war der Jubel im Realoflügel größer als bei den Anhängern des siegreichen Antrages. Offenbar war das Ergebnis aus Sicht der Realpolitiker „weit besser“ als erwartet.<sup>820</sup> Helmut Lippelt kommentierte, mit diesem Ergebnis könne man „die Fraktion nicht mehr knebeln.“<sup>821</sup> Es blieb jedoch weiterhin unklar, wie in der Fraktion mit Blick auf die Bundestagsabstimmung zu einer einheitlichen Position zu gelangen sei.<sup>822</sup> Kurz vor der betreffenden Parlamentssitzung sprachen sich die bündnisgrünen Abgeordneten nach langer Debatte in einer internen Abstimmung mit 26 zu 20 Stimmen dafür aus, den Regierungsantrag zur Entsendung von 4000 deutschen Soldaten nach Bosnien zu unterstützen.<sup>823</sup> Damit gab es in einer bündnisgrünen Fraktion zum ersten Mal eine Mehrheit für eine deutsche Beteiligung an einem NATO-Einsatz zur Friedenssicherung. Die Akteure des linken Flügels verließen die Fraktionssitzung daraufhin demonstrativ.<sup>824</sup>

Bei der einige Tage später stattfindenden Abstimmung im Bundestag kam es zu einer exakten Spaltung: Bei fünf Enthaltungen votierten 22 bündnisgrüne Abgeordnete für und 22 gegen die Regierungsvorlage.<sup>825</sup> Die Spaltung trotz der vorherigen Mehrheit für den Regierungsantrag kam zustande, „um der Bitte des Bremer Parteitags“ zu entsprechen, wie es in einer Erklärung hieß.<sup>826</sup> Ohne den „erhobenen Zeigefinger der Partei“ hätte eine deutliche Fraktionsmehrheit für die Regierungsvorlage gestimmt.<sup>827</sup> Die Enthaltungen waren demzufolge „taktischer Natur“, da die Fraktion die „Brüskierung der Partei in Grenzen halten wollte“.<sup>828</sup>

---

<sup>819</sup> Vgl. Entschluss zur Bosnien-Politik der Bundesregierung: „Ja zum Friedensschluss von Dayton – Nein zur Politik von Kohl, Kinkel und Rühe“.

<sup>820</sup> Eine starke Minderheit der Grünen einverstanden mit einem Bosnien-Einsatz der Bundeswehr.

<sup>821</sup> Zitiert nach: Gottschlich 1995b.

<sup>822</sup> Schlötzer-Scotland 1995b.

<sup>823</sup> Vgl. Höfele 1998: 108.

<sup>824</sup> Vgl. Monath 1995b.

<sup>825</sup> Vgl. Bundestagsbeschluß zum IFOR-Nachfolge-Auftrag.

<sup>826</sup> Erklärung von Krista Heyne, Michael Hustedt, Albert Schmidt und Wolfgang Schmitt zum Abstimmungsverhalten vom 6.12.1995.

<sup>827</sup> Dies bestätigte Nachtwei in einem Brief an die Bundestagsfraktion (Nachtwei 1996).

<sup>828</sup> Volmer 1998a: 522.

In dieser außen- und sicherheitspolitischen Handlungssituation wurde zum ersten Mal der sogenannte „klassische Burgfrieden“ in der Fraktion angewandt. Diese „kooperative Strategie“<sup>829</sup> beinhaltete, trotz mehrheitlich anderslautender Positionen der Einzelakteure in gegenseitiger Absprache eine Kompromisshaltung zu vertreten, die sowohl die außenpolitische Problembearbeitung als auch die Repräsentation von Handlungsmotiven innerhalb der Partei ermöglichte. Durch eine intentionale Stimmenspaltung schaden die Akteure der Handlungsfähigkeit der Partei insgesamt weniger als durch die Abstimmung in Kongruenz mit den persönlichen und unmittelbaren Handlungsinteressen der Akteure.<sup>830</sup> Die „Burgfriedenpolitik“ wurde durch die Einschätzung ermöglicht, dass das Handeln der Fraktion für die außenpolitische Entscheidungssituation Deutschlands „geringe Relevanz“ besaß.<sup>831</sup>

Offenbar hatte auch die Diskussion der vorangegangenen Monate Einfluss auf das Handeln der Akteure in der Fraktion. Volmer bestätigte, dass das mehrheitliche Umdenken in der Fraktion in der Folge des offenen Briefs von Fischer die „Burgfriedenpolitik“ notwendig machte.<sup>832</sup> Offenbar fürchtete man bei einer Zustimmung der Fraktion zu Auslandseinsätzen eine Spaltung der Partei.<sup>833</sup> Die unvollständige Distinktion einerseits, sowie das Festhalten an der Norm der Gewaltfreiheit auf der Basis von Identitätsmotiven andererseits, ließ eine Spaltung in jeweils homogener ausgerichtete Teil-Institutionen möglich erscheinen. Die Handlungsstrategie einer Burgfriedenpolitik beruhte auf der Absicht der Akteure, eine mögliche organisatorische Spaltung der Partei zu verhindern. Der „Burgfrieden“ wurde so zum operativen Mittel, zwischen den divergierenden Handlungsmotiven der Parteiflügel bei der Bearbeitung des Bürgerkriegs in Jugoslawien zu vermitteln und auf diesem Weg die institutionelle Handlungsfähigkeit zu bewahren.

---

<sup>829</sup> Vgl. Raschke 2001: 338.

<sup>830</sup> Vgl. Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>831</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02; Interview mit Hugler, 15.3.02; Prantl 1995.

<sup>832</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>833</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02; Interview mit Schmillen, 15.3.02. Hugler zufolge haben die Thesen Fischers die Partei zwar „stark bewegt“, eine Spaltungsgefahr habe jedoch nicht bestanden (Interview mit Hugler, 8.3.02).

## **9.4 Übergreifende Ablehnung eines Einsatzes in Ostslawonien**

Auf Wunsch der belgischen Regierung beschloss der NATO-Rat Anfang 1996, die für den Schutz des IFOR-Einsatzes in Bosnien bereitgestellten Truppen auch für potentielle Sicherheitsmaßnahmen in Ostslawonien zur Verfügung zu stellen. Dort überwachten belgische und russische UN-Einheiten die im Vertrag von Dayton festgelegte Rückgabe des serbisch besetzten Gebietes an Kroatien.<sup>834</sup> Auch die Bundesrepublik Deutschland unterstützte eine weitergehende militärische Absicherung des Dayton-Abkommens in Ostslawonien. Der Bundestag beschloss Anfang Februar 1996, im Notfall die UN-Truppen in der Region aus der Luft militärisch zu unterstützen. In Folge dieser Entscheidung konnten auf Anforderung deutsche Tornado-Flugzeuge zur Luftunterstützung von 5000 belgischen UN-Soldaten eingesetzt werden.<sup>835</sup>

Eine „große Mehrheit“<sup>836</sup> der bündnisgrünen Fraktion stimmte in der Parlamentsabstimmung gegen den Antrag der Bundesregierung, nur zwei der 49 Parlamentarier befürworteten den militärischen Beitrag deutscher Einheiten in Ostslawonien.<sup>837</sup> Im Entschließungsantrag der Fraktion wurde die Ablehnung mit dem Fehlen eines „notwendigen Gesamtkonzepts“ für einen Einsatz begründet. Mit Blick auf die militärische Sicherung des Dayton-Abkommens hielt die Fraktion der Bundesregierung vor, dass diese „aus dem politischen Zusammenhang zwangsläufig ein[en] militärische[n] Zusammenhang“ folgere. Auf mögliche Verstöße gegen das Abkommen von Dayton müsse hingegen vielmehr mit „wirtschaftlichem und politischem Druck“ reagiert werden.<sup>838</sup> Der außenpolitische Sprecher Poppe argumentierte, in Ostslawonien stünden sich primär die Interessen der Machthaber Tudjman und Milosevic entgegen. Es sei kein Völkermord zu erkennen und demnach auch ein Einsatz deutscher Truppen nicht zu rechtfertigen.<sup>839</sup> Helmut Lippelt sagte, trotz seiner Zustimmung zu früheren Anträgen der Bundesregierung müsse er in

---

<sup>834</sup> Vgl. Gow 1997: 283.

<sup>835</sup> Vgl. Deutsche Tornados nach Ostslawonien.

<sup>836</sup> Monath 1996.

<sup>837</sup> Vgl. Zwei Richtungen - ein Ergebnis. Die Entscheidung des Bundestags fand in nicht-namentlicher Abstimmung statt. Poppe zufolge waren die beiden Akteure, die den Antrag der Bundesregierung unterstützten, Waltraud Schoppe und Poppe selbst (Interview mit Poppe, 18.2.02).

<sup>838</sup> Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur deutschen Beteiligung an der Unterstützung der VN-Übergangsadministration für Ostslawonien.

<sup>839</sup> Zitiert nach: Deutsche Tornados nach Ostslawonien.

dieser Entscheidungssituation „warnen und nein sagen“, da durch eine militärische Absicherung die Unterstützung für zivile Aspekte des Friedensprozesses in Gefahr gerate.<sup>840</sup> Angelika Beer sah in der Unterstützungsleistung der Bundeswehr in Ostslawonien einen „Kampfauftrag“, für den es keine militärische Notwendigkeit gebe.<sup>841</sup> Ludger Volmer zufolge bestand im Falle einer Zustimmung der Opposition die Gefahr, dass die Bundesregierung den Aktionsradius der Bundeswehr „noch weiter“ ausdehne.<sup>842</sup>

Überraschend sind diese Argumentationen, weil das Handlungsproblem für die politischen Akteure Deutschlands im gleichen sicherheitspolitischen Zusammenhang stand wie die IFOR-Entscheidung wenige Wochen zuvor. Die Entwicklung in Ostslawonien war mit dem Friedensprozess in Bosnien insofern verbunden, da ein Erfolg der Bemühungen um eine Stabilisierung der Region Ex-Jugoslawiens ohne eine Regulierung des Ostslawonien-Konflikts zwischen der serbischen und kroatischen Führung in Gefahr geraten wäre. Zudem hätte sich auch die Menschenrechtssituation im Krisengebiet durch den Konflikt um Ostslawonien wiederum destabilisieren können. Angesichts der strukturellen Ähnlichkeit des Handlungsproblems wäre in der Fraktion eine ebenso kontroverse Diskussion zu erwarten gewesen wie im Zusammenhang der Entscheidung über eine deutsche IFOR-Beteiligung.

Der Grund für die einheitliche Ablehnung eines deutschen Beitrags in der Fraktion waren offensichtlich die anstehenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Um einen Wahlerfolg nicht zu gefährden, beabsichtigte die Fraktion den Eindruck der Zerstrittenheit in der Öffentlichkeit zu verhindern.<sup>843</sup> Ziel war es Poppe zufolge, „eine gewisse Geschlossenheit“ zu dokumentieren, um dem politischen Gegner nach den starken Diskussionen vom vorangegangenen Herbst nicht die Möglichkeit zu eröffnen, erneute öffentlich ausgetragene Differenzen als mangelnde außen- und sicherheitspolitische Handlungskompetenz darzustellen.<sup>844</sup> Durch eine gemeinsame Ablehnung der Bundeswehrebeteiligung in der Fraktion konnte man demgegenüber eine „seltene Eintracht“ im außen- und sicherheitspolitischen Handeln der Partei dokumentieren.<sup>845</sup>

---

<sup>840</sup> Lippelt 1996; vgl. Monath 1996b.

<sup>841</sup> Zitiert nach: Bundeswehr in Ostslawonien.

<sup>842</sup> Vgl. Zwei Richtungen - ein Ergebnis.

<sup>843</sup> Vgl. Stock 1996.

<sup>844</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>845</sup> Monath 1996a.

Neben diesen wahlbezogenen Handlungsmotiven war außerdem entscheidend, dass die „Burgfriedenpolitik“ der Fraktion bei der IFOR-Abstimmung die Differenzen um die außen- und sicherheitspolitische Position der Partei nicht beenden konnte. Dies wurde bereits deutlich, als der Bundesvorstand unmittelbar nach der IFOR-Abstimmung im Bundestag der Mehrheit des Fraktionsvorstandes einen „Verlust an Integrationsfähigkeit“ attestierte.<sup>846</sup> Viele Landesvorstandsmitglieder bekundeten zudem ihr „Bedauern und Enttäuschung“ darüber, dass die Abgeordneten gegen die „Grundwerte“ der innerparteilichen Demokratie und der Gewaltfreiheit verstoßen hätten.<sup>847</sup> Im Stadtverband Halle wurden die 22 Parlamentarier, die den IFOR-Einsatz der Bundeswehr unterstützt hatten, zu „unerwünschten Personen“ erklärt.<sup>848</sup> Da die Entscheidung um einen Ostslawonien-Einsatz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit keine große Aufmerksamkeit erregte und auch in der Partei selbst einen eher geringen Stellenwert besaß, riskierten die Akteure keine neuerlichen Auseinandersetzungen hinsichtlich der außen- und sicherheitspolitischen Position. Die Bundestagsabstimmung zum Ostslawonien-Einsatz wurde so zur „taktischen Angelegenheit“, um den vorhandenen Konflikt in der Partei zu begrenzen.<sup>849</sup>

## **9.5 Die Delegationsreise und einzelne Positionsverschiebungen**

Die Haltung einzelner Akteure gegenüber einer militärisch gestützten Bearbeitung von Menschenrechtsverletzungen verschob sich im Herbst 1996. Auslöser war eine Delegationsreise in die vormalige Bürgerkriegsregion Bosnien-Herzegowinas, an der u.a. Joschka Fischer, Werner Schulz, Jürgen Trittin, Kerstin Müller, Winfried Nachtwei und Achim Schmillen teilnahmen. Die Akteure beschäftigten sich offensichtlich „ungewöhnlich nah, lange und intensiv“ mit der politischen und humanitären Situation des ehemaligen Jugoslawien.<sup>850</sup> Bereits vor Ort kam es dabei – vor allem nach einem Besuch Sarajewos – zu langen Diskussionen und starken Auseinandersetzungen innerhalb der Delegation.<sup>851</sup> Die Delegationsteilnehmer des realpolitischen Flügels bestätigten nach der Reise ihre Haltung. Joschka Fischer betonte, er habe

---

<sup>846</sup> Kampfeinsatz der Bundeswehr ist eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik.

<sup>847</sup> Vgl. Erklärung der Landesvorstandsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen.

<sup>848</sup> Vgl. dazu Schlötzer-Scotland 1996a.

<sup>849</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>850</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02

<sup>851</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02; Interview mit Schmillen, 15.3.02.

mit niemandem gesprochen, der sich gegen den IFOR-Einsatz oder eine deutsche Beteiligung ausgesprochen habe.<sup>852</sup> Werner Schulz sprach von „Scham“, die er vor Ort empfunden habe und von der Einsicht, dass die internationale Staatenkoalition „viel früher [hätte] eingreifen müssen.“<sup>853</sup>

Insbesondere bei Akteuren des linken Flügels verschoben sich durch die Kontakte mit Menschen im Krisengebiet persönliche Handlungspräferenzen. Winfried Nachtwei, der zuvor bereits angedeutet hatte, dass es in Bosnien keine „realistische Alternative zur militärischen Absicherung des Waffenstillstandes“<sup>854</sup> gebe, sprach von „Desillusionierung“, die er während der Reise erfahren habe.<sup>855</sup> Er könne einem IFOR-Einsatz „aus heutiger Sicht“ zustimmen.<sup>856</sup> Bei Kerstin Müller rief die Reise in die Krisenregion Jugoslawiens „eine ähnliche Reaktion“ wie bei Nachtwei hervor.<sup>857</sup> Ein Jahr zuvor hatte sie die Forderung nach einem militärischen Agieren in Bosnien als „zynisch und absurd“ bezeichnet.<sup>858</sup> In den Parlamentsabstimmungen hatte sie sich zudem ablehnend gegenüber einer Beteiligung deutscher Truppen in Bosnien und Ostslawonien positioniert. Nach eigenem Bekunden von Frau Müller hatte es seit der Reise ins Krisengebiet „in ihr gearbeitet“.<sup>859</sup> Sie forderte Ende Oktober 1996 nunmehr öffentlich, wenn wie in Bosnien alle Volksgruppen militärischen Schutz von außen befürworteten, müssten auch Bündnis 90/Die Grünen „reale Antworten“ darauf haben. Es gelte, die institutionelle Programmatik weiterzuentwickeln.<sup>860</sup>

Parteisprecher Jürgen Trittin stellte nach der Reise fest, dass der Frieden in Bosnien zwar auch künftig militärisch abgesichert werden müsse, jedoch nicht unter NATO-Befehl, sondern unter

---

<sup>852</sup> Zitiert nach: Trittin fordert UN-Mandat für Bosnien-Einsatz.

<sup>853</sup> Zitiert nach: Schlötzer-Scotland 1996b.

<sup>854</sup> Nachtwei 1996.

<sup>855</sup> Zitiert nach: Trittin fordert UN-Mandat für Bosnien-Einsatz.

<sup>856</sup> Zitiert nach: Schlötzer-Scotland 1996b. In einem Beitrag von 1999 sprach Nachtwei im Zusammenhang mit der Bosnienpolitik der Partei von „menschlichem und europäischem Verrat“, die die westlichen Staaten und „was auch wir als Opposition zugelassen hatten.“ (Nachtwei 1999: 6).

<sup>857</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>858</sup> Zitiert nach: „Wenn Fischer sich durchsetzt, dann wäre das für die Grünen verheerend“.

<sup>859</sup> Vgl. Gaus 1996b. Ein Gespräch mit einem Bischof in Banja Luka beschrieb Frau Müller so: „Er hat uns gefragt: 'Warum habt ihr uns allein gelassen? Gelten Werte wie Humanismus noch etwas in Europa, wenn ihr uns mit den Faschisten allein lasst?' Ich hatte keine Antwort.“ (zitiert nach: Gaus 1996b).

<sup>860</sup> Zitiert nach: Grüne Bosnien-Mission.



einem „klassische[n] Blauhelmmandat“. Eine deutsche Beteiligung sei zudem „nicht erforderlich“, da es ausreichend Länder gebe, die Truppen stellen wollten.<sup>861</sup> Trittin hatte offenbar während des Aufenthaltes an einigen Informationsveranstaltungen nicht teilgenommen.<sup>862</sup> Auf dieser Basis lassen sich unterschiedliche Bewertungen der politischen und humanitären Situation vor Ort vermuten. In seiner Positionierung nach der Reise wies Trittin auf institutionelle Faktoren bei der Frage der militärischen Absicherung des Dayton-Abkommens hin:

„Ist man in der Opposition, oder macht man den Schulterschluss mit Rüge? Das ist die Frage.“<sup>863</sup>

Dass der Parteisprecher in der Frage eines Militäreinsatzes die Position gegenüber der Regierung als entscheidendes Handlungskriterium bestimmte, ist darauf zurückzuführen, dass Trittin stärker als etwa Müller und Nachtwei „auf Linie“ achtete.<sup>864</sup> Eine durch persönliche Erfahrungen motivierte Positionsverschiebung konnte von der *Constituency* als Anpassung der außen- und sicherheitspolitischen Position an die Haltung der etablierten Parteien und damit als Verlust der politischen Unterscheidbarkeit interpretiert werden.<sup>865</sup> Die Positionsverschiebungen der Akteure drohten die Interessen der Aktivisten und Stammwähler der Partei zu konterkarieren, was Trittin möglicherweise zu verhindern suchte, indem er an einer Nicht-Beteiligung deutscher Truppen an der militärischen Krisenbearbeitung festhielt.<sup>866</sup>

Trotz der unveränderten Position Trittins hatten die Eindrücke der Reise bei Akteuren des linken Flügels das Identitätsmotiv verdrängt, das verantwortlich war für die Beibehaltung der Norm der Gewaltfreiheit zur Bearbeitung der Bosnienkrise. Gleichzeitig setzte sich auf Akteursebene das Handlungsziel der Menschenrechtssicherung als bevorzugte Option zur Bearbeitung des Konflikts mehrheitlich durch. Angesichts einer nunmehr übergreifend einheitlichen Einschätzung der Akteure, dass das Handlungsziel der Menschenrechtssicherung in der Bearbeitung des Konflikts in Bosnien adäquater sei als die Norm der Gewaltfreiheit, konnte der

---

<sup>861</sup> Trittin fordert UN-Mandat für Bosnien-Einsatz.

<sup>862</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>863</sup> Zitiert nach: Gaus 1996b.

<sup>864</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>865</sup> Vgl. Gaus 1996b.

<sup>866</sup> Zu Trittins generellen Handlungsmotiven als politischer Akteur siehe: Raschke 2001: 395-399.

zuvor vorhandene Konflikt zwischen Fraktion und Parteiführung entscheidend aufgeweicht werden. Im Gegenzug stellte sich für die Akteure das Problem, dass Aktivisten und Stammwähler bei dieser flügelübergreifenden Positionierung zugunsten militärisch gestützter Konfliktbearbeitung „mitgenommen“ werden mussten.<sup>867</sup>

## **9.6 Nachfolge des NATO-Mandates in Bosnien**

Die Präsenz der internationalen Friedenstruppe unter NATO-Führung erwies sich infolge des Dayton-Abkommens als wirksames Mittel, eine politische Austragung des „sich gegenseitig blockierenden Dreinationenkonflikts“ zu sichern und eine Wiederaufnahme von militärischer Gewalt durch die bosnischen Bürgerkriegsparteien zu verhindern.<sup>868</sup> Die Sicherheitslage war jedoch nicht stabil: Die Wahlen brachten einen überwältigenden Sieg für ethnisch-nationalistisch ausgerichtete Parteien Bosniens, so dass politisch kanalisierte gewalttätige Auseinandersetzungen weiterhin möglich erschienen.<sup>869</sup> Zudem hatte das im Dayton-Vertrag festgeschriebene Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen aufgrund von Ressentiments und gegenseitigem Misstrauen nicht umgesetzt werden können. Um die zivile Konfliktbearbeitung weiter zu sichern, beabsichtigte die NATO Ende 1996, ihre militärische Präsenz im Krisengebiet fortzusetzen. Mitte Dezember sollte in diesem Zusammenhang der deutsche Bundestag über einen Beitrag an der Nachfolge des IFOR-Mandats durch so genannte SFOR-Truppen (*Stabilization Force*) der NATO entscheiden. Im Unterschied zur begrenzten Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen der IFOR durch Versorgungs- und Pioniereinheiten standen auf der Basis des Regierungsantrags nunmehr auch der Einsatz deutscher Truppen mit Kampfpotential zur Disposition.<sup>870</sup>

Die Akteure von Bündnis 90/Die Grünen befanden sich in einer ähnlichen Entscheidungssituation wie im Vorjahr, da wiederum ein Parteitag unmittelbar vor der Bundestagsabstimmung zur Beteiligung an der militärischen Absicherung des bosnischen Friedensprozesses stattfand. Auf einem sogenannten „Strömungstreffen“ im Oktober wurde von

---

<sup>867</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>868</sup> So die Darstellung des damaligen Deutschen Botschafters in Bosnien-Herzegowinas, Johannes Preisinger (vgl. Preisinger 1997).

<sup>869</sup> Haftendorn 2001: 413.

<sup>870</sup> Vgl. Baumann 2001: 171.

den Akteuren keine tragfähige und einheitliche Position erreicht.<sup>871</sup> So schien es, als würde das Handeln der Akteure und insbesondere das Abstimmungsverhalten der bündnisgrünen Fraktion eine Frage von „Mehrheiten und Minderheiten in einer Partei“ werden.<sup>872</sup>

In der Fraktion kam es – offenbar auf Initiative Angelika Beers<sup>873</sup> – Mitte November zu einer Übereinkunft, die vorsah, die IFOR-Truppe der Nato in einem Nachfolgemandat durch Einheiten unter der Führung der Vereinten Nationen zu ersetzen. Beer und Volmer führten dazu aus, dass die Aufstellung solcher Truppen und die Erteilung eines Mandats durch den UN-Sicherheitsrat nicht mehr rechtzeitig vor Ablauf der IFOR-Mission zu erreichen sei und es aus diesem Grund für eine Übergangszeit von fünf Monaten ein Folgemandat für die NATO geben müsse. Die Bundeswehr könne unter Beibehaltung ihrer bisherigen Kompetenzen „in reduziertem Rahmen“ an einem Einsatz der NATO teilnehmen.<sup>874</sup>

Während des Parteitags Ende November in Suhl blieb eine Debatte um die außen- und sicherheitspolitische Position in der Frage der IFOR-Nachfolge weitgehend aus. Dies war vor allem auf das Bemühen des Parteivorstandes zurückzuführen, eine ähnliche Diskussion wie auf dem Bremer Parteitag ein Jahr zuvor zu vermeiden.<sup>875</sup> Unterstützt durch die verkehrstechnisch bedingte Verspätung von Teilen der Delegierten wurde ein Antrag zur Aufnahme einer Bosnien-Debatte abgewiesen und so verhindert, dass gegen eine militärisch gestützte Friedenssicherung mit deutscher Beteiligung weiter mobilisiert wurde.<sup>876</sup> Jürgen Trittin und Frieder Otto Wolf brachten in Suhl einen Antrag ein, der die Notwendigkeit eines friedenssichernden Einsatzes der Vereinten Nationen betonte. Die Ablösung der IFOR-Truppen solle jedoch erfolgen, „ohne dass ein Vakuum entsteht.“ Eine Beteiligung der Bundeswehr wurde nicht erwähnt.<sup>877</sup> Der konkurrierende Antrag, den nahezu die gesamte Führung des Realo-Flügels unterzeichnet hatte, machte vor allem deutlich, dass es auf Dauer keine durchsetzbare Alternative zu einem Nachfolgemandat unter der Führung der NATO gebe. Deutschland müsse zudem „einen

---

<sup>871</sup> Gaus 1996a; Lohse 1996c.

<sup>872</sup> So formulierte es Joschka Fischer in einem Interview (zitiert nach: „Ifor-Truppen müssen noch bleiben“).

<sup>873</sup> Vgl. Höfele 1998: 116.

<sup>874</sup> Vgl. Die Parteilinke rechnet mit Ablehnung; Kompromissvorschlag für Bosnien-Einsatz; Urabstimmung über den Pazifismus.

<sup>875</sup> Vgl. Grünen-Vorstand wünscht keine Bosnien-Debatte auf dem Parteitag.

<sup>876</sup> Vgl. Grünen-Vorstand wünscht keine Bosnien-Debatte auf dem Parteitag.

<sup>877</sup> Trittin /Wolf 1996.

wirksamen Beitrag zur Sicherung und Förderung des Friedens" leisten.<sup>878</sup> In der schließlich verabschiedeten Parteitage resolution wurde gefordert, die IFOR-Truppen durch UN-Einheiten zu ersetzen. Um bis zur Implementierung kein Sicherheitsrisiko entstehen zu lassen, sollte der Bundestag beschließen, die Bundeswehr übergangsweise für an einem notwendigen IFOR-Nachfolgeauftrag zu beteiligen.<sup>879</sup> Der Begriff „Übergang" wurde nicht näher definiert und dokumentierte den Kompromiss zwischen den eingebrachten Anträgen.<sup>880</sup>

Dieser Beschluss stellte die erste Zustimmung eines bündnisgrünen Parteitags zu einer militärischen Friedenssicherung der NATO unter Beteiligung der deutschen Bundeswehr dar. Zugleich wurden verschiedene von im Krisengebiet entstehenden Sicherheitsrisiken anerkannt: Das Agieren der SFOR-Truppe, das für die Partei das Sicherheitsdilemma einer Gewaltspirale fortführte, wurde als weniger gravierend eingestuft als das Sicherheitsdilemma, das durch eine mangelnde militärische Absicherung des Friedensprozesses entstehen würde. Diese sicherheitspolitische Differenzierung des pazifistischen *causal beliefs* einer Eskalationsgefahr durch militärisches Agieren muss als von den Akteuren im Konsens entwickelte Reaktion auf die spezifische Problemsituation in Bosnien interpretiert werden. Die Akzeptanz konkurrierender Sicherheitsdilemmata in Krisengebieten änderte jedoch nichts an der Maximalforderung eines umfassenden Konzepts zur Gestaltung eines Friedens, der mehr als bloße Abwesenheit von militärischer Gewalt verstanden wurde. Das Handlungsziel einer Gestaltung des Friedens entsprach so auch weiterhin dem pazifistischen Konzept eines „positiven“ Friedens.

In der Presse wurde das relativ einheitliche Abstimmungsverhalten des Parteitags als „Beleg der Festigung" gewertet.<sup>881</sup> Die Parteitage position wurde kurz darauf auch vom Bundesvorstand bestätigt, der die Teilnahme deutscher Einheiten an einem Einsatz in Bosnien für einen Übergangszeitraum ebenfalls unterstützte.<sup>882</sup> Die Ablehnung des Parteivorstands unter Jürgen Trittin von einer als Übergangsphase definierten Präsenz der SFOR-Truppen im Krisengebiet war nach der Positionsverschiebung von Akteuren des linken Flügels offenbar nicht mehr zu halten.

---

<sup>878</sup> Unterzeichner des Antrags waren u.a. Joschka Fischer, Krista Sager, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Gerd Poppe und Antje Vollmer (Konsolidierung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina).

<sup>879</sup> Ein Kompromiss zum Bosnien-Einsatz bei den Grünen.

<sup>880</sup> Ein Kompromiss zum Bosnien-Einsatz bei den Grünen.

<sup>881</sup> Lohse 1996d.

<sup>882</sup> Vgl. Zivile Kräfte stärken.

Einige Tage später stimmte der deutsche Bundestag mit großer Mehrheit der Bundeswehrbeteiligung an der fortgesetzten NATO-Operation zur militärischen Absicherung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina zu. Die Parlamentsentscheidung besagte, dass Deutschland nun auch militärische Einsätze unter SFOR-Kommandatur ausführen durfte. Die beschlossene Truppenstärke umfasste 3000 Soldaten, womit Deutschland einen wesentlichen Teil der insgesamt 31000 Mann starken Truppe stellte.<sup>883</sup>

In der bündnisgrünen Fraktion kam es trotz der einheitlichen Position von Fraktionsentwurf, Parteitags- und Vorstandsbeschlusses zu keinem geschlossenen Abstimmungsverhalten. Etwa 30 Mitglieder der Fraktion stimmten gegen den Antrag der Bundesregierung. 16 der 49 bündnisgrünen Abgeordneten enthielten sich der Stimme, Waltraud Schoppe und Vera Lengsfeld hingegen votierten für den Regierungsantrag.<sup>884</sup> Dennoch forderte der von der Fraktion eingebrachte Entschließungsantrag – in inhaltlicher Übereinstimmung mit der Position der Bundesregierung – die Beteiligung der Bundeswehr an einem IFOR-Nachfolgemandat.<sup>885</sup> Die Bundesregierung wurde zugleich aufgefordert, darauf zu drängen, das geplante 18-monatige SFOR-Mandat der NATO durch eine den zivilen Aufbau absichernde, langfristig friedenserhaltende Mission unter UN-Führung zu ersetzen. Der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft müsse das „Hauptaugenmerk“ der internationalen Staatenkoalition gelten. Die Bundesregierung müsse ihre Aktivität „in diesem Sinn erheblich“ stärken, da die NATO „nicht in der Lage“ sei, einen langfristigen zivilen Aufbau Bosniens zu erreichen.<sup>886</sup>

Dass die meisten Abgeordneten dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmten, wurde einerseits mit dem mangelhaften politischen Willen der Bundesregierung begründet, das NATO-Mandat nach einem Übergangszeitraum tatsächlich in eine von den Vereinten Nationen geführte Mission zu überführen.<sup>887</sup> Offensichtlich weigerte sich die Regierung aus Sicht der bündnisgrünen Parlamentarier, Methoden ziviler Konfliktbearbeitung in einer

---

<sup>883</sup> Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung an der von der NATO geplanten Aktion zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien.

<sup>884</sup> Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Bundesregierung Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses in Bosnien (Drucksache 13/6500 und 13/6519).

<sup>885</sup> Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum IFOR-Einsatz.

<sup>886</sup> So äußerte sich Fischer in der Debatte (Fischer 1996).

<sup>887</sup> Volmer 1998a: 524.

Handlungsstrategie für das Krisengebiet zu berücksichtigen. Die Regierung sprach sich Nachtwei zufolge zwar für die „Notwendigkeit des Instruments [ziviler Konfliktbearbeitung]“ aus, widersetzte sich jedoch gleichzeitig seiner praktischen Implementierung.<sup>888</sup> Auch wesentliche Teile der realpolitischen Akteure beabsichtigten offenbar, in der Abstimmung eine ablehnende Haltung gegenüber der Politik der Bundesregierung zu verdeutlichen, obwohl sie inhaltlich von der Notwendigkeit eines dauerhaften Einsatzes der SFOR in Bosnien überzeugt waren. Aus dieser Perspektive lehnte die Fraktion mehrheitlich das „Gesamtkonzept der Bundesregierung“ für die Problembearbeitung des Bosnienkonflikts ab.<sup>889</sup> Aufgrund der Differenzen zwischen bündnisgrüner Fraktion und Bundesregierung hinsichtlich der langfristigen Handlungsstrategien für Bosnien-Herzegowina kam es zur mehrheitlichen Ablehnung einer Beteiligung der Bundeswehr an den Sicherheitsmaßnahmen der NATO.

## **9.7 Zwischenresümee**

Die fortdauernde militärische Krise auf dem Balkan führte bei Bündnis 90/Die Grünen im Zeitraum 1995/1996 zu wesentlichen Verschiebungen der außen- und sicherheitspolitischen Positionen. Im Juni 1995 deuteten sich zunächst inhaltliche Differenzen in der Fraktion bei der Frage einer militärischen Krisenbearbeitung der internationalen Staatenkoalition an. Obwohl etwa die Hälfte der Parlamentarier einen logistischen Beitrag der Bundeswehr in Bosnien befürwortete, legte ein Handlungskonsens eine Unterstützung Deutschlands für humanitäre Hilfe außerhalb des institutionellen Rahmens der Bundeswehr fest.

Ein offener Brief Joschka Fischers nach dem Massaker in Srebrenica war der Auslöser für eine heftige Debatte in der zweiten Hälfte des Jahres 1995 um militärische Konfliktbearbeitung in Krisengebieten. Dabei bildete der „Schock“ des Massakers die Voraussetzung für eine kollektive „Distinktion“ von der Norm der Gewaltfreiheit zugunsten der Zielsetzung einer Menschenrechtssicherung bei der Bearbeitung der Bosnienkrise. Der Widerstand im linken Flügel gegen eine „Diffusion“ der mit der Norm verbundenen institutionellen Identität verhinderte die kollektive Distinktion in der gesamten Partei.

Während sich der Parteitag Ende 1995 deutlich gegen eine Beteiligung der Bundeswehr innerhalb eines IFOR-Mandats der NATO zur militärischen Absicherung des Dayton-Vertrags aussprach, gab es in der Fraktion mehrheitlich eine befürwortende Position. Um in der

---

<sup>888</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>889</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

Bundestagsabstimmung über den deutschen IFOR-Beitrag sowohl die außenpolitische Problembearbeitung als auch eine Interessenvertretung der *Constituency* zu ermöglichen, kam es in der Fraktion zur Anwendung einer sogenannten „Burgfriedenpolitik“: Auf der Basis eines akteursübergreifenden Interesses, die Handlungsfähigkeit der Partei aufrechtzuerhalten, wurde in der Bundestagsabstimmung eine willentliche Stimmenspaltung herbeigeführt.

Um der negativen äußeren Wirkung von parteiinternen Divergenzen entgegenzuwirken, lehnte die Fraktion im Februar 1996 in der Abstimmung eine Bundeswehrbeteiligung zur militärischen Krisenbearbeitung in Ostslawonien mit großer Mehrheit ab. Diese Entscheidung sollte dem Eindruck mangelnder Handlungskompetenz der Partei entgegenwirken und die Intensität der institutionellen Debatten begrenzen.

Entscheidend für eine weitere Positionsverschiebung auf Akteursebene war eine Delegationsreise in das Bürgerkriegsgebiet im Herbst 1996. Auf der Basis persönlicher Eindrücke sprachen sich einzelne Akteure des linken Flügels nunmehr für eine Stabilisierung des Krisengebietes mit militärischen Mitteln aus. Die Sicherung der Menschenrechte wurde nun von der Akteursmehrheit gegenüber der Norm der Gewaltfreiheit als Handlungsoption für die Bearbeitung der Bosnienkrise bevorzugt. Die Positionsverschiebungen der Akteure mussten in der Folge der *Constituency* vermittelt werden.

Nach der Einflussnahme der Akteure der Parteispitze befürworteten die Delegierten des Parteitags in Suhl Ende 1996 zum ersten Mal eine als Übergang definierte militärische Friedenssicherung der NATO unter Beteiligung der deutschen Bundeswehr. Trotz Übereinstimmung der Positionen von Bundesvorstand, Aktivisten und Fraktion votierten die Akteure der grünen Fraktion in der selben Frage sehr heterogen. Die Parlamentarier lehnten die Verlängerung des SFOR-Mandats mehrheitlich ab, um eine negative Bewertung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsstrategie der Bundesregierung in Bosnien vorzunehmen.

## 10 Das Problem der NATO-Osterweiterung 1996/97

### 10.1 Eine Veränderung der europäischen Sicherheitsarchitektur

Die NATO verstärkte seit Beginn der 90er Jahre ihre Bemühungen, sich als Institution der Kooperation und Integration in Europa zu etablieren. Die Gründung des Nordatlantikrats, das Partnerschaftsprogramm für den Frieden mit Staaten der ehemaligen Sowjetunion als auch die Ermöglichung von *Combined Joint Task Forces* mit Einheiten der WEU dokumentierten einen institutionellen Entwicklungsprozess, der die Stärkung eines europäischen Pfeilers innerhalb der NATO und ein gemeinsames Agieren mit mittelosteuropäischen Partnerstaaten zum Ziel hatte.<sup>890</sup> Im Zusammenhang mit diesem graduellen Funktionswandel der NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einem politischen Instrument kollektiver Sicherheit wurde nicht nur die Frage nach Verschiebung von Aktivitätsbereichen virulent, sondern auch Überlegungen angestellt hinsichtlich einer territorialen Erweiterung des Bündnisses und damit neuer Mitgliedschaften.<sup>891</sup> Die Akteure in der NATO erwarteten auf dem Hintergrund der Einbindung Westdeutschlands in der Nachkriegszeit eine erfolgreiche politische, militärische und wirtschaftliche Integration der Staaten Mittel- und Osteuropas in westliche Bündnisstrukturen.<sup>892</sup>

Ein Interessenkonflikt zeichnete sich gegenüber Russland ab, wo man die Erweiterungspolitik der NATO als ambivalente und unberechenbare Interessenpolitik der westlichen Staaten interpretierte.<sup>893</sup> Die Regierung in Moskau favorisierte die OSZE als gesamteuropäische Sicherheitsinstitution. Verteidigungsminister Gratschow sprach sich im Mai 1994 für ein System kollektiver Sicherheit und Stabilität „unter der Ägide“ der OSZE aus.<sup>894</sup> Präsident Jelzin bezeichnete eine NATO-Erweiterung im Herbst 1995 gar als „großen politischen Fehler“, der „in ganz Europa die Flamme des Krieges entfachen“ werde.<sup>895</sup> Der Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien verdeutlichte, dass Russland gewillt war, eigene Sicherheits- und Verteidigungsinteressen unilateral durchzusetzen. So konnte ein Ausschluss

---

<sup>890</sup> Haftendorn 2001: 395f.

<sup>891</sup> Vgl. Varwick/Woyke 2000:145-172.

<sup>892</sup> Vgl. Wallander 2000: 720, 728.

<sup>893</sup> Vgl. Giersch 1998: 269f.

<sup>894</sup> Vgl. Brüsseler Rede des russischen Verteidigungsministers Gratschow vom 25.5.1994.

<sup>895</sup> Zitiert nach: Jelzin: Ost-Erweiterung der Nato wird in ganz Europa die Flamme des Krieges entfachen.



Russlands aus einer erweiterten europäischen Verteidigungsgemeinschaft einer neuen sicherheitspolitischen Spaltung des Kontinents Vorschub leisten.<sup>896</sup> Auch durch die nationalistischen Tendenzen in den baltischen Staaten, in Rumänien und der Slowakei schienen Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen zu können, die durch eine übergeordnete, gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur möglicherweise effektiver bearbeitet werden konnten.<sup>897</sup>

In diesem Zusammenhang wurde für die europäischen NATO-Staaten die Frage virulent, ob und wie die NATO tatsächlich eine für die europäische Stabilität entscheidende Einbindung Russlands gewährleisten konnte, da gerade die amerikanische Regierung diesem Aspekt wenig Bedeutung beimaß.<sup>898</sup> Vielmehr beabsichtigte die US-amerikanische Regierung, eine geopolitische Pufferzone zwischen Deutschland und Russland zu bringen.<sup>899</sup> Eine Mitgliedschaft Russlands kam für die NATO-Partner nicht in Frage, da die Unkalkulierbarkeit der russischen Politik zu wenig Stabilität versprach, um die Sicherheit aller Teilnehmerstaaten zu gewährleisten.<sup>900</sup> Aufgrund der militärischen Ressourcen Russlands und seines Besitzes von Massenvernichtungswaffen blieb die Frage der Kooperation mit Russland indes ein essentieller Faktor für die Sicherheit ganz Europas.<sup>901</sup>

Es gab unter den westlichen Regierungen insgesamt nicht die Absicht, die NATO als Sicherheitsinstrument in Europa durch die OSZE zu ersetzen.<sup>902</sup> Eine erfolgreiche Einbindung osteuropäischer Staaten in OSZE-Strukturen wurde in der NATO zwar als zusätzliches politisches Instrument der operativen Krisenbearbeitung erachtet.<sup>903</sup> Die sicherheitspolitische Effektivität der OSZE besaß jedoch Grenzen, vor allem weil es an plausiblen und konsequenten

---

<sup>896</sup> Vgl. Kupchan 2001: 28f.; Krause 1996: 91. Zu Perzeptionen russischer Politiker bezüglich einer Osterweiterung der NATO siehe: Fahrner 1997: 107-136, vor allem 109f.

<sup>897</sup> Vgl. Giersch 1998: 269.

<sup>898</sup> Vgl. Crawford 2001: 57; Kupchan 2001: 134.

<sup>899</sup> Vgl. Krause 1996: 91; Livingston 1997: 56.

<sup>900</sup> Vgl. Crawford 2001: 56.

<sup>901</sup> Vgl. Kaiser 1996: 39.

<sup>902</sup> Link 1999b: 13.

<sup>903</sup> Vgl. Siedschlag 1996: 175.

Mechanismen zur Durchsetzung ihrer Prinzipien mangelte<sup>904</sup> und ihre Handlungsfähigkeit durch die große Mitgliederzahl eingeschränkt wurde.<sup>905</sup>

Für Deutschland bedeutete die NATO-Osterweiterung eine wesentliche Verbesserung seiner geostrategischen Position. Zunächst würde der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages im Falle eines Angriffs nicht mehr an der deutschen Ostgrenze ausgelöst werden.<sup>906</sup> Zudem hatte die Bundesrepublik aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ein Interesse an einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung der mittelosteuropäischen Staaten.<sup>907</sup> Eine stärkere Westanbindung im Zuge einer NATO-Mitgliedschaft Polens, Tschechiens und Ungarns versprach höhere Stabilität, so dass man dem Ziel einer gesamteuropäischen Sicherheit nachkommen konnte, die auch politische und wirtschaftliche Aspekte umfasste.<sup>908</sup>

Verteidigungsminister Rühle nahm bereits 1993 als einer der ersten westlichen Politiker das Thema der NATO-Osterweiterung auf.<sup>909</sup> Im August 1995 plädierte er für eine rasche Aufnahme der Visegrád-Staaten Tschechien, Polen sowie Ungarn und versuchte, die Bündniserweiterung innenpolitisch zu forcieren.<sup>910</sup> Bundeskanzler Kohl und Außenminister Kinkel vertraten zunächst einen zurückhaltenderen Kurs<sup>911</sup>, so dass die Regierung insgesamt in der Frage lange kein klares Profil entwickelte.<sup>912</sup> Mit der inhaltlichen Positionsverschiebung der SPD im Lauf des Jahres 1996 kam in der parlamentarischen Opposition eine entscheidende Unterstützung für die NATO-Erweiterung zustande.<sup>913</sup> In der Folge konnte die Bundesregierung innerhalb der NATO nunmehr aktiv für eine Erweiterung eintreten.

---

<sup>904</sup> Kühnhardt 1996: 13.

<sup>905</sup> Krause 1996: 93.

<sup>906</sup> Haftendorn 2001: 401.

<sup>907</sup> Vgl. Broer 1997: 325.

<sup>908</sup> Vgl. Wallander 2000: 720.

<sup>909</sup> Vgl. Haftendorn 2001: 401.

<sup>910</sup> Vgl. „Es gibt da schon Unterschiede“. Rühle sieht die Balten beim Eintritt zur Nato im zweiten Glied.

<sup>911</sup> Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa. Schriftlicher Beitrag von Klaus Kinkel.

<sup>912</sup> Vgl. Hacke 1997: 242.

<sup>913</sup> Vgl. Gespräche über Außen- und Sicherheitspolitik; vgl. Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu Osterweiterung der NATO und Abrüstung.

Trotz der Bekundungen auch in der deutschen Regierung, eine „Stärkung dieser wichtigen gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation“ herbeizuführen<sup>914</sup>, gab es wohl keine substantiellen Überlegungen zur Ausweitung der OSZE-Funktionen zur politischen Integration, wirtschaftlichen Kooperation, oder gar zur Erfüllung operativer militärischer und sicherheitsrelevanter Aufgaben.<sup>915</sup> Der zügige Fortgang von Verhandlungen zum Beitritt zur NATO war indes im Interesse Deutschlands als auch der übrigen NATO-Mitgliedstaaten, da die Kandidaten angesichts einer zu langen Wartefrist ihre sicherheitspolitische Orientierung ändern konnten, was eine politische Destabilisierung Mittelosteuropas zur Folge hätte.<sup>916</sup> Parallel zu den Annäherungen an die Beitrittskandidaten vereinbarten NATO und russische Regierung offizielle Verhandlungen über die Ausgestaltung einer Sicherheitspartnerschaft. Im Mai 1997 kam es zum Abschluss einer Grundakte, die stark deklaratorischen Charakter besaß, u.a. jedoch die Schaffung eines NATO-Russland-Rates und die Orientierung der Zusammenarbeit an UN-Charta und zentralen OSZE-Dokumenten vorsah.<sup>917</sup>

## **10.2 Bündnisgrüne Positionen zu NATO und OSZE**

Im Hinblick auf Effektivität und Legitimität europäischer Sicherheitsinstitutionen bestand bei Bündnis 90/Die Grünen ein programmatischer Fokus auf die OSZE. Die Fraktion bestätigte die Zielsetzung der Partei im April 1996 als ein

„sicherheitspolitisches Leitbild..., das die OSZE zu einem entscheidenden Faktor einer gesamteuropäischen und transatlantischen Sicherheitspolitik erklärt“.<sup>918</sup>

Dieses sicherheitspolitische Fernziel entsprach den in vorangegangenen Jahren kontinuierlich vertretenen programmatischen Positionen. Im Programm zur Bundestagswahl 1990 hieß es, die damals noch existierende KSZE<sup>919</sup> sei der geeignete Ort zur Ausgestaltung einer neuen

---

<sup>914</sup> Partner im Wandel. Deutsche Außenpolitik und die GUS-Staaten. Beitrag von Klaus Kinkel.

<sup>915</sup> Peters 1999: 215f.

<sup>916</sup> Vgl. Krause 1996: 92.

<sup>917</sup> Für eine ausführliche Beschreibung des Verhandlungsprozesses siehe Kamp 1997: 315-324.

<sup>918</sup> Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Aufgaben und Entwicklungsperspektiven der OSZE.

<sup>919</sup> Auf dem Budapester Gipfeltreffen im Dezember 1994 wurde die KSZE offiziell in die OSZE umbenannt.

Friedensordnung innerhalb eines „gemeinsamen europäischen Hauses“.<sup>920</sup> Die Wahlprogrammatik im Jahr 1994 besagte, die KSZE müsse zum „zentralen Forum“ europäischer Außen- und Sicherheitspolitik gemacht werden und gemeinsam mit der EU als „Kern gesamteuropäischer Integration“ politisch stärker aufeinander bezogen werden.<sup>921</sup> Diese Positionen entsprachen dem *causal belief* einer pazifistischen Sicherheitskonzeption, die eine Verhinderung von Sicherheitsdilemmata vorsah, welche durch einen Ausschluss einzelner Staaten aus einer exklusiven und auf nationaler Interessenverfolgung basierenden Sicherheitsinstitution entstehen konnten.<sup>922</sup> Die bündnisgrüne Programmatik betonte demgegenüber die Funktion einer über 50 Nationalstaaten übergreifenden Institution, die Sicherheit nicht durch militärische Verteidigung und Abschreckung, sondern – so bestätigte eine Große Anfrage der bündnisgrünen Fraktion vom April 1996 – durch „Entfaltung einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen, finanzpolitischen und ökologischen Kooperation“ herstellen sollte.<sup>923</sup>

Die NATO war als Sicherheitsinstitution in der Partei seit jeher äußerst kritisch eingeschätzt worden.<sup>924</sup> Nach der Bundestagswahl 1994 begann jedoch der Begriff der „Transformation“ an die Stelle der früheren Forderung nach „Auflösung“ der NATO zu stehen. Vor allem die Akteure des realpolitischen Flügels wollten die NATO als „bewaffneten Arm“ der OSZE installieren, um im Falle eines Versagens von konfliktpräventiven Maßnahmen eine „militärische Reserve“ verfügbar zu haben. Dieses Modell, das offenbar vor allem Joschka Fischer und Helmut Lippelt vertraten, ersetzte auf der Akteursebene die Position einer vollständigen Übernahme der NATO durch gestärkte OSZE-Strukturen.<sup>925</sup> In der offiziellen Programmatik wurde indes weiter das Fernziel einer Stärkung von OSZE-Strukturen betont. Auf der Basis dieser sicherheitspolitischen Schwerpunktsetzung konnten die Akteure nicht adäquat auf das Problem der NATO-Erweiterung reagieren: Die bislang bevorzugte sicherheitspolitische Handlungsoption musste auf ein neues

---

<sup>920</sup> Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990: 21

<sup>921</sup> Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 55; vgl. auch: Lieber Europa erweitern als Demokratie beschränken. Programm zur Europawahl 1994: 32.

<sup>922</sup> Vgl. Czempiel 1997: 41f.

<sup>923</sup> Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Aufgaben und Entwicklungsperspektiven der OSZE.

<sup>924</sup> Zur Entwicklung der Parteiprogrammatik gegenüber der NATO siehe auch Kapitel „Das Superwahljahr 1994“ in dieser Arbeit.

<sup>925</sup> Volmer 1998a: 533.

Handlungsproblem angewendet werden. Im Kontrast zu dem in der gesamten Partei geteilten sicherheitspolitischen Fernziel einer Stärkung der OSZE zeigten sich in der Bewertung des konkreten Problems der NATO-Osterweiterung vor allem in der Fraktion starke Divergenzen.<sup>926</sup> Die Gegner der Ost-Erweiterung in der Fraktion, die dem linken Flügel zuzurechnen waren, unterstützten keine funktionale und territoriale Ausweitung der NATO, deren mittelfristige Auflösung sie ja gerade anstrebten.<sup>927</sup> Das westliche Staatenbündnis begründe eine Erweiterung mit den militärischen Potentialen Russlands, vor denen es Schutz zu suchen gelte. Gleichzeitig nehme man jedoch die „Sorgen“ Russlands nicht ernst, dass durch die Erweiterung die militärischen Potentiale der NATO geographisch näher kämen.<sup>928</sup> Ludger Volmer bestätigte anlässlich der NATO-Frühjahrstagung 1996 in Berlin das legitime Interesse der mittel- und osteuropäischen Staaten an einer Westintegration. Das „Selbsterhaltungsinteresse“ der NATO sei jedoch ein wesentliches Hindernis für die Verwirklichung gesamteuropäischer Sicherheitsinteressen, welche auch von der Bundesregierung „nur marginal abgehandelt“ würden. Durch die Erweiterung der NATO werde „Instabilität an die polnische Ostgrenze exportiert“.<sup>929</sup> Parteisprecher Jürgen Trittin kritisierte zur gleichen Zeit, dass Russland durch eine Erweiterung des Militärbündnisses isoliert werden könne und so die Grundlage einer „neuen Blockkonfrontation“ geschaffen werde.<sup>930</sup>

Die Akteure des linken Parteiflügels versuchten, eine Positionsveränderung der Partei gegenüber der NATO im Zuge der Bearbeitung des Problems einer Erweiterung des Militärbündnisses zu „bremsen“.<sup>931</sup> Ein Antrag der Fraktionslinken, der im Mai 1996 von Ludger Volmer und Winfried Nachtwei eingebracht wurde, bestätigte die Ablehnung der NATO-Osterweiterung. Der Antrag sollte von Länderrat und Fraktion beschlossen werden, um so vor allem die Fraktion für zukünftige Entscheidungssituationen zu einer klaren und ablehnenden Positionierung zu bewegen.<sup>932</sup> Die Fraktion wandte sich jedoch mit 27 zu 16 Stimmen gegen den Antrag und

---

<sup>926</sup> Franz 1996; vgl. Schlötzer-Scotland 1996a.

<sup>927</sup> So argumentierte beispielsweise Kerstin Müller in einem Interview (vgl. Streit bei den Grünen um die Außenpolitik).

<sup>928</sup> So zitiert Lohse Akteure des linken Flügels in der Fraktion (Lohse 1996a); vgl. auch: Volmer 1998a: 540.

<sup>929</sup> Volmer 1996a.

<sup>930</sup> Vgl. Trittin 1996.

<sup>931</sup> Lohse 1996b.

<sup>932</sup> Vgl. Ärger mit Fischers Reiselust.

beschloss, „sich zu diesem Thema derzeit nicht festzulegen“.<sup>933</sup> Schmillen bestätigte, dass eine Mehrheit in der Fraktion für die Erweiterung des Bündnisses vorhanden war. Die Akteure in der Fraktion glaubten jedoch insgesamt, dass man keine so wesentliche „sicherheitspolitische Richtungsänderung“ vornehmen könne, ohne der Partei die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Aufgrund der mangelnden „Absicherung“ einer Positionsverschiebung wurden also in der Fraktion keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse herbeigeführt.<sup>934</sup>

Die mittelfristige Handlungsstrategie der Akteure des realpolitischen Flügels bestand darin, dem potentiellen Regierungspartner SPD zu verdeutlichen, dass die Partei nach der Bundestagswahl 1998 die internationalen sicherheitspolitischen Handlungsspielräume nicht zu verlassen gedachte. Um also den „außenpolitischen Unvereinbarkeitsmakel“<sup>935</sup> von der Partei zu nehmen, war nicht nur eine Zusage zum Fortbestand, sondern auch eine national und international tragbare Position zur Osterweiterung der NATO erforderlich. Das Ergebnis der Abstimmung in der Fraktion konnte derweil dennoch als „Sieg der Realpolitiker“<sup>936</sup> gewertet werden: Um eine veränderte Position gegenüber der NATO in der Partei insgesamt herbeizuführen, mussten die Akteure des realpolitischen Flügels nur „abwarten“, bis die NATO eine – aller Voraussicht nach positive – Entscheidung zur Aufnahme neuer Mitgliedstaaten getroffen haben würde und es „albern“ sein würde, eine ablehnende Position zur NATO-Erweiterung aufrecht zu erhalten.<sup>937</sup> Angesichts des eingeschlagenen Erweiterungsprozesses der NATO war also eine Veränderung der sicherheitspolitischen Programmatik der Partei zu erwarten.

### **10.3 Reaktionen auf Antje Vollmers Beitrag**

Heftige Kritik löste in der Partei ein Beitrag der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer aus, der im Februar 1997 in einer Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher erschien. Darin sprach sich Frau Vollmer für einen raschen Beitritt der osteuropäischen Nachbarn Deutschlands zur NATO aus.<sup>938</sup> Eine Erweiterung des Bündnisses müsse mit einer

---

<sup>933</sup> Grüne schließen Nato-Erweiterung nicht aus. Verbunden wurde die Ablehnung mit der Bekundung, eine Anhörung mit Vertretern vermutlicher Beitrittskandidaten zu veranstalten (vgl. Grünen wollen Streit vermeiden).

<sup>934</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>935</sup> Lohse 1996b.

<sup>936</sup> Lohse 1996a.

<sup>937</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>938</sup> Vollmer 1997.

„Entspannungspolitik“ einhergehen, u.a. durch einen „völkerrechtlich verbindlichen Vertrag“, der die Beziehung einer reformierten NATO zu Russland regeln würde. Im Hinblick auf eine „zukunftsgerichtete Verständigung“ in Europa könne man von der Entspannungspolitik Willy Brandts und Hans-Dietrich Genschers lernen.<sup>939</sup> Frau Vollmer bestätigte im Interview, dass sie bei der Veröffentlichung ihres Beitrags den Zeitpunkt gekommen sah, „öffentlich zu diskutieren“, um die Partei so auf eine potentielle Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 1998 „vorzubereiten“.<sup>940</sup> Offensichtlich erachtete sie die programmatische Position der Partei als nicht ausreichend, um nach der Wahl erfolgreich eine Regierungskoalition auf Bundesebene eingehen zu können. Frau Vollmers Ziel bestand demnach darin, eine Diskussion zu initiieren, die die sicherheitspolitische Programmatik der Partei stärker an Positionen der Volksparteien und der politischen Mitte orientieren würde.

Die von Frau Vollmer positiv bewertete NATO-Erweiterung rief in der Parteilinken erwartungsgemäß negative Reaktionen hervor. Ludger Volmer sprach – obwohl er zuvor ebenfalls für einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zwischen NATO und Russland plädiert hatte<sup>941</sup> – von einer „Beleidigung“ derjenigen, „die in der Friedensbewegung gegen den Nato-Nachrüstungsbeschluss gekämpft“ hätten.<sup>942</sup> Volmers Kritik erklärt sich dadurch, dass er eine Diskussion um die NATO-Osterweiterung „nach innen“ vermitteln musste.<sup>943</sup> Auch Gerd Poppe, Waltraud Schoppe und Helmut Lippelt kritisierten die Position Vollmers als eine „Glorifizierung“ der Politik Brandts und Genschers. Vollmer beschränke ihre Forderungen auf die Ebene des Staates, wichtig sei vielmehr eine „Entspannungspolitik auf gesellschaftlicher Ebene“. Mit der Schaffung neuer politisch-militärischer Strukturen im Zuge der NATO-Erweiterung werde lediglich die „Illusion der Entspannungspolitik“ bewirkt und wirksamen Reformen aus dem Weg gegangen.

---

<sup>939</sup> Ähnliche Argumente brachte Frau Vollmer bereits in einer Veröffentlichung von 1995 zum Ausdruck (Vollmer 1995: 129f.).

<sup>940</sup> Interview mit Vollmer, 19.3.02.

<sup>941</sup> Volmer 1996b.

<sup>942</sup> Volmer gegen Vollmer in Sachen Nato.

<sup>943</sup> Interview mit Vollmer, 19.3.02.

„Die Grundmessage Deines Artikels scheint zu sein: Bündnis 90/Die Grünen sind auf der Ebene der hohen Staatskunst angekommen. Der Preis der Unterscheidbarkeit christdemokratischer, sozialdemokratischer und bündnisgrüner Positionen scheint uns aber zu hoch zu sein.“<sup>944</sup>

Die Kritik von Poppe, Schoppe und Lippelt an Antje Vollmer ist insofern überraschend, da der realpolitische Flügel der Fraktion im gleichen Zeitraum einen Antrag einbrachte, in dem die dauerhafte Existenz der NATO als Sicherheitsinstitution akzeptiert und auf dieser Basis sicherheitspolitische Weiterentwicklungen gefordert wurden. In dem Antrag heißt es, bei den Beitrittskandidaten müsse der Eindruck unterschiedlicher „Sicherheitsstufen“ verhindert werden, wozu es eines „die NATO-Erweiterung begleitenden, alle Staaten gleichermaßen einbeziehenden Vertragssystems“ bedürfe.<sup>945</sup> Die Kritik an Frau Vollmer, die „Ebene der hohen Staatskunst“ anzustreben, widersprach sogar den Handlungszielen in der Führung des realpolitischen Flügels um Joschka Fischer. Dort versuchte man Positionen zu vermeiden, die in der Öffentlichkeit und gegenüber einem potentiellen Regierungspartner den Eindruck mangelnder Vertrauenswürdigkeit entstehen lassen konnten. Poppe bestätigte indes im Interview, dass man in der „grundsätzlichen Frage einer Zustimmung“ zur NATO-Osterweiterung mit Vollmer „einig“ gewesen sei.<sup>946</sup>

Entscheidend für die Reaktionen ist wohl die Einschätzung der Akteure, dass Antje Vollmer ihren Beitrag „nicht zum richtigen Zeitpunkt“ veröffentlicht habe.<sup>947</sup> Vor allem auf die Strategie der realpolitischen Akteure, eine Verschiebung der sicherheitspolitischen Position der Partei so lange hinauszuzögern, bis die NATO die Aufnahme neuer Mitglieder beschlossen haben würde, dürfte Frau Vollmers Vorstoß konterkariert haben. Da Frau Vollmer zudem nicht im Auswärtigen Ausschuss vertreten war, wurde der Vorwurf laut, sie habe „an allen vorbei“ eine Diskussion initiiert.<sup>948</sup> Die Akteure bevorzugten offenbar eine interne Diskussion zur sicherheitspolitischen Position der Partei.<sup>949</sup> Um eine öffentliche Debatte zu verhindern, präsentierten die Akteure, trotz inhaltlicher Übereinstimmungen mit Antje Vollmer, nach außen eine einheitlich ablehnende Position.

---

<sup>944</sup> Vgl. Lippelt /Poppe /Schoppe 1997.

<sup>945</sup> Für oder gegen die Ost-Erweiterung der NATO.

<sup>946</sup> Interview mit Poppe, 18.2.02.

<sup>947</sup> Interview mit Vollmer, 19.3.02.

<sup>948</sup> Interview mit Vollmer, 19.3.02.

<sup>949</sup> Vgl. Gaus 1997a.



## 10.4 Kontinuität der sicherheitspolitischen Positionen

Während einer Sitzung im März 1997 einigte sich die Fraktion in der Frage der NATO-Osterweiterung erneut nicht auf eine gemeinsame Haltung.<sup>950</sup> Mit 26 zu 17 Stimmen entschieden sich die Abgeordneten gegen die Formulierung einer einheitlichen Position.<sup>951</sup> Das Ergebnis war wiederum auf die Weigerung der realpolitischen Fraktionsspitze zurückzuführen, die Fraktion in der Frage der Osterweiterung, wie Fischer in diesem Zusammenhang formulierte, auf ein „abschließendes Nein“ festzulegen.<sup>952</sup> Angelika Beer sagte nach der Fraktionsabstimmung, dass „über Nicht-Befassung eine schleichende Veränderung der Politik der Grünen“ erfolge.<sup>953</sup> Aus Sicht der Parteilinken versuchten die Realpolitiker der Fraktion, auf informellem Weg die institutionellen Handlungsoptionen an traditionelle sicherheitspolitische Positionen anzugleichen und dabei einen „Abkoppelungsprozess der Fraktion von der Partei“ vorzunehmen, wie Volmer beobachtete.<sup>954</sup> So herrschte im linken Flügel – wohl mit Blick auf die Interessen der *Constituency* – die Einschätzung, dass man sich mit einer veränderten Haltung gegenüber der NATO „jeder politischen Handlungsfähigkeit beraube“.<sup>955</sup>

Im Mai 1997 wurde die Grundakte zwischen der NATO und Russland verabschiedet und in ihr gemeinsame Beiträge zur Stärkung der OSZE beschlossen und dieser eine „Schlüsselrolle für Frieden und Stabilität in Europa“ zuerkannt.<sup>956</sup> Die Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens mit der Ukraine und die Einladung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für die mittelosteuropäischen Staaten auf dem für Anfang Juli angesetzten NATO-Gipfel in Madrid war sehr wahrscheinlich. Die Strategie, weiter auf der sicherheitspolitischen Linie der Partei zu „beharren“<sup>957</sup>, wirkte angesichts dieser Entwicklungen

---

<sup>950</sup> Vgl. Grüne verschieben Beschluss über Nato-Osterweiterung.

<sup>951</sup> Vgl. Grünen-Fraktion vertagt Streit über NATO-Osterweiterung.

<sup>952</sup> Zitiert nach: Fischer gegen Nein zur Nato-Osterweiterung.

<sup>953</sup> Zitiert nach: Gaus 1997b.

<sup>954</sup> Zitiert nach: Franz 1997.

<sup>955</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>956</sup> Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation: 234.

<sup>957</sup> Lohse 1997b.

nach außen wie eine politische Geste mit dem symbolischen Ziel, noch einmal „laut und vernehmlich nein gesagt zu haben“, wie es Ludger Volmer im März formulierte.<sup>958</sup>

Mitte Juni 1997 einigte sich die Fraktion schließlich auf einen gemeinsamen Antrag zur NATO-Osterweiterung. In dem von Volmer und Beer ausgearbeiteten Antrag wurde die Erweiterung als „Faktum“ anerkannt, gleichzeitig aber das „Ziel umfassender Sicherheit und Kooperation“ im Rahmen der OSZE beibehalten.<sup>959</sup> Fraktionssprecher Fischer sprach sich in der Sitzung für das Papier aus, kündigte jedoch nach einem Besuch in Polen kurz darauf an, einer Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Ungarn, Tschechien und Polen im Bundestag zuzustimmen.<sup>960</sup> Wie es aus dem „internen Kreis“ der Fraktion hieß, wollten die Akteure beider Flügel angesichts des Fortgangs des Erweiterungsprozesses nunmehr eine Kontroverse beenden, deren Gegenstand in der NATO bereits entschieden war.<sup>961</sup> Fischer sagte dementsprechend in einem Interview nach dem Fraktionsentschluss, man werde die NATO-Osterweiterung „nicht verhindern, wieso als Partei die Bäume hochsteigen?“<sup>962</sup>

In der Bundestagsdebatte zur NATO-Osterweiterung Ende Juni befürwortete die Bundesregierung den Beitrittsprozess der mittelosteuropäischen Staaten als „Stärkung der Sicherheit und Stabilität in Europa“. Die Grundakte der NATO mit Russland und die Partnerschaftscharta mit der Ukraine seien „unerlässliche Bausteine der europäischen Sicherheitsarchitektur“.<sup>963</sup> Die SPD brachte einen Antrag in den Bundestag ein, in dem die NATO-Osterweiterung ebenfalls als „solide und dauerhafte Grundlage für eine demokratische Regierungsform und für die zivile Kontrolle des Militärs“ bezeichnet wurde.<sup>964</sup> Der Antrag der bündnisgrünen Fraktion war entsprechend dem Konsenspapier ein Formelkompromiss und hob vor allem die Bedeutung der OSZE für das Verhältnis der westlichen Staaten gegenüber Russland hervor. Weder im Antrag noch in den Redebeiträgen der Fraktion wurde die Aufnahme

---

<sup>958</sup> Zitiert nach: Streitbare Außenpolitiker.

<sup>959</sup> Erklärung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur NATO-Osterweiterung.

<sup>960</sup> Vgl. Fischer für Ost-Erweiterung der NATO.

<sup>961</sup> Rulff 1997a.

<sup>962</sup> Zitiert nach: Schimmeck 1997.

<sup>963</sup> Rede des Bundesaußenministers Kinkel im Bundestag zur NATO-Osterweiterung.

<sup>964</sup> Zitiert nach: Der Bundestag begrüßt die Ost-Erweiterung der NATO; vgl. auch: Volmer 1998a: 545.

neuer Mitglieder in der NATO begrüßt.<sup>965</sup> Im Antrag hieß es, auch nach einer Erweiterung des Militärbündnisses bleibe

„die ungelöste Frage, wie die NATO die Erwartungen, die sie geweckt hat, einlösen kann, ohne entweder Rußland erneut zu brüskieren oder aber Hoffnungen auf Beitritt zu enttäuschen und damit die Erweiterung zu einer Quelle von Bedrohungs- und Isolierungsängsten in den entsprechenden Ländern zu machen.“<sup>966</sup>

Die NATO wurde demzufolge weiterhin als Instrument einer von den westlichen Staaten betriebenen Politik bezeichnet, die auf Dauer zu keiner wirksamen Sicherheit auf dem europäischen Kontinent führen würde. Diese Position verdeutlichte die Kontinuität einer pazifistischen Sicherheitskonzeption in der Partei, demzufolge durch eine Integration in die OSZE derjenigen osteuropäischen Staaten, die der NATO nicht beitreten würden, Sicherheitsdilemmata verhindert werden sollten.<sup>967</sup> An dem institutionellen Fernziel einer Stärkung von OSZE-Strukturen wurde also auch nach der Entscheidung der NATO zur Aufnahme neuer Mitglieder festgehalten. Fraktionssprecherin Kerstin Müller schloss im Oktober 1997 eine „Umbewertung“ der NATO aus.<sup>968</sup> Im Dezember 1997 bestätigte die Fraktion in einer Kleinen Anfrage das Fernziel einer Stärkung der OSZE.<sup>969</sup>

Die Akteure verpassten den Moment, in dem man die Partei programmatisch hätte neu positionieren können. Neben dem Vorstoß von Antje Vollmer scheiterte eine Initiative von Parteisprecherin Gunda Röstel, den Prozess der Erweiterung der NATO konstruktiv „mitzugestalten“<sup>970</sup>. Auch ein – offenbar ausschließlich interner – Versuch von Ludger Volmer scheiterte.<sup>971</sup> Die Akteure hielten an der bisher vertretenen Programmatik fest. Der Grund für

---

<sup>965</sup> Vgl. Volmer 1997; Lippelt 1997.

<sup>966</sup> Erklärung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur NATO-Osterweiterung.

<sup>967</sup> Erklärung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur NATO-Osterweiterung.

<sup>968</sup> Vgl. Kein Bekenntnis der Grünen zur NATO.

<sup>969</sup> In einer Kleinen Anfrage wurde u.a. nach der Haltung der Bundesregierung zu „konstruktiven und problematischen Auswirkungen... auf die künftige Ausgestaltung der Rolle der OSZE für eine europäische Sicherheitsarchitektur“ erkundigt (Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Reform der NATO und die Osterweiterung der Allianz).

<sup>970</sup> „Nato-Osterweiterung mitgestalten“. Interview mit Gunda Röstel.

<sup>971</sup> Volmer versuchte nach eigener Darstellung, „die emotionale Betrachtung der Institution [der NATO] auf die nüchterne Betrachtung der Funktion zu lenken und dadurch weiterzukommen.“ (Interview mit Volmer, 25.4.02).

dieses Verhalten ist in dem institutionellen Erfahrungsspeicher zu finden, der sich mit der – auch im Laufe der 90er Jahre immer wieder bestätigten – Position gebildet hatte. Die fortdauernde negative Haltung gegenüber der NATO ging mit einer starken Identitätsbindung einher, die zu einer erneuten Bestätigung der sicherheitspolitischen Position motivierte.

Die Fortdauer des kognitiven Schemas führte zu einem irrealen Bild von der tatsächlichen Veränderung des Bündnisses im Laufe der 90er Jahre.<sup>972</sup> Vor allem die Aktivisten der Partei realisierten den Funktionswandel der NATO nicht und behielten ihre „negative emotionale Haltung“ gegenüber dem Bündnis bei.<sup>973</sup> Bei der institutionellen Bearbeitung der Frage der NATO-Osterweiterung hatte folglich die „Breite der Partei“ die Debatte in der Fraktion „nicht mitgemacht“ und an dem „alten Ressentiment“ gegenüber dem Militärbündnis festgehalten.<sup>974</sup>

Die Akteure des linken Flügels waren einerseits bemüht, die „innerparteiliche Kluft zwischen oben und unten“<sup>975</sup> zu schließen und so das außen- und sicherheitspolitische Optionenset an den Interessen der *Constituency* zu orientieren. Wie Poppe mit Blick auf die Frage der NATO-Erweiterung erläuterte, ging es den linken Akteuren darum,

„Kräfte des linken Flügels in der Partei zu bündeln, an bestimmten Kernthesen aufzurichten und dann zu sagen: wir sind die Partei.“<sup>976</sup>

Gleichzeitig hatte die institutionelle Identität auch direkten Einfluss auf die Position der Akteure: Die Akteure maßen der OSZE auch nach dem Erweiterungsbeschluss der NATO eine höhere sicherheitspolitische Bedeutung zu und beabsichtigten dementsprechend, in der Partei „Friedenspolitik von der gegebenen Situation aus“ zu betreiben.<sup>977</sup>

Bei den Akteuren des realpolitischen Flügels war das Identitätsmotiv offensichtlich wesentlich schwächer. Mit Blick auf die Bundestagswahl im folgenden Jahr gedachten die Realpolitiker in der Partei „um die politische Mitte [zu] kämpfen“, wie es Fischer im Juli 1997 formulierte.<sup>978</sup> Obwohl die Fraktion mehrheitlich die Absicht hatte, eine sowohl für SPD als auch Wählerschaft

---

<sup>972</sup> Vgl. Herrmann 1997: 423.

<sup>973</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>974</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>975</sup> Theyssen 1997.

<sup>976</sup> Interview mit Poppe 18.2.02.

<sup>977</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>978</sup> Zitiert nach: Theyssen 1997.

weithin akzeptable Position zu vertreten, stellten die realpolitischen Akteure keine Mehrheitsverhältnisse her. Die Strategie der Realpolitiker, eine Festlegung der Fraktion zu verhindern und durch diese Verzögerung das Handlungsproblem obsolet werden zu lassen, rief die Inflexibilität der sicherheitspolitischen Position der Partei mit hervor.<sup>979</sup>

Wenn die Handlungsfreiheit der Akteure darin besteht, Optionen anzuwenden, die im institutionellen Kontext äußerer Handlungserwartungen möglich sind, wird die Freiheit begrenzt, wenn diese Optionen nicht definiert werden.<sup>980</sup> Die programmatische Positionierung der Akteure im Zuge der NATO-Osterweiterung verdeutlicht eine begrenzte Handlungsfreiheit in diesem Sinne. Die Bearbeitung des Problems der NATO-Osterweiterung führte aufgrund von Identitätsmotiven einerseits und einer Verzögerungsstrategie andererseits nicht zu einer – angesichts der äußeren sicherheitspolitischen Entwicklungen notwendigen – programmatischen Anpassung. Durch die Bevorzugung der OSZE als Sicherheitsinstitution blieben die Handlungsoptionen der Partei mit pazifistischen Sicherheitskonzeptionen verbunden.

## **10.5 Zwischenresümee**

Das Handlungsproblem der konkreten Beitrittsperspektive mitteleuropäischer Staaten zur NATO führte 1996 auf Akteursebene der Partei zu starken Differenzen, die zwischen den Flügeln verliefen und sich vor allem in der Bundestagsfraktion manifestierten. Trotz der mehrheitlichen Befürwortung einer Bündniserweiterung in der Fraktion wurde in dieser Frage keine offizielle Position festgelegt. Die realpolitischen Akteure verfolgten die Strategie, die Frage der NATO-Erweiterung mittels Verzögerung obsolet werden zu lassen. Die Akteure des linken Flügels beabsichtigten demgegenüber, eine sicherheitspolitische Positionsveränderung der Partei gänzlich zu verhindern. Wie die durchgehend negativen Reaktionen auf einen inhaltlichen Vorstoß von Antje Vollmer verdeutlichten, wollten die Akteure gleichzeitig eine öffentliche Debatte zur Frage der Bündniserweiterung verhindern.

Auf der Basis einer pazifistischen Sicherheitskonzeption hatte die Partei programmatisch seit jeher eine Stärkung von OSZE-Strukturen zur Schaffung einer übergreifenden europäischen Sicherheitsarchitektur gefordert. Zugleich war die NATO als Sicherheitsinstitution immer äußerst kritisch in der Partei beurteilt worden. Der mit dieser Position der Partei verbundene Erfahrungsspeicher bewirkte, dass vor allem unter den Aktivisten der Funktionswandel der

---

<sup>979</sup> Ostrom 1999: 49.

<sup>980</sup> Scharpf 1997: 63.

NATO in den 90er Jahren nicht realisiert worden war. So blieb aufgrund von Identitätsmotiven in der *Constituency* sowie bei den Akteuren des linken Flügels 1997 die negative Haltung der Partei gegenüber dem Militärbündnis auch nach dessen Erweiterungsbeschluss erhalten. Die gegenläufigen Interessen einer *Constituency*-Repräsentation sowie Identitätsmotiven einerseits und der Verzögerungsstrategie der realpolitischen Akteure andererseits führten zu einer institutionellen Inflexibilität. Die sicherheitspolitischen Handlungsoptionen der Partei wurden den veränderten äußeren Handlungsbedingungen folglich zu spät angepasst.

# 11 Der Bundestagswahlkampf 1998

## 11.1 Institutionelle Ausgangslage

Wie bereits während des Jahres 1994 mussten sich die Akteure von Bündnis 90/Die Grünen auch im Bundestagswahlkampf 1998 innerhalb eines komplexen Argumentations- und Handlungsfeldes positionieren. Öffentlichkeit, politische Gegner und *Constituency* legten hohe Erwartungen an die Glaubwürdigkeit von Parteiakteuren und den von ihnen vertretenen Positionen.<sup>981</sup> Radikalisiert wurde die Situation durch das bereits Ende 1996 in der Partei strömungsübergreifend bekundete Ziel, nach der Bundestagswahl 1998 eine Regierungsbeteiligung anzustreben.<sup>982</sup> Auch im Laufe des Jahres 1997 wurde diese Zielsetzung immer wieder verdeutlicht.<sup>983</sup> In den Landtagswahlen hatte Bündnis 90/Die Grünen seit 1995 kontinuierliche Zuwächse verzeichnet und in sechs von acht Wahlen zweistellige Ergebnisse erzielt.<sup>984</sup> Die bündnisgrünen Akteure konnten demzufolge für die Bundestagswahlen im Oktober 1998 mit einer weiteren Maximierung der Wählerstimmen rechnen, was – ein gutes Wahlergebnis der SPD vorausgesetzt – eine rot-grüne Regierungskoalition ermöglichen würde. Das institutionelle Handlungsziel einer Regierungsbeteiligung hatte hohe Anforderung an die außen- und sicherheitspolitische Programmatik der Partei zur Folge. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karsten Voigt, hatte bereits Ende 1994 geäußert, Bündnis 90/Die Grünen müssten im Sinne einer „verantwortbaren Koalitionsoption“ zu einer Revidierung ihres außen- und sicherheitspolitischen Programms „gedrängt“ werden. Eine Koalition käme nur in Frage, wenn sich Bündnis 90/Die Grünen „in eindeutiger Weise“ zu den Grundlagen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bekennen würden.<sup>985</sup> Im Sinne einer moderaten Positionierung standen vor allem die sicherheitspolitischen Positionen zur NATO und zum Einsatz der Bundeswehr in internationalen Krisengebieten zur Disposition. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Scharping stellte Ende 1996 hinsichtlich der Bedeutung von NATO, OSZE und europäischer

---

<sup>981</sup> Vgl. das Kapitel „Das Superwahljahr 1994“ in dieser Arbeit.

<sup>982</sup> Lohse 1996b.

<sup>983</sup> vgl. Schimmeck 1997.

<sup>984</sup> Vgl. die Auflistung bei Jung /Roth 1998: 7

<sup>985</sup> Voigt/Bruckmann 1994: 33.

Integration eine Übereinstimmung seiner Partei mit der Position der Bundesregierung fest.<sup>986</sup> Demzufolge erachtete die SPD auch auf der Basis außenpolitischer Positionen eine Regierungskoalition mit der FDP oder CDU für möglich.<sup>987</sup> Bündnis 90/Die Grünen mussten demzufolge ihre Programmatik an denen der Volksparteien orientieren, um die SPD als potentiellen Regierungspartner nicht abzuschrecken.<sup>988</sup>

Eine moderate programmatische Positionierung war auch für die Attraktivität der Partei bei weiteren Elektoratsteilen in der politischen Mitte entscheidend. Die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen bewiesen zwischen 1994 und 1998 einen hohen Grad an „taktischer Flexibilität“. So war zu erwarten, dass sie sich auch bei der Bundestagswahl im Oktober 1998 „situations- und kontextabhängig“ verhalten würden.<sup>989</sup> Eine gemäßigte Programmatik konnte also eine kurzfristige Bindung von Wechselwählern ermöglichen. Da die Stärke der Stammwählerschaft im deutschen Elektorat immer weiter abnahm, konnte der – radikalen außen- und sicherheitspolitischen Positionen zugängliche – Teil der *Constituency* von Bündnis 90/Die Grünen vernachlässigt werden.<sup>990</sup> Gleichzeitig stand durch eine Vernachlässigung der Interessen der *Constituency* die Mobilisierungsfähigkeit der Partei zur Disposition. Angesichts dieser institutionellen Ausgangslage konnte die Partei, wie der Fraktionsvorsitzende Fischer beobachtete, die Bundestagswahl mittels eines außenpolitischen Programms zwar nicht gewinnen, sie aber aufgrund mangelnder Unterstützung durch die Aktivisten verlieren.<sup>991</sup>

## **11.2 Programmentwicklung und Magdeburger Parteitag**

Die Vorlage eines vom Bundesvorstand unter Federführung von Fritjof Schmidt<sup>992</sup> entstandenen ersten Entwurfs des Bundestagswahlprogramms löste im Oktober 1997 eine öffentlich geführte Debatte um die Realisierbarkeit der im Entwurf genannten Positionen aus. Fraktionssprecher Fischer reklamierte, die Partei dürfe keine Forderungen stellen, von denen sie sich im Falle von

---

<sup>986</sup> Vgl. Gespräche über Außen- und Sicherheitspolitik.

<sup>987</sup> Alemann/Heinze/Schmid 1998: 30.

<sup>988</sup> Vgl. Laver 1997: 120f.; Lehmbruch 2000: 49.

<sup>989</sup> Dörner 1998: 165.

<sup>990</sup> Vgl. Wiesendahl 1998a: 14ff.; Niedermayer 1999: 19.

<sup>991</sup> Vgl. Fischer 1997.

<sup>992</sup> Schmidt war Mitglied im Bundesvorstand und hatte bereits 1994 das Europawahlprogramm entscheidend mitgestaltet.



Koalitionsverhandlungen wieder „verabschieden“ müsse.<sup>993</sup> Reinhard Bütikofer, Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, kritisierte, man müsse vor allem hinsichtlich des außenpolitischen Teils darüber nachdenken, „ob nicht ein ganz anderer Entwurf besser wäre.“<sup>994</sup>

Fritz Kuhn, Vorsitzender der Stuttgarter Landtagsfraktion, meinte, ein Programm mit einem „linken Verbalradikalismus“ lasse er sich nicht bieten.<sup>995</sup>

Ludger Volmer hielt dem entgegen, die Bündnisgrünen sollten nicht „weitreichende Utopien in der Zielsetzung“ aufgeben, „nur weil das Nadelöhr“ für eine Realisierung im Falle einer Regierungsbeteiligung „klein“ sei.<sup>996</sup> Die Kritik am Entwurf laufe zudem in Richtung „konservativer Außenpolitikmodelle“.<sup>997</sup> Jürgen Trittin nannte die Behauptung, der Abstand zwischen Programmatik und realer Politik müsse so klein sein wie möglich, „absurd“.<sup>998</sup>

Hinsichtlich der Außenwirkung der Partei waren diese öffentlichen Auseinandersetzungen ein problematischer Start in den Bundestagswahlkampf.<sup>999</sup> Die Akteure führten keine Diskussion um einzelne Positionen, sondern trugen eine grundlegende politische Debatte um Ausrichtung und Stellenwert eines Programms in die Öffentlichkeit, was einer vertrauenswürdigen Präsentation von Partei und Akteuren entgegenlief.

Nach der Vorlage eines Überarbeitungsentwurfs Ende November waren die Akteure entschlossen, einen einheitlichen Eindruck in der Öffentlichkeit zu hinterlassen und „Zeugnis von Mäßigung und politischer Debattenkultur“ abzulegen.<sup>1000</sup> Im außen- und sicherheitspolitischen Teil des zweiten Programmentwurfs hieß es, die Partei trage „militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.“ Friedenspolitik könne „sich nicht hinter Bündniszwängen oder vermeintlichen internationalen Notwendigkeiten verstecken“.<sup>1001</sup> Aussagen zum Einsatz deutscher Truppen in Bosnien wurden nicht gemacht.<sup>1002</sup> Erhalten blieben

---

<sup>993</sup> Die Grünen noch uneinig über ihr Wahlprogramm.

<sup>994</sup> Zitiert nach: „Abstand zwischen Programm und Politik muss nicht klein sein“.

<sup>995</sup> Parteispitze der Grünen für Nachbesserung des Wahlprogramms.

<sup>996</sup> Fischer will Beweis grüner Regierungsfähigkeit.

<sup>997</sup> Trittin verspricht Nachbesserungen am Wahlprogramm der Grünen.

<sup>998</sup> „Abstand zwischen Programm und Politik muss nicht klein sein“.

<sup>999</sup> Vgl. Lohse 1997b; Kasseler Parteitag fordert soziale Grundsicherung.

<sup>1000</sup> Lohse 1998a.

<sup>1001</sup> Außenpolitischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Überarbeitungsentwurf des Wahlprogramms: 12.

<sup>1002</sup> Dedial 1997.

im Programmentwurf Forderungen nach einer Stärkung der OSZE. Hinsichtlich einer europäischen Sicherheit hieß es, diese könne es „nur mit Russland und nicht gegen Russland“ geben. Angesichts großer Möglichkeiten zur Kooperation in Europa sei ein „gemeinsames Sicherheitssystem“ wie die OSZE gegenüber einer NATO-Erweiterung vorrangig zu behandeln. Eine langfristig angelegte antimilitaristische Strategie der Partei ziele darauf ab, die NATO als Friedens- und Sicherheitsorganisation „abzulösen“.<sup>1003</sup>

Während des Erfurter Länderrats im Januar kamen die außen- und sicherheitspolitischen Positionen nur am Rande zur Sprache. So blieb bei der Verabschiedung des zweiten Programmentwurfs durch die Vertreter der bündnisgrünen Landesverbände offen, ob die grundsätzliche Absage an Militäreinsätze zur Friedenserzwingung bis zum Parteitag in Magdeburg, wo das Wahlprogramm entgültig verabschiedet werden sollte, modifiziert werden würde. Fischer griff in Erfurt nicht in die Debatte ein<sup>1004</sup>, sagte aber hinsichtlich der Möglichkeit von Bundeswehreinsätzen, für den „konkreten Einzelfall Bosnien“ müsse die Partei bei einer Regierungsbeteiligung „reagieren“.<sup>1005</sup> Der baden-württembergische Landesverband regte in Erfurt an, die Beteiligung der Bundeswehr an einem weiteren Einsatz in Bosnien als „ein[en] schwierige[n] und immer wieder neu zu entscheidende[n] Grenzfall“ zu bezeichnen.<sup>1006</sup> Diese Formulierung sollte erlauben, das künftige Agieren der Bundeswehr in Bosnien in jeder konkreten Handlungssituation von bündnisgrünen Akteuren neu bewerten zu lassen.<sup>1007</sup> So konnte einerseits die Arbeit der Bundestagsfraktion erleichtert und gleichzeitig der SPD signalisiert werden, dass das parlamentarische Handeln von Bündnis 90/Die Grünen in der Frage der Bundeswehreinsätze künftig nicht an institutionelle Ratifizierungsprozesse gebunden sein würde. Um eine eskalierende Diskussion auf dem Magdeburger Parteitag hinsichtlich der ungeklärten Position zu Auslandseinsätzen zu vermeiden, kamen nach dem Erfurter Länderrat Fischer, Trittin und Bütikofer zusammen.<sup>1008</sup> Sie einigten sich auf einen Änderungsantrag für den Parteitag, in dem der Einsatz der SFOR in Bosnien gewürdigt wurde, die Ablehnung von militärischer Friedenserzwingung aber weiterhin festgeschrieben blieb. Ein friedenserhaltender

---

<sup>1003</sup> Entwurf Bundestagswahlprogramm des Bundesvorstandes: Grün ist der Wechsel: 80; vgl. Gaus 1997c.

<sup>1004</sup> Vgl. Ablösen statt auslösen. Verändertes Wahlprogramm verabschiedet.

<sup>1005</sup> Vgl. Unveränderte Positionen.

<sup>1006</sup> Antrag P73-2 des Landesvorstandes Baden-Württemberg.

<sup>1007</sup> Vgl. Ablösen statt auflösen. Verändertes Wahlprogramm verabschiedet.

<sup>1008</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02; vgl. Lohse 1998b.

Einsatz der Bundeswehr im Ausland müsse „konkret durch den Bundestag entschieden werden.“<sup>1009</sup> Ein inhaltlicher Kompromiss schien also gefunden, der für die Verabschiedung des Programms auf dem Parteitag und für die anstehenden Entscheidungen im Bundestag handlungsleitend sein sollte.<sup>1010</sup>

Auf dem Magdeburger Parteitag Anfang März bestand der entscheidendste Beschluss darin, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen Einstieg in die ökologisch-soziale Steuerreform zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke sollte der Benzinpreis langfristig auf fünf DM pro Liter angehoben werden.<sup>1011</sup> Auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet enthielt das Wahlprogramm die Forderung,

„...Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen. Sie muss auch die NATO ablösen und bietet die Voraussetzung für umfassende Abrüstung und die Entmachtung des militärisch-industriellen Komplexes in allen Staaten.“<sup>1012</sup>

Die in dieser Passage verwendeten Begriffe „auflösen“ von nationalen Militärstrukturen sowie „ablösen“ der NATO stellten einen sprachlichen Kunstgriff dar. Es gelang auf diese Weise, interne differierende Strömungen und Haltungen zur NATO und darüber hinaus die *Constituency* in einem Formelkompromiss zu integrieren. Die Problematik um das mittelfristige Existenzrecht der NATO blieb somit – wie bereits im Wahlprogramm 1994 – offen.<sup>1013</sup>

Eine radikale Kürzung erfuhr die auf der Sitzung der Parteispitze kurz zuvor geplante Passage zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Übrig blieb lediglich die Formulierung, dass man solche ablehne.<sup>1014</sup> Das von Bütikofer initiierte Kompromisspapier, das den Einsatz der Bundeswehr als einzeln zu bewertenden Handlungsfall fasste und der Fraktion bei der Entscheidung über die Verlängerung des SFOR-Einsatzes freie Hand geben sollte, wurde von den Delegierten mit 275 zu 274 Stimmen abgelehnt.<sup>1015</sup> Niemand in der Parteispitze hatte mit diesem

---

<sup>1009</sup> Vgl. Antrag P73-2 neu des Bundesvorstandes.

<sup>1010</sup> Vgl. Grüne über Bosnieneinsatz einig.

<sup>1011</sup> Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998: 17.

<sup>1012</sup> Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998: 143.

<sup>1013</sup> Vgl. dazu: Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994: 55.

<sup>1014</sup> Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998: 148.

<sup>1015</sup> Protokoll der 10. Ordentlichen Bundesversammlung in Magdeburg: 41.

Abstimmungsergebnis gerechnet.<sup>1016</sup> Die Erklärungen für das überraschende Scheitern des Antrags sind vielfältig. Einerseits herrschte unter den Delegierten offensichtlich die Einschätzung, dass ihnen hinsichtlich des Wahlprogramms schon zu viele inhaltliche Kompromisse „abgefordert“ worden waren.<sup>1017</sup> So interpretierten die Delegierten den Antrag hinsichtlich eines Einsatzes in Bosnien als „generelle Öffnungsklausel für Militäreinsätze“.<sup>1018</sup> Zudem hatte sich ein wesentlicher Teil der Delegierten der Veranstaltung bereits entfernt, da man sich auf ein „Durchkommen“ des Kompromisspapiers verließ.<sup>1019</sup> Entscheidend für das Scheitern des Antrags ist jedoch ein Einschätzungsfehler in der Parteiführung: Bütikofer bestand darauf, den von ihm initiierten Antrag den Delegierten selbst zu präsentieren, dem Fischer nicht widersprach. Daraufhin weigerte sich Trittin, als Repräsentant des linken Flügels für die Unterstützung des Kompromisspapiers zu werben.<sup>1020</sup> Schließlich sprach Fritjof Schmidt für die Parteilinke.<sup>1021</sup> Offensichtlich votierte aufgrund mangelnder Wirkungskraft von Schmidts Rede die Mehrheit der anwesenden Delegierten gegen den Antrag. Sowohl Fischer als auch Trittin hatten das Risiko der Abstimmung unterschätzt.<sup>1022</sup> Sie stimmten für den eigenen Antrag, setzten sich aber nicht stark genug für ihn ein.<sup>1023</sup> Die öffentliche Wirkung der Beschlüsse von Magdeburg war enorm.<sup>1024</sup> In der Presse hieß es, die Entscheidungen zu NATO und SFOR-Einsatz seien „verheerend, weil sie ein tiefsitzendes

---

<sup>1016</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02; Interview mit Buntenbach, 28.2.02.

<sup>1017</sup> Interview mit Buntenbach, 28.2.02.

<sup>1018</sup> Zitiert nach: Manöverunfall beim Feldgottesdienst.

<sup>1019</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>1020</sup> Dies war Schmillen zufolge nicht inhaltlich begründet, sondern ausschließlich eine Reaktion auf den Umstand, dass nicht Fischer, sondern Bütikofer den Antrag präsentierte (Interview mit Schmillen, 15.3.02).

<sup>1021</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>1022</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02; Interview mit Buntenbach, 28.2.02.

<sup>1023</sup> Dies wurde von zahlreichen Beobachtern attestiert. Offenbar haben es Fischer und Trittin vorgezogen, „von der letzten Reihe aus“ der Abstimmungsniederlage zuzusehen (Lohse 1998c; Gaus 1998a; Manöverunfall beim Feldgottesdienst). Trittin sagte während des Parteitages in einem Interview: „Sie werden mich nicht weinen sehen, wenn das [Kompromisspapier zum Bosnien-Einsatz] scheitert“ (zitiert nach: Lohse 1998c).

<sup>1024</sup> Wie Schmillen beobachtet, erregte der Beschluss zur Anhebung des Benzinpreises auf letztlich fünf DM in der Frühphase des Parteitags bei den anwesenden Medienvertretern keine große Aufmerksamkeit. Erst nachdem später der Bosnien-Kompromiss scheiterte, änderte sich dies. Offensichtlich war der Bosnien-Beschluss des

Misstrauen gegen die Partei als begründet erscheinen“ ließen.<sup>1025</sup> Josef Joffe bekundete seinen „Arroganzverdacht“ gegenüber den vom „Hochsitz der Moral“ argumentierenden Aktivisten von Bündnis 90/Die Grünen.<sup>1026</sup> Auch in den anderen Parteien nahm man die Beschlüsse von Magdeburg zum Anlass für heftige Kritik. So wurden die Bündnisgrünen von Helmut Kohl als „erhebliches Sicherheitsrisiko für Deutschland“ bezeichnet.<sup>1027</sup> SPD-Kanzlerkandidat Schröder sagte, die Beschlüsse stellten die „Regierungsfähigkeit der Partei im Bund in Frage“.<sup>1028</sup> Joschka Fischer müsse noch „kräftig nacharbeiten“.<sup>1029</sup>

Bei Bündnis 90/Die Grünen selbst gab es unterschiedliche Bewertungen der Parteitagebschlüsse. Christian Ströbele interpretierte die Ergebnisse von Magdeburg als positiv. Die Partei halte „an den Traditionen der Friedensbewegung und der Pazifisten fest“, die Linke habe eine „klare Mehrheit“ in der Partei.<sup>1030</sup> Der Vorsitzende der baden-württembergischen Landtagsfraktion, Kuhn, bekundete indes, einen Entwurf für ein bündnisgrünes Regierungsprogramm formulieren zu wollen, um vor allem die Beschlüsse zu Benzinpreis und Bundeswehreinsätzen zu korrigieren.<sup>1031</sup>

Die Entscheidungen von Magdeburg waren für den Wahlkampf der Partei äußerst kontraproduktiv, da mit Blick auf Stimmenmaximierung und mögliche Regierungsbeteiligung entscheidend war, radikale Positionen zu vermeiden. Die führenden Akteure setzten sich – wie die Abstimmung um das Bosnien-Kompromiss-Papier zeigt – nicht stark genug für die komplexe Vermittlungsaufgabe zwischen Elektorat, potentielltem Regierungspartner und *Constituency* ein.<sup>1032</sup> Letztlich wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Akteuren auch nach dem Parteitag offen ausgetragen, ungeachtet der Außenwirkung der Partei. So gelang es nicht, die

---

Parteitags der Wendepunkt in der Bewertung der „Realitätsnähe“ der Beschlüsse (Interview mit Schmillen, 15.3.02).

<sup>1025</sup> Gaus 1998c.

<sup>1026</sup> Joffe 1998.

<sup>1027</sup> Zitiert nach: Auch aus der SPD Kritik an Grünen-Parteitagebschlüssen.

<sup>1028</sup> Zitiert nach: Bannas 1998a.

<sup>1029</sup> Zitiert nach: Auch aus der SPD Kritik an Grünen-Parteitagebschlüssen; vgl. Schröder: Grüne sind Risiko für Machtwechsel.

<sup>1030</sup> „Linke Position ist gestärkt“. Interview mit Christian Ströbele.

<sup>1031</sup> Vgl. Grüne Realos wollen angeblich umstrittene Beschlüsse kippen; „Parteitagebschlüsse ersetzen nicht Politik“. Interview mit Reinhard Bütikofer.

<sup>1032</sup> Vgl. Raschke 2001: 86.

Wählerschaft von Geschlossenheit und Handlungskompetenz von Bündnis 90/Die Grünen zu überzeugen. Die Umfragewerte der Partei sanken dementsprechend in der Folge des Parteitags um mehrere Prozentpunkte und beendeten damit einen siebenjährigen Positivtrend.<sup>1033</sup>

### **11.3 Die Bundestagsentscheidungen zu NATO und SFOR**

Die beiden Bundestagsabstimmungen zur Ratifizierung der NATO-Osterweiterung sowie zur Verlängerung der deutschen SFOR-Mission in Bosnien stellten die bündnisgrünen Abgeordneten vor die komplexe Aufgabe, zwischen gerade verabschiedeter offizieller Programmatik, einer effizienten außenpolitischen Problembearbeitung sowie den Erwartungen einer nunmehr aufmerksamen deutschen Öffentlichkeit an Glaubwürdigkeit von Partei und Akteuren vermitteln zu müssen. Das Abstimmungsverhalten der bündnisgrünen Abgeordneten stand zudem im Zusammenhang mit einer parteiinternen Absprache. Fischer und Trittin vereinbarten auf der Sitzung zum Bosnien-Kompromisspapier kurz vor dem Magdeburger Parteitag, dass Trittin in Magdeburg helfen würde, die Parteilinke dazu zu bewegen, dem ausgehandelten Kompromiss zur Bosnien-Politik zuzustimmen. Im Gegenzug würde Fischer im realpolitischen Teil der Fraktion Überzeugungsarbeit leisten, so dass dieser sich bei der Abstimmung zur Ost-Erweiterung der NATO im Bundestag der Stimme enthalten würde, statt – wie es der Überzeugung vieler entspräche – mit Ja zu stimmen.<sup>1034</sup>

Die Absprache stellte als Ausdruck „kooperativer Strategie“ eine Form der bereits 1995 praktizierten „Burgfriedenpolitik“ dar.<sup>1035</sup> Diese sollte einerseits die parlamentarische Zustimmung zu einer Bundeswehrpräsenz in Bosnien ermöglichen und gleichzeitig eindeutige Mehrheitsverhältnisse in der Frage der Ost-Erweiterung in der Fraktion verhindern.<sup>1036</sup> Somit wäre einerseits der offiziellen Position der Partei zur NATO-Osterweiterung durch die Fraktion im Bundestag mehrheitlich nicht widersprochen worden. Gleichzeitig hätte man, wenn im Magdeburger Wahlprogramm der Bundeswehreinsatz in Bosnien als „Grenzfall“ bezeichnet worden wäre, einer Fortführung des SFOR-Auftrags zustimmen können. Letztlich hätten die Abgeordneten durch ein moderates Abstimmungsverhalten in beiden parlamentarischen Entscheidungen einem großen Teil des Elektors als auch dem potentiellen Regierungspartner

---

<sup>1033</sup> Vgl. Gibowski 2001: 100; Raschke 2001: 296.

<sup>1034</sup> Lohse 1998d.

<sup>1035</sup> Vgl. Raschke 2001: 338.

<sup>1036</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

außen- und sicherheitspolitische Verlässlichkeit dokumentieren können. Die „Burgfriedenpolitik“ sollte zwischen den Interessen und Erwartungen im komplexen Handlungsfeld zwischen *Constituency*, Elektorat und potentielltem Regierungspartner einerseits und einer adäquat erachteten außenpolitischen Problembearbeitung vermitteln. Die Burgfriedenpolitik ließ demzufolge die größte institutionelle Handlungsfähigkeit erwarten.

Wie bereits dargestellt, scheiterte das Bosnien-Kompromisspapier jedoch in Magdeburg. Daraufhin kam es noch in der Nacht nach dem Parteitag zu Äußerungen aus dem realpolitischen Flügel, die Linke habe „nicht geliefert“.<sup>1037</sup> Joschka Fischer und andere Akteure des realpolitischen Flügels kündigten entgegen der getroffenen Absprache öffentlich an, der NATO-Osterweiterung im Parlament zuzustimmen.<sup>1038</sup> Der Bundesvorstand forderte demgegenüber kurz vor der Parlamentsabstimmung von der Fraktion, die Erweiterung abzulehnen.<sup>1039</sup> Der Vorstandsbeschluss fiel sehr knapp aus, da vier der neun Mitglieder das Votum nicht mittrugen, darunter Parteisprecherin Gunda Röstel.<sup>1040</sup>

In der Bundestagsabstimmung votierten letztlich 555 von 622 Abgeordneten für die von der NATO beschlossene Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik in das westliche Verteidigungsbündnis. Es kam lediglich zu 37 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen.<sup>1041</sup> 14 Abgeordnete der bündnisgrünen Fraktion, darunter Fischer, Lippelt, Poppe und Schoppe, votierten für den Regierungsantrag, sechs Abgeordnete stimmten mit Nein, darunter Annelie Buntenbach. Die Mehrheit von 25 Abgeordneten enthielt sich der Stimme, darunter Beer, Nachtwei, Müller und Volmer.<sup>1042</sup> Inwieweit die von Fischer und Trittin verabredete „Burgfriedenpolitik“ für das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier entscheidend gewesen ist, lässt sich nicht eindeutig bestimmen. Schmillen erklärte im Interview, die Absprache sei auch nach dem Scheitern des Bosnien-Kompromiss-Papiers gültig gewesen.<sup>1043</sup> Buntenbach hingegen hielt die Absprache für das Abstimmungsverhalten der bündnisgrünen Abgeordneten für „nicht

---

<sup>1037</sup> Antwort von Eckart Lohse auf eine schriftliche Anfrage.

<sup>1038</sup> Vgl. Schröder: Grüne sind Risiko für Machtwechsel.

<sup>1039</sup> Vgl. Beschluss zu NATO-Osterweiterung.

<sup>1040</sup> Vgl. Lohse 1998d.

<sup>1041</sup> Vgl. Große Mehrheit im Bundestag für die Ost-Erweiterung der NATO.

<sup>1042</sup> Vgl. Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 16.12.1997 über den Beitritt der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Republik Ungarn.

<sup>1043</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

entscheidend“.<sup>1044</sup> Volmer zufolge beabsichtigte die Fraktion insgesamt, dem „ablehnenden Votum der Partei“ gerecht zu werden und gleichzeitig „ein Mindestmaß an Geschlossenheit“ zu demonstrieren.<sup>1045</sup> Das heterogene Abstimmungsverhalten der Fraktion dokumentierte jedoch „Zerrissenheit“.<sup>1046</sup> Die Fraktion demonstrierte „weder Geschlossenheit noch Bündnistreue“.<sup>1047</sup> Das heterogene und damit nach außen hin unglaubliche Agieren der Akteure in der bündnisgrünen Fraktion drohte sich auch in der Bundestagsentscheidung zur Verlängerung des SFOR-Einsatzes in Bosnien fortzusetzen. In einem Beschluss jedoch, den der Parteivorstand Mitte Mai ohne Gegenstimme fasste, wurde zwar die grundsätzliche Ablehnung einer deutschen Beteiligung an einer militärischen Friedenserzwingung bekräftigt. Jedoch hieß es, ein ersatzloser Abzug der SFOR-Truppen aus Bosnien berge die „Gefahr eines Wiederaufflammens des Krieges“. Ein durch den Abzug der SFOR entstehendes „Sicherheitsvakuum“ sei mit der Friedens- und Menschenrechtspolitik der Partei nicht vereinbar.<sup>1048</sup> Auf einem für Anfang Juni einberufenen Länderrat<sup>1049</sup> wurde ebenfalls eine Bosnien-Resolution verabschiedet, die sich am zuvor gefassten Beschluss des Bundesvorstands orientierte.<sup>1050</sup> Hinsichtlich der Frage einer militärischen Beteiligung deutscher Truppen im Ausland besagte das Papier, die Beschlüsse von Magdeburg bedeuteten „keinen Verzicht auf konkrete und aktuelle Positionsbestimmung zu internationalen Krisensituationen.“ Der im Länderratsentschluss enthaltene Satz, die Fraktion müsse „eigenverantwortlich“ handeln, bedeutete letztlich die Freigabe der Bundestagsabstimmung über eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes.<sup>1051</sup>

Die bündnisgrünen Akteure waren offensichtlich gewillt, Maßnahmen zu ergreifen, die die öffentliche Meinung hinsichtlich der Problembearbeitungskompetenz der Partei aufbessern

---

<sup>1044</sup> Interview mit Buntenbach, 28.2.02.

<sup>1045</sup> Volmer 1998a: 545.

<sup>1046</sup> Große Mehrheit im Bundestag für die Ost-Erweiterung der Nato.

<sup>1047</sup> Volmer 1998a: 546.

<sup>1048</sup> Vgl. Den Friedensprozess in Bosnien fortsetzen und stärken; vgl. Grünen-Vorstand revidiert die Magdeburger Bosnien-Entscheidung.

<sup>1049</sup> Während des Länderrats wurde ein Kurzprogramm verabschiedet, in dem sich der im Magdeburger Programm angestrebte Benzinpreis von fünf DM nicht mehr fand (vgl. Neue Mehrheiten nur mit uns. Vierjahresprogramm zur Bundestagswahl 98; Gaus 1998d).

<sup>1050</sup> Gaus 1998e.

<sup>1051</sup> Vgl. „Den Friedensprozess in Bosnien fortsetzen und stärken“. Beschluss des 2. Ordentlichen Länderrats in Bonn; Klarstellung zum „Bosnienbeschluss“.



würde. Dazu mussten die Positionen auf Akteursebene harmonisiert werden. Angesichts der überaus negativen Medienberichterstattung nach dem Magdeburger Parteitag konnten die inhaltlichen Kontroversen nicht mehr öffentlich ausgetragen werden, ohne Kompetenzverlust in der Öffentlichkeit zu dokumentieren.<sup>1052</sup> Zudem herrschte aufgrund „weiterer Erfahrungsprozesse“ mit der SFOR im Krisengebiet Bosnien-Herzegowinas auf Akteursebene eine mehrheitliche Zustimmung zu einer weiteren Militärpräsenz.<sup>1053</sup> So war es auch im Sinne einer effizienten außenpolitischen Problembearbeitung entscheidend, die Magdeburger Programmatik zu entradikalisieren, um einer militärischen Präsenz der Bundeswehr parlamentarisch zustimmen zu können und auf diesem Weg die zivile Rekonstruktion des Krisengebietes zu sichern.<sup>1054</sup>

In der Parlamentssitzung am 19. Juni stimmte der Bundestag ohne Festlegung einer zeitlichen Begrenzung der Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Rahmen der multinationalen Friedenstruppe in Bosnien zu.<sup>1055</sup> In der Abstimmung, die stark unter dem Einfluss einer Kritik Jürgen Trittins am Gelöbnis der Bundeswehr stand<sup>1056</sup>, votierten etwa zwei Drittel der bündnisgrünen Abgeordneten für den Antrag der Bundesregierung. Darunter waren vor allem Akteure des realpolitischen Flügels, aber auch Christian Sterzing<sup>1057</sup> und Winfried Nachtwei<sup>1058</sup>. Sieben bündnisgrüne Abgeordnete enthielten sich.<sup>1059</sup> Abgelehnt wurde der Antrag u.a. von Ludger Volmer, Angelika Beer und Annelie Buntenbach, die in einer gemeinsamen Erklärung die Notwendigkeit einer „sicherheitspolitischen Begleitung“ des Friedensprozesses erkannten, für eine Beteiligung Deutschlands jedoch ein UN-Mandat als notwendig erachteten. Ihre Ablehnung des Antrags sei vor allem als „Protest gegen die Politik der Bundesregierung in

---

<sup>1052</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>1053</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1054</sup> Vgl. Bundesvorstand der Grünen plant Beschluss zu Bosnien-Einsatz.

<sup>1055</sup> Vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Fortsetzung der militärischen Absicherung des Friedensprozesses im ehemaligen Jugoslawien über den 19. Juni hinaus.

<sup>1056</sup> Vgl. Große Mehrheit für Verlängerung des Sfor-Einsatzes.

<sup>1057</sup> Vgl. Sterzing 1998.

<sup>1058</sup> Vgl. Nachtwei 1998.

<sup>1059</sup> Vgl. Ein Rätselwesen probt den Spagat.

dieser Richtung zu verstehen.<sup>1060</sup> Der gemeinsame Antrag der Fraktion bezog nicht eindeutig Stellung zu Befürwortung oder Ablehnung der SFOR-Verlängerung und befasste sich stattdessen mit der Kritik an Jürgen Trittin.<sup>1061</sup>

Das erneut heterogene Abstimmungsverhalten kam vermutlich vor allem aufgrund der Interessen von Aktivisten und *Constituency* zustande, die durch das drohende Abweichen vom Magdeburger Programm brüskiert worden waren. Letztlich divergierten die Präferenzen in der bündnisgrünen Fraktion bei den Abstimmungen zu NATO-Osterweiterung und Verlängerung des SFOR-Mandats zu stark, als dass die „Burgfriedenpolitik“ als Mittel eines kooperativen politischen Agierens hätte erfolgreich sein können. Angesichts der vielfältigen Interessen und Erwartungen, die von den Akteuren im Wahlkampf berücksichtigt werden mussten, zeigten die Abstimmungen die begrenzte Reichweite kooperativen Verhaltens auf.<sup>1062</sup>

### **11.4 Außen- und sicherheitspolitische Position Fischers und Volmers**

Die Handlungsstrategie Joschka Fischers hatte sich stets auch auf die Gesamtentwicklung der Partei gerichtet.<sup>1063</sup> Fischers Ziel bestand darin, eine größere Regierungsfähigkeit der Partei herzustellen, ohne die institutionelle Handlungsfähigkeit zu gefährden.<sup>1064</sup> Fischer besaß in der Einschätzung von „potentiellen Mehrheiten“ innerhalb der Partei ein „feines Gespür“.<sup>1065</sup> So hatte sich Fischer in Debatten der Partei um die außen- und sicherheitspolitische Programmatik im Hintergrund gehalten, und nur an einigen zentralen Stellen seine Position „zielorientiert“ deutlich gemacht.<sup>1066</sup> Durch dieses Agieren erfüllte Fischer die „Integrationsleistung“, strategische Mehrheiten zu organisieren und zugleich den institutionellen Zusammenhalt zu

---

<sup>1060</sup> Erklärung der Abgeordneten Ludger Volmer, Angelika Beer, Gila Altmann, Amke Dietert-Scheuer, Marina Steindor, Annelie Buntenbach, Dr. Jürgen Rochlitz zur SFOR-Abstimmung im Bundestag.

<sup>1061</sup> Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur deutschen Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien.

<sup>1062</sup> Raschke 2001: 343.

<sup>1063</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>1064</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02. Volmer bestätigte, dass Fischers Argument der „Realpolitik“ ein Mittel „im Kampf um die richtige Linie“ der Partei war (Interview mit Volmer, 25.4.02; vgl. Raschke 2001: 389).

<sup>1065</sup> Interview mit Fücks, 11.4.02.

<sup>1066</sup> Fischer hat Volmer zufolge im Zusammenhang der außenpolitischen Problembearbeitung der Partei generell „zielorientiert“ gehandelt (Interview mit Volmer, 25.4.02).

bewahren.<sup>1067</sup> Dabei war angesichts der parteiinternen „Übermacht... der Integrationsfigur“<sup>1068</sup> zu erwarten, dass Fischers Positionen die außen- und sicherheitspolitische Linie erkennen ließen, die Bündnis 90/Die Grünen im Falle einer Regierungsbeteiligung verfolgen würde. So entsprachen seine Person und die von ihm vertretenen Positionen im Bundestagswahlkampf 1998 „den politischen Interessen des Durchschnitts“ des Elektors, Fischer diene vor allem neu hinzukommenden Wählern als Leitfigur der Partei.<sup>1069</sup> Fischers Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik waren im Wahlkampf 1998 also deshalb entscheidend, da sie als repräsentative Positionen von Bündnis 90/Die Grünen erkannt wurden, und sich an sie letztlich in *Constituency*, bei politischen Gegnern und im Elektorat hohe Erwartungen an die Vertrauenswürdigkeit der gesamten Partei verbanden.

In einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik benannte Fischer im Juni 1998 vier „Konstanten der deutschen Außenpolitik“, die aus seiner Sicht auch nach der Bundestagswahl Bestand haben sollten.<sup>1070</sup> Er sprach sich für eine „Politik der Selbstbeschränkung“ aus, die eine „klare Absage an alle Machtstaatspolitik“ beinhalte. Zweitens plädierte er für eine „innen- wie außenpolitisch unverzichtbar[e]“ Westbindung der europäischen Staaten, die – dies sei die Lehre aus dem Bosnien-Krieg und dem Zerfall Jugoslawiens – bisher nicht in der Lage seien, ihre „eigenen Sicherheitsprobleme zu lösen“. Drittens müssten die Interessen Deutschlands „innerhalb des europäischen Integrationsprozesses“ verfolgt werden.<sup>1071</sup> Zur europäischen Integration gehöre auch die Ost-Erweiterung der NATO, aus der jedoch eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur entwickelt werden müsse, in der die „militärischen Komponenten eine immer geringere Rolle spielen werden.“ Als vierte „Konstante“ der deutschen Außenpolitik nannte er die „unerschütterliche Verpflichtung auf die Menschenrechte.“<sup>1072</sup> Fischer sprach sich letztlich gegen eine „bedenkliche Verengung der Sicherheitsdiskussion“ und für einen weiten Sicherheitsbegriff aus, der sich an der pazifistischen Sicherheitskonzeption der Partei orientierte.

---

<sup>1067</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>1068</sup> Lohse 1998a.

<sup>1069</sup> Raschke 2001: 53, 84.

<sup>1070</sup> Fischer 1998a.

<sup>1071</sup> Fischer schnitt dabei bereits die Debatte um eine europäische Verfassung an, die er später in seiner Rede an der Humboldt-Universität Berlin fortsetzte (vgl. Fischer 2000).

<sup>1072</sup> Fischer 1998a.

„Es wird nicht die NATO sein, ...[die] den Ausgleich zwischen Nord und Süd wird leisten können, sondern es werden allein die Vereinten Nationen sein. Wenn es in einem Konflikt bereits so ist, dass nur noch Soldaten weiterhelfen, dann ist es meistens zu spät... Im Klartext, ich halte einen Machttransfer klassischer Macht in Recht, einen Interessenausgleich, eine Zivilisierung des internationalen politischen Systems... für dringend geboten.“<sup>1073</sup>

Fischers Aussagen trugen den programmatischen Positionen der eigenen Partei als auch den Interessen des Handlungsumfeldes der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik Rechnung. Fischer gelang es mit einer Mischung aus außen- und sicherheitspolitischer Vision sowie „stockkonservativ[em]“ Gestus, die Zustimmung seiner Zuhörer zu gewinnen.<sup>1074</sup> Angesichts des überzeugenden Auftretens konnten Schwerpunkte der Konfliktprävention und pazifistische Konzeptionen der erweiterten Sicherheit von Fischer im wissenschaftlichen Handlungsumfeld der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik Gehör verschafft werden. Genauere operative Beschreibungen, etwa hinsichtlich des von ihm angesprochenen „internationalen Interessenausgleichs“ blieb Fischer jedoch schuldig.

Neben Fischer war es in der Phase des Wahlkampfes Ludger Volmer, der seine außen- und sicherheitspolitischen Positionen besonders öffentlichkeitswirksam präsentierte. Auch aufgrund hoher konzeptioneller Fähigkeiten hatte sich Volmer in der zweiten Hälfte der 90er Jahre als außen- und sicherheitspolitischer Meinungsführer in der Fraktion und des linken Parteiflügels hervortun können.<sup>1075</sup> Volmer war seit dem Parteitag in Neumünster 1991 der Organisator einer Mitte-Links-Mehrheit in der Partei gewesen. Er hatte sein Handeln mittels der Formel definiert: „Nicht die Linke in den Grünen, sondern die Grünen von links definieren.“<sup>1076</sup> Volmer hatte wie Fischer in den vorangegangenen Jahren versucht, die Programmatik der Institution weiterzuentwickeln. Gleichzeitig umfasste seine Strategie, die linken Aktivisten mit in den Veränderungsprozess der Partei einzubeziehen, weswegen er oftmals „nicht zu weit“ gehen konnte.<sup>1077</sup> Die außen- und sicherheitspolitische Position Volmers wurde in der Wählerschaft als

---

<sup>1073</sup> Fischer 1998a.

<sup>1074</sup> Vgl. Gescheit und stockkonservativ. Fischer-Rede über Außenpolitik.

<sup>1075</sup> Interview mit Knapp, 4.1.02.

<sup>1076</sup> Zitiert nach: Raschke 2001: 346.

<sup>1077</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02. Auch Volmer selbst beschreibt die Einbeziehung der Interessen der Parteimitglieder als seine persönliche Handlungsstrategie während der gesamten 90er Jahre (Interview mit Volmer, 25.4.02).

repräsentative Position des linken Parteiflügels erkannt und konnte so Aufschluss geben hinsichtlich der Interessenrepräsentation der *Constituency* im Falle einer Regierungsbeteiligung. Damit wurde auch Volmers Position ein Gradmesser für die Kompatibilität der vom linken Flügel vertretenen außen- und sicherheitspolitischer Personen im Hinblick auf eine mögliche Koalition mit der SPD.

In seiner kurz vor der Bundestagswahl erschienenen Dissertation entwickelte Volmer – nach einer Darstellung von außenpolitischen Schwerpunkten seit der Parteigründung – „Handlungsverpflichtungen“ für die Zeit nach der Bundestagswahl. Für den Fall einer Regierungsbeteiligung betonte Volmer ebenso wie Fischer die Kontinuität einer „grünen Außenpolitik“. Diese Kontinuität beinhaltet

„die Absage an Nationalismus und Sonderwege, erklärter Machtverzicht, die Pflege der transatlantischen Beziehungen, die europäische Integration, die Einbindung in den Westen und der Brückenschlag nach Osten, Multilateralismus und freiwilliger Machtverzicht.“<sup>1078</sup>

Zusätzlich versuchte Volmer das Konzept eines „politischen Pazifismus“ zu etablieren.<sup>1079</sup> Dabei konzentrierte sich Volmer – ebenso wie Fischer – auf einen Sicherheitsbegriff, der in den 90er Jahren wesentlicher Teil der bündnisgrünen sicherheitspolitischen Konzeptionen gewesen war:

„Je deutlicher Bündnis 90/Die Grünen jedoch klarstellen, dass die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen keinen Rückfall in überwundene Zeiten deutschen Unilateralismus bringen wird, als desto legitimer wird ihr Bemühen anerkannt,... über den bestehenden institutionellen Rahmen und den traditionellen Sicherheitsbegriff hinauszudenken.“<sup>1080</sup>

Inhaltlich unterschied sich Volmer von Fischers Präsentation außenpolitischer Zielsetzungen in dieser Phase kaum.<sup>1081</sup> So orientierte sich auch Volmer in seinen Entwürfen an Grundlagen und Zielsetzungen der bisherigen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die hier benannte erweiterte Konzeption internationaler Sicherheit stand – wie auch bei Joschka Fischer zu

---

<sup>1078</sup> Volmer 1998a: 590.

<sup>1079</sup> Auch Angelika Beer verwendet in dieser Zeit den Begriff des politischen Pazifismus, der „die Grünen prägt“ (Beer 1998).

<sup>1080</sup> Volmer 1998a: 591.

<sup>1081</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

beobachten – in Kongruenz zum pazifistischen Optionenset der Partei. Volmer ging indes nicht auf die normative Frage der Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen ein. Insofern sind die hier benannten Konzeptionen in Teilaspekten als pazifistisch zu begreifen. Der wesentliche Unterschied zwischen Fischer und Volmer betraf die strategische Ausrichtung der Institution innerhalb des politischen Systems. Entscheidend war für Volmer die Fortsetzung des außen- und sicherheitspolitischen Handelns der Partei auf der Basis ihres institutionellen Erfahrungshintergrunds.

„Den erfolgreichen Avantgardeanspruch aufgeben zu wollen, um zum Management des politischen Normalvollzugs zu werden, läuft Gefahr, Identität und Motivation zu zerstören.“<sup>1082</sup>

Im Interview bestätigte Volmer, er habe im Gegensatz zu Fischer eine „motivorientierte Denkweise“ besessen.<sup>1083</sup> Diese „Motivorientiertheit“ berücksichtigte die institutionellen Handlungsmuster als wesentlichen Faktor für die Problembearbeitung wie für die Gesamtentwicklung der Partei. Es ging in diesem Zusammenhang darum, „kollektive Lernprozesse mitzuorganisieren, die möglichst viele Leute mitnehmen.“<sup>1084</sup> Volmer formulierte demzufolge eine Position, die versuchte, „ansprechbar [zu] bleiben für radikalere Zielsetzungen“<sup>1085</sup> und die zugleich geeignet war, „den linken Flügel regierungsfähig und -willig zu machen“.<sup>1086</sup>

Letztlich stimmte die unmittelbare Zielsetzung von Fischer und Volmer überein, da beide Akteure ihr Interesse an der Regierungsbeteiligung der Partei verfolgten.<sup>1087</sup> Die strategische Ausrichtung ihrer Argumentation jedoch war angesichts unterschiedlicher Adressaten divergent. Fischers Schwerpunkt lag auf dem Handlungsumfeld einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik unter bündnisgrüner Beteiligung, während Volmer die Motive innerhalb der Partei zu berücksichtigen suchte. In der Öffentlichkeit mussten die bekundeten inhaltlichen Zielsetzungen der beiden Akteure vertrauensbildend wirken, da vor allem die

---

<sup>1082</sup> Volmer 1998a: 587-589.

<sup>1083</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1084</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1085</sup> Volmer 1998a: 587.

<sup>1086</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1087</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

Kontinuitätsbekundungen mit der bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands deutlich wurden. In der Partei selbst jedoch konnten sich die unterschiedlichen Argumentationsschwerpunkte Fischers und Volmers schädlich auswirken, da sie als Vertreter von Strömungen viel Widerstand mobilisierten, der – trotz inhaltlicher und interessengebundener Gemeinsamkeiten von Fischer und Volmer selbst – eine flügelübergreifende Führung der gesamten Partei behinderte.<sup>1088</sup>

### **11.5 Einstieg in die Regierungspolitik**

Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik wurde in der Parlamentswahl vom Herbst 1998 ein Regierungswechsel unmittelbar durch die Entscheidung der Öffentlichkeit herbeigeführt. Die SPD wurde mit 40,9 Prozent stärkste Partei, die CDU/CSU errang 35,1 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen verlor mit einem Ergebnis von 6,7 Prozent etwa ein halbes Prozent ihrer Wählerschaft, blieben jedoch drittstärkste Kraft vor der FDP, die ein Ergebnis von 6,2 Prozent erzielte.<sup>1089</sup> Bündnis 90/Die Grünen war es nicht gelungen, neue, „ideologisch weniger gebundene“ Wählerschichten zu binden. Aber die Partei hatte ihre Stammwähler, mit relativ geringen Einbußen, erneut mobilisieren können.<sup>1090</sup> Öffentlich ausgetragene Debatten und divergierendes Agieren der institutionellen Akteure waren in der Wählerschaft nicht als wesentliches Kriterium für Vertrauenswürdigkeit und Handlungskompetenz der Partei erachtet worden.

Die Handlungssituation der Partei änderte sich durch das Ergebnis der Wahl und der ihm folgenden Einladung des Wahlsiegers Gerhard Schröder zu Koalitionsgesprächen ganz entscheidend: Das Handeln der Akteure der Partei hatte nun eine direkte Wirkung auf das Handeln der Bundesrepublik Deutschland. Die Ambivalenz dieser Repräsentationsaufgabe ergab sich daraus, die in der Institution vorhandenen Optionensets mit „politisch-praktischen Gestaltungsoptionen“ der internationalen Umwelt zur Deckung bringen zu müssen.<sup>1091</sup> Der entscheidendste Schritt bei der Ämterverteilung in der Regierungskoalition wurde neben dem Zuschlag auf Umwelt- sowie Gesundheitsressort die Übernahme des Außenministeriums durch Bündnis 90/Die Grünen. Nach 29 Jahren, in denen das Außenministerium von einem FDP-

---

<sup>1088</sup> Raschke 2001: 49.

<sup>1089</sup> Vgl. Emmert/Jung /Roth 2001: 17-19.

<sup>1090</sup> Raschke 2001: 299.

<sup>1091</sup> Vgl. Lamla 1998: 11.

Politiker geleitet wurde, übernahm mit Joschka Fischer nun ein bündnisgrüner Politiker das Amt des Bundesaußenministers. Etwaige Irritationen, das Auswärtige Amt könne unter neuer Führung unilaterale Schritte unternehmen, spielten bei den Entscheidungen um die Ressortverteilung und die Personalbesetzung der Ministerämter offensichtlich eine äußerst geringe Rolle.<sup>1092</sup> Die Übernahme dieses Amtes war in den bündnisgrünen Parteigremien indes nie diskutiert, sondern lediglich kurz in der Verhandlungskommission der Partei thematisiert worden.<sup>1093</sup>

Im Sinne einer handlungsfähigen Kooperation mussten nun die separaten, aber im Ganzen doch kompatiblen Zielsetzungen der beiden Regierungsparteien harmonisiert werden, um auf diesem Weg die unterschiedlichen Handlungsressourcen innerhalb koordinierter Strategien gemeinsam zu nutzen.<sup>1094</sup> Bereits die Verhandlungskommissionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen machten deutlich, dass die Regierungskoalition auf außenpolitischem Gebiet die Konstanten und Eckpfeiler der deutschen Politik von Kohl und Kinkel „nicht einfach verlängern“ wollte.<sup>1095</sup> Ziel waren eigene Handlungsschwerpunkte und „neue Akzente“, wie Günter Verheugen und Ludger Volmer, die Verhandlungsführer für den außen- und sicherheitspolitischen Teil des Koalitionsvertrages, gemeinsam erklärten.<sup>1096</sup>

Die rot-grüne Bundesregierung trat an mit dem Programm „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“. Die NATO wurde im Koalitionsvertrag als „unverzichtbares Instrument“ für die Stabilität Europas und den Aufbau einer „dauerhaften europäischen Friedensordnung“ genannt.<sup>1097</sup> Aus Sicht der Bündnisgrünen kam es so im Koalitionspapier zu einer programmatischen Verschiebung gegenüber der NATO, da im Wahlprogramm eine Auf- bzw. Ablösung der Allianz gefordert worden war.<sup>1098</sup> Besonders hervorgehoben wurde im Koalitionsvertrag die „Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Krisenprävention und der friedlichen Konfliktregelung“ im Rahmen einer

---

<sup>1092</sup> Bannas 1998b.

<sup>1093</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02; Raschke 2001: 96f.

<sup>1094</sup> Vgl. Scharpf 1997: 55.

<sup>1095</sup> Frankenberger 1998.

<sup>1096</sup> Zitiert nach: SPD und Grüne einig über Rolle der NATO.

<sup>1097</sup> Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen: XI: 4.

<sup>1098</sup> Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998: 143.



gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik als auch im Rahmen der OSZE.<sup>1099</sup> Mit Blick auf die Bearbeitung von internationalen Krisen hieß es, die Bundesregierung wolle sich „aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu stärken.“ Zur Beteiligung der Bundeswehr an einer militärisch gestützten Konfliktbearbeitung hieß es:

„Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist an die Beachtung des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden...“<sup>1100</sup>

Die so genannten „friedenspolitischen“ Zielsetzungen sowie die programmatische Schwerpunktsetzung auf „Konfliktprävention“ waren sicherlich dem bündnisgrünen Koalitionspartner geschuldet und sollte den „pazifistischen Traditionen der Grünen mindestens verbal Tribut“ zollen.<sup>1101</sup> Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen divergierten jedoch im Vergleich zum Magdeburger Programm zuvor „formulierter Anspruch und die Regierungswirklichkeit“ in fast allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>1102</sup> Insgesamt erreichte die Partei in dem Papier so vor allem „symbolische Erfolge“ durch Formulierungen, deren Relevanz für die beginnende Regierungsarbeit als relativ gering einzuschätzen waren.<sup>1103</sup> Zu Beginn der Regierungstätigkeit stellte die Demonstration von Kontinuität das unmittelbarste und oberste außen- und sicherheitspolitische Ziel gegenüber den europäischen und transatlantischen Partnern dar. Joschka Fischer hatte in seiner Rede vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik im Juni seine Kontinuitätsabsichten deutlich gemacht.<sup>1104</sup> Beinahe sprichwörtlich wurde das von Fischer nach der Wahl verschiedentlich geäußerte Diktum, es gebe „keine grüne“, sondern „nur eine deutsche Außenpolitik“.<sup>1105</sup> Bei den internationalen Partnern gelang es Fischer bereits während seiner Antrittsbesuche in Paris, London und Warschau, den

---

<sup>1099</sup> Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen: XI: 1, 3, 5, 7.

<sup>1100</sup> Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen: XI: 1, 7.

<sup>1101</sup> Erste Bewährungsprobe Fischers in Warschau.

<sup>1102</sup> Vgl. Albrecht 2001: 20.

<sup>1103</sup> Raschke 2001: 94.

<sup>1104</sup> Vgl. Fischer 1998a.

<sup>1105</sup> Zitiert nach: Fischer: Meine Partei kann sich nicht beschweren.

Eindruck von Verlässlichkeit einer rot-grünen Außen- und Sicherheitspolitik zu vermitteln.<sup>1106</sup> Hinsichtlich der Wirkung bei der *Constituency* von Bündnis 90/Die Grünen barg die von Fischer propagierte Kontinuität die Gefahr, Unmut hervorzurufen, da bei Aktivisten und Stammwählern die Realisierung von gesellschaftlichen, parteipolitischen und vor allem internationalen Bedingungen und das Treffen von Entscheidungen auf der Basis von implementierbaren Handlungsoptionen weniger stark ausgeprägt waren als auf der Akteursebene der Partei.<sup>1107</sup>

Ein entscheidender Schritt zur Integration von Ansprüchen auf radikale Interessenvertretung war die Berufung Ludger Volmers zum Staatsminister im Auswärtigen Amt. Diese Entscheidung war einerseits von Fischer in der Absicht getroffen worden, eine Kontrollfunktion über den Parteilinken auszuüben.<sup>1108</sup> Volmer war auf inhaltlichem Gebiet kein „Antipode“<sup>1109</sup> Fischers, konnte jedoch durch seine unterschiedliche Handlungsstrategie die parlamentarische Regierungsarbeit empfindlich stören. Im Falle einer erfolgreichen Einbindung in die Arbeit des Auswärtigen Amts konnte Volmer das außenpolitische Handeln der Regierung in die Partei hinein kommunizieren.<sup>1110</sup> Fischer selbst bildete in dem rot-grünen Regierungsbündnis quasi das personelle Verbindungsglied zwischen den beiden Parteien. Damit waren möglichen von der bündnisgrünen *Constituency* initiierten Konflikten um radikalere außen- und sicherheitspolitische Positionen eine deutliche Grenze gesetzt, wenn die Chance zur Implementierung bündnisgrüner Positionen innerhalb der Regierungsbeteiligung erhalten bleiben sollte.<sup>1111</sup>

Die rot-grüne Regierungskoalition war von Beginn an bemüht, in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit den Handlungsschwerpunkt auf einer weltweiten Einhaltung von Menschenrechten zu verdeutlichen.<sup>1112</sup> Erste Beweise zeigten sich in der Aufwertung des bisherigen Unterausschusses im Bundestag für Menschenrechte zu einem vollwertigen Ausschuss sowie die Berufung Gerd Poppes zum Beauftragten für Menschenrechte und

---

<sup>1106</sup> Lohse 1998f; Nonnenmacher 1999.

<sup>1107</sup> Vgl. Lamla 1998: 11; Bannas 1998b.

<sup>1108</sup> Wer wird was im Außenamt; vgl. Krause-Burger 1999: 84f.; Raschke 2001: 101.

<sup>1109</sup> Wer wird was im Außenamt.

<sup>1110</sup> Zunächst hatte Fischer versucht, den baden-württembergischen Vorsitzenden Fritz Kuhn als Staatssekretär in das Auswärtige Amt zu holen, was jedoch scheiterte (vgl. Raschke 2001: 52).

<sup>1111</sup> Warum Fischer Außenminister werden muss.

<sup>1112</sup> Vgl. Fischer will auf Einhaltung der Menschenrechte dringen; Bonn will Vorreiterrolle bei Menschenrechten.

humanitäre Hilfe. Die zuvor von einem Staatssekretär wahrgenommene Aufgabe Poppes bestand vor allem darin, „Deutschland in Menschenrechtsfragen nach außen zu vertreten“.<sup>1113</sup> Dabei sollte der Dialog mit China, der Türkei und den osteuropäischen Staaten wesentliche Arbeitsschwerpunkte bilden.<sup>1114</sup>

Die bündnisgrünen Handlungsschwerpunkte drehten sich zudem um das Bemühen, einen „neuen, umfassenden Begriff von Sicherheit“ politisch zu implementieren.<sup>1115</sup> Vor allem die Installierung einer Art „Friedenscorps“ im Auswärtigen Amt, dem zivile Spezialisten für internationale Konfliktregelung angehören sollten, stand in diesem Zusammenhang. Ludger Volmer setzte als Staatsminister dabei eine bereits Ende 1996 von der Partei propagierte Konzeption um.<sup>1116</sup> Ziel war es Volmer zufolge, „einen Dienst zu erfüllen, der zwischen diplomatischen Missionen und militärischen Maßnahmen liegt.“<sup>1117</sup> Die Fachleute sollten dem Auswärtigen Amt zugeordnet sein und nach ihrer Ausbildung den Vereinten Nationen oder der OSZE auf Anforderung zur Verfügung stehen.<sup>1118</sup> So begann man unmittelbar nach der Regierungsübernahme im Auswärtigen Amt mit der praktischen Implementierung des an pazifistische Konzeptionen anknüpfende Handlungsziels der Konfliktprävention.<sup>1119</sup> Ziel war es dabei, die Fähigkeit Deutschlands und der EU zur zivilen Konfliktprävention und zur friedlichen Konfliktregelung zu steigern.<sup>1120</sup>

## **11.6 Zwischenresümee**

Die im September 1998 anstehende Bundestagswahl spielte – wie bereits 1994 – einem sehr komplexen politischen Handlungsfeld in die Hand: Die Akteure von Bündnis 90/Die Grünen mussten gegenüber *Constituency*, Wählern der politischen Mitte sowie dem potentiellen Regierungspartner SPD Vertrauenswürdigkeit dokumentieren, so dass die außen- und sicherheitspolitische Problembearbeitung der Partei stark beeinträchtigt wurde.

---

<sup>1113</sup> Vgl. Fischer ernennt Poppe zum Beauftragten für Menschenrechte.

<sup>1114</sup> Vgl. Aktivere Menschenrechtspolitik gegenüber China gefordert.

<sup>1115</sup> Semler 1998.

<sup>1116</sup> Vgl. Protokoll der 8. Ordentlichen Bundesversammlung in Suhl.

<sup>1117</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1118</sup> Vgl. dazu Sturm 1999; Paasch 1999.

<sup>1119</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1120</sup> Vgl. Lutz 2000: 175.

Bei der Entwicklung des Wahlprogramms der Partei wurde keine – für einen Wahlerfolg entscheidende – einheitliche außen- und sicherheitspolitischen Position erreicht, die Frage von Bundeswehreinsätzen im Ausland wurde nicht thematisiert. Ein Programmvorschlag der Parteiführung, einen Bundeswehreinsatz von der Fraktion im Einzelfall entscheiden zu lassen, scheiterte auf dem Magdeburger Parteitag im März 1998 knapp. Gemeinsam mit dem Entschluss zur Benzinpreiserhöhung beeinträchtigte die programmatische Festlegung, Bundeswehreinsätze nicht mitzutragen, die Vertrauenswürdigkeit von Bündnis 90/Die Grünen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit erheblich.

Für die Bundestagsentscheidungen zu NATO-Erweiterung und SFOR-Beitrag wurde von der Parteiführung erneut eine „Burgfriedenpolitik“ angestrebt, die zwischen den Erwartungen in *Constituency*, Elektorat, potentiellern Koalitionspartner vermitteln und zugleich die außenpolitische Problembearbeitung ermöglichen sollte. Die kooperative Strategie scheiterte jedoch, als es in der Abstimmung zur NATO-Osterweiterung nicht gelang, eine zuvor abgesprochene Spaltung der Fraktion zu koordinieren. Nachdem Länderrat und Bundesvorstand der Partei die Bundestagsabstimmung über die Verlängerung eines deutschen SFOR-Beitrags freigegeben hatte, war auch das Abstimmungsverhalten der Fraktion in dieser Frage erneut unkontrolliert heterogen.

Neben diesem divergierenden Handeln der bündnisgrünen Akteure vermittelten vor allem die Positionen von Ludger Volmer und Joschka Fischer außenpolitische Vertrauenswürdigkeit. Beide Akteure unterschieden sich in ihren programmatischen Bekenntnissen zu einer sicherheitspolitischen Kontinuität kaum. Pazifistische Konzeptionen, vor allem der „Top-down“-Sicherheit und die programmatischen Schwerpunkte auf Konfliktprävention, wurden ebenso von beiden Akteuren verwendet. Weder von Fischer noch in Volmers Konzept eines „politischen Pazifismus“ wurde indes „Gewaltfreiheit“ als Norm integriert.

Im Koalitionsvertrag Regierungskoalition von Bündnis 90/Die Grünen und SPD wurden die programmatischen Positionen der Bündnisgrünen verschoben. Gleichzeitig begannen bündnisgrüne Akteure im Auswärtigen Amt mit der Implementierung pazifistischer Konzeptionen, so beim Aufbau eines „Friedenscorps“, welches einer zukünftigen konfliktpräventiven Bearbeitung von internationalen Krisen dienen sollte.

## 12 Der Kosovokonflikt

### 12.1 Der Antrittsbesuch in Washington und die Kosovo-Frage

Die internationale Krise um das Kosovo nahm innenpolitisch ihren Ursprung in der Entscheidung der jugoslawischen Regierung im Jahr 1989, der Teilrepublik wesentliche Teile ihrer Autonomie zu nehmen.<sup>1121</sup> Verschärft wurde die Situation durch die Bestimmungen des Friedensvertrags von Dayton, welche eine innenpolitische Stärkung des Präsidenten Milosevic vorsahen, ohne zugleich den weiteren politischen Status des Kosovo festzulegen. Auf dieser Grundlage konnte die jugoslawische Regierung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre – von der internationalen Staatenkoalition unbehelligt – gegen die Opposition vorgehen.<sup>1122</sup> Nach der Bildung der „Albanischen Befreiungsarmee für das Kosovo“ (UČK), die mit Waffengewalt gegen die Vorherrschaft der serbischen Zentralregierung kämpfte, entstand eine Konfliktkonstellation, die den Friedensprozess auf dem Balkan essentiell gefährdete.<sup>1123</sup>

Im Laufe des Jahres 1998 verstärkten serbische Armee- und Polizeikräfte ihre Bemühungen, die UČK zu zerschlagen und den mehrheitlich albanischen Bevölkerungsteil aus dem Kosovo zu vertreiben.<sup>1124</sup> Angesichts des bevorstehenden Winters drohte mehreren hundert tausend Menschen, die sich auf der Flucht nach Albanien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien befanden, eine humanitäre Katastrophe.<sup>1125</sup> Zugleich wurden nicht nur die Staaten des ehemaligen Jugoslawien zunehmend destabilisiert, es bestand auch die konkrete Gefahr einer Konfliktausweitung auf Allianzpartner in der europäischen Union.<sup>1126</sup> Letztlich konnte es zu einer Beeinträchtigung der Beziehungen zu Russland kommen, das traditionell enge Beziehungen zu Jugoslawien unterhielt.<sup>1127</sup>

Nachdem die westlichen Staaten sich zunächst darauf beschränkt hatten, die Menschen- und Minderheitenrechte im Kosovo anzumehmen, suchten die NATO-Mitgliedsstaaten Mitte 1998

---

<sup>1121</sup> Reuter 1999.

<sup>1122</sup> Maull 2002: 94.

<sup>1123</sup> Haftendorn 2001: 413.

<sup>1124</sup> Für eine ausführliche Beschreibung der Entwicklungen siehe: Reuter 1999; Calic 1999.

<sup>1125</sup> So die Einschätzung des UNHCR im September (UN Seeks US \$ 54.3 Millions for Kosovo.; vgl. Haynes 2000).

<sup>1126</sup> Vgl. Kalman 1999: 132.

<sup>1127</sup> Vgl. Kaiser/Krause 1996: 177f.

nach einer Übereinkunft, welche ein gemeinsames militärisches Handeln in Serbien ermöglichen sollte.<sup>1128</sup> Ende September verurteilte der UN-Sicherheitsrat die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo und forderte die in Jugoslawien präsenten Staaten und internationalen Organisationen auf, Personal zur Erfüllung der „Verpflichtung zur wirksamen und fortgesetzten internationalen Überwachung“ des Kosovo zur Verfügung zu stellen. Dies geschah in „Bekräftigung des Eintretens aller Mitgliedstaaten für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit“ Jugoslawiens.<sup>1129</sup>

Trotz der Zweifel an der völkerrechtlichen Legitimität eines möglichen militärisches Eingreifens im Kosovo auf der Basis dieser UN-Resolution<sup>1130</sup> bekundete der NATO-Rat Anfang Oktober, dass die anstehende humanitäre Katastrophe die Androhung und gegebenenfalls den Einsatz von Gewalt durch die NATO rechtfertige.<sup>1131</sup> Unter dem Druck der Mobilisierung von NATO-Luftstreitkräften erklärte sich die jugoslawische Regierung Mitte Oktober bereit, Bundesarmee und serbische Sonderpolizei zurückzuziehen und die Flüchtlinge ungehindert in das Kosovo zurückkehren zu lassen. Etwa 2000 unbewaffnete Inspektoren der OSZE und eine luftgestützte Überwachungsmission der NATO sollten die Einhaltung der Übereinkunft mit der internationalen Kontaktgruppe überwachen. Zum Schutz der OSZE-Beobachter wurde zusätzlich die Stationierung einer *Extraction Force* der NATO in Mazedonien vereinbart.<sup>1132</sup>

Hinsichtlich einer deutschen Beteiligung stellte die Bundesregierung unter Helmut Kohl drei Tage nach der Bundestagswahl bei einer Vorabklärung 14 Tornados und 500 Soldaten für einen möglichen NATO-Einsatz in Aussicht.<sup>1133</sup> Diese Zusage wurde offenbar „in Absprache mit Rot-Grün“ getroffen.<sup>1134</sup> Anfang Oktober befand sich der künftige Regierungschef Gerhard Schröder gemeinsam mit dem designierten Bundesaußenminister Joschka Fischer zu einem Antrittsbesuch bei der US-amerikanischen Regierung in Washington. Die Reise, an der auch Günter Verheugen und Ludger Volmer teilnahmen, diente u.a. dem Ziel, mögliche internationale Vertrauensdefizite

---

<sup>1128</sup> Vgl. Haftendorn 2001: 413; Krause 2000: 104f.

<sup>1129</sup> Resolution 1199 des UN-Sicherheitsrats vom 23. September 1998 zu Kosovo.

<sup>1130</sup> Vgl. Pradetto 1998; Krause 2000: 107.

<sup>1131</sup> Krause 2000: 111.

<sup>1132</sup> Milosevic lenkt im Kosovo-Konflikt ein; Milosevic erklärt sich zum Einlenken bereit; Die Westmächte trauen Milosevic noch nicht.

<sup>1133</sup> Gujer 1998a; Haftendorn 2001: 416.

<sup>1134</sup> Simmert 2002: 74.

gegenüber einer deutschen Regierung mit bündnisgrüner Beteiligung zu zerstreuen.<sup>1135</sup> Neben dem beidseitigen Bekenntnis zur Kontinuität in der transatlantischen Zusammenarbeit stellte auch die Kosovo-Krise einen Teilbereich der Gespräche dar.<sup>1136</sup> Da die neue Regierung förmlich noch nicht installiert war, ging es darum, wie sich Deutschland angesichts auch der verfassungspolitisch ungeklärten Legislativ-Situation in der Kosovo-Krise verhalten könnte.<sup>1137</sup> Presseberichten zufolge äußerte Präsident Clinton während eines Gesprächs mit Gerhard Schröder zunächst Verständnis für die von den deutschen Vertretern dargestellte innenpolitische Übergangssituation.<sup>1138</sup>

Kurz nach ihrer Rückkehr in Deutschland erreichte die Delegation jedoch die Meldung, dass man in Washington zwischenzeitlich umgedacht habe und eine Zustimmung zu einem möglichen Einsatz erwarte.<sup>1139</sup> Offensichtlich plante die US-amerikanische Regierung, durch frühzeitige „klare Positionen“ von Deutschland auch die Unterstützung weiterer NATO-Mitgliedstaaten für eine mögliche Militäraktion zu sichern.<sup>1140</sup> Das Umdenken ist möglicherweise auf einen Mangel an interner Abstimmung bei den amerikanischen Entscheidungsträgern zurückzuführen.<sup>1141</sup> Zu den Vermutungen gehört auch ein mögliches Hinwirken aus dem deutschen Verteidigungsministerium bei der amerikanischen Regierung.<sup>1142</sup>

Auf der Seite der deutschen Delegation gab es die „Vorstellung“, dass man „draußen bleiben könnte“ aus einem möglichen militärischen Konflikt im Kosovo.<sup>1143</sup> Angesichts der Zielsetzung

---

<sup>1135</sup> Wieland 1998.

<sup>1136</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1137</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1138</sup> Außenpolitik, noch vakuumgeschützt; Schelien 2001: 110f.

<sup>1139</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02. Verschiedentlich wird in diesem Zusammenhang von wenigen Minuten gesprochen, die den Beteiligten blieben, um die Entscheidung zu treffen. Auch Fischer bestätigt dies in einem Interview („Es gibt keinen deutschen Sonderweg“. Interview mit Joschka Fischer(2); vgl. Hofmann 1999; Albrecht 1999: 11; Maull 2000: 3).

<sup>1140</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02; vgl. die Aussagen des damaligen NATO-Sprechers Jamie Shea.: „Die politischen Führer spielten nun [während des Kosovo-Konflikts] die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung....Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren“ (zitiert nach: Es begann mit einer Lüge.).

<sup>1141</sup> Hofmann 1999.

<sup>1142</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1143</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

des Besuchs, außen- und sicherheitspolitische Verlässlichkeit einer rot-grünen Regierung zur westlichen Staatenkoalition zu dokumentieren, gaben Fischer und Schröder jedoch die Zusage, Deutschland an einer möglichen Intervention der NATO zu beteiligen. Das „rot-grüne Projekt“ sollte, wie Joschka Fischer in diesem Zusammenhang später sagte, nicht „an internationalen Konditionen scheitern..., bevor es überhaupt gestartet war“. <sup>1144</sup> Mit diesem Schritt war die Position der deutschen Regierung im Falle einer weiteren Eskalation der Kosovokrise vorbestimmt, ohne dass die außenpolitischen Akteure die Möglichkeit der Kommunikation innerhalb ihrer Parteien und mit der deutschen Öffentlichkeit gehabt hatten.

## **12.2 Die Kosovo-Abstimmungen im Bundestag**

Die Einflussnahme der US-amerikanischen Regierung enthielt u.a. auch die Forderung, eine parlamentarische Entscheidung Deutschlands über eine potentielle Militärintervention in Jugoslawien noch vor dem förmlichen Beginn der 14. Wahlperiode zu treffen. <sup>1145</sup> Da sowohl die amtierende als auch die zukünftige deutsche Regierung einer Beteiligung deutscher Truppen zugestimmt hatte, wurde in einer Sitzung der Fraktionsführer von alter und neuer Regierung am 12. Oktober eine gemeinsame Position für die vier Tage später stattfindende Bundestagsabstimmung erreicht. <sup>1146</sup> Fischer und Schröder erklärten unmittelbar nach dem Treffen, dass sie ihren Fraktionen eine Zustimmung zur deutschen Beteiligung empfehlen würden. <sup>1147</sup> Gleichzeitig wurde die Abstimmung in der bündnisgrünen als auch der SPD-Fraktion freigegeben. <sup>1148</sup>

Besonders Joschka Fischer konnte keine unmittelbare Zustimmung der bündnisgrünen Fraktion zu einem deutschen Beitrag erwarten. Dazu war der Widerspruch zur Position des bündnisgrünen Wahlprogramms, derzufolge man Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht mittrage, zu offensichtlich. <sup>1149</sup> Zudem war bereits vor der Washington-Reise auf einer Sitzung des Parteivorstands die „Sorge“ geäußert worden, Fischer könne unter Druck geraten, einem

---

<sup>1144</sup> Zitiert nach: Schwelien 2001: 112.

<sup>1145</sup> Krause 2000: 112; Hofmann 1999: 18.

<sup>1146</sup> Anwesend waren Kohl, Rühe, Schäuble, Kinkel, Gerhardt und Glos; zudem Schröder, Lafontaine und Fischer (vgl. Kabinett billigt Nato-Einsatz im Kosovo).

<sup>1147</sup> Vgl. Rot-Grün zurrt Grundlinien der Außenpolitik fest.

<sup>1148</sup> Vgl. Rot-Grün zurrt Grundlinien der Außenpolitik fest.

<sup>1149</sup> Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998: 148.



militärischen Eingreifen in Kosovo auch ohne Mandat der Vereinten Nationen zuzustimmen.<sup>1150</sup> Sowohl Jürgen Trittin als auch Angelika Beer hatten die Notwendigkeit eines UN-Mandats für einen Einsatz der NATO im Kosovo bekräftigt und verlauten lassen, eine Zusage der Delegation könne die Zustimmung zum Koalitionsvertrag in der Partei erschweren.<sup>1151</sup>

Unmittelbar vor der Bundestagsabstimmung bildeten „vorgefundene Tatsachen“<sup>1152</sup> die Argumentationsgrundlage in der bündnisgrünen Fraktion. Angelika Beer äußerte, die Entscheidung falle in den Verantwortungsbereich der alten Regierung.<sup>1153</sup> Wenn bündnisgrüne Abgeordnete einem Einsatz zustimmten, bleibe dies ein „Einzelfall“, der nicht die Linie der künftigen Regierung in der Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen werde.<sup>1154</sup> Auch Jürgen Trittin bestätigte, die „Erblast“, mit der sich die neue Regierung zu befassen habe, erzeuge „Konflikte, auch Widersprüchlichkeiten, Brüche zur eigenen Überzeugung.“<sup>1155</sup>

Ludger Volmer kündigte in einer – angesichts seiner Teilnahme an der Washington-Reise und dem dort erlangten Innenwissen – sehr scharfen Reaktion an, dem Antrag der alten Bundesregierung nicht zuzustimmen.<sup>1156</sup> In der parlamentarischen Debatte erklärte er die Argumentation, das militärische Agieren im Kosovokonflikt sei eine „Ausnahme“ und kein „Präzedenzfall“, für „Augenwischerei“. Jede beliebige Regionalmacht könne in Zukunft „auf das Beispiel verweisen“. In dem „Spannungsverhältnis von Völkerrecht und Bündnissolidarität“, in dem sich die bündnisgrünen Abgeordneten befänden, sagte Volmer jedoch gleichzeitig Außenminister Fischer „meine und die volle Unterstützung unserer Fraktion“ zu.<sup>1157</sup> Volmer zufolge gab es in der Fraktion „kritische Stimmen“, so dass ohne eine Gegenrede zum Regierungsantrag möglicherweise „die Koalition überhaupt nicht zustande gekommen“ wäre.<sup>1158</sup>

---

<sup>1150</sup> Vgl. Grüne: Kosovo-Krise könnte Regierungsbildung belasten.

<sup>1151</sup> Vgl. Trittin fordert neues Rollen-Verständnis der Grünen; Grüne: Kosovo-Krise könnte Regierungsbildung belasten.

<sup>1152</sup> Lohse 1998e.

<sup>1153</sup> Zitiert nach: Kabinett billigt Nato-Einsatz im Kosovo.

<sup>1154</sup> Zitiert nach: Grüne: Entscheidung über Ministerien bis zum Wochenende.

<sup>1155</sup> Zitiert nach: Keine Vorgabe der Grünen-Spitze für Kosovo-Abstimmung.

<sup>1156</sup> Zitiert nach: Bei den Grünen wahrscheinlich Mehrheit für Kosovo-Einsatz.

<sup>1157</sup> Volmer 1998b.

<sup>1158</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

Die bündnisgrünen Abgeordneten waren von Fischer über die Ergebnisse der Washington-Reise informiert worden.<sup>1159</sup> Das Interesse der bündnisgrünen Abgeordneten musste darin bestehen, Fischer angesichts des offensichtlichen Widerspruchs zum Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen nicht bereits vor Beginn seiner eigentlichen Amtszeit als Bundesaußenminister handlungsunfähig zu machen. Der beobachtbare „rücksichtsvolle Umgang“<sup>1160</sup> der bündnisgrünen Akteure untereinander belegt die Auffassung in der Fraktion, dass man Fischer „den Rücken stärken musste“.<sup>1161</sup>

Das Parlament unterstützte in der Abstimmung am 16. Oktober mit großer Mehrheit den Antrag zur Teilnahme der Bundeswehr an einem möglichen Militäreinsatz der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, um „den Eintritt einer humanitären Notlage durch den Einsatz von Streitkräften abzuwenden.“<sup>1162</sup> 500 Abgeordnete stimmten mit Ja, 62 mit Nein, 18 enthielten sich der Stimme. In der bündnisgrünen Fraktion stimmten neun der 49 Abgeordneten gegen den Antrag, acht enthielten sich.<sup>1163</sup> Für das Votieren der Akteure in der Fraktion war offensichtlich entscheidend, man sich „noch nicht in der Situation der unmittelbaren Verantwortung“ befand. Die Abweichler glaubten nicht, dass eine „eigene Fraktionsmehrheit“ während der Abstimmung notwendig sein würde.<sup>1164</sup>

Im November stand für den nunmehr installierten Bundestag der 14. Wahlperiode eine Entscheidung an, die erneut das Agieren Deutschlands im Zusammenhang einer militärischen Bearbeitung der Kosovo-Krise betraf. Das Parlament hatte über eine Beteiligung deutscher Kampfflieger an der Überwachung des Luftraums über dem Kosovo sowie die Teilnahme an der sogenannten *Extraction Force* der NATO zum Schutz der in den Kosovo entsandten OSZE-Beobachter zu entscheiden.<sup>1165</sup> Ziel der Zusage war die Stärkung der Glaubwürdigkeit der Drohungen gegenüber der jugoslawischen Regierung, sich an die mit der internationalen

---

<sup>1159</sup> Interview mit Nachtwei, 28.2.02.

<sup>1160</sup> Gaus 1998f.

<sup>1161</sup> Interview mit Nachtwei, 28.2.02.

<sup>1162</sup> Antrag der Bundesregierung zur Deutschen Beteiligung an den von der Nato geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt.

<sup>1163</sup> Vgl. Breite Mehrheit für Beteiligung der Bundeswehr an einem NATO-Einsatz.

<sup>1164</sup> Interview mit Nachtwei, 28.2.02.

<sup>1165</sup> Vgl. Gujer 1998b.

Kontaktgruppe getroffene Übereinkunft zu halten.<sup>1166</sup> Angesichts der programmatischen Passagen zu „Friedenspolitik“ und „Stärkung“ eines „Gewaltmonopols der Vereinten Nationen“ im Koalitionsvertrag waren mögliche Widerstände unter den Parlamentariern der Regierungsparteien gegen eine deutsche Beteiligung zu erwarten.<sup>1167</sup> In der Abstimmung votierten jedoch 555 Abgeordnete für den Antrag der Bundesregierung, 36 dagegen, zudem gab es sieben Enthaltungen.<sup>1168</sup> In dem Beschluss wurden u.a. 250 Soldaten für die NATO-Schutztruppe und „Kräfte, Logistik und Infrastruktur“ für mögliche „begrenzte und in Phasen durchzuführende Luftoperationen“ zur Verfügung gestellt.<sup>1169</sup> Für den Fall einer Notsituation der OSZE-Beobachter im Krisengebiet hatte Deutschland so eine Zustimmung zu einer vollen Beteiligung an einer Militäroperation gegeben.<sup>1170</sup>

Mit diesem überdeutlichen Abstimmungsergebnis wurde ein großer außen- und sicherheitspolitischer Konsens hinsichtlich des militärischen Engagements Deutschlands erreicht, in den auch die allermeisten Akteure der bündnisgrünen Fraktion einbezogen wurden.<sup>1171</sup> Elf bündnisgrüne Abgeordnete hatten zuvor „Bedenken“ geäußert.<sup>1172</sup> Abgelehnt wurde der Antrag in der Abstimmung letztlich lediglich von Monika Knoche; es gab zudem vier Enthaltungen, darunter Annelie Buntenbach und Hans-Christian Ströbele.<sup>1173</sup> Die große Zustimmung wurde mit der Überlegung begründet, dass die zivile Friedensüberwachung, wie sie durch die OSZE-Mission im Kosovo angestrebt wurde, eine Sicherheitskomponente benötige.<sup>1174</sup> In den folgenden Wochen entspannte sich die Situation im Krisengebiet trotz der Maßnahmen der internationalen Koalition nicht. Mitte Januar 1999 wurden in dem kosovarischen Dorf Racak

---

<sup>1166</sup> Vgl. Fischer 1998.

<sup>1167</sup> Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen: XI: 1, 7.

<sup>1168</sup> Vgl. Abstimmungsergebnis zum Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung an möglichen NATO-Operation zum Schutz und Herausziehen von OSZE-Beobachtern in Notsituationen.

<sup>1169</sup> Beschluß des Deutschen Bundestages am 19. November 1998 zur deutschen Beteiligung an möglichen NATO-Operationen zur Herauslösung von OSZE-Beobachtern aus dem KOSOVO in Notfallsituationen.

<sup>1170</sup> Vgl. Baumann 2001: 173.

<sup>1171</sup> Schöllgen 1999: 217.

<sup>1172</sup> Vgl. Bundestag beschließt deutsche Beteiligung im Kosovo.

<sup>1173</sup> Vgl. Abstimmungsergebnis zum Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung an möglichen NATO-Operation zum Schutz und Herausziehen von OSZE-Beobachtern in Notsituationen.

<sup>1174</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

45 Kämpfer der Albanischen Befreiungsarmee ermordet. Daraufhin verstärkte die NATO ihre Einheiten in der Adria und erhöhte die Einsatzbereitschaft der stationierten Truppen.<sup>1175</sup> Gleichzeitig intensivierte die internationale Kontaktgruppe unter Beteiligung der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Russlands ihre diplomatischen Bemühungen zur Bearbeitung des Konflikts.<sup>1176</sup> Im Zuge dieser Initiativen wurde schließlich ein mehrwöchiges Treffen der Konfliktparteien und der Kontaktgruppe ab Anfang Februar in Rambouillet bei Paris verabredet.<sup>1177</sup> Dabei führten vor allem amerikanische, britische und französische Diplomaten die Hauptverhandlungen, was zu Irritationen auf deutscher Seite führte, da Deutschland turnusmäßig die Präsidentschaft der EU sowie der G8 innehatte.<sup>1178</sup> Auch Russland bekundete Missstimmungen innerhalb der Kontaktgruppe, so dass eine Annäherung der russischen Regierung an die Positionen Jugoslawiens im Raume stand, zumal die Duma Anfang Februar mit großer Mehrheit beschlossen hatte, Jugoslawien im Falle eines Angriffs der NATO zu Hilfe zu kommen.<sup>1179</sup>

Noch während die diplomatischen Verhandlungen in Rambouillet im Gange waren, entschied der Bundestag am 25. Februar mit 556 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen und zehn Enthaltungen die Beteiligung der Bundeswehr an der militärischen Umsetzung eines Kosovo-Abkommens sowie an weiteren NATO-Operationen im Rahmen einer Notfalltruppe.<sup>1180</sup> Demnach konnten – einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss in Rambouillet vorausgesetzt – bis zu 6000 deutsche Soldaten in das Krisengebiet entsendet werden, um eine militärische Absicherung eines Abkommens zu gewährleisten.<sup>1181</sup> Die bündnisgrüne Fraktion betonte in einer Presseerklärung die unsichere Grundlage des Parlamentsbeschlusses: das tatsächliche Zustandekommen einer Übereinkunft zwischen den Konfliktparteien. Bei Abschluss eines Vertrages in Rambouillet sei

---

<sup>1175</sup> NATO verstärkt ihre Einheiten in der Adria. Nach dem Scheitern der Kosovo-Gespräche mit Milosevic.

<sup>1176</sup> Vgl. Außenminister Fischer schlägt Dauerverhandlungen der Konfliktparteien bis zu einer Friedenslösung vor; Kontaktgruppe fordert ein Ende des Kosovo-Konflikts.

<sup>1177</sup> Gaupp 1999.

<sup>1178</sup> Weller 1999: 227; Krause 2000: 113.

<sup>1179</sup> Duma stellt sich auf die Seite Belgrads.

<sup>1180</sup> Gujer 1999a.

<sup>1181</sup> Vgl. Antrag der Bundesregierung zur Deutschen Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für den Kosovo sowie an NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force).

jedoch ein „Einsatz von Friedenstruppen“ – in Übereinstimmung zum Beschlusstext des Bundestags – „völkerrechtlich unproblematisch“.<sup>1182</sup> Lediglich fünf Abgeordnete der bündnisgrünen Fraktion stimmten gegen den rot-grünen Regierungsantrag, darunter Christian Ströbele, der in einer schriftlichen Erklärung argumentierte, dem Einsatz von Streitkräften der Bundeswehr fehle die völkerrechtliche Grundlage, da ein UN-Mandat nicht vorhanden und zudem die Zustimmung beider Konfliktparteien zu einem Einsatz internationaler Truppen notwendig sei.<sup>1183</sup>

Die zustimmende Haltung beinahe der gesamten Fraktion stand im Zusammenhang mit Erfahrungen mit der Effektivität militärischen Agierens in Bosnien-Herzegowina in der vorangegangenen Jahren: Die Menschenrechtssituation hatte dort ohne militärisches Agieren der internationalen Staatenkoalition nicht beendet werden können. Das Vorgehen der serbischen Milizen und der jugoslawischen Armee, vor allem das Massaker von Racak, ähnelte dem Geschehen in Bosnien einige Jahre zuvor und prägte nun als „Erfahrungshintergrund... wesentlich die Diskussions- und Entscheidungsprozesse“.<sup>1184</sup> Die Einheitlichkeit des Abstimmungsergebnisses in der bündnisgrünen Fraktion basierte also einerseits auf der Erwartung einer effektiven, weil militärisch gestützten Konfliktbearbeitung im Kosovo.

Darüber hinaus forcierte Volmer zufolge das Problem der Bearbeitung der Krisensituation im Kosovo als Regierungspartei und im Rahmen des internationalen Staatenbündnisses bei den bündnisgrünen Akteuren einen „Lernprozess“, sich in Entscheidungssituationen

„nicht mit theoretisch wünschenswerten Optionen, sondern mit real vorfindbaren Alternativen befassen [zu müssen]“.<sup>1185</sup>

Die Wahl „real vorfindbarer“ Handlungsalternativen bei den Bundestagsabstimmungen im November und Februar stand offensichtlich im Zusammenhang eines „sehr starken Loyalitätsdruck[s]“ innerhalb der rot-grünen Koalition.<sup>1186</sup> Der veränderte Umgang mit institutionellen Handlungsoptionen in der Fraktion hatte indes Konsequenzen für die

---

<sup>1182</sup> Vgl. Stellungnahme der Pressestelle der Fraktion: „Kosovo-Einsatz der Bundeswehr“.

<sup>1183</sup> Ströbele 1999.

<sup>1184</sup> Nachtwei 2001: 2.

<sup>1185</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1186</sup> Interview mit Nachtwei, 28.2.02.

innerparteiliche Interessenrepräsentation. Insbesondere diejenigen, die bei der Bundestagswahl Abgeordnete des linken Flügels gewählt hatten, um eine „pazifistische Stimme“ in der Fraktion zu haben, wurden bei der Zustimmung zum militärischen Agieren Deutschlands „nicht mitgenommen“.<sup>1187</sup> Die linken Akteure in der Fraktion mussten folglich der *Constituency* gegenüber eine der offiziellen Wahlprogrammatik der Partei widersprechende Position überzeugend kommunizieren, um die Unterstützung von Aktivisten und Stammwählern nicht zu verlieren.

### **12.3 Reaktionen auf die NATO-Luftschläge**

Mitte März unterzeichneten die Vertreter der Kosovo-Albaner in Rambouillet das von der Kontaktgruppe entwickelte Abkommen. Da die jugoslawische Führung jedoch jedwede Zugeständnisse verweigerte, scheiterten die Verhandlungen am 19.3. endgültig.<sup>1188</sup> Angesichts erneuter Vertreibungen im Kosovo in den Tagen nach Ende der Konferenz begann die NATO am 24. März, Luftangriffe auf Jugoslawien durchzuführen.<sup>1189</sup> An den gezielten Schlägen der NATO-Streitkräfte waren von Beginn an mindestens sechs deutsche Tornados beteiligt.<sup>1190</sup>

Die bündnisgrüne Fraktion stand einmütig hinter der Entscheidung zur Bombardierung Jugoslawiens. Helmut Lippelt sagte in der Bundestagsdebatte am 26.3., weder Deutschland noch die NATO dürften die „Rolle eines Weltpolizisten“ anstreben. „Massenmord“ jedoch beschädige jeden Versuch einer „Weltfriedensordnung“, weshalb man einen „Krieg in der Mitte Europas“ verhindern müsse.<sup>1191</sup> Angelika Beer erklärte, Bundesaußenminister Fischer habe „die diplomatischen Möglichkeiten bis zur letzten Sekunde“ ausgenutzt. Wer die Partei als „Kriegstreiber“ bezeichne, müsse die Frage beantworten können, „was denn die Alternative zu dieser schwierigen Entscheidung gewesen“ wäre.<sup>1192</sup> Ludger Volmer sagte in einer persönlichen Erklärung, wenn

---

<sup>1187</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>1188</sup> Vgl. Interim Agreements for Peace and Self-Government in Kosovo; Weller 1999: 211-213.

<sup>1189</sup> Friis/Murphy 2001: 768.

<sup>1190</sup> NATO setzt Angriff gegen Serbien fort.

<sup>1191</sup> Vgl. Lippelt 1999a.

<sup>1192</sup> Beer 1999a.

„verbrecherische Kräfte unsere Friedfertigkeit gegen unsere Menschlichkeit bewusst ausspielen wollen, kann für uns politische Pazifisten der Punkt erreicht sein, wo sich unsere Friedfertigkeit erschöpft hat.“<sup>1193</sup>

Angesichts der breiten Unterstützung in der Fraktion gingen Beobachter davon aus, dass kein relevanter Teil der Bundestagsfraktion der Bundesregierung die Unterstützung versagen würde.<sup>1194</sup> Und in der Tat wurde die Unterstützung der NATO-Militäraktion in der bündnisgrünen Fraktion „nicht ernsthaft“ in Frage gestellt.<sup>1195</sup> Sechs Bundestagsabgeordnete sprachen sich jedoch in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Intervention aus. In dem Papier hieß es, die NATO mache sich

„zu einem Teil der Eskalationslogik des Kriegs im Kosovo. Welches politische Ziel mit diesen Luftschlägen durchgesetzt werden kann, bleibt völlig unklar.“<sup>1196</sup>

Der Rekurs der sechs Parlamentarier auf den pazifistischen *causal belief* einer Eskalationsspirale spiegelte die Position linker Aktivisten wider. Dies verdeutlichte der Inhalt eines Appells, der von den oben genannten sechs Bundestagsabgeordneten, dem Europaparlamentarier Frieder Otto Wolf sowie etwa 500 Parteimitgliedern unterzeichnet wurde. Der Aufruf betonte ebenfalls die Gefahr,

„dass die humanitäre Situation durch die Luftangriffe weiter verschärft und neuer Hass gesät wird... Wir fordern, dass unter neutraler Vermittlung ein Friedensabkommen ausgehandelt wird.“<sup>1197</sup>

Die deutsche Regierung müsse darauf hinwirken, beim NATO-Gipfel im April 1999 entsprechend dem Koalitionsvertrag der „Selbstmandatierung [der NATO] einen Riegel

---

<sup>1193</sup> Volmer 1999a: 6.

<sup>1194</sup> Vgl. Lohse 1999a.

<sup>1195</sup> Simmert 2002: 74.

<sup>1196</sup> Gemeinsame Erklärung der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Monika Knoche, Steffi Lemke, Irmgard Schewe-Gerigk, Christian Simmert, Christian Ströbele und Sylvia Voß zum Krieg im Kosovo.

<sup>1197</sup> Appell grüner Parteimitglieder: „Den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort beenden! Den Weg für eine friedliche und langfristige Lösung des Kosovo-Konflikts offen halten!“.

vor[zu]schieben.“<sup>1198</sup> Angesichts dieser inhaltlichen Parallelen ist davon auszugehen, dass das Papier der Abweichler in der Fraktion einen „ehrlichen, aber für Weltanschauungsbedürfnisse instrumentalisierten Reflex“ auf die Forderungen der Aktivisten darstellte.<sup>1199</sup>

Angesichts dieser Positionsbeziehung in der *Constituency*, angesichts auch prominenter Parteiaustritte<sup>1200</sup> und einer bekundeten „großen Enttäuschung“ über die Außen- und Sicherheitspolitik der Partei in Organisationen der Friedensbewegung<sup>1201</sup> forderte der Bundesvorstand Ende März dazu auf, parallel zu dem militärischen Vorgehen im Kosovo diplomatische Initiativen zu ergreifen.<sup>1202</sup> Auch in der Fraktion wurde nunmehr die Kritik am Agieren der Bundesregierung lauter. Am 11. April monierte Angelika Beer in einem öffentlichen Brief, den Abgeordneten hätte vor der Bundestagsabstimmung vom 25. Februar der Vertragsentwurf von Rambouillet zugänglich gemacht werden müssen. Bei Kenntnis des Textes hätte sie „anders“ abgestimmt.<sup>1203</sup> Zwar legte Fischer bereits am 24. Februar 1999 dem Auswärtigen Ausschuss den Text des Rambouillet-Abkommens inklusive des umstrittenen „Annex B“ vor.<sup>1204</sup> In der bündnisgrünen Fraktion herrschte offenbar dennoch ein „Informationsdefizit“ hinsichtlich des Verhandlungsverlaufs in Rambouillet.<sup>1205</sup> Die bündnisgrüne Fraktion bezeichnete in einer Stellungnahme die Vorwürfe von Frau Beer als

---

<sup>1198</sup> Appell grüner Parteimitglieder: „Den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort beenden! Den Weg für eine friedliche und langfristige Lösung des Kosovo-Konflikts offen halten!“.

<sup>1199</sup> Wiesenthal 1999: 37.

<sup>1200</sup> Unter den Austritten befand sich die ehemalige bayrische Abgeordnete des deutschen Bundestags Halo Saibold (vgl. Bannas 1999).

<sup>1201</sup> Vgl. Die Wahl zwischen Pest und Cholera.

<sup>1202</sup> Vgl. Alle Ansätze zu einer Lösung des Kosovo-Konfliktes ernsthaft prüfen.

<sup>1203</sup> Beer 1999b; vgl. Fischer spricht von „üblen“ Vorwürfen; Albrecht 1999: 13. Der schleswig-holsteinische Landesverband, dem Beer angehört, setzte sich zur gleichen Zeit für einen sofortigen Stopp der Luftangriffe der NATO ein (vgl. Das Bomben stoppen – bedingungslos). Eine kausale Verbindung zwischen der Position des schleswig-holsteinischen Landesverbandes und dem Agieren von Frau Beer wurde von Hugler nicht angenommen (Interview mit Hugler, 8.3.02).

<sup>1204</sup> Lippelt 1999b.

<sup>1205</sup> Simmert 2002: 72f. Offensichtlich ist der Annex B des Abkommens von Rambouillet jedoch nicht der Anlass zum Scheitern einer Einigung zwischen den Verhandlungspartnern gewesen. Das Verhandlungsergebnis ist demgegenüber vor allem auf die Weigerung der jugoslawischen Regierung zurückzuführen, überhaupt Konzessionen einzugehen (Weller 1999: 211-213; vgl. Lohse 1999b; Hofmann 1999).



„nicht gerechtfertigt“.<sup>1206</sup> Der „politische und persönliche Druck“ auf mögliche Abweichungen von der Regierungslinie war zu diesem Zeitpunkt indes „immens“.<sup>1207</sup>

Mitte April speiste Bundesaußenminister Fischer eine Initiative in die internationalen Bemühungen zur Beendigung der Kosovo-Krise ein, die eine Unterbrechung der NATO-Luftangriffe vorsah, falls von jugoslawischer Seite mit einem Truppenrückzug begonnen würde.<sup>1208</sup> Der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen stellte sich zur gleichen Zeit offen gegen die NATO-Intervention. Abweichend von Fischers Initiative sollte mittels einer kurzzeitigen „Feuerpause“ der jugoslawischen Armee die Möglichkeit zum Rückzug gegeben werden. Die Luftangriffe auf Ziele außerhalb des Kosovo müssten „befristet“ unterbrochen werden, um „ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die NATO an einer diplomatischen Lösung interessiert ist.“<sup>1209</sup> Der Bundesvorstand erwartete einerseits, dass durch diese Vorgehensweise eine Deeskalation der Krise zu erreichen sei.<sup>1210</sup>

Die Berichterstattung über fehlgeleitete Bombardierungen ziviler Objekte und der Beschuss der chinesischen Botschaft unterstützten in der Folge einen Glaubwürdigkeitsverlust der Politik der Bundesregierung und von Bundesaußenminister Fischer.<sup>1211</sup> So wurde auch die Unterstützung für die NATO-Intervention bei Bündnis 90/Die Grünen immer geringer.<sup>1212</sup> Angesichts einer beobachtbaren Radikalisierung der Vertreibung durch die Luftangriffe der NATO und der Solidarisierungseffekte zwischen jugoslawischer Bevölkerung und Regierung sah man in der bündnisgrünen Fraktion die „Wirksamkeit der Mittel immer mehr in die Ferne rutschen.“<sup>1213</sup> Eine Erklärung von Christian Sterzing, Winnfried Nachtwei und Claudia Roth vom 13.4. plädierte für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch.<sup>1214</sup> Der Babelsberger Kreis äußerte bei einem Treffen in Kassel mehrheitlich die Position, dass „die NATO-Strategie nicht funktioniert“.

---

<sup>1206</sup> Vgl. Breite parlamentarische Unterstützung für die Bundesregierung; Volmer 1999b.

<sup>1207</sup> Simmert 2002: 79.

<sup>1208</sup> Vgl. Der deutsche Kosovo-Friedensplan vom 14.4.1999.

<sup>1209</sup> Grüne unterstützen Initiative für Frieden im Kosovo.

<sup>1210</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02; Interview mit Buntenbach, 28.2.02.

<sup>1211</sup> Meyer/Schlotter 2000: 43-45; Simmert 2002: 90.

<sup>1212</sup> Simmert 2002: 81.

<sup>1213</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1214</sup> Vgl. Zurück zur Politik! Erklärung der Bundestagsabgeordneten Christian Sterzing, Winnfried Hermann, Winnie Nachtwei, Claudia Roth, Hans-Josef Fell, Klaus Müller.

Dennoch wolle niemand die „Regierung mutwillig zerschlagen“, wie Fritjof Schmidt formulierte.<sup>1215</sup> Auch Bundesumweltminister Jürgen Trittin, der hinsichtlich seiner Position in der Öffentlichkeit Stillschweigen wahrte, hinterfragte in einer Kabinettsitzung den „Sinn“ der Bombardierung ziviler Ziele im Kosovo durch die NATO, vermied allerdings eine Eskalation mit Joschka Fischer, der die Sitzung leitete.<sup>1216</sup>

Die Akteure auf Bundesebene konnten sich der von den Aktivisten ausgehenden Diskussion nicht entziehen. So entstand eine Auseinandersetzung um die außen- und sicherheitspolitische Linie der Partei, die die rot-grüne Regierungskoalition essentiell gefährden konnte. Mangelnde Unterstützung des Bundesaußenministers durch die Partei Bündnis 90/Die Grünen konnte dessen Rücktritt provozieren und – aufgrund Fischers Funktion als personelles Bindungsglied zwischen den Koalitionsparteien<sup>1217</sup> – ein mögliches Ende der Regierungsbeteiligung nach sich ziehen. So löste der Konflikt im Kosovo eine der schwersten Krisen in der Parteigeschichte aus.<sup>1218</sup>

## **12.4 Der Parteitag in Bielefeld**

Bereits kurz nach Beginn der Luftangriffe auf Ex-Jugoslawien waren in der Partei Forderungen nach einem Sonderparteitag erhoben worden.<sup>1219</sup> Anfang April berief der Bundesvorstand für den 13. Mai eine Bundesdelegiertenkonferenz zum Kosovo-Konflikt ein.<sup>1220</sup> Der relativ späte Termin – sieben Wochen nach Beginn der Militäraktion der NATO – hatte zunächst logistische Gründe. Eine „Begleitmotivation“ bestand zudem darin, die unmittelbare Entwicklung im Krisengebiet abzuwarten.<sup>1221</sup> Die militärische Intervention konnte bis zum angesetzten Termin erfolgreich beendet und das Interesse an einem Sonderparteitag hinfällig werden. Angesichts der

---

<sup>1215</sup> Zitiert nach: Grüne uneins über Kosovo-Krieg. Offenbar wurde während des Treffens enormen Druck auf Bundesvorstandssprecherin Radcke ausgeübt (Radcke 2001: 126f).

<sup>1216</sup> Vgl. Grüne uneins über Kosovo-Krieg. Später sagte Trittin in einem Interview: „Das Manko dieses Einsatzes zeigt sich ja darin, dass die Effektivität, das heißt das Erreichen der Ziele, ich will es vorsichtig formulieren, etwas zu wünschen übrig lässt.“ („Uns droht nicht Spaltung, sondern Erosion“. Interview mit Jürgen Trittin).

<sup>1217</sup> Vgl. Warum Fischer Außenminister werden muss.

<sup>1218</sup> Bundesvorstandssprecherin Antje Radcke sprach sogar von der „schwersten Krise der Partei in ihrer Geschichte“ (Radcke 2001: 117).

<sup>1219</sup> Vgl. Bannas 1999.

<sup>1220</sup> Vgl. Grüne wollen diplomatische Initiative.

<sup>1221</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

wachsenden Kritik im Laufe der militärischen Aktion stellte sich der Parteitagstermin jedoch immer mehr als ein wichtiger Entscheidungspunkt für die Handlungsfähigkeit von Bündnis 90/Die Grünen als Regierungspartei sowie für den Zusammenhalt der Partei insgesamt heraus.

Möglich waren zwei Entwicklungen, die beide unvorhersehbare Folgen für Regierungsbeteiligung sowie für die Organisationsstruktur der Partei besaßen.<sup>1222</sup> Einerseits konnten sich die Delegierten gegen die NATO-Luftschläge und folgerichtig auch gegen die Position der Bundesregierung aussprechen: Vor allem der Widerspruch einer deutschen Beteiligung an der Intervention zur Parteiprogrammatik konnte die Delegierten zu einer solchen Entscheidung veranlassen. Die potentielle Folge des Parteitags war dann entweder ein Ende der rot-grünen Koalition oder eine Spaltung der Partei in zwei Splittergruppen.<sup>1223</sup> Offensichtlich intendierten die Akteure des realpolitischen Flügels im Falle einer mangelnden Unterstützung auf dem Parteitag, bei Abspaltung der Linken mit der Realo-Mehrheit der Bundestagsfraktion die Koalition fortzusetzen.<sup>1224</sup> Demgegenüber besaßen große Teile der Akteure des linken Flügels nicht die Absicht, die Partei zu verlassen, wie im Vorfeld des Parteitags bereits intern deutlich gemacht wurde.<sup>1225</sup>

Die aus Sicht der Akteure mit weniger parteistrukturellen Konsequenzen behaftete, zweite Handlungsoption der Parteidelegierten bestand darin, den Entscheidungen der Bundesregierung und der Fraktionsmehrheit zuzustimmen.<sup>1226</sup> Auch unter den Aktivisten war ein Interesse vorhanden, die Koalition zu halten, um so die Chance zur Implementierung bündnisgrüner Positionen zu besitzen. Die Motivation der Delegierten entstand demzufolge *ex negativo*: Im Falle einer mangelnden Unterstützung des Regierungskurses würden die von Fischer angestrebten, und auch von der *Constituency* begrüßten diplomatischen Initiativen scheitern.<sup>1227</sup> Aus Sicht der Akteure in Fraktion und Parteivorstand war entscheidend, in Bielefeld einen Minimalkonsens zu erzielen, auf dessen Basis den Interessen der *Constituency* Rechnung getragen werden konnte, ohne die rot-grüne Koalition zu gefährden. Die Regierungsmitglieder setzten bereits im Vorfeld des Parteitags

---

<sup>1222</sup> Lohse 1999c.

<sup>1223</sup> Vgl. Lees 2000: 129.

<sup>1224</sup> Raschke 2001: 292.

<sup>1225</sup> Simmert 2002: 90.

<sup>1226</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02; Viering 1999.

<sup>1227</sup> Vgl. Prantl 1999.

„in Absprache mit dem Bundesvorstand [von Bündnis 90/Die Grünen] auf einen Formelkompromiss, der einerseits der unruhigen Parteiseele entgegenkam und gleichzeitig das Regierungsbündnis stabilisieren sollte.“<sup>1228</sup>

Die Fraktionsvorsitzenden Müller und Schlauch waren dementsprechend bemüht zu verdeutlichen, dass die Partei trotz unterschiedlicher Positionen zur Militäraktion im Kosovo nicht vor einer Spaltung stehe.<sup>1229</sup> In der „riesengroßen Verantwortung für die Vorbereitung“ des Sonderparteitages<sup>1230</sup> tat sich besonders Bundesgeschäftsführer Bütikofer durch „strategisches Management“ hervor.<sup>1231</sup>

Die Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld verlief in vielerlei Hinsicht außerordentlich. Zum ersten Mal sicherten Polizeieinheiten einen bündnisgrünen Parteitag. Lautstarke Randalierer störten die Redebeiträge, Höhepunkt war ein Farbbeutel, der Außenminister Fischer aus der Menge traf. Im Vorfeld waren insgesamt 104 Anträge zum Kosovo-Konflikt eingereicht worden, von denen zwölf in Bielefeld zur Abstimmung gestellt wurden.<sup>1232</sup> Zu den wichtigsten Eingaben gehörte zunächst der Antrag des Bundesvorstands, der im Wesentlichen die bereits Mitte April gestellte Forderungen nach einer befristeten Feuerpause enthielt. In einem zweiten Antrag argumentierte die Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach hinsichtlich der politischen Handlungsstrategie der Partei.<sup>1233</sup> In ihrer Rede sagte sie, man müsse die Debatte um den militärischen Einsatz der Bundeswehr von dessen politischen Konsequenzen trennen.

„Wir können es uns bei dem drohenden Verlust der Zukunftsfähigkeit unserer Partei nicht leisten, uns die Klärung der inhaltlichen Frage verstellen zu lassen durch die strategische Frage, ob wir eine Position erfolgreich durchsetzen können. Zuerst muss diese Position geklärt werden.“<sup>1234</sup>

---

<sup>1228</sup> Simmert 2002: 87.

<sup>1229</sup> Vgl. Grünen-Politiker beschwören Zusammenhalt der Partei.

<sup>1230</sup> So formulierte es Vorstandssprecherin Antje Radcke (zitiert nach: Radcke hält Auseinanderbrechen der Partei möglich).

<sup>1231</sup> Vgl. Raschke 2001: 42.

<sup>1232</sup> Vgl. Protokoll der 2. Außerordentlichen Bundesversammlung, „Frieden und Menschenrechte vereinbaren“.

<sup>1233</sup> „Die NATO-Luftangriffe sofort und endgültig beenden“. Antrag 77 auf der 2. Außerordentlichen Bundesversammlung in Bielefeld.

<sup>1234</sup> Buntenbach 1999.

Inhaltlich sah Buntenbach als Ziel bündnisgrüner Außen- und Friedenspolitik nach wie vor die „universelle Wahrung von Menschenrechten“, wobei sie kriegsrische Mittel grundsätzlich nicht zur Durchsetzung von Menschenrechten geeignet hielt. „Auch Krieg ist Menschenrechtsverletzung.“<sup>1235</sup> In dieser Gegenüberstellung von Handlungsoptionen der Menschenrechtssicherung und der Norm der Gewaltfreiheit bezog sich Buntenbachs Antrag nicht primär auf die konkrete Bearbeitung der Kosovo-Krise durch die Partei.<sup>1236</sup> Vielmehr wurden von Buntenbach der Notwendigkeit, glaubwürdige außen- und sicherheitspolitischen Positionen zu formulieren, die Folgen entgegengestellt, die eine Zustimmung des Parteitags zur Position der Regierung haben würde. Buntenbach gedachte „Sachfragen nicht hinter Machtfragen zu verstecken“, die „Existenzberechtigung“ der Partei sah sie folgerichtig darin, „in zentralen inhaltlichen Fragen eine klare Linie“ zu verdeutlichen und so „politische Glaubwürdigkeit sowie „gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeit“ zu erhalten.<sup>1237</sup> Diesem strategischen Ziel eines überzeugenden programmatischen Profils sowie der Interessenvertretung der bündnisgrünen *Constituency* wurde die Effektivität außenpolitischer Problembearbeitung mittels der von Volmer benannten „vorfindbaren Alternativen“<sup>1238</sup> untergeordnet.

Nachdem Buntenbachs Antrag in der Zwischenabstimmung scheiterte, erwies sich der Antrag von Claudia Roth und Christian Ströbele als die wichtigste, mit dem Papier des Bundesvorstands in der Endabstimmung konkurrierende Position.<sup>1239</sup> In dem Antrag hieß es, die Strategie der NATO in Jugoslawien sei „gescheitert“. Die politische Autorität des Bündnisses stehe auf dem Spiel und drohe nunmehr innerhalb einer „Eskalationsdynamik“ zum „zentralen Motiv der Kriegsführung“ zu werden.

„Wer politischen und wirtschaftlichen Druck ausübt, sieht hilflos zu; wer bombardiert handelt... So [Mit dieser Maxime] können wir dem politischen Dilemma, das aus der begrenzten Wirksamkeit des Handelns entsteht, keineswegs entkommen.“<sup>1240</sup>

---

<sup>1235</sup> Buntenbach 1999.

<sup>1236</sup> Vgl. Raschke 2001: 348.

<sup>1237</sup> Interview mit Buntenbach, 28.2.02.

<sup>1238</sup> Vgl. Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1239</sup> Mitunterzeichner des Antrags waren Frithjof Schmidt, Bärbel Höhn und Frieder Otto Wolf (Ströbele /Roth 1999).

<sup>1240</sup> Ströbele /Roth 1999.

Claudia Roth und Christian Ströbele sprachen sich dafür aus, den Menschenrechten mit zivilen Mitteln Geltung zu verschaffen. Der Konfliktprävention und -bearbeitung müssten höhere „gesellschaftliche Anerkennung sowie Umsetzungsmöglichkeiten“ verschafft werden.<sup>1241</sup> In der sprachlichen Differenzierung zwischen der vom Bundesvorstand geforderten „Feuerpause“, d.h. einer zwischenzeitlichen Beendigung der Gefechte, und einem im Antrag geforderten „Waffenstillstand“, also dem definitiven Ende des bewaffneten Konfliktes zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien, wurde – nach außen kaum erkennbar – ein „Grundsatzkonflikt“ zwischen Befürwortern und Gegnern von militärischem Handeln ausgetragen.<sup>1242</sup>

In der Endabstimmung unterstützten sechzig Prozent der Delegierten den Antrag des Bundesvorstandes.<sup>1243</sup> In der Parteitagsresolution wurde eine einseitige Unterbrechung der NATO-Luftangriffe gefordert, mit dem bekundeten Ziel, einen Rückzugsbeginn der serbischen Einheiten aus dem Kosovo zu ermöglichen. Sodann sollten diplomatische Verhandlungen mit den Konfliktparteien wieder aufgenommen werden. Von den Vereinten Nationen delegierte militärische Einheiten könnten sowohl zu friedenserhaltenden als auch zu friedens erzwingenden Maßnahmen eingesetzt werden, dürften jedoch „nach Lage der Dinge nicht unter NATO-Kommandantur stehen.“<sup>1244</sup> Eine bemerkenswerte Verschiebung vollzog sich in der Bestimmung des übergeordneten außen- und sicherheitspolitischen Handlungsziels der Partei. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, „die grundsätzliche Orientierung am Pazifismus“ beizubehalten.

„Wir wollen [den Pazifismus] entfalten als politischen Pazifismus, der sich zum Ziel setzt, die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen durch die Herausarbeitung eines wirksamen Gewaltmonopols der Vereinten Nationen zurückzudrängen.“<sup>1245</sup>

Diese Zielformulierung einer relativen „Zurückdrängung“ von Gewalt in den internationalen Beziehungen bedeutete eine substanzielle Veränderung des pazifistischen Optionensets der

---

<sup>1241</sup> Ströbele/ Roth 1999.

<sup>1242</sup> Raschke 2001: 350.

<sup>1243</sup> Protokoll der 2. Außerordentlichen Bundesversammlung „Frieden und Menschenrechte vereinbaren“.

<sup>1244</sup> „Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden, der seinen Namen zurecht trägt!“. Beschluss der 2. Außerordentlichen BDK in Bielefeld.

<sup>1245</sup> „Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden, der seinen Namen zurecht trägt!“. Beschluss der 2. Außerordentlichen BDK in Bielefeld.

Partei. Eine „Zurückdrängung“ implizierte lediglich einen graduellen Schritt in Richtung einer – zuvor für das außenpolitische Agieren Deutschlands normativ festgelegten – Abwesenheit von militärischer Gewalt. Insofern wurde an dieser Stelle unter dem hergebrachten Begriff des „Pazifismus“ ein neues Handlungsziel verfasst. Nachtwei kam nach dem Parteitag zu dem Schluss, dass auf der Basis der Resolution der „radikale Pazifismus... keine Chance mehr“ in der Partei habe.<sup>1246</sup> Radcke zufolge wurde auf der Grundlage des Parteitagsergebnisses sogar mit „dem Pazifismus“ als einem politischen „Grundpfeiler“ der Partei „gebrochen“.<sup>1247</sup> In der Tat entfiel in der Resolution mit der Norm der Gewaltfreiheit ein wesentliches pazifistisches Ideologem der Partei.

Obwohl die Position der Bundesregierung keine Zustimmung der Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen erhielt, muss das Abstimmungsergebnis von Bielefeld als äußerst moderat gelten. Die Konsenslinie des Bundesvorstandes setzte sich durch, die Parteitagsresolution stellte aus Sicht der Akteure in der Regierung die „schwächste Form der Ohrfeige“ dar.<sup>1248</sup> Der wesentliche Grund für das moderate Verhalten der Delegierten beruhte zudem auf der Überlegung, dass man den Kriegsverlauf ohnehin nicht beeinflussen konnte, jedoch über das Agieren von Bundesaußenminister Fischer „überproportional Einfluss auf den Friedensprozess“ habe.<sup>1249</sup> Die Widersprüche zwischen Parteiprogrammatik und dem Agieren der Regierungsakteure wurden in der Mehrheitsentscheidung des Parteitags dementsprechend von Interessen der Delegierten an der Implementierung bündnisgrüner Positionen übertroffen. Ströbele verdeutlichte die institutionelle Zielsetzung nach dem Parteitag:

„Was die Grünen als Partei wesentlich zusammenhält, ist die Frage der Regierung... Wir können doch nicht, da fliegen wir aus der Regierung, dann ist das zu Ende, das ist ungefähr das Schlüsselwort.“<sup>1250</sup>

Die Interessen an der Implementierung bündnisgrüner Positionen in verschiedenen Politikbereichen ließ die Delegierten „unter allseitigen Schmerzensbekundungen“<sup>1251</sup> eine Art

---

<sup>1246</sup> Zitiert nach: Lohse 1999e.

<sup>1247</sup> Radcke 2001: 132.

<sup>1248</sup> Lohse 1999c.

<sup>1249</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1250</sup> Zitiert nach Raschke 2001: 393.

<sup>1251</sup> Viering 1999; Interview mit Nachtwei.

„Stillhalteabkommen“<sup>1252</sup> mit den Akteuren in Parteiführung und Regierung schließen. Die Delegierten wandten sich zwar gegen die Fortführung der militärischen Intervention, entscheidend war jedoch das Motiv, das Handeln der rot-grünen Regierung bei geringen symbolischen Konzessionen mitzutragen. Dem entsprach das Interesse der Akteure, den Interessen der *Constituency* so weit zu entsprechen, wie dies die essentielle Handlungsfähigkeit der Regierung nicht gefährdete. Demzufolge war für das Zustandekommen der Parteitagsentscheidung vor allem auch die Kompromisshaltung des Bundesvorstandes wichtig, mit den Aktivisten eine gemeinsame programmatische Handlungsgrundlage zur Bearbeitung der Kosovo-Krise zu „vereinbaren“.<sup>1253</sup>

Die programmatische Position, die auf dem Parteitag formuliert wurde, diente dabei der sprachlichen Begründung von institutioneller Interessenverfolgung. Durch die Benennung eines so genannten „politischen Pazifismus“ als Handlungsziel konnte eine Kontinuität der bisherigen offiziellen außen- und sicherheitspolitischen Programmatik verdeutlicht werden. Trotz der programmatischen Verschiebung von einer normativ geforderten „gewaltfreien“ Politik Deutschlands hin zu einer „Herstellung“ von Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen konnte unter Verwendung des Begriffs „Pazifismus“ der Eindruck einer programmatischen Kontinuität vermittelt werden. Dieser wiederum ermöglichte es, Verdachtsmomente und Kritik innerhalb und außerhalb der Partei gegenüber einem Akteurshandeln zu beseitigen, das nicht mit zuvor programmatisch bestimmten institutionellen Handlungsoptionen entsprach. Die ideologische „Legitimationsfunktion“ diente somit der Verfolgung von „Herrschaftsinteressen...“, die einer Rechtfertigung, Verhüllung oder Verbrämung bedürfen.“<sup>1254</sup>

Da die benannten Optionensets die Interessen sowohl der Akteure in Parteiführung als auch der Aktivisten symbolisch bekundeten, formierte die pazifistische Ideologie hier eine „*post hoc*-Legitimation“ kollektiver Motive.<sup>1255</sup> Diese Kollektivfunktion benennt demnach nicht das rationale Interesse einzelner Akteure, die sich Handlungsalternativen bewusst bedienen, um für Unterstützung zu mobilisieren.<sup>1256</sup> Die Legitimationsfunktion vermittelte vielmehr zwischen den

---

<sup>1252</sup> Buchsteiner 1999.

<sup>1253</sup> Das Motto des Bielefelder Parteitags, „Frieden und Menschenrechte vereinbaren“, wirkte bereits in diese Richtung.

<sup>1254</sup> Häckel 2000: 148.

<sup>1255</sup> Raymond 1997: 213.

<sup>1256</sup> Vgl. Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 63.



verschiedenen „gespürten“ Motiven, die sich oft innerhalb derselben Akteure fanden.<sup>1257</sup> Entscheidend dabei war die „diskursive Kommunikation“, und ein „leidenschaftliche[s], überwiegend argumentative[s] Ringen“ in der Partei bis zur Entscheidung der Delegierten.<sup>1258</sup> Die „diskursive“ institutionelle Kommunikation bildete keinen *truth-seeking-discourse*, sondern hatte die Festlegung von Handlungsoptionen zur Folge, die den Interessen der Mitglieder der Institution dienten.<sup>1259</sup> Mittels der symbolischen Benennung eines „politischen Pazifismus“ wurde eine kollektive programmatische Übereinkunft möglich, die ein Abweichen der Akteurshandlungen von festgelegten institutionellen Handlungsoptionen erlaubte. Indem Delegierte und Akteure ihre Motive sprachlich-rational akzeptabel präsentierten, wurden die unter den Aktivisten vorhandenen und mit der Norm der Gewaltfreiheit gekoppelten Identitätsmotive weitgehend verdrängt.

### **12.5 Fischers sicherheitspolitische Handlungsstrategie**

Während der Bundestagsdebatte unmittelbar nach Beginn der Intervention in Jugoslawien stellte Bundesaußenminister Joschka Fischer das militärische Handeln der NATO und die deutsche Beteiligung in den Zusammenhang einer „gemeinsamen Wertegrundlage“ in Europa. Diese gebiete es,

„dass ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung und die Unterdrückung einer großen Minderheit im eigenen Land... [nicht] zum europäischen Standard des 21. Jahrhunderts gehören.“<sup>1260</sup>

Die von Fischer benannten „europäischen Werte“ bildeten die Grundlage politischer Begründungsmuster, welche sich auf „Menschlichkeit, auf die Menschenrechte und die Moral“ bezogen.<sup>1261</sup> Dabei verschob sich Fischers argumentativer Gebrauch der Handlungsalternativen „Gewaltfreiheit“ und Menschenrechtssicherung. In der Formel „Nie wieder Auschwitz! Nie

---

<sup>1257</sup> Vor allem in Joschka Fischers Rede wurde dies thematisiert: "Ich verstehe auch die Argumente der Ablehnung [zu einem militärischen Agieren in Jugoslawien]. Jeder spürt sie doch selbst in sich." (Fischer 1999b). Auch Parteisprecherin Antje Radcke hob später diesen Aspekt hervor. (Radcke 2001: 122).

<sup>1258</sup> Raschke 2001: 292.

<sup>1259</sup> Vgl. Risse 2000: 2.

<sup>1260</sup> Fischer 1999a.

<sup>1261</sup> Czempiel 1999b.

wieder Krieg!“<sup>1262</sup> wurde Gewaltfreiheit nicht – wie noch in seinem offenem Brief von 1995 – als „Verpflichtung“ für das eigene Agieren als politischer Akteur, sondern als universell geltende Norm der internationalen Beziehungen verwendet.<sup>1263</sup> Fischer beschrieb so einen historisch begründeten „ethischen Impetus“ international gerichteter Politik, hinter den eine „nüchterne“ Begründung des militärischen Handelns in Jugoslawien zurücktrat.<sup>1264</sup>

Bei der Bewertung von Fischers Argumentation müssen einerseits die Erwartungen der US-amerikanischen Regierung bezüglich einer deutschen Beteiligung an einer militärischen Intervention berücksichtigt werden: Ohne die in Washington gemachte Zusage hätte die Führung der rot-grünen Regierung offensichtlich von einer Beteiligung an einem militärischen Konflikt im Kosovo abgesehen.<sup>1265</sup> Ungeachtet dieses systemischen Faktors für das Handeln Fischers richtete sich das generelle Handlungsinteresse der deutschen Regierung auf die Stabilität der Region in unmittelbarer Nachbarschaft zur Europäischen Union. Dies verdeutlichte Fischer nach Beendigung der militärischen Intervention der NATO:

„Es ist uns ein Krieg aufgezwungen worden, um das Existenzrecht der Kosovo-Albaner zu wahren, und zwar nicht nur aus allgemeinen menschenrechtlichen Gründen, sondern weil das friedliche Zusammenleben der Völker auf dem Balkan und damit in Europa bedroht war.“<sup>1266</sup>

In einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik bestätigte Fischer im November 1999, es sei der Bundesregierung bei der Beteiligung an der Militäraktion „primär um die regionale Sicherheit“ in Südosteuropa gegangen, die direkte Auswirkungen auf ganz Europa habe.<sup>1267</sup>

---

<sup>1262</sup> Fischer sagte im Interview: "Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen ist eine historische Begründung des Pazifismus. Nie wieder Auschwitz ist die historische Mahnung, den Anfängen eines möglichen Völkermordes zu wehren. Das ist für mich...einer der Gründe für meine Haltung." (Interview mit Joschka Fischer(2)).

<sup>1263</sup> In der Presse ist die Entwicklung von Fischers Argumentation als „selbstbestätigende Bildungserfahrung“ gewertet worden (Schmid 2003).

<sup>1264</sup> Pradetto 1999.

<sup>1265</sup> Vgl. Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1266</sup> „Ich fühle mich nicht als Sieger des Krieges“. Interview mit Joschka Fischer.

<sup>1267</sup> Fischer 1999e. Auch von Jürgen Trittin und Winfried Nachtwei wurde dieses Handlungsinteresse der deutschen Regierung bestätigt. („Uns droht nicht Spaltung, sondern Erosion“. Interview mit Jürgen Trittin; Nachtwei 2001: 8).

In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit hätte das legitime sicherheitspolitische Interesse der Bundesregierung, eine weitere Destabilisierung der Balkan-Region zu verhindern, nicht für eine Unterstützung der militärischen Intervention der NATO ausgereicht.<sup>1268</sup> Auch der alleinige Verweis auf Bündnisverpflichtungen hätte für keine weitgehende Befürwortung in der deutschen Wählerschaft gesorgt, zumal die Koalitionsvereinbarung eine Stärkung des „Gewaltmonopols der Vereinten Nationen“ vorsah.<sup>1269</sup> Angesichts also dieses Legitimitätsproblems musste Fischer die Verfolgung von Sicherheitsinteressen durch das militärische Handeln innenpolitisch so kommunizieren, dass er mit hinreichender Unterstützung für das von der deutschen Regierung mitgetragene Handeln der NATO rechnen konnte. Demnach richteten sich Fischers Begründungen auf die Akzeptanzsteigerung in der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der Beteiligung deutscher Truppen im Kosovo. Fischer gelang es letztlich, die militärische Intervention mit deutscher Beteiligung „als Verteidigung der Menschenrechte... zu rechtfertigen“.<sup>1270</sup>

Unabhängig von den vorgenommenen Begründungsmustern verfolgte Fischer von Beginn seiner Amtszeit eine sicherheitspolitische Doppelstrategie für das Kosovo, die diplomatische Anstrengungen mit militärpolitischen Aspekten der Problembearbeitung verband. Bereits vor der Bundestagswahl äußerte er, er könne theoretisch „eine Situation konstruieren, in der ein UN-Mandat für ein militärisches Agieren im Kosovo hinfällig wird.“<sup>1271</sup> Fischers Handlungspräferenzen während der Krise lagen indes eindeutig auf der Nutzung von nicht-militärischen Mitteln zur Krisenbearbeitung. Wenige Tage nach dem Massaker von Racak äußerte Fischer hinsichtlich einer militärischen Intervention im Kosovo, bevor man „nach Militär rufe“, müssten alle politischen Möglichkeiten ausgenutzt werden. Erst im Falle mangelnder Kooperation der jugoslawischen Regierung würde „eine Neubestimmung unserer Politik unvermeidlich sein“.<sup>1272</sup>

Ende Januar machte Fischer in einem Gespräch mit Helmut Lippelt und Winfried Nachtwei seine Absicht deutlich, die „Perspektive eines regionalen Stabilisierungskonzepts“ für die

---

<sup>1268</sup> Meyer /Schlotter 2000: 64.

<sup>1269</sup> Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen: XI, 7.

<sup>1270</sup> Link 1999a: 132.

<sup>1271</sup> Zitiert nach: Fischer fordert Intervention im Kosovo-Konflikt.

<sup>1272</sup> Zitiert nach: Fischer für politische Lösung.

Krisenregion des Balkans zu verfolgen.<sup>1273</sup> Ende Januar setzte er sich als Vorsitzender in EU und G8 gegenüber seinen Außenministerkollegen für neue Verhandlungen im Rahmen der internationalen Balkan-Kontaktgruppe ein.<sup>1274</sup> Fischers Initiativen entsprachen Überlegungen im Bundeskanzleramt, wo „größter Wert“ gelegt wurde auf die Einbeziehung Russlands bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der vollen Bündnissolidarität Deutschlands.<sup>1275</sup> Auch nach Beginn der Luftangriffe gingen die parallel stattfindenden Initiativen der EU „immer öfter von deutscher Seite“ aus.<sup>1276</sup> In telefonischen Konferenzen suchte Fischer offensichtlich „im Alleingang“ und „über Wochen“, seine Außenministerkollegen in EU und NATO von der „Notwendigkeit einer gemeinsamen Haltung“ für weitere diplomatische Schritte zu überzeugen.<sup>1277</sup>

Da Russland an den Verhandlungen in Rambouillet nur marginal beteiligt wurde und die Moskauer Regierung die Bombardierung Jugoslawiens ablehnte, drohte aus Fischers Sicht eine Destabilisierung der Beziehungen zu Russland. Ziel von Fischers Handlungsstrategie war es, durch eine intensivere Einbindung in diplomatische Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung Russland in die internationale Staatenkoalition zu reintegrieren.<sup>1278</sup> Fischer sagte am 11. April, Russland müsse im Hinblick auf die Kosovo-Politik der westlichen Staatenkoalition als internationaler Partner „ernstgenommen“ werden. Es müsse zudem eine „Grundlage mit politischer Substanz“ für ein G8-Treffen gefunden werden.<sup>1279</sup> Entgegen einer kühlen Aufnahme auf der Ebene der Politischen Direktoren der EU brachte die Initiative Fischers bei den europäischen Außenministern sofortigen Erfolg.<sup>1280</sup> Indem die „integrative Strategie“ des so genannten „Fischer-Plans“ Verhandlungen auf der G8-Ebene betonte, wurde die Basis dafür gelegt, Russland angemessen in den Verhandlungsprozess mit der jugoslawischen Führung

---

<sup>1273</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1274</sup> Weller 1999: 221; Außenminister Fischer schlägt Dauerverhandlungen der Konfliktparteien bis zu einer Friedenslösung vor; Kontaktgruppe fordert eine Ende des Kosovo-Konflikts.

<sup>1275</sup> Vgl. Fischer 1999c; Lohse 1999b.

<sup>1276</sup> Mintchev 1999: 59.

<sup>1277</sup> Interview mit Schmillen, 25.3.02.

<sup>1278</sup> Vgl. Die Initiative der deutschen Bundesregierung für Kosovo vom 16. April 1999.

<sup>1279</sup> Zitiert nach: Deutschland will Russland einbinden.

<sup>1280</sup> Friis/Murphy 2001: 771.

einzu beziehen.<sup>1281</sup> Neben den erheblichen Schäden, die die Luftangriffe der NATO verursachten, bewegten auch die Impulse zur Reintegration Russlands und die mit ihr einhergehenden weiteren internationalen Isolierung Jugoslawiens die Belgrader Regierung zum Einlenken.<sup>1282</sup>

Bei der Präsentation der Initiative konnte Fischer einerseits auf den Vorsitz in EU, G8 und WEU bauen. Gleichzeitig ist der Erfolg der Initiative auf seine persönlichen Kontakte zu seinen Außenministerkollegen zurückzuführen.<sup>1283</sup> Die Ausarbeitung des „Fischer-Plans“ ergab sich im Laufe von Verhandlungen, vor allem mit den amerikanischen Partnern.<sup>1284</sup> Angesichts einer mangelnden Strategie innerhalb der NATO für die Zeit nach einem Ende der Intervention wurde die Initiative Fischers auf dem NATO-Gipfel in Washington Ende April mit Modifikationen angenommen.<sup>1285</sup> Danach wurde sie auch im Rahmen der G8 abgesegnet.<sup>1286</sup> Anfang Juni nahm das serbische Parlament und der jugoslawische Präsident Milosevic den Friedensplan der internationalen Staatenkoalition an. Nach der Unterzeichnung eines militärischen Friedensabkommens und dem Abzugsbeginn der jugoslawischen Militärkräfte aus dem Kosovo stellte die NATO ihre Luftangriffe ein. Gleichzeitig billigte der UN-Sicherheitsrat in einer Resolution das G8-Papier und bestätigte die in ihm festgelegte Funktion von NATO und EU unter UN-Aufsicht im Kosovo.<sup>1287</sup>

Am 10. Juni schließlich wurde in Köln von 38 Staaten und 15 internationalen Organisationen, also „Teilnehmern“ und „Unterstützern“ des Friedensprozesses, der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ verabschiedet.<sup>1288</sup> Mit diesem Abkommen sollte vor allem Jugoslawien eine Heranführung an europäische Strukturen gesichert werden, die auch eine – nicht näher spezifizierte – Perspektive umfasste, Mitglied der Europäischen Union zu werden.<sup>1289</sup> Mit dieser

---

<sup>1281</sup> Krause 2000: 115, 119.

<sup>1282</sup> Krause 2000: 117f.

<sup>1283</sup> Friis/Murphy 2001: 780.

<sup>1284</sup> Friis/Murphy 2001: 774

<sup>1285</sup> Communiqué des Gipfeltreffens der Staats und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Nordatlantischen Allianz anlässlich des 50. Jahrestags der NATO am 24. April in Washington, DC: Punkte 16-21.

<sup>1286</sup> Maull 2002: 97.

<sup>1287</sup> Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats vom 10.6.1999 zur Situation bezüglich Kosovo.

<sup>1288</sup> Vgl. Stabilitätspakt für Südosteuropa; Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni in Köln, Punkt V: Stabilitätspakt für Südosteuropa.

<sup>1289</sup> Varwick 2002: 192f.

„Langzeitstrategie“<sup>1290</sup> sollte nach Fischers Bekunden die mangelnde Ursachenbekämpfung durch „isolierte“ Betrachtung der Balkan-Konflikte behoben werden. Den Gewalt- und Instabilitätspotentialen der Region sollten demgegenüber präventive Maßnahmen entgegengesetzt und so ein „dauerhafter Frieden“ initiiert werden.<sup>1291</sup>

Zur Umsetzung des internationalen Friedensplans beteiligte sich Deutschland einerseits an der internationalen Friedenstruppe im Kosovo.<sup>1292</sup> Die Bundesregierung setzte sich gleichzeitig für die Vorbereitung von Wahlen, den Wiederaufbau des Landes, für internationale Flüchtlingshilfe sowie den Aufbau eines Polizei- und Justizwesens ein. Auch die Ernennung des Frankfurter Weggefährten Fischers, Thomas König, zum Koordinatoren der Mission verdeutlichte das Gewicht der deutschen Regierung bei den zivilen Bemühungen um eine Stabilisierung der Region.<sup>1293</sup>

Während Fischers Doppelstrategie bereits in einem frühen Stadium der Kosovo-Krise deutlich wurde, sollte deren Implementierung im Zuge der Militäraktion der NATO für Fischer geradezu notwendig werden. Fischers Mitte April veröffentlichte Initiative sah entsprechend seiner bereits zuvor gemachten diplomatischen Anstrengungen eine Unterbrechung der NATO-Luftangriffe vor, falls von jugoslawischer Seite mit einem Truppenrückzug begonnen würde.<sup>1294</sup> Das zur gleichen Zeit präsentierte Positionspapier des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen reagierte auf die wachsende Kritik an der Militärintervention in der Partei und forderte demgegenüber eine einseitige Feuerpause als Vorleistung der NATO.<sup>1295</sup>

Fischer befand sich mit Blick auf den Druck aus der eigenen Partei in einer „Kompetenzfalle“.<sup>1296</sup> Die produktive Wahl von zur Verfügung stehenden institutionellen Handlungsoptionen wurde entscheidend für die Vermittlung zwischen einer effektiven

---

<sup>1290</sup> Friis/Murphy 2001: 769.

<sup>1291</sup> Fischer 1999d.

<sup>1292</sup> Thränert 2000: 24.

<sup>1293</sup> Vgl. Königs für UN-Posten im Kosovo im Gespräch; Sonderauftrag; Zwischen Protektorat und Partizipation im Kosovo.

<sup>1294</sup> Vgl. Der deutsche Kosovo-Friedensplan vom 14.4.1999.

<sup>1295</sup> Grüne unterstützen Initiative für Frieden im Kosovo. Zwischen der Forderung des Parteivorstandes und der Veröffentlichung des Fischer-Plans bestand offensichtlich keine ursächliche Verbindung (Interview mit Schmillen, 15.3.02).

<sup>1296</sup> Vgl. Legro 1996: 122.

Bearbeitung der Krise durch die internationale Staatenkoalition einerseits sowie den Erwartungen in Partei. Obwohl Fischer auf die Forderungen des Bundesvorstandes nicht einging, knüpfte er in seinem Vorgehen an die pazifistischen Konzeptionen seiner Partei an und nutzte diese für Handlungsoptionen bei der weiteren politisch-diplomatischen Bearbeitung der Kosovo-Krise. Der langfristig konzipierte und politisch „integrative Ansatz“<sup>1297</sup> des „Fischer-Plans“ entsprach dabei dem erweiterten Sicherheitskonzept der Partei Bündnis 90/Die Grünen: Als zukünftige internationale Kooperationspartner Jugoslawiens wurden sowohl Nationalstaaten als auch internationale Organisationen vorgesehen. Auch die bekundete Zielsetzung Fischers, durch die ergriffenen integrativen Maßnahmen einen „dauerhaften Frieden“ in der Balkan-Region zu sichern, griff das pazifistische Konzept des positiven Friedens seiner Partei auf.<sup>1298</sup> Die langfristig „präventiven Methoden“ zur Bearbeitung der Krise gerieten „aus der grünen Tradition kommend“ bei Fischer „eher in den Blick“ als bei anderen Politikern.<sup>1299</sup>

In der Fraktion hatte die Handlungsstrategie Fischers offensichtlich „sehr vertrauensbildend“ gewirkt, so dass die bündnisgrünen Parlamentarier das Handeln der Bundesregierung in der Kosovo-Krise weiterhin mit großer Mehrheit unterstützten.<sup>1300</sup> Die Forderung des Bundesvorstandes nach einer einseitigen Feuerpause hatte dementsprechend im Auswärtigen Amt für „keine große Unruhe“ gesorgt.<sup>1301</sup> Trotz der Unterstützung des Regierungskurses auf der Akteursebene von Bündnis 90/Die Grünen musste Fischer auf den Druck aus der eigenen Partei reagieren.<sup>1302</sup> Forderungen nach Beendigung oder kurzfristiger Aussetzung der Luftangriffe konnten von Fischer nicht in die Beratungen innerhalb der NATO eingebracht werden, da vor allem die US-amerikanische Regierung einseitige Vorleistungen ablehnte.<sup>1303</sup> Die bei Bündnis 90/Die Grünen vorhandenen Handlungsoptionen eröffneten Fischer demgegenüber die Möglichkeit, eine „integrative“ Strategie zur Bearbeitung der Kosovo-Krise zu verfolgen, die Fischer denn auch bei der Konzeptionierung des Stabilitätspakts für den Balkan nutzte. Die Anwendung der institutionell vorhandenen Handlungsoptionen wurde aufgrund des Drucks aus

---

<sup>1297</sup> Vgl. Schneckener 1999: 9.

<sup>1298</sup> Vgl. Fischer 1999d.

<sup>1299</sup> Interview mit Bunttenbach, 28.2.02.

<sup>1300</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1301</sup> Interview mit Schmillen, 15.3.02.

<sup>1302</sup> Vgl. Bonn gegen den Einsatz von Nato-Bodentruppen.

<sup>1303</sup> Kornelius 1999; Lersch/Schumacher 1999.

seiner Partei für Fischer notwendig. Indem er einen Beitrag für die Krisenbearbeitung der westlichen Staatenkoalition leistete, der die militärische Intervention der NATO durch diplomatische Initiativen ergänzte, konnte Fischer eine hinreichende Unterstützung von Aktivisten und Stammwählern aufrechterhalten.<sup>1304</sup> Fischer war dementsprechend verstärkt bemüht, seine diplomatischen Initiativen „als seinen politischen Anteil in die Partei hinein darzustellen“.<sup>1305</sup>

## **12.6 Programmatistische Positionierung nach der Kosovo-Krise**

Der Kosovo-Konflikt hatte für Bündnis 90/Die Grünen essentielle organisationsstrukturelle Folgen: Er wurde zum außen- und sicherheitspolitischen Anlass, über den sich der linke Flügel von Bündnis 90/Die Grünen spaltete.<sup>1306</sup> Der Parteitag in Bielefeld „quittierte“ diese Spaltung, woraufhin die radikale Linke aus der Partei „ausstieg“, und sich die gemäßigte Linke als „Regierungslinke“ konstituierte.<sup>1307</sup> Der Babelsberger Kreis, der seit dem Zusammenschluss von Bündnis 90 mit den Grünen eine innerorganisatorische Verkettung zwischen Akteuren und *Constituency* des linken Flügels gebildet hatte, wurde in der Folge nicht weitergeführt.<sup>1308</sup> Die „Spannungen“ innerhalb des linken Flügels waren zu groß, um eine „Verankerung“ der linken Akteure unter allen Aktivisten der Partei weiter zu gewährleisten.<sup>1309</sup> Da die Akteure der „Regierungslinken“ zur „Spitze ohne Unterbau“<sup>1310</sup> in der Partei zu werden drohten, versammelten sich etwa 500 Aktivisten der Partei in Dortmund, um eine „Lobby innerhalb und außerhalb der Partei ins Leben zu rufen“ und so – in Anlehnung an die Funktion des Babelsberger Kreises – als organisierte Linke „in Partei und Fraktion durchsetzungsfähiger zu werden.“<sup>1311</sup> Das „basisgrüne Netzwerk“ stellte in Dortmund eine „parlamentarische Entsorgung“ der Friedens- und Demokratiebewegung fest und sprach sich für einen Wahlboykott gegen Bündnis 90/Die Grünen bei der Europawahl im Juni 1999 aus. Zur Begründung hieß es,

---

<sup>1304</sup> Friis/Murphy 2001: 769.

<sup>1305</sup> Interview mit Buntenbach, 28.2.02.

<sup>1306</sup> Raschke 2001: 348.

<sup>1307</sup> Interview mit Volmer, 25.4.02.

<sup>1308</sup> Radcke 2001: 128f.; Interview mit Hugler, 8.3.02; Rulff 1999.

<sup>1309</sup> Interview mit Hugler, 8.3.02.

<sup>1310</sup> Raschke 2001: 353.

<sup>1311</sup> Simmert 2002: 90.



dass in der Partei „die Koordinaten politischer Moral und Vernunft vollständig aus den Fugen geraten“ seien.<sup>1312</sup> Die anwesenden sieben Bundestagsabgeordneten, darunter Christian Ströbele, Annelie Buntenbach und Christian Simmert, unterlagen mit einem eigenen Antrag knapp und weigerten sich daraufhin, den Aufruf zum Wahlboykott zu unterstützen.<sup>1313</sup> Somit scheiterte das Netzwerk als Verbindungsglied zwischen Akteuren und Aktivisten bereits bei seiner Gründungsversammlung, da keine inhaltliche Handlungsbasis gefunden werden konnte.<sup>1314</sup> Für den linken Flügel von Bündnis 90/Die Grünen wurde es in der Folge „schwieriger, in der Partei Mehrheiten zu organisieren.“<sup>1315</sup>

Auch in der Stammwählerschaft hatte das Handeln der Partei während der Kosovokrise negative Folgen: Die Wahrnehmung von „Durchsetzungsschwäche, Mangel an Gruppenstolz, Opportunismus“ gegenüber den bündnisgrünen Akteuren führte zu Distanzierungen von der Partei.<sup>1316</sup> Diese äußerten sich in einer „Mobilisierungsschwäche“ auf lokaler Ebene der Partei.<sup>1317</sup> Die Bürgerschaftswahlen in Bremen als auch die Europawahlen im Juni 1999 verdeutlichten diese „hohe[n] Demobilisierungseffekte“.<sup>1318</sup> Erstmals seit 1990 erreichten Bündnis 90/Die Grünen einen Stimmenanteil von weniger als fünf Prozent der Wählerschaft.<sup>1319</sup> Es kam zu Abwanderungen zur SPD und – vor allem bei Jungwählern – zur PDS.<sup>1320</sup> Das unglaubliche Handeln als Regierungspartei sowie die Verschiebung der bündnisgrünen außenpolitischen Position förderte in der Wählerschaft die Wahrnehmung einer „ideologischen Lücke“ im Parteiensystem, die vor allem die PDS verstärkt zu schließen suchte.<sup>1321</sup>

---

<sup>1312</sup> Resolution „Für ein linkes Netzwerk“; vgl. Grünes „Netzwerk“ spricht sich gegen Wahl der Grünen aus; Lohse 1999d.

<sup>1313</sup> Simmert 2002: 91.

<sup>1314</sup> Greven 1999.

<sup>1315</sup> Simmert 2002: 92.

<sup>1316</sup> Raschke 2001: 286.

<sup>1317</sup> Interview mit Buntenbach, 28.2.02; vgl. Denkkzettel aus Wut.

<sup>1318</sup> Vgl. Probst 1999: 24.

<sup>1319</sup> Gujer 1999b; SPD wird schwarz vor Freude – Starke Verluste für die Grünen.

<sup>1320</sup> Raschke 2001: 301-306.

<sup>1321</sup> Vgl. Laver 1997: 122.

Die Wahlniederlagen mussten die Akteure zu einer programmatischen Weiterentwicklung motivieren, um die ideologische Lücke zu schließen.<sup>1322</sup> Vorstöße in Richtung einer inhaltlichen Neupositionierung der Partei kamen aus dem Kreis jüngerer Akteure. Die Jugend des hessischen Landesverbandes veröffentlichte ein Positionspapier, in dem sie sich dafür aussprach, „den politischen Dachboden der Grünen zu entrümpeln“.<sup>1323</sup> Jan Fries von der Bremer Jugendinitiative sagte, der „Endpunkt“ hinsichtlich der außen- und friedenspolitischen Programmatik der Partei sei „noch nicht gefunden“. Aufgabe sei es, eine „militärkritische Position zu finden, die gleichzeitig Menschenrechten gerecht wird.“<sup>1324</sup> Ein u.a. vom Bundestagsabgeordneten Christian Simmert formuliertes Strategiepapier forderte „klare Akzente“ sowie „stichhaltige politische Konzepte“ vor allem in den Bereichen „Bildung, Ausbildung, Arbeit, demokratische Grundrechte und Ökologie“. Von einer außen- und sicherheitspolitischen Neupositionierung der Partei war in diesem von vielen Aktivisten unterschriebenen Papier jedoch nicht die Rede.<sup>1325</sup>

Die Vorstöße lieferten aufgrund „strömungspolitisch segmentierte[r] Reaktionen“<sup>1326</sup> keine wesentlichen Impulse für die Weiterentwicklung der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik. Es herrschte nach dem Ende der militärischen Aktion der NATO vielmehr „Sprachlosigkeit“ in der Partei.<sup>1327</sup> Vor allem bei Aktivisten wurde „konzeptionell“ nicht verarbeitet, was auf dem Parteitag in Bielefeld entschieden worden war.<sup>1328</sup> Auch auf Akteursebene waren im Zuge der Krise die „meisten in der Thematik abgetaucht“.<sup>1329</sup> Weder in der Fraktion noch in der Parteiführung fand eine „breite Analyse“ des Agierens während der Kosovo-Krise statt.<sup>1330</sup> Joschka Fischer thematisierte die Frage einer Weiterentwicklung der außenpolitischen Programmatik der Partei in einem Interview:

---

<sup>1322</sup> Vgl. Gujer1999c.

<sup>1323</sup> Kröcher/Wagner 1999.

<sup>1324</sup> Gestern noch links, heute schon grau? Streitgespräch zwischen Jens Kröcher und Jan Fries.

<sup>1325</sup> „Raus aus der Neuen Mitte! Wege zu einem klaren grünen Profil“.

<sup>1326</sup> Vgl. Raschke 2001: 310.

<sup>1327</sup> Simmert 2002: 86.

<sup>1328</sup> Interview mit Buntenbach, 28.2.02; Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1329</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1330</sup> Simmert 2002: 86.

„Die Debatte während des Kosovo-Krieges um die Gewaltfreiheit... zeigt doch, dass es für die Grünen ein riesiges programmatisches Potential gibt. Nämlich: Wie stellen wir Gewaltfreiheit her unter den Bedingungen einer Rückkehr von Gewalt und Barbarei? Welche institutionellen, nationalen wie internationalen Voraussetzungen müssen wir dafür schaffen?“<sup>1331</sup>

Diese Formulierung knüpfte an das im Bielefelder Beschluss formulierte Handlungsziel einer „Zurückdrängung“ militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen an. Fischer versuchte offensichtlich, unter dem Begriff „Gewaltfreiheit“ eine Kontinuität der programmatischen Entwicklung der Partei seit der Regierungsbeteiligung zu dokumentieren. Angesichts des Scheiterns des „basisgrünen Netzwerkes“ als Verbindungsglied zwischen linken Aktivisten und Akteuren der Partei wurde die Führungsposition von Joschka Fischer als „virtuellem Parteivorsitzenden“<sup>1332</sup> gestärkt.<sup>1333</sup> So musste auch die von Fischer geäußerte Kontinuitätsbekundung die programmatische Entwicklung der Partei stark beeinflussen.

Ein Papier des Magdeburger Länderrats erklärte im Oktober 1999 die „konstruktive Gewaltbearbeitung“ zum institutionellen außen- und sicherheitspolitischen Handlungsziel von Bündnis 90/Die Grünen. Die Partei beabsichtige,

„langfristig ein dauerhaftes internationales Friedens- und Sicherheitssystem demokratischer Staaten auf der Basis kollektiver Sicherheit zu fördern, in der bei aller multikultureller und notwendiger Vielfalt, ein Kernkatalog von Menschenrechten gilt, internationales Völkerrecht die Rechtssicherheit erhöht und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu einem Ausgleich beiträgt.“<sup>1334</sup>

Neben der Benennung eines internationalen Rechtskatalogs ist vor allem die „Weltwirtschaftsordnung“ auffällig, da sie an das pazifistische strukturelle Gewaltkonzept anschließt, das ökonomische Verhältnisse als Auslöser sowie als Erscheinungsform von Konfliktformen fasst. Obwohl der Begriff „Gewaltfreiheit“ in dem Papier nicht genannt wurde, versuchten die Akteure auch hier, programmatische Kontinuität zu verdeutlichen.

---

<sup>1331</sup> Vgl. „Die Partei muss sich entscheiden“. Interview mit Joschka Fischer.

<sup>1332</sup> Jörges 1999.

<sup>1333</sup> Fischer selbst thematisierte im Dezember 2002 seine informelle Führungsposition: Dass es bei Bündnis 90/Die Grünen einen „heimlichen Vorsitzenden“ gebe, sei das Ergebnis einer auf basisdemokratischen Grundsätzen beruhenden Parteistruktur, die die „offiziellen Vorsitzenden“ schwäche (zitiert nach: Baur 2002b).

<sup>1334</sup> „Für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Außenpolitik“. Beschluss des 2. Außerordentlichen Länderrats 1999 in Magdeburg.

Während eines Strategiekongresses im November 1999 in Kassel sagte Parteisprecherin Gunda Röstel, an den „Grundsäulen“ der Partei – ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei – habe sich „nichts geändert“.<sup>1335</sup> Joschka Fischer wiederholte, dem „Prinzip Gewaltfreiheit“ müssten „Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden“. Die Partei müsse „lernen, ihre Visionen mit praktischer Politik zu verknüpfen.“<sup>1336</sup> Ludger Volmer argumentierte ähnlich.<sup>1337</sup> Während der mehrstündigen Debatte zur außen- und sicherheitspolitischen Position der Partei wurde nicht „mit argumentativem und rhetorischem Nachdruck“ das Handeln der Bundesregierung in der Kosovo-Krise in Frage gestellt.<sup>1338</sup> Der Konsens gegenüber der Position der Bundesregierung gründete u.a. darauf, dass viele Akteure des linken Flügels nicht zu dem Treffen eingeladen worden waren.<sup>1339</sup>

Trotz der inhaltlichen Kontinuitätsbekundungen auf Akteursebene herrschte während des Kongresses offensichtlich „verbreitete Ratlosigkeit“<sup>1340</sup>. Es „rächte“ sich, dass Fragen sowohl hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung als auch der Implementierung von „Gewaltfreiheit“ in der Partei auf „zu geringes Interesse oder zu geringen Sachverstand“ gestoßen waren.<sup>1341</sup> Angesichts des Agierens der Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen während der Kosovo-Krise hatte die programmatische Stellung von „Gewaltfreiheit“ verändert werden müssen. Der in den Jahren zuvor angesammelte Erfahrungsspeicher bezüglich „Gewaltfreiheit“ als präskriptiver Norm konnte – trotz programmatischer Kontinuitätsbekundungen nach Ende der Militärintervention – nicht bestätigt werden. Die Folge war eine institutionelle Frustration. Die Partei war mit Blick auf das außen- und sicherheitspolitische Optionenset zu einer „ausgesprochen mythenarme[n] politische[n] Kraft“ geworden, welche sich nunmehr durch eine Unterbilanz als einen Überbestand an „letzten Wahrheiten“ auszeichnete.<sup>1342</sup> Die Schwierigkeit der institutionellen Akteure bestand nunmehr darin, der demotivierenden Identitätsdiffusion, in

---

<sup>1335</sup> Zitiert nach: Grüne geben Startschuss für neues Grundsatzprogramm.

<sup>1336</sup> Zitiert nach: Zips 1999; vgl. Lohse 1999e; Fischer verteidigt „Grundwert“ Gewaltfreiheit.

<sup>1337</sup> Volmer sagte, Ziel der Partei bleibe es, Frieden ohne Waffen zu schaffen. Es sei jedoch „völlig absurd“, jede Debatte damit zu beenden, dass keine Waffen eingesetzt werden dürften (zitiert nach: Lohse 1999e).

<sup>1338</sup> Lohse 1999e.

<sup>1339</sup> Dies bestätigten sowohl Claudia Roth als auch Kerstin Müller im Interview (vgl. Stadlmayer 1999).

<sup>1340</sup> Gujer 1999c.

<sup>1341</sup> Interview mit Nachtwei, 27.2.02.

<sup>1342</sup> Vgl. Wiesenhal 1999: 38.

die sie selbst eingebunden waren, mit einer neuen programmatischen Positionierung der Partei zu begegnen.<sup>1343</sup>

## 12.7 Zwischenresümee

Da ein Auslandseinsatz der Bundeswehr im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden war, generierte die Zusage der förmlich noch nicht installierten rot-grünen Bundesregierung zur Beteiligung Deutschlands an einer möglichen militärischen Konfliktbearbeitung im Kosovo für die bündnisgrünen Akteure ein Begründungsproblem gegenüber *Constituency* und deutscher Öffentlichkeit. Nach dem heterogenen Abstimmungsverhalten der bündnisgrünen Fraktion hinsichtlich einer Beteiligung der Bundeswehr an einer potentiellen multinationalen Militäraktion votierten die Abgeordneten in den Abstimmungen im November 1998 sowie im Februar 1999 zur Unterstützung der *Extraction Force* der NATO vor allem aufgrund eines „Loyalitätsdrucks“ in der Regierung sehr einheitlich zugunsten eines deutschen Beitrags. Auch unmittelbar nach Beginn der NATO-Luftangriffe auf Serbien und das Kosovo befürworteten Fraktion und Bundesvorstand die deutsche Beteiligung.

Auf dem Sonderparteitag in Bielefeld setzte sich auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Forderung nach einer einseitigen Unterbrechung der Luftangriffe durch. Glaubwürdigkeitslücken in Partei und Öffentlichkeit begegneten Akteure und Aktivisten mit der programmatischen Fassung eines „politischen Pazifismus“, in dem lediglich eine „Zurückdrängung“ der Gewalt als Handlungsziel der Partei benannt wurde. „Gewaltfreiheit“ wurde als Norm programmatisch nicht fortgeführt. Diese „kollektive Legitimierung“ des Regierungshandelns hatte zum Ziel, eine Kontinuität in der sicherheitspolitischen Position zu verdeutlichen und auf diesem Weg Glaubwürdigkeit herzustellen. Die sprachliche Rationalisierungen dienten dazu, die bei Akteuren und *Constituency* vorhandenen Interessen zur Fortsetzung der Regierungsbeteiligung umsetzen zu können.

Bundesaußenminister Fischer verfolgte, unabhängig von wertbezogenen Begründungsmustern, in der Kosovo-Krise eine sicherheitspolitische Doppelstrategie, die sowohl militärische Aspekte

---

<sup>1343</sup> Stöss 2002.

als auch politisch-diplomatische Initiativen umfasste. Seine Vorstöße zur Reintegration Russlands in den Verhandlungsprozess mit der jugoslawischen Führung als auch zur „integrativen“ Konfliktbearbeitung basierten auf pazifistischen Handlungsoptionen der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Indem die Initiativen eine nicht-militärische Problembearbeitung beförderten und zugleich die innerparteiliche Unterstützung des Regierungshandelns erhöhten, halfen sie Fischer aus einer „Kompetenzfalle“.

Als organisationsstrukturelle Konsequenz der Entscheidungen von Bielefeld wurde die Akteursgruppe des linken Flügels geschwächt: Der Babelsberger Kreis als Verbindung zwischen Akteuren und *Constituency* des linken Flügels zerbrach. Nach dem Ende der Militäraktion der NATO wurde von den Akteuren beider Flügel zwar programmatisch eine Kontinuität der „gewaltfreien“ Politik propagiert. Eine Identitätsdiffusion, die auf der faktischen programmatischen Verschiebung von „Gewaltfreiheit“ als Norm basierte, konnte dennoch nicht verhindert werden und erschwerte eine notwendige programmatische Neuausrichtung der Partei.

## **13 Resümee: Entwicklung der Pazifismus-Ideologie 1990-2000**

Auf der Grundlage des vor der Untersuchung ermittelten pazifistischen Optionensets soll die Entwicklung der einzelnen Ideologeme des Pazifismus zwischen 1990 und 2000 nun zusammenfassend dargestellt werden. Dabei werden die Untersuchungsergebnisse hinsichtlich der Entwicklung der pazifistischen Ideologie innerhalb der Ideensysteme „Gewalt“, „Frieden“ und „Sicherheit“ gefasst.

### **13.1 Ideensystem Gewalt**

Das pazifistische Konzept der „strukturellen“ Gewalt wurde innerhalb des Untersuchungszeitraums durchgängig verwendet: Sein programmatischer wie paradigmatischer Gebrauch zeigte sich zunächst beim Umreißen der außen- und sicherheitspolitischen Konsensposition auf dem Parteitag der Grünen in Neumünster im April 1991. Im Grundkonsens von Bündnis 90/Die Grünen wurde die strukturelle Gewaltkonzeption 1993 in eine neue programmatische Schwerpunktsetzung der Sicherung von Menschenrechten eingebunden. Auch in die Wahlprogramme von 1994 und 1998 fand die „strukturelle Gewalt“ Eingang. Letztlich enthielten die programmatischen Formulierungen nach Ende der Kosovo-Krise ebenfalls das strukturelle Gewaltverständnis.

Trotz dieser kontinuierlichen programmatischen Verwendung des strukturellen Gewaltkonzepts offenbarte die Untersuchung eine substantielle Verringerung seines Stellenwertes innerhalb des institutionellen Optionensets. Die institutionellen Akteure mussten im Laufe des Untersuchungszeitraums auf die in den internationalen Beziehungen faktisch vorhandene physisch-militärische Gewalt reagieren sowie das wiederkehrende Problem militärisch gestützter Krisenbearbeitung der westlichen Staatengemeinschaft beantworten. Mittels eines Verständnisses von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen als Ursache und zugleich Erscheinungsform von Gewalt konnten die virulenten außen- und sicherheitspolitischen Probleme indes nicht bearbeitet werden. Das strukturelle Gewaltverständnis konnte durchgängig als Ideologem in der institutionellen Programmatik verwendet werden, weil es die Existenz physischer Gewalt als auch die Möglichkeit ihrer Anwendung umfasste und somit der konkreten Problembearbeitung nicht zuwider lief. Gleichzeitig jedoch wurden andere Ideologeme zur Bildung von außen- und sicherheitspolitischen Handlungsoptionen herangezogen.

„Gewaltfreiheit“ als Teil des pazifistischen Optionensets durchlief im Vergleich zum Konzept der strukturellen Gewalt eine sehr starke programmatische Entwicklung. Bei der Bearbeitung der Krise am Persischen Golf 1990/91 wurde „Gewaltfreiheit“ nicht hervorgehoben. In der Frage

eines militärischen Agierens der westlichen Staatenkoalition in Jugoslawien verwendeten die institutionellen Akteure „Gewaltfreiheit“ hingegen präskriptiv als Norm für die internationalen Beziehungen. Je virulenter die Frage militärisch gestützter Problembearbeitung in Jugoslawien zwischen 1991 und 1993 wurde, desto höher wurde der programmatische Stellenwert des Ideologems: Nachdem beim Zusammenschluss zwischen Bündnis 90 und Die Grünen der „Gewaltfreiheit“ zunächst ein relativ geringer Stellenwert zugewiesen wurde, legte der Bonner Parteitag in einer „kollektiven Selbstverortung“ Ende 1993 „Gewaltfreiheit“ als Norm zur institutionellen Bearbeitung der Jugoslawienkrise programmatisch fest.

Durch diese normative Bestimmung in der Programmatik trat zwischen 1993 und 1995 eine Beeinträchtigung der institutionellen außenpolitischen Problembearbeitung zutage, die die Akteure spätestens ab 1995 zu verbessern suchten. Ein offener Brief Joschka Fischers in der Folge des Massakers von Srebrenica löste im August 1995 eine „kollektive Distinktion“ von „Gewaltfreiheit“ als Norm für die Frage einer militärgestützten Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina aus. Nachdem Identitätsmotive im linken Flügel der Partei die Abgrenzung von der Norm der Gewaltfreiheit zunächst konterkarierte, wurde Ende 1996 nach einer Delegationsreise in das Krisengebiet Jugoslawiens auf Akteursebene eine Mehrheit für einen militärischen Beitrag der deutschen Bundeswehr zur Friedenssicherung hergestellt. Repräsentationsverpflichtungen gegenüber der bündnisgrünen *Constituency* verhinderten indes weiterhin eine einheitliche Positionierung der Akteure in der Frage einer Bundeswehrebeteiligung an militärisch gestützter Konfliktbearbeitung.

Obwohl in der institutionellen Programmatik weiterhin abgelehnt, befürworteten die bündnisgrünen Akteure im Frühjahr 1999 vor allem aufgrund der internationalen Erwartungen einen deutschen Beitrag zur militärischen Bearbeitung der Kosovo-Krise. Auf dem Bielefelder Sonderparteitag während der Kosovo-Intervention der NATO diente die sprachliche Fassung eines „politischen Pazifismus“ dazu, den Eindruck programmatischer Kontinuität zu erzeugen und so die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung der Partei zu ermöglichen. Die in Bielefeld bekundete Zielsetzung einer „Zurückdrängung von Gewalt“ integrierte „Gewaltfreiheit“ nicht mehr als Norm, sondern formulierte vielmehr unter dem hergebrachten Begriff „Pazifismus“ ein neues institutionelles Handlungsziel. Auch nach dem Ende der militärischen Intervention fassten die bündnisgrünen Akteure „Gewaltfreiheit“ nicht mehr präskriptiv als Norm für die internationalen Beziehungen auf.

Die Entwicklung von „Gewaltfreiheit“ als pazifistisches Ideologem macht sich demnach zusammenfassend an drei Wendepunkten fest: an einer präskriptiven Festlegung von



„Gewaltfreiheit“ als Norm für die internationalen Beziehungen, an einer Loslösung von dieser Norm bei versuchter Verhinderung einer Identitätsdiffusion in der Partei, und schließlich an einer Fassung des Begriffs der Gewaltfreiheit als zu erreichendes programmatisches Handlungsziel.

Die Steigerung des programmatischen Stellenwerts von „Gewaltfreiheit“ in den Jahren 1991 bis 1993 war zunächst eine Reaktion auf die faktisch vorhandene Gewalt in den internationalen Beziehungen. Die auf dem Bonner Parteitag Ende 1993 vorgenommene programmatische Aufwertung von „Gewaltfreiheit“ zu einer Norm für internationalen Beziehungen war vor allem dem Bemühen geschuldet, eine Verschiebung der Partei in die politische Mitte zu verhindern. Die etwa ab 1995 vorgenommene erneute Verschiebung von „Gewaltfreiheit“ als Teil der institutionellen Programmatik ist auf strukturell ähnliches konzeptionelles Problem: Die gravierende Inpraktikabilität, die sich bei der Bearbeitung außen- und sicherheitspolitischer Probleme im Hinblick auf „Gewaltfreiheit“ als Norm offenbarte, beruhte konzeptionell darauf, dass die – wie auch immer definierten – außen- und sicherheitspolitischen Handlungsziele dieser Norm nachgeordnet wurden.<sup>1344</sup> Parallel zur Abgrenzung von der Gewaltfreiheitsnorm versuchten die Akteure, eine Identitätsdiffusion in der Partei zu verhindern, die mit einer Verschiebung des Stellenwerts von „Gewaltfreiheit“ einherging. Dieses Motiv einer Verhinderung von Identitätsdiffusion wurde von den Akteuren abgelegt, nachdem in der Kosovo-Krise internationale wie koalitionspolitische Erwartungen eine Zustimmung zur militärischen Krisenbearbeitung notwendig machte. Gleichzeitig umfasste der Pazifismus als Programmelement weiterhin „Gewaltfreiheit“ als ein – inhaltlich verändertes und nunmehr lediglich angestrebtes – institutionelles Handlungsziel, um eine programmatische Kontinuität herzustellen und damit die Vertrauenswürdigkeit der Partei zu erhalten.

### **13.2 Ideensystem Frieden**

Ebenso wie das strukturelle Gewaltverständnis wurde auch das Konzept des „positiven“ Friedens im Laufe des Untersuchungszeitraums als Teil des außen- und sicherheitspolitischen Optionensets der Partei konstant verwendet. Die Kontinuität dieses „utopischen“ Konzepts, welches Frieden mehr als bloße Abwesenheit von militärischer Gewalt versteht, ist insofern überraschend, da Utopien generell eine geringe „operative Wirkung“ in der Bearbeitung

---

<sup>1344</sup> Cay 1999: 310.

konkreter außen- und sicherheitspolitischer Probleme besitzen.<sup>1345</sup> Ein – angesichts der neuartigen Probleme – zu erwartender Rückgang des Stellenwertes kam nicht zustande, da die institutionellen Akteure die Operativität des Ideologems verbesserten. So wurden – beginnend im Bundestagswahlprogramm 1994 – in einer Weiterentwicklung des Konzepts der Konfliktprävention konkrete politisch-administrative Methoden zur dauerhaften Verregelung und Verhinderung zukünftiger Konflikte benannt. Diese Methoden gingen auf pazifistische Vorstellungen eines dauerhaften und „gestalteten“ Friedens zurück.

Die originäre Funktion dieser Konkretisierung bestand in der Entwicklung von außen- und sicherheitspolitischen Handlungsoptionen, die keine militärpolitischen Zielsetzungen formulierten und dadurch mit der – zuvor programmatisch festgelegten – Norm der Gewaltfreiheit zu vereinbaren waren. Da weder das strukturelle Gewaltkonzept noch „Gewaltfreiheit“ als präskriptive Norm langfristig effektive Handlungsoptionen zur Bearbeitung der konkreten Probleme zur Verfügung stellten, wurde es notwendig, andere Handlungsoptionen heranzuziehen und weiterzuentwickeln, mittels derer die Akteure außen- und sicherheitspolitisch agieren konnten. Der steigende Stellenwert der Konfliktprävention in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ging zumindest zeitlich mit einem Bedeutungsverlust der Gewaltfreiheitsnorm einher. Eine kausale Verbindung zwischen den qualitativ divergierenden Entwicklungen der beiden Ideologeme konnte indes nicht nachgewiesen werden.

Das institutionelle Handlungsziel der Konfliktprävention wurde in der zweiten Hälfte der 90er Jahre neben dem Handlungsziel einer Menschenrechtssicherung zur wesentlichen Handlungsoption bei der Bearbeitung internationaler Krisen. Mit der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene wurde das programmatische Handlungsziel der Konfliktprävention unmittelbar praxisrelevant. Die Einrichtung eines Friedenscorps im Auswärtigen Amt dokumentierte die Implementierung des „positiven“ Friedenskonzepts, die einer langfristig angelegten, zivile Aspekte betonenden Konfliktbearbeitung dienen sollte. Auch in dem vor allem vom bündnisgrünen Bundesaußenminister Joschka Fischer entwickelten Stabilitätspakt zur dauerhaften Befriedung der Balkanregion im Zuge der Kosovo-Krise kam das pazifistische Konzept eines positiven Friedens zur Anwendung.

Trotz der verbesserten Operativität und der Implementierung des „positiven“ Friedens seit der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene blieb dem Ideologem ein Mangel an Praktikabilität erhalten: Von programmatisch benannten Methoden zur Verregelung und Verhinderung

---

<sup>1345</sup> Raschke 1993: 132.

internationaler Konflikte müssen detailliertere Aussagen erwartet werden können, welche Typen von Krisen welche Mittel der Krisenbewältigung erfordern.<sup>1346</sup> Anstatt eine differenzierte Mittelbeschreibung zur Bearbeitung unterschiedlicher Konflikte vorzunehmen, bestand das pazifistische „positive“ Friedenskonzept hauptsächlich aus politisch-ontologischen Vorstellungen, auf deren Basis eine Ab- bzw. Auflösung bestehender (physischer wie struktureller) Gewaltformen vorgenommen werden sollte. Das „positive“ Friedenskonzept beschrieb somit zugleich einen wünschenswerten politischen Endzustand als auch Methoden und Maßnahmen zur dauerhaften Beendigung von Konflikten.<sup>1347</sup>

### **13.3 Ideensystem Sicherheit**

Wie bereits in der vorangegangenen Dekade wurde auch in den 90er Jahren das institutionelle Optionenset nicht vornehmlich „unter das Stichwort[...] der Sicherheit gestellt“. <sup>1348</sup> Die Akteure von Bündnis 90/Die Grünen verfassten im Laufe des Untersuchungszeitraums keine explizite sicherheitspolitische Programmatik. Angesichts des hohen Stellenwertes von „Gewaltfreiheit“ stand bei der Bearbeitung des Jugoslawienkonflikts zunächst die normative Frage militärischen Handelns im Vordergrund. Die konkreten nationalen wie europäischen sicherheitspolitischen Probleme blieben dabei zum Teil unbeantwortet, eine reduzierte Problembearbeitung wurde durch einen Verweis auf die langfristigen, so genannten „friedenspolitischen“ Handlungsziele der Partei übergangen.

Dennoch verwendeten die institutionellen Akteure die vorhandenen sicherheitspolitischen Ideologeme. Vor allem der pazifistische *causal belief*, demzufolge die Verfolgung nationaler wie multinationaler Sicherheitsinteressen Dilemmata erzeugt und aus diesem Grund keinen dauerhaften Frieden im internationalen System gewährleistet, wurde bei der Bearbeitung der sicherheitspolitischen Probleme angewandt. Während der Krise am Persischen Golf 1990/91 wurde auf dieser Basis eine „reaktionäre“ Interessenvertretung Deutschlands angemahnt, die der programmatisch geforderten normativen „Selbstbeschränkung“ Deutschlands widersprach.

Auch hinsichtlich der Funktion der Institutionen internationaler Sicherheit stellten die Akteure einen Bezug zu diesem pazifistischen *causal belief* her. Bei der Frage einer Alternative zur sicherheitspolitischen Bedeutung der NATO wurde die KSZE bzw. ab 1994 die OSZE mit

---

<sup>1346</sup> Vgl. Matthies 1996: 23.

<sup>1347</sup> Vgl. Siedschlag 2000b: 174-177.

<sup>1348</sup> Czempiel 1999a: 22.

Verweis auf bessere Sicherheitseffekte programmatisch in den Vordergrund gestellt. Die Konsensposition beschrieb 1994 eine „Auflösung“ oder „Überführung“ der NATO zugunsten einer Kompetenzerweiterung der OSZE, die als integrative und staatenübergreifende Institution eine Vermeidung von Sicherheitsdilemmata verhieß und damit dem pazifistischen „Top-down“-Sicherheitskonzept entsprach. In der Frage der NATO-Osterweiterung hielten die Akteure 1996/97 vor allem aufgrund von Identitätsmotiven an einer seit den 80er Jahren institutionell existenten negativen Haltung gegenüber dem Militärbündnis fest. Gleichzeitig jedoch stimmten die Akteure seit demselben Zeitraum faktisch einem Agieren der NATO als Institution europäischer Sicherheit zu.

Eine starke Veränderung vollzog sich im Hinblick auf die „Bottom-up“-Konzeption eines pluralen, dezentralen, solidarisch-kollektiven Agierens in den internationalen Beziehungen. Die in den 80er Jahren propagierte internationale Kooperation von Nicht-Regierungs-Organisationen konnte zur konkreten außen- und sicherheitspolitischen Problembearbeitung im Untersuchungszeitraum nicht verwendet werden. Lediglich der „integrative Ansatz“ des von Bundesaußenminister Fischer entwickelten Stabilitätspakts für den Balkan knüpfte 1999 an ein erweitertes Sicherheitskonzept an: In dem Konzept wurden Nationalstaaten als auch Nicht-Regierungsorganisationen berücksichtigt, die zu einer dauerhaften internationalen Sicherheitspartnerschaft beitragen sollten.

Die sicherheitspolitische Problembearbeitungsfähigkeit der Partei wurde im beobachteten Zeitraum insofern beeinträchtigt, da die Akteure mit einem allumfassenden und zugleich programmatisch nicht deutlich definierten Sicherheitsbegriff agierten. Während die militärischen wie nicht-militärischen Methoden zur Erreichung konkreter sicherheitspolitischer Ziele immer weiter spezifiziert wurden, nahmen die Akteure keine explizite Formulierung des Stellenwerts internationaler Sicherheit im Kontext anderer programmatischer Zielbestimmungen, etwa von „Gewaltfreiheit“ und „positivem“ Frieden vor. Diese unklare Fassung des institutionellen Optionensets begünstigte eine Verwischung von militärisch relevanten Sicherheitsproblemen einerseits und solchen, denen mit nicht-militärischen Mitteln zu begegnen ist.<sup>1349</sup> Eine Definition von sicherheitspolitischen Handlungszielen hätte indes dazu beitragen können, zwischen Maßnahmen zur Umsetzung radikaler außenpolitischer Ziele der Partei allgemein zu unterscheiden.

---

<sup>1349</sup> Vgl. Kreile 1996: 9; Schwerdtfeger 2001: 102.

## 14 Schlussfolgerungen

Die Untersuchung von Bearbeitungsprozessen konkreter außen- und sicherheitspolitischer Probleme erbrachte Ergebnisse, die einerseits mittels des erstellten Frameworks systematisch erfasst werden konnten und gleichzeitig genauere Rückschlüsse zulässt auf Stellenwert und Wirkungsweise der Erklärungsfaktoren. Die Ergebnisse werden im folgenden dargestellt:

### 14.1 Ideologie und Identifizierungsprozess

Die Wirkung der pazifistischen Ideologie auf die institutionelle Identifizierung äußerer Handlungsprobleme konnte einerseits während der Krise am Persischen Golf nachgewiesen werden. Nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait wurde von den institutionellen Akteuren Fragen behandelt, die keine unmittelbare Relevanz besaßen hinsichtlich der konkreten Probleme, die für die außenpolitischen Akteure Deutschlands generiert wurden, um die Krise im Kontext der internationalen Erwartung zu bearbeiten. Die „ideologisch gefärbte“ Wahrnehmung hatte vor allem Einfluss auf die Erwartungen hinsichtlich der sicherheitspolitischen Folgen, die ein militärisches Agieren der westlichen Staatengemeinschaft sowie ein deutscher Beitrag in der Krisenregion haben würden.<sup>1350</sup> Die Problembearbeitung wurde infolgedessen reflexartig und mittels begrenzt anwendbarer pazifistischer Handlungsoptionen vorgenommen.

In der Frage der NATO-Osterweiterung herrschte in der Partei ein Informationsdefizit hinsichtlich der erweiterten politischen Sicherheitsfunktionen, die die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges übernommen hatte. Die Folge des „kognitiven Schemas“, durch das man das Militärbündnis in der Partei betrachtete, war ein verzerrtes Bild des konkreten sicherheitspolitischen Problems, das die NATO-Osterweiterung darstellte.<sup>1351</sup> Hier waren es Identitätsmotive in der Partei, die mit pazifistischen Ideologemen verbunden wurden und die eine für die Institution spezifische Probleminterpretation zur Folge hatten.

In beiden Handlungssituationen waren demzufolge unterschiedliche Faktoren entscheidend: Die ideologische Perzeptionsfunktion wurde einerseits auf der Basis veränderter äußerer Informationen, andererseits auch durch intern gespeicherte Problembearbeitungsstrukturen (begrenzte Handlungsoptionen, institutionelle Identität) aktiviert. Abgesehen von der Selektions- und Fokussierungsfunktion der Ideologie bei der Bearbeitung dieser außen- und

---

<sup>1350</sup> Vgl. Legro 2000: 426.

<sup>1351</sup> Vgl. Herrmann 1997: 423.

sicherheitspolitischen Probleme war jedoch in den meisten Entscheidungssituationen keine einheitliche institutionelle Wahrnehmungsstruktur maßgebend. Vielmehr divergierte die Perzeption der institutionellen Akteure. Eine abweichende Interpretation stellte keine individuelle *escape route* von institutionell vorgegebenen oder von außen erwarteten Problembearbeitungsmustern dar.<sup>1352</sup> Wenn individuelle Akteure in einer gemeinsamen Interpretation äußerer Handlungsprobleme übereinkamen, dann war dies zumeist mit Interessen und Motiven vor allem mit Bezug auf die Flügelstruktur der Partei verknüpft. Die Interpretation äußerer Probleme wurde in diesen Fällen willentlich und auf der Grundlage rationaler Motive an eine Akteursgruppe überantwortet. In diesem Sinne ist als Ergebnis der Untersuchung festzustellen, dass die Ideologie nicht generell den Grad an individueller Interpretation äußerer Informationen reduziert.<sup>1353</sup> Lediglich während der Bearbeitung der Krise am Persischen Golf war die Problemwahrnehmung zwischen Akteuren und Aktivisten relativ homogen, ohne dass Motive dahinter zu erkennen waren. Hier war offensichtlich vor allem die Neuheit des Problems verantwortlich für die gemeinschaftliche wie reflexartige institutionelle Wahrnehmung. Die Wirkungsstärke des Identifizierungsprozesses auf die institutionelle Problembearbeitung der Institution ist jedoch generell als gering einzuschätzen.

## **14.2 Stellenwert der institutionellen Identität**

Die institutionelle Identität ist in zwei Entscheidungssituationen als Faktor für das Akteurshandeln bei Bündnis 90/Die Grünen hervorgetreten. Sie konnte einerseits während des kollektiven Distinktionsprozesses nach Veröffentlichung von Joschka Fischers offenem Brief aufgezeigt werden: Der Widerstand im linken Flügel, den institutionellen Erfahrungsspeicher aufzugeben, der sich mit der Norm der Gewaltfreiheit verband, verhinderte eine kollektive Abgrenzung von diesem pazifistischen Ideologem innerhalb der gesamten Partei. Andererseits hatte die institutionelle Identität im Zusammenhang mit der Frage der NATO-Osterweiterung entscheidenden Einfluss auf die Beibehaltung der Position gegenüber dem Sicherheitsbündnis, als die Akteure den negativen Identitätsmotiven in der Partei entsprachen bzw. sich ihnen nicht widersetzten.

Der Impuls zur Bestätigung von Handlungsgeschichten formierte eine Pfadabhängigkeit, die sich verantwortlich zeichnete für die Kontinuität von Optionensets der Partei. Der institutionellen

---

<sup>1352</sup> Vgl. Sending 2002: 451.

<sup>1353</sup> Vgl. March/Olsen 1989: 161.

Identität ist demzufolge in beiden Entscheidungssituationen, in denen diese als Faktor hervortraten, eine „konservierende“ Funktion im Zusammenhang institutionellen Wandels zuzuschreiben.<sup>1354</sup> Der Impuls zur Wiederholung bereits bekannter Handlungsoptionen reduzierte zwar die Komplexität der Problembearbeitung in der konkreten Handlungssituation. Aufgrund der entstehenden Kosten zur Veränderung von Handlungsalternativen trug die konservative Handlungslogik der Identität jedoch längerfristig zu einer mangelnden Effizienz durch reduzierte institutionelle Adaptionenfähigkeit bei.<sup>1355</sup>

Die Identität hat im Zuge der Analyse ihren motivartigen Charakter bewiesen. Die zutage getretenen Identitätsmotive waren jedoch – im Gegensatz zu einem *identity interest* – nicht instrumental und dienten demnach keiner anderweitigen Willensdisposition von institutionellen Akteuren. Identitätsmotive dienten ausschließlich der Stabilisierung von institutionell bereits bekannten „Handlungsgeschichten“. Dieses Untersuchungsergebnis hat Konsequenzen für das Untersuchungsdesign. Im hier verwendeten Analyseframework wurde die institutionelle Identität an die Wirkungskanäle der Ideologie gekoppelt. Dies hatte vor allem den Grund, eine tautologische Annahme hinsichtlich des Stellenwerts des institutionellen Erfahrungsspeichers zu verhindern und somit die Gefahr einer willkürlichen Erklärung institutionellen Handelns zu vermeiden. Die im Zuge der Analyse offenbar gewordene Wirkungsstärke als auch Richtung rechtfertigt – im Gegensatz zur hier vorgenommenen Verortung – eine direkte kausale Kopplung der institutionellen Identität an die Präferenzen der institutionellen Akteure.<sup>1356</sup>

Zusammenfassend lässt sich die institutionelle Identität bildlich als Ballon fassen, der mit einem nur nach innen durchlässigen Ventil versehen ist. Bei Wiederholung einer Handlungsoption füllt sich Luft in den Ballon. Je größer der Ballon, desto mehr „trägt“ er die Akteurspräferenzen. Die „aufgeladenen“ Handlungsoptionen wollen sich über einen Motivkanal innerhalb der institutionellen Problembearbeitung „materialisieren“. Kann diesem Impuls nicht entsprochen werden, setzt eine demotivierende wie enttäuschende Frustration ein, da die angefüllte Luft nur sehr langsam durch die Wände des Ballons diffundieren kann. Diesen Mechanismus verdeutlichte die Situation nach der Entscheidung von Bielefeld, als die mit der Norm der Gewaltfreiheit gekoppelte Identität nicht weiter bestätigt werden konnte: Die Akteure waren im

---

<sup>1354</sup> Sending 2002: 460.

<sup>1355</sup> Scharpf 1997: 65.

<sup>1356</sup> Scharpf 1997: 65f.

Zuge dessen wenig motiviert, neue außen- und sicherheitspolitische Handlungsoptionen zu entwickeln, da die Enttäuschung in der Partei nur sehr langsam wich.

### **14.3 Die ideologischen Kollektivfunktionen**

Im hier verwendeten Analyse-Framework wurde in Abweichung vom Rational-Choice-Modell eine „kontextuelle Rationalität“ der institutionellen Akteure als Problembearbeitungsfaktor bestimmt. Indem ein Wirkungskanal auf die Alternativenwahl der Akteure angenommen wurde, wurde die Erklärung von „irrationalen“ Verhalten der Akteure von Bündnis 90/Die Grünen ermöglicht.<sup>1357</sup> Gleichzeitig konnte der Sprache institutioneller Akteure Funktionen jenseits des *cheap talk* zugeordnet werden.<sup>1358</sup>

Im Laufe der Untersuchung kamen drei unterschiedliche „kollektive“ Rationalitätsformen in den Blick. Die hier erzielten wissenschaftlichen Ergebnisse schließen zum Teil an bisherige Forschungen der Internationalen Beziehungen an, spezifizieren jedoch die bisherigen Ergebnisse, kategorisieren sie neu und stellen sie zudem in den Zusammenhang institutioneller Forschung.

#### **14.3.1 Autokommunikationsfunktion**

Während des Bonner Parteitags kam es im Oktober 1993 innerhalb eines „symbolischen Selbstgesprächs“ zu einer – wie Johnson sie nennt – „autokommunikativen“ Selbstverortung von Bündnis 90/Die Grünen.<sup>1359</sup> Akteure und Mitglieder sprachen sich dabei kollektiv für „Gewaltfreiheit“ als Norm zur Bearbeitung der Krise in Jugoslawien aus. Grundlage für diese Entscheidung war, dass unter dem Eindruck der humanitären Probleme im Krisengebiet Jugoslawiens das institutionelle Optionenset in Frage gestellt worden war.<sup>1360</sup> Durch eine kollektive sprachliche „Aktivierung“ der Autokommunikation gelang es, die Position der Partei festzulegen und die Angemessenheit von institutionell bereits vorhandenen Handlungsoptionen unter Beweis zu stellen.<sup>1361</sup>

Entscheidend für die „autokommunikative“ außen- und sicherheitspolitische Positionierung der Partei war die Intention der Akteure, nach dem Zusammenschluss mit Bündnis 90 eine

---

<sup>1357</sup> Vgl. Desch 1999: 166.

<sup>1358</sup> Checkel 2001: 556, 561.

<sup>1359</sup> Vgl. Johnston 1995: 56.

<sup>1360</sup> Vgl. Berger 1996: 326f.

<sup>1361</sup> Vgl. Legro 2000: 420.



programmatische Verschiebung der fusionierten Partei in die politische Mitte zu verhindern. Dass das Optionenset im Zuge der kollektiven Selbstverortung nicht verändert wurde, ist somit auf die Einflussstärke von Interessen und Motiven der Akteure zurückzuführen.<sup>1362</sup>

#### 14.3.2 Distinktionsfunktion

Der „Schock“ des Massakers von Srebrenica im Sommer 1995 motivierte Mitglieder und Akteure zu einer verstärkten Akzeptanz neuer „Handlungsmaximen“.<sup>1363</sup> Ein offener Brief Joschka Fischers löste eine kollektive „Distinktion“<sup>1364</sup> von der Norm der Gewaltfreiheit als Handlungsoption zur Bearbeitung des bosnischen Bürgerkriegs aus, die eine bessere Problembearbeitung ermöglichen sollte.

Die vehemente institutionelle Diskussion, die Fischers Brief folgte, wurde jedoch nicht durch ein *renaming of objectionable behavior*<sup>1365</sup> bestimmt. Zudem wurden in der institutionellen argumentativen Debatte letztlich nicht die Prinzipien eines *serious deliberate argument*<sup>1366</sup> angewendet. Im realpolitischen Flügel der Partei kamen Motive zur Verschiebung der außenpolitischen Position in die politische Mitte zum Tragen. Denen stand ein Impuls aus dem linken Flügel der Partei entgegen, einen auf die Norm der Gewaltfreiheit bezogenen institutionellen Erfahrungsspeicher zu bestätigen und eine „Identitätsdiffusion“ zu verhindern. Auf der Basis divergierender, in unterschiedlichen Handlungsoptionen symbolisch aufgeladener Motive kam es lediglich zu einer unvollständigen kollektiven Distinktion. Die mangelnde „ideologische Kohäsion“ machte eine kooperative Strategie der Akteure in der so genannten „Burgfrieden-Politik“ notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Partei aufrechtzuerhalten.

#### 14.3.3 Legitimationsfunktion

Während des Kosovo-Konflikts existierten sowohl in der *Constituency* von Bündnis 90/Die Grünen als auch in der deutschen Öffentlichkeit Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Partei. Diese basierten darauf, dass die institutionell festgelegten Handlungsoptionen nicht mit der Alternativenwahl der Akteure übereinstimmten, eine militärische Aktion im Kosovo unter

---

<sup>1362</sup> Legro 1996: 122.

<sup>1363</sup> Vgl. Link 1987: 400-405.

<sup>1364</sup> Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 59.

<sup>1365</sup> Vgl. Johnston 1995: 57.

<sup>1366</sup> Checkel 2001: 563.

deutscher Beteiligung einzuwilligen. Die auf dem Bielefelder Parteitag vollzogene kollektive „*post-hoc*-Legitimation“<sup>1367</sup> ermöglichte es, mittels eines so benannten „politischen Pazifismus“ innerhalb der Partei als auch gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck einer Kontinuität der institutionellen Programmatik zu erzielen, obwohl „Gewaltfreiheit“ nicht als Norm in der Resolution integriert wurde.

Die kollektiven Rationalisierungen im Zusammenhang der ideologischen „Legitimationsfunktion“ vermochten Verdachtsmomente zu beruhigen und so die zur Fortsetzung der Regierungsbeteiligung notwendige Glaubwürdigkeit innerhalb und außerhalb der Institution zu erreichen. Die „Legitimationsfunktion“ diene somit der Verfolgung von „Herrschaftsinteressen [...], die einer Rechtfertigung, Verhüllung oder Verbrämung bedürfen.“<sup>1368</sup>

---

<sup>1367</sup> Raymond 1997: 213.

<sup>1368</sup> Häckel 2000: 148.

## 15 Forschungsausblick

Diese Arbeit konzentrierte sich darauf, Faktoren der außenpolitischen Problembearbeitung systematisch zu erfassen und im Zuge der Analyse situationsbezogener institutioneller Entscheidungsprozesse den Stellenwert der pazifistischen Ideologie zu ermitteln. Unter Bezugnahme auf Ansätze in Geschichtswissenschaft, Parteienforschung sowie Literatur der Internationalen Beziehungen wurde dazu ein Set von Erklärungsvariablen entwickelt. Die Tragfähigkeit von Framework als auch Methodik soll nun für zukünftige Untersuchungen beleuchtet werden.

### ***15.1 Immaterielle Phänomene als Untersuchungsgegenstand***

#### 15.1.1 Erweiterte und kontrastive institutionelle Analyse

Die Fokussierung dieser Untersuchung auf institutionelle Entscheidungsprozesse basierte auf der Annahme, dass die Partei während des Untersuchungszeitraums diejenige Institution war, die den Pazifismus in der Bundesrepublik Deutschland politisch-parlamentarisch repräsentierte. Diese Voraussetzung ist insofern problematisch, als dass sowohl in Teilen von SPD und PDS als auch in nicht-parlamentarischen Institutionen pazifistische Forderungen und Zielsetzungen existierten.<sup>1369</sup> Insofern wäre eine Erweiterung des hier vorgenommenen institutionellen Analyserahmens wünschenswert, da diese erlauben würde, Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus innerhalb eines größeren politisch-gesellschaftlichen Kontexts zu verdeutlichen. Die Korrelation zwischen formalen und informal verknüpften Gesellschaftsteilen scheint aus wissenschaftlicher Sicht lohnenswert vor allem in Zeiten des historischen Umbruchs, da verschiedene „Vollzüge“ von Wandel innerhalb verschiedener politischer „Handlungsgefüge“ verdeutlicht werden können.<sup>1370</sup>

Hinsichtlich der unterschiedlichen institutionellen Erscheinungsformen des Pazifismus bleibt indes zu berücksichtigen, dass politische Akteure nicht nur in einem einzigen organisatorischen Zusammenhang agieren, sondern Verbindungen zu und Mitgliedschaften in anderen Institutionen besitzen und deren Handlungen mitbestimmen. Als Voraussetzung für eine auf ein „Handlungsgefüge“ erweiterte Untersuchung gilt in diesem Zusammenhang, einen gemeinsamen

---

<sup>1369</sup> Vgl. Gerster 1994; Jansen 2000; Leithäuser 2002.

<sup>1370</sup> Berger 1998: 12.

Erwartungszusammenhang innerhalb einer Ansammlung von Individuen als auch eine kodierte Zielsetzung nach außen nachzuweisen.<sup>1371</sup> Unter dieser Bedingung kann die erweiterte Analyse mit dem gleichen Set an Faktoren arbeiten. Ungeachtet dessen hat eine notwendig werdende Weitung des Akteursbegriffs Konsequenzen für die Kohärenz des Frameworks, da unterschiedliche Erwartungszusammenhänge, Interessen und Akteurskonstellationen einbezogen werden müssen. Zudem werden divergierende Kausalverhältnisse zwischen den Faktoren von Problembearbeitungsprozessen wahrscheinlich. Es gilt demnach das Framework so zu flexibilisieren, dass es eine realitätsnahe analytische Fassung von Problembearbeitungsprozessen möglich wird.

Um Entwicklung und Stellenwert des Pazifismus in einem größeren Kontext zu beschreiben, ließe sich auch anstelle einer Weiterung der institutionellen Untersuchungsgrenzen eine kontrastive Untersuchung durchführen, die gegenläufige Wechselwirkungen zwischen ideologischen Optionensets unterschiedlicher Institutionen herauszustellen vermag.<sup>1372</sup> In diesem Zusammenhang könnte etwa das Verhältnis zwischen institutionellen Ideologien und internationalen ideellen Phänomenen genauer untersucht werden. Die Notwendigkeit einer solchen Verortung wurde in dieser Arbeit beispielsweise hinsichtlich des – dem pazifistischen Gewaltkonzept strukturähnlichen – Handlungsziel der Menschenrechtssicherung deutlich, welches nachweislich in inhaltlicher wie auch personeller Verbindung zu internationalen Menschenrechtskonzepten steht.<sup>1373</sup> Eine genaue Untersuchung des Verhältnisses zwischen institutionellen Ideologemen einerseits und im internationalen System generierten Handlungsoptionen andererseits vermag Kausalverbindungen und damit Erklärungsvariablen aufzuzeigen, die in dem vorhandenen Frameworks nicht berücksichtigt werden konnten.

Was das Verhältnis zwischen institutionellen und international agierenden Akteuren angeht, müssen neben großen Differenzen auch Präferenz-Überschneidungen angenommen werden.<sup>1374</sup> Zwar gilt generell, dass die Voraussagbarkeit von Wirkungsweisen immaterieller Faktoren im Falle einer Übereinstimmung von internationalen und institutionellen Normen hoch ist. Sie nimmt ab, je stärker die institutionell existenten Normen von denen der internationalen Ebene

---

<sup>1371</sup> March/Olsen 1998: 948.

<sup>1372</sup> Vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 116.

<sup>1373</sup> Vgl. Risse/Ropp/Sikkink 1999.

<sup>1374</sup> Vgl. Johnston 1995: 41, 56.

divergieren.<sup>1375</sup> Unterschiedliche Problembearbeitungsstrukturen, d.h. unterschiedliche Akteure, Präferenzen und Ideologien erlauben nichtsdestoweniger ein gemeinsames zielgerichtetes Handeln.<sup>1376</sup> Gleichzeitig können unterschiedliche Akteure aber auch über gleiche Optionensets verfügen, diese jedoch unterschiedlich verwenden. Erst die Analyse unterschiedlicher „Problembearbeitungskulturen“ lässt Rückschlüsse auf Stellenwert immaterieller Phänomene im Rahmengeflecht institutioneller als auch international-systemischer Zusammenhänge zu.

### 15.1.2 Immaterielle Faktoren und institutioneller Wandel

Institutioneller Wandel wurde hier gefasst als Anpassung von Handlungszielen und –methoden, welche auf der Basis veränderter äußerer Informationen von Akteuren intentional vollzogen wird.<sup>1377</sup> Problembearbeitungsprozesse (Methoden) sowie Optionensets (Ziele) besitzen in diesem Sinne eine Indikatorfunktion innerhalb des institutionellen Wandels: Sie werden als Reaktion auf die Entwicklung äußerer Probleme verändert und machen Neuerungen ablesbar. Die hier benannten Einzelfaktoren vermochten zwar eine Verschiebung von Methoden und Zielen analytisch genauer zu fassen als der bloße Verweis auf *external shocks*, die von den Akteuren verarbeitet werden müssen.<sup>1378</sup> Institutioneller Wandel war jedoch ausschließlich situationsbedingt erklärbar, abhängig vom Zusammenspiel der – jeweils unterschiedlich stark wirkenden – Erklärungsfaktoren. Situationsübergeordnete Wandlungsmuster konnten demgegenüber – außer als komplexe „Faktorenpermutation“ – nicht beschrieben werden.

Vorhandene Thesen im Zusammenhang mit institutionellem Wandel nehmen vor allem den „Argumentationsprozess“ in den Blick: Beispielsweise die These, dass eine argumentative Überzeugung (zur Veränderung von Problembearbeitungsprozessen und Optionensets) in einem neuen und unsicheren Handlungsfeld wahrscheinlicher wird.<sup>1379</sup> Aufgrund der Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit kann diese Behauptung bestätigt werden, jedoch sagt sie nichts aus über intentionale Kontexte. Entscheidend ist, dass institutioneller Wandel nicht das Resultat eines *truth-seeking-discourse* darstellt, also eine Veränderung von Handlungsoptionen und Bearbeitungsprozessen nicht notwendig „im Lichte des besseren Arguments“ vollzogen

---

<sup>1375</sup> Vgl. Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 114.

<sup>1376</sup> Swidler 1986: 275.

<sup>1377</sup> Hall 1993: 278.

<sup>1378</sup> Vgl. Berger 1998: 12-15; Legro 2000: 423.

<sup>1379</sup> Checkel 2001: 562.

wird.<sup>1380</sup> Isolierung und Nachweis eines „kommunikativen Handelns“ in institutionellen außenpolitischen Entscheidungsprozessen war in dieser Arbeit nicht möglich, da die Katalysatorfunktion von Optionensets nicht mit einer „Argumentationslogik“ der Akteure, sondern vor allem mit – materiellen wie immateriellen – Motiven gefüllt wurde. Existente Forschungsergebnisse erlauben demgegenüber keine Rückschlüsse auf die motivationalen Kontexte, in denen sich institutionelle Veränderungen vollziehen.

Aufgrund des hohen Stellenwerts von Interessen und Motiven der Akteure sind bei der Suche nach Wandlungsmustern vor allem Schemata des Übergangs entscheidend, die von äußeren Problemen zu den Akteursmotiven führen. Die Kausalkette führt aus dieser Perspektive von äußeren Informationen über Akteursmotive zu sich verändernden Problembearbeitungstechniken und Handlungsalternativen. Dieser Zusammenhang stellt also bei der Frage institutionellen Wandels den Prozess der „Internalisierung“ veränderter Problemzusammenhänge in den Mittelpunkt. Erst im Zuge veränderter Akteursmotive werden institutionelle Prozesse und Handlungsalternativen als „Internalisierungsinstanzen“ angepasst. Optionensets und institutionelle Prozesse sind demzufolge nicht nur Indikator, sondern als Kommunikationsinstanzen auch Katalysator institutionellen Wandels. Der Versuch, Gesetzmäßigkeiten innerhalb des institutionellen Wandels zu beschreiben, kann aus dieser Sicht nur innerhalb der im Framework benannten Faktoren zum Erfolg führen. Verinnerlichung und Existenzdauer, ebenso Abstoßung von Optionensets sind demzufolge an die hier benannten Erklärungsvariablen gekoppelt.<sup>1381</sup>

Die Wirkungskomplexität der Problembearbeitungsfaktoren macht eine Beschreibung von institutionellen Wandlungsmustern als wiederkehrender Kausalzusammenhang eben dieser Faktoren unmöglich. Detailliertere Ergebnisse können jedoch hinsichtlich der situationsübergreifenden Richtung institutionellen Wandels erreicht werden. Dabei muss zunächst die Bearbeitung eines neuartigen Problems in einem prozessualen Verhältnis zwischen *constraint* und *acquired interest* betrachtet werden. Ein äußeres Problem ist demzufolge nicht lediglich Hindernis bei der Durchsetzung autonomer Akteursinteressen. Vielmehr wirkt das Problem als äußere Erwartungsstruktur auch in Richtung einer motivationalen Internalisierung

---

<sup>1380</sup> Vgl. Risse 2000: 2, 7.

<sup>1381</sup> Ungültig sind demnach auch Versuche mittels organisistischer Konzepte institutionellen Wandel zu fassen. Optionensets durchlaufen niemals eine quasi-autonome „Evolution“ und beschreiben auch keine „Lebenszyklen“ (vgl. Finnemore/Sikkink 1998: 894-896).

von Akteuren.<sup>1382</sup> Daran anschließend stellen nationale oder internationale Normen nicht ausschließlich Hürden bei der Realisierung von Handlungsmotiven dar, da auch diese institutionell verinnerlicht werden.<sup>1383</sup> Indem die Forschung – unter möglicher Zuhilfenahme von psychologischen und soziologischen Konzepten – Übergangsmechanismen von äußerem Hindernis hin zu adaptierten, weil internalisierten Interessen beschreibt, sollte auch eine bessere Verortung institutioneller Wandlungsmechanismen erreicht werden können.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der Widerstand gegenüber institutionellem Wandel. Die institutionelle Identität, die an verschiedenen Stellen der Untersuchung als Handlungsmotiv hervorgetreten ist, vermag als Erklärungsvariable zwar nicht veränderte Problembearbeitungstechniken und Verschiebungen der Optionensets zu beschreiben.<sup>1384</sup> Dennoch steht das Verhältnis zwischen der institutionellen Identität als „konservativer Instanz“ und den Interessen der Akteure zur Disposition, um Faktoren für einen Mangel an institutionellem Wandel zu formulieren.

## **15.2 Methodik der Untersuchung**

Trotz der Praktikabilität des Frameworks offenbarten sich im Laufe des Untersuchungsprozesses einige methodische Probleme, deren konstruktive Behandlung für die Ergebnisse zukünftiger Arbeiten entscheidend sein kann. Es bestätigten sich vor allem die bereits vor Beginn der Analyse bekannten Schwierigkeiten bei der Identifizierung von Kausalketten zwischen den bestellten Variablen des Problembearbeitungsprozesses. Besonders die wirkungsmäßigen Verbindungen zwischen ideellen Phänomenen und institutionellem Handeln konnten nicht immer einwandfrei nachgewiesen werden. Eine konstatierbare Kongruenz von Akteurshandeln und ideologischem Optionenset, die pure Beobachtung einer zeitlichen Abfolge und/oder konstanten Verbindung zwischen den Akteuren und dem ideologischen Optionenset sind methodisch nicht hinreichend, um die Ideologie als handlungsbedeutsam nachzuweisen.<sup>1385</sup> Maßnahmen zur Optimierung der qualitativen Forschung müssen generell an den „Stationen“ des Forschungsprozesses ansetzen. Dabei ist nicht die isolierte Anwendungsevaluation entscheidend,

---

<sup>1382</sup> Vgl. Sending 2002: 449.

<sup>1383</sup> Checkel 2001: 557.

<sup>1384</sup> Sending 2002: 460. Internalisierungsprozesse können deshalb nicht auf die institutionelle Identität zurückgeführt werden, da diese per definitionem während des Wandlungsprozesses noch nicht vorhanden ist.

<sup>1385</sup> Rosen 1995: 14.

sondern eine Prozessevaluation, die die Anwendung der Methoden im Hinblick auf ihre stimmige Einbettung in die Erforschung des Untersuchungsgegenstands überprüft.<sup>1386</sup>

Um das Problem uneindeutiger Kausalverbindungen zu verbessern, scheinen konkret zwei methodische Verfeinerungen hilfreich. Einerseits könnte eine „dichtere“ Analyse der Faktoren innerhalb des *process tracing* die Wirkungsroute der bestellten Variablen deutlicher hervortreten lassen, die von der institutionellen Problemperzeption bis zur Alternativenwahl der institutionellen Akteure führt. Gerade der Nachweis einer Perzeptionswirkung auf das institutionelle Handeln war nicht eindeutig. Es konnte letztlich nicht eindeutig nachgewiesen werden, wie genau die Wahrnehmung der institutionellen Akteure „ideologisch“ beeinflusst wird.<sup>1387</sup> Konkreter formuliert: In dem hier verwendeten Framework wurde eine „gestreute“ Wirkung der Ideologie auf die Problemwahrnehmung der Akteure angenommen. Eine differenziertere Einzelanalyse von Interessen, Erwartungen, Strategien, Akteursformationen sowie Interaktionsregeln könnte den Wirkungskanal der Perzeption auf einzelne Teilfaktoren der Akteurspräferenzen genauer fassen.

Die eindeutige kausale Zuordnung könnte zudem dadurch verbessert werden, dass die Quellen noch enger miteinander in Verbindung gesetzt werden. Die hier gewählte Vorgehensweise: schriftliche Quellenforschung - qualitative Interviews - ggf. neue Quellenforschung reicht mitunter nicht aus, um einen lückenlosen Nachweis der Kausalverbindungen herzustellen. Die Untersuchungsschritte müssten vielmehr wiederholt und innerhalb des Deutungsprozesses mehrfach miteinander in Verbindung gesetzt werden.<sup>1388</sup>

---

<sup>1386</sup> Flick 1995: 285.

<sup>1387</sup> Vgl. dazu Sending 2002: 451.

<sup>1388</sup> Checkel 2001: 565.



## 16 Quellen- und Literaturverzeichnis

Zur Quellen- und Literaturrecherche wurde vor die Online-Datenbank „Lexis-Nexis“ verwendet, die folgende Titel umfasst (in Klammern das Datum der Erstveröffentlichung): Agence France Press (8.6.2000), Associated Press (24.4.1995), Deutsche Presse-Agentur (November 1999), Focus (18.1.1993), Frankfurter Allgemeine Zeitung (2.1.1993), Neue Zürcher Zeitung (Januar 1993), Der Spiegel (Januar 1999), Süddeutsche Zeitung (11.2.1991), Tages-Anzeiger (Januar 1997), Die Woche (Februar 1993-8.3.2002).

Darüber hinaus hat das Archiv der Frankfurter Rundschau/Frankfurt a.M. zur Recherche von relevanten Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zur Verfügung gestanden. Letztlich konnten – abgesehen von einer Sperre von Papieren der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der 13. und 14. Legislaturperiode – im „Archiv Grünes Gedächtnis“/Berlin Quellen und Literatur eingesehen werden.

### Allgemeine Quellen

Abkommen über die Verwirklichung der Föderation Bosnien-Herzegowina, beschlossen in Dayton/Ohio, 10.11.1995, in: Internationale Politik 51, Nr. 1 (1996), S. 72-78.

Ablösen statt auslösen. Verändertes Wahlprogramm verabschiedet, in: Süddeutsche Zeitung, 12.1.1998.

Abschied vom Grünen Pazifismus, in: die tageszeitung, 19.8.1992.

„Abstand zwischen Programm und Politik muss nicht klein sein“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.1997.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung an möglichen NATO-Operationen zum Schutz und Herausziehen von OSZE-Beobachtern in Notsituationen, Parlamentsprotokolle 14/8, S 433-435.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Regierungskoalition auf Zustimmung zum Beschluss der Bundesregierung vom 21.4.1993, Parlamentsprotokolle 12/169, 2.7.1993.

Ärger mit Fischers Reiselust, in: Süddeutsche Zeitung, 31.5.1996.

Aktivere Menschenrechtspolitik gegenüber China gefordert, in: Associated Press, 17.11.1998.

Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung an der von der NATO geplanten Aktion zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien, Bundestag-Drucksache 13/6500, 11.12.1996.

Antrag der Bundesregierung zur Deutschen Beteiligung an den von der Nato geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt, Bundestag-Drucksache 13/11469, 12.10.1998.

Antrag der Bundesregierung zur Deutschen Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für den Kosovo sowie an NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force), Bundestag-Drucksache 14/397, 25.2.1999.

Antwort von Eckart Lohse auf eine schriftliche Anfrage, Berlin, 9.12.2001, Privatbesitz des Autors.

Appell grüner Parteimitglieder: „Den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort beenden! Den Weg für eine friedliche und langfristige Lösung des Kosovo-Konflikts offen halten!“, Text vom 25.3.1999, Internet: [www.basisgruen.de/gruene/bund/Kosovo/Anti-Kriegs-Ini.htm](http://www.basisgruen.de/gruene/bund/Kosovo/Anti-Kriegs-Ini.htm).

Auch aus der SPD Kritik an Grünen-Parteitagebschlüssen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.3.1998.

Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa. Schriftlicher Beitrag von Klaus Kinkel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.7.1995.

Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20.10.1998.

Aufbruch-Manifest, in: Frankfurter Rundschau, 7.7.1988 sowie 8.7.1988.

Außenminister Fischer schlägt Dauerverhandlungen der Konfliktparteien bis zu einer Friedenslösung vor, in: Süddeutsche Zeitung, 28.1.1999.

Außenpolitik, noch vakuumgeschützt, in: Süddeutsche Zeitung, 12.10.1998.

Außenpolitik ohne Volmer, in: Focus, Nr. 47, 21.11.1994, S. 14.

Bei den Grünen wahrscheinlich Mehrheit für Kosovo-Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.10.1998.

'Bellizisten' unterliegen 'Pazifisten', in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.1993.

Bericht des „Netherlands Institute for War Documentation“ zur Eroberung der UN-Schutzzone Srebrenica 1995, Internet: <http://www.srebrenica.nl/en/index.htm>.

Beschluß des Deutschen Bundestages am 19. November 1998 zur deutschen Beteiligung an möglichen NATO-Operationen zur Herauslösung von OSZE-Beobachtern aus dem KOSOVO in Notfallsituationen, Bundestag-Drucksache 14/47, 17.11.1998.

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Fortsetzung der militärischen Absicherung des Friedensprozesses im ehemaligen Jugoslawien über den 19. Juni hinaus (SFOR-Folgeoperation), Bundestag-Drucksache 13/11012, 17.6.1998.

Beteiligung in Ex-Jugoslawien, in: Frankfurter Rundschau, 30.11.1992.

Bonn bereitet Handelsembargo gegen Irak vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.8.1990.

Bonn gegen den Einsatz von Nato-Bodentruppen, in: Neue Zürcher Zeitung, 10.4.1999.

„Bonn soll seinen Beitrag leisten“. Interview mit John McCain, in: Der Spiegel, 17.9.1990.

Bonn will Vorreiterrolle bei Menschenrechten, in: Süddeutsche Zeitung, 18.11.1998.

Breite parlamentarische Unterstützung für die Bundesregierung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.4.1999.

Breite Mehrheit für Beteiligung der Bundeswehr an einem NATO-Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.1998.

Brief des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali an den Präsidenten des UN-Sicherheitsrats vom 29.11.1992, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 38, Nr. 2/1993, S. 244-246.

Brüsseler Rede des russischen Verteidigungsministers Gratschow vom 25.5.1994, in: Europa-Archiv 49 (1994), S. D 500-502.

Bündnis 90 macht Grünen Antrag, in: Frankfurter Rundschau, 4.5.1992.

Bündnis 90 und Grüne wollen eine Partei werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.1.1993.

Bundesgrüne gegen Golfaufrmarsch, in: die tageszeitung, 8.9.1990.

Bündnisgrüne wählen ihre Fraktionsführung, in: Süddeutsche Zeitung, 20.10.1994.

Bundestag beschließt deutsche Beteiligung im Kosovo, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.1998.

Bundestag billigt Adria-Einsatz der Marine, in: Süddeutsche Zeitung, 23.7.1992.

Bundestag billigt mit großer Mehrheit Einsätze der Bundeswehr in der Adria und in AWACS-Flugzeugen, in: Süddeutsche Zeitung, 23./24.7.1994.

Bundestag stimmt UN-Einsatz in Somalia zu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.4.1993.

Bundestagsbeschluß zum IFOR-Nachfolge-Auftrag, Bundestag-Drucksache 13/3753, 13.12.1995.

Bundesvorstand der Grünen plant Beschluss zu Bosnien-Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.5.1998.

Bundeswehr in Ostslawonien, in: Süddeutsche Zeitung, 10.2.1996.

Das Bomben stoppen – bedingungslos, in: die tageszeitung, 11.5.1999.

Das Losungswort der Grünen heißt 'Einstieg', in: Süddeutsche Zeitung, 30.9.1998

Denkzettel aus Wut, in: die tageszeitung, 8.6.1999.

Der Bundeskanzler mit dem Karlsruher Urteil „sehr zufrieden“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.7.1994.

Der Bundestag begrüßt die Ost-Erweiterung der NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.1997.

Der Bundestag mit deutlicher Mehrheit für den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.7.1995.

Der Bundestag streitet über Deutschlands Verantwortung im Angesicht kriegischer Gewalt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.7.1992.

Der deutsche Kosovo-Friedensplan vom 14.4.1999, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, Nr. 5 (1999), S. 638-639.

Der grünen 'Baisse' noch eins draufgesetzt, in: Frankfurter Rundschau, 23.2.1991.

Der Krieg gegen die Frauen von Bosnien, in: die tageszeitung, 11.12.1992.

Deutsche Firmen rüsten Irak auf, in: Süddeutsche Zeitung, 6.8.1990.

Deutsche Tornados nach Ostslawonien?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1996.

Deutschland will Russland einbinden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.4.1999.

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, 29.4.1991.

Die Erstgeborenen der Revolution sind so billig nicht zu haben, in: Frankfurter Rundschau, 3.9.1991.

Die Grünen noch uneinig über ihr Wahlprogramm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.10.1997.

Die Grünen wollen weiter regieren. Parteitag in Rostock, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2001.

Die Initiative der deutschen Bundesregierung für Kosovo vom 16. April 1999, in: Internationale Politik 54, Nr. 5, S. D 135-136.

Die Nation liegt schief. Bündnis und der Weg nach Bonn, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.5.1993.

„Die NATO-Luftangriffe sofort und endgültig beenden“. Antrag 77 auf der 2. Außerordentlichen Bundesversammlung in Bielefeld, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Bielefeld.

„Die Partei muss sich entscheiden“. Interview mit Joschka Fischer, in: Die Woche, 23.7.1999, S. 6.

Die Parteilinke rechnet mit Ablehnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.1996.

Die Wahl zwischen Pest und Cholera, in: Süddeutsche Zeitung, 31.3.1999.

Die Westmächte trauen Milosevic noch nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.10.1998.

Die Wüste bebt, die Deutschen kommen, in: die tageszeitung, 21.7.1993.

Diskussionsrunde zum Verhältnis der Friedensbewegung zu Israel, in: Israel und Palästina, Extraausgabe zum Thema Golfkrieg: Israel und die deutsche Friedensbewegung, 2. Auflage, November 1991, S. 175-181.

„Dr. Jekyll und Mr. Hyde“. Joschka Fischer über Edmund Stoiber und Deutschlands Rolle in der Welt, in: Die Zeit, Nr. 5, 24.1.2002, S. 4.

Duma stellt sich auf die Seite Belgrads, in: Süddeutsche Zeitung, 4.2.1999.

Ein Kompromiss zum Bosnien-Einsatz bei den Grünen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.12.1996.

Ein Rätselwesen probt den Spagat, in: Süddeutsche Zeitung, 22.6.1998.

Eine starke Minderheit der Grünen einverstanden mit einem Bosnien-Einsatz der Bundeswehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1995.

Eingeschränkt solide. Rot-grüne Rücksichtnahme und eine Pannenserie gefährden Deutschlands internationales Ansehen, in: Focus, Nr. 48, 16.11.2001, S. 40.

Einleitung von Boutros Boutros-Ghali zu: The United Nations and Somalia 1992-1996, hg. v. Department of Public Information of United Nations, New York 1996, S. 3-87.

Embargo bis Kriegsbeginn, in: Frankfurter Rundschau, 1.12.1990.

„Ende des GRÜNEN Pazifismus?“, unterschrieben von Ludger Volmer/Heide Rühle/Claudia Roth/Angelika Beer/Angelika Hirschmüller, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 184/92, 24.8.1992, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 31: Pressemitteilungen 1992.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 88. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BverfGE 88), S. 173-185.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 89. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BVerfGE 89), S. 38-47.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im 90. Band der amtlichen Entscheidungssammlung (BVerfGE 90), S. 286-394.

Entschließungsantrag der Bundesregierung zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes, Bundestag-Drucksache 13/1802, 26.6.1995.

Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion Die Grünen zum Bericht der Bundesregierung über die Tagung der WEU/EPZ-Sitzung zur Lage am Golf, Bundestag-Drucksache 11/7726, 23.8.1990.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum IFOR-Einsatz, Bundestag-Drucksache 13/6501, 11.12.1996.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes, Bundestag-Drucksache 13/1828, 28.6.1995.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur deutschen Beteiligung an der Unterstützung der VN-Übergangsadministration für Ostslawonien, Bundestag-Drucksache 13/3753, 8.2.1996.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur deutschen Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien, Bundestag-Drucksache 13/11083, 18.6.1998.

Entschließungsantrag der SPD zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes, Bundestag-Drucksache 13/1835, 28.6.1995.

Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zu Lage und Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien, Bundestag-Drucksache 12/3072, 22.7.1992.

Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP im Bundestag zur Krise am Golf, Bundestag-Drucksache 12/37, 17.1.1991.

Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zur Beteiligung von Marinestreitkräften der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen in der Adria, Bundestag-Drucksache 12/3073, 22.7.1992.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Bundesregierung Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses in Bosnien. (Drucksache 13/6500 und 13/6519), Parlamentsprotokolle 12/169, 13.12.1996, S. 13519-13521.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 16.12.1997 über den Beitritt der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Republik Ungarn, Parlamentsprotokolle 13/224, 26.3.1998, S. 20461-20462.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU zur Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II (Drucksache 12/5338), Parlamentsprotokolle 12/169, 2.7.1993, S. 14608.

Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(1), in: Süddeutsche Zeitung, 28.8.1990.

Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(2), in: Süddeutsche Zeitung, 18.9.1990.

Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(3), in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.1990.

Ergebnisse des ZDF-Politbarometers(4), in: Süddeutsche Zeitung, 20./21.11.1990.

Erklärung der Abgeordneten Ludger Volmer, Angelika Beer, Gila Altmann, Amke Dietert-Scheuer, Marina Steindor, Annelie Buntenbach, Dr. Jürgen Rochlitz zur SFOR-Abstimmung im Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/242, 19.6.1998.

Erklärung der Bundesregierung zur Unterstützung der humanitären Anstrengungen der Vereinten Nationen in Somalia, Bonn, 17.12.1992, in: Europa-Archiv 48 (1993), D 191-192.

Erklärung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur NATO-Osterweiterung, Bundestag-Drucksache 13/8074, 25.6.1997.

Erklärung von Krista Heyne, Michael Hustedt, Albert Schmidt und Wolfgang Schmitt zum Abstimmungsverhalten vom 6.12.1995, in: Unsere Kontroverse um Dayton. Von der Bundesdelegiertenkonferenz in Bremen zur Bundestagsdebatte am 6. Dezember 1995, hg. v. der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, S. 29.

Erste Bewährungsprobe Fischers in Warschau, in: Neue Zürcher Zeitung, 31.10.1998.

Es begann mit einer Lüge, Fernseh-Reportage von Jo Angerer und Mathias Werth, gesendet am 8.2.2001 in der ARD, Druckversion Internet: <http://online.wdr.de/online/news/kosovaluege/>.

„Es geht um das Wie einer Intervention“. Interview mit Claudia Roth, in: die tageszeitung, 19.8.1992.

Es geht weiter: Rot-Grün gibt Schröder das Vertrauen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.11.2001.

„Es gibt da schon Unterschiede“. Rühle sieht die Balten beim Eintritt zur Nato im zweiten Glied, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1995.

„Es gibt keinen deutschen Sonderweg“. Interview mit Joschka Fischer, in: Süddeutsche Zeitung, 27.11.1998.

Fischer: Meine Partei kann sich nicht beschweren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.1.1999.

Fischer fordert Intervention im Kosovo-Konflikt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.6.1998.

Fischer für Ost-Erweiterung der NATO, in: Süddeutsche Zeitung, 3.6.1997.

Fischer gegen Nein zur Nato-Osterweiterung, in: die tageszeitung, 9.4.1997.

Fischer kritisiert Grünen-Sprecher, in: Süddeutsche Zeitung, 20.2.1991.

Fischer spricht von „üblen“ Vorwürfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.4.1999.

Fischer verteidigt „Grundwert“ Gewaltfreiheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.1999.

Fischer will auf Einhaltung der Menschenrechte dringen, in: Associated Press, 5.11.1998.

Fischer will Beweis grüner Regierungsfähigkeit, in: Süddeutsche Zeitung, 13.10.1997.

Fischer für politische Lösung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.1.1999.

Für eine Zivilisierung internationaler Beziehungen – Politik nicht-militärischer Konfliktlösung, Antrag der Abgeordneten Vera Wollenberger, Gerd Poppe, Werner Schulz, Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, Bundestag-Drucksache 12/3014, 2.7.1992.

Für oder gegen die Ost-Erweiterung der NATO?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.3.1997.

Gefühl der Wut. Bei den Grünen melden sich kriegsrische Frauen zu Wort: Sie wollen das Gemetzel in Bosnien gewaltsam beenden, in: Der Spiegel, 22.2.1993, S. 49-54.

Gegen die Kolonialisierung der osteuropäischen Staaten durch NATO und EG. Erklärung u.a. von Angelika Beer, Jutta Dittfurth und Hans-Peter Hubert, o.O., 17.11.1989, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y 058.

Gemeinsame Erklärung der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Monika Knoche, Steffi Lemke, Irmgard Schewe-Gerigk, Christian Simmert, Christian Ströbele und Sylvia Voß zum Krieg im Kosovo, 26.3.1999, Internet: <http://www.simmert.de/themen/kosovo/95.html>.

Gescheit und stockkonservativ. Fischer-Rede über Außenpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 10.6.1998.

Gespräche über Außen- und Sicherheitspolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 2.12.1996.

Gestern noch links, heute schon grau? Streitgespräch zwischen Jens Kröcher und Jan Fries, in: die tageszeitung, 30.6.1999.

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Aufgaben und Entwicklungsperspektiven der OSZE, Bundestag-Drucksache 13/4482, 25.4.1996.

Große Mehrheit für Verlängerung des Sfor-Einsatzes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6.1998.

Große Mehrheit im Bundestag für die Ost-Erweiterung der NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.3.1998.

Grüne Bosnien-Mission, in: Süddeutsche Zeitung, 30.10.1996.

Grüne empört über Türkeihilfe, in: Frankfurter Rundschau, 31.1.1991.

Grüne entscheiden über Kampfeinsatz, in: Süddeutsche Zeitung, 2.12.1995.

Grüne für Patriot-Raketen, in: die tageszeitung, 11.2.1991.

Grüne geben Startschuss für neues Grundsatzprogramm, in: Associated Press, 19.11.1999.

Grüne geläutert aus Israel zurück, in: Frankfurter Rundschau, 26.2.1991.

Grüne lehnen jeden Militäreinsatz ab, Pazifisten setzen sich durch, in: Süddeutsche Zeitung, 11.10.1993.

Grüne mit Gewalt für den Frieden, in: die tageszeitung, 18.3.2002.

Grüne notfalls für Militäreinsatz, in: Frankfurter Rundschau, 19.8.1992.

Grüne Realos wollen angeblich umstrittene Beschlüsse kippen, in: Associated Press, 26.3.1998.

Grüne schließen Nato-Erweiterung nicht aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.5.1996.

Grüne sind Risiko für Machtwechsel, in: Süddeutsche Zeitung, 25.3.1998.

Grüne stellen Prinzip der Gewaltfreiheit zur Debatte, in: Associated Press, 1.8.1995.

Grüne streiten über Bundeswehr-Einsätze, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.6.1995.

Grüne über Bosnien-Einsatz einig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.3.1998.

Grüne uneins über Kosovo-Krieg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.4.1999.

Grüne uneins über möglichen Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.6.1995.

Grüne verschieben Beschluss über Nato-Osterweiterung, in: Associated Press, 11.3.1997.

Grüne wollen diplomatische Initiative, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.4.1999.

Grüne wollen weniger über Fernziele reden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.3.1998.

Grüne zeigen Ex-BND-Chef an, in: Frankfurter Rundschau, 8.9.1990.

Grüne: Entscheidung über Ministerien bis zum Wochenende, in: Associated Press, 13.10.1998.

Grüne: Kosovo-Krise könnte Regierungsbildung belasten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.1998.

Grünen wollen Streit vermeiden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.6.1996.

Grünen-Fraktion vertagt Streit über NATO-Osterweiterung, in: Associated Press, 18.3.1997.

Grünen-Politiker beschwören Zusammenhalt der Partei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.4.1999.

Grünen-Vorstand lehnt deutschen Bosnien-Einsatz ab, in: Süddeutsche Zeitung, 29.11.1995.

Grünen-Vorstand revidiert die Magdeburger Bosnien-Entscheidung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.5.1998.

Grünen-Vorstand wünscht keine Bosnien-Debatte auf dem Parteitag, in: dpa-Meldung, 13.11.1996.

Grüner Parteitag, in: Süddeutsche Zeitung, 11.10.1993.

Grünes „Netzwerk“ spricht sich gegen Wahl der Grünen aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.6.1999.

Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation, unterzeichnet am 27.5.1997 in Paris, in: Jürgen Schwarz/Jan Wiktor Tkaczynski/Ulrich Vogel (Hg.) 1997: Polen und die neue NATO. Modalitäten der Integration, Frankfurt/Main, S. 233-244.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, hg. v.: Bundesrepublik Deutschland, 49., Neubearb. Aufl., Stand 1.2.1989, München 1989.

„Grundwert Solidarität hat Vorrang vor Gewaltfreiheit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.11.1995.

Hardthöhe. Aufmacher Bundeswehr. Weniger Soldaten. Mehr Arbeit, in: Süddeutsche Zeitung, 20.2.1992.

Heftige Debatte über möglichen Kurswechsel in der Außenpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 3.8.1995.

Hessische Grüne unterstützen Fischers Forderungen zu Bosnien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.8.1995.

„Ich fühle mich nicht als Sieger des Krieges“. Interview mit Joschka Fischer, in: die tageszeitung, 19.7.1999.

„Ich gehe nicht so weit wie Joschka Fischer“. Interview mit Antje Vollmer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.8.1995.

„Ich habe mich nicht verkauft.“. Interview mit Claudia Roth, in: die tageszeitung, 16.3.2002.

„Ifor-Truppen müssen noch bleiben“, Interview mit Joschka Fischer, in: die tageszeitung, 28.10.1996.

Interim Agreements for Peace and Self-Government in Kosovo, 23.2.1999, in: Internationale Politik 54, Nr. 5 (1999), S. 104-115.

Interview mit Hans-Dietrich Genscher, in: Die Zeit, Nr. 36, 30.8.1991, S. 6.

Interview mit Gerd Poppe, in: Der Spiegel Nr. 44, 4.11.1996, S. 34.

Interview mit Helmut Lippelt, in: Der Spiegel, Nr. 32, 24.8.1992, S. 33f.

Interview mit Joschka Fischer(1), in: Der Spiegel, Nr. 16, 16.4.1991, S. 40.

Interview mit Joschka Fischer(2), in: Die Zeit, Nr. 16, 15.4.1999, S. 6-7.

Interview mit Jürgen Trittin, in: Die Zeit, Nr. 19, 6.5.1999, S. 9.

Interview mit Ludger Volmer, in: Focus, Nr. 52, 28.12.1998, S. 38.

Irakisches Giftgas „made in Germany“, in: die tageszeitung, 10.8.1990.

Jelzin: Ost-Erweiterung der Nato wird in ganz Europa die Flamme des Krieges entfachen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.9.1995.

Kabinettschluss billigt Nato-Einsatz im Kosovo, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.1998.

Kasseler Parteitag fordert soziale Grundsicherung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.11.1997.

Kaum ist die Einheit da, schickt man deutsche Soldaten zur Front, in: Frankfurter Rundschau, 9.1.1991.

Kein Bekenntnis der Grünen zur NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.1997.

Keine Vorgabe der Grünen-Spitze für Kosovo-Abstimmung, in: Associated Press, 13.10.1998.

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Reform der NATO und die Osterweiterung der Allianz, Bundestag-Drucksache 13/9556, 17.12.1997.

Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu Osterweiterung der NATO und Abrüstung, Bundestag-Drucksache 13/7537, 23.4.1997.

Königs für UN-Posten im Kosovo im Gespräch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.1999.

Kohl schließt Einsatz im Golf nicht aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.8.1990.

Kommuniqué des Gipfeltreffens der Staats und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Nordatlantischen Allianz anlässlich des 50. Jahrestags der NATO am 24. April in Washington, DC, in: Internationale Politik 54, Nr. 10 (1999), S. D 95-107.

Kompromissvorschlag für Bosnien-Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.1996.

Konsolidierung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina, Antrag V 22, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Suhl.

Kontaktgruppe fordert eine Ende des Kosovo-Konflikts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.1999.

Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen streitet über Wahlprogramm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1.1994.

Lafontaine widerspricht Fischer, in: Süddeutsche Zeitung, 4.8.1995.

„Linke Position ist gestärkt“. Interview mit Christian Ströbele, in: Focus, Nr. 12, 16.3.1998, S. 23.

„Linkliberalen eine neue Heimat geben“. Interview mit Joschka Fischer, in: Focus, Nr. 5, 1.2.1993, S. 46.

Manöverunfall beim Feldgottesdienst, in: Süddeutsche Zeitung, 9.3.1998.

Massendemonstrationen in ganz Deutschland, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.1.1991.

Matthias Platzeck, in: Frankfurter Rundschau, 4.5.1993.

„Militär keine Lösung“. Interview mit Angelika Beer, in: die tageszeitung, 2.8.1995.

„Militärschutz? - Lieber evakuieren.“ Interview mit Jürgen Trittin, in: die tageszeitung, 24.8.1995.

Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr. Strategiepapier des Bundesverteidigungsministeriums, in: Frankfurter Rundschau, 20.2.1992.

Milosevic erklärt sich zum Einlenken bereit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.10.1998.

Milosevic lenkt im Kosovo-Konflikt ein, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.1998.

„Mir macht die Situation angst“, Interview mit Petra Kelly, in: die tageszeitung, 11.1.1991.

Mit altem Streit zum neuen Ziel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.1994.

Motivationsschub für Grüne, in: Frankfurter Rundschau, 14.9.1992.

Nach dem Eingreifen der UN in Somalia Streit in Bonn um die Entsendung deutscher Soldaten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.6.1993.

NATO setzt Angriff gegen Serbien fort, in: Süddeutsche Zeitung, 26.3.1999.

NATO verstärkt ihre Einheiten in der Adria. Nach dem Scheitern der Kosovo-Gespräche mit Milosevic, in: Süddeutsche Zeitung, 21.1.1999.

„Nato-Osterweiterung mitgestalten“. Interview mit Gunda Röstel, in: Focus, Nr. 11, 10.3.1997, S. 71.

Nicht militärische Unterstützung der Vereinten Nationen, Antrag der Abgeordneten Vera Wollenberger und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, Bundestag-Drucksache 12/3779, 19.11.1992.



Nur wenige 'Quereinsteiger' im Auswärtigen Amt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.1998.

Parteispitze der Grünen für Nachbesserung des Wahlprogramms, Associated Press, 19.10.1997.

„Parteitagsbeschlüsse ersetzen nicht Politik“. Interview mit Reinhard Bütikofer, in: Stuttgarter Zeitung, 10.3.1998.

Partner im Wandel. Deutsche Außenpolitik und die GUS-Staaten. Beitrag von Klaus Kinkel, in: Internationale Politik 51, Nr. 10 (1996), S. 54-58.

„Pazifismus am Ende“. Interview mit Werner Schulz, in: die tageszeitung, 16.8.1995.

Pazifismus trotz aller Nöte, in: Frankfurter Rundschau, 22.3. 1993.

Potential sucht Politik, in: die tageszeitung, 27.4.1993.

Presseerklärung des Babelsberger Kreises, unterschrieben von Friedrich Heilmann, Bornheim, 29.9.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Pressemitteilungen 1993, Band 32.

Presseerklärung des deutschen Verteidigungsministers, Volker Rühe, zur Entsendung von Seeaufklärern und für die Unterstützung der UN-Embargoüberwachung in der Jugoslawien-Krise, Bonn 15.7.1992, in: Europa-Archiv 47, Nr. 19 (1992), S. D 581.

Programmatische Erklärung von Bündnis 90, in: Gerda Haufe/Karl Bruckmaier (Hg.) 1993: Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen, S. 313-316..

Programmdissens. Die Mannheimer Streitpunkte, in: die tageszeitung, 21.2.1994.

Radcke hält Auseinanderbrechen der Partei möglich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.4.1999.

„Raketenangriffe sind Konsequenz der Politik Israels“. Interview mit Christian Ströbele, in: Süddeutsche Zeitung, 19.2.1991.

„Raus aus der Neuen Mitte! Wege zu einem klaren grünen Profil“, Positionspapier von Sven Metzger, Ramona Pop, Jörg Prante, Christian Simmert, 30.6.1999, Internet: <http://www.basisgruen.de/gruene/bund/allgemein/raus-aus-der-mitte.htm>.

Rede des Bundesaußenministers Klaus Kinkel im Bundestag zur NATO-Osterweiterung, Parlamentsprotokolle 13/184, 25.6.1997.

Rede von George Bush Senior zu den Ost-West-Beziehungen, gehalten in Mainz am 31.5.1989, in: Europa-Archiv 44, Nr. 12, S. D 356-D361.

Rede von Klaus Kinkel vor dem deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/101, 22.7.1992, in: Frankfurter Rundschau, 23.7.1992.

Rede von Roman Herzog vor der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“, März 1995, in: Bulletin Nr. 20, 15. März 1995, S. 162f.

Regierungserklärung von Bundesaußenminister Klaus Kinkel zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.1994, Parlamentsprotokolle 12/240, 22.7.1994, S. 21197B-C.

Resolution 678 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 29.11.1990, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 36, Nr. 1 (1991), S. 103-104.

Resolution 767 des UN-Sicherheitsrats über die Lieferung von Hilfsgütern nach Somalia, 27.7.1992, in: Europa-Archiv 48 (1993), S. D 182-184.

Resolution 775 des UN-Sicherheitsrats über die Überwachung humanitärer Hilfslieferungen nach Somalia, 28.8.1992, in: Europa-Archiv 48 (1993), S. D 184-185.

Resolution 794 des UN-Sicherheitsrats über den multinationalen Militäreinsatz in Somalia, 3.12.1992, in: Europa-Archiv 48 (1993), S. D 185-188.

Resolution 814 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Erhöhung der Truppenstärke in Somalia, 26.3.1993, in: Europa-Archiv 48 (1993), S. D 193-196.

Resolution 998 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 15.6.1995, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 41, Nr. 8 (1995), S. 1014.

Resolution 1199 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 23.9.1998 zu Kosovo, in: Internationale Politik 54, Nr. 5 (1999), S. 88-91.

Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats vom 10.6.1999 zur Situation bezüglich Kosovo, Internet: <http://www.un.org/Docs/scres/1999/sc99.htm>.

Resolution „Für ein linkes Netzwerk“, beschlossen in Dortmund, 6.6.1999, Internet: <http://www.basisgruen.de/dortmund/beschlussantrag.htm>.

Resolution zum Krieg in Bosnien-Herzegowina, beschlossen vom Geschäftsführenden Ausschuss des Bündnis 90, Berlin, 10.5.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 529: Ordner Pressemitteilungen 1993.

Rot-Grün zurt Grundlinien der Außenpolitik fest, in: Associated Press, 12.10.1998.

Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni in Köln, Punkt V: Stabilitätspakt für Südosteuropa, in: Internationale Politik 54, Nr. 11 (1999), S. 67-68.

Schröder: Grüne sind Risiko für Machtwechsel, in: Süddeutsche Zeitung, 25.3.1998.

Schröder gegen Initiative für Feuerpause, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.1999.

Sonderauftrag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.8.1999.

SOS Rutschgefahr. Memorandum aus der Friedensbewegung, in: die tageszeitung, 12.8.1992.

SPD und Grüne einig über Rolle der NATO, in: Associated Press, 16.10.1998.

SPD uneins über deutsche Truppen in der Türkei, in: die tageszeitung, 31.1.1991.

SPD wird schwarz vor Freude – Starke Verluste für die Grünen, in: die tageszeitung, 7.6.1999.

SPD-Fraktion beschließt Verfassungsklage gegen Adria-Einsatz, in: Frankfurter Rundschau, 22.7.1992.

Stabilitätspakt für Südosteuropa, beschlossen am 10. Juni 1999 in Köln, in: Internationale Politik 54, Nr. 8 (1999), S. 120-130.

Stellungnahme der Pressestelle der Fraktion: „Kosovo-Einsatz der Bundeswehr“, 1.3.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Bielefeld.

Stellungnahme des Babelsberger Kreises, Bonn 14.6.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Länderrat Bis 1994.

Streit bei den Grünen um die Außenpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.1996.

Streit um Bundeswehreinsatz am Golf, in: Süddeutsche Zeitung, 10.8.1990.

Streit um Posten in neuer Grünen-Fraktion, in: Süddeutsche Zeitung, 15.11.1994.

Streitbare Außenpolitiker, in: Focus, Nr. 11, 10.3.1997, S. 71.

Ströbele gibt sein Amt auf, in: Frankfurter Rundschau, 22.2.1991.

The Alliance Strategic Concept Agreed by the Heads of State and Government Participating in the Meeting of the North Atlantic Council, Rom, 8.11.1991, in: The NATO-Handbook – Documentation, Brüssel: NATO Office of Information and Press 1999, S. 281-299.

The United Nations and Somalia 1992-1996, hg. v. United Nations/Department of Public Information, New York/NY 1996.

Trittin fordert neues Rollen-Verständnis der Grünen, in: Associated Press, 10.10.1998.

Trittin fordert UN-Mandat für Bosnien-Einsatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.10.1996.

Trittin gegen Beteiligung an Bosnien-Truppe, in: Süddeutsche Zeitung, 13.10.1995.

Trittin verspricht Nachbesserungen am Wahlprogramm der Grünen, in: Associated Press, 23.10.1997.

UN Seeks US \$ 54.3 Millions for Kosovo. Pressemitteilung des UNHCR, 8.9.1998, Internet: <http://www.unhcr.ch/cgi-bin/texis/vtx/home/+NwwBm3evEudwwwwegxwwwwwwwhFqnN0bItFqnDni5AFqnN0bIcFqTuNaInnA5auIae4G4d6eIlmDToccodD5ahdGaQd5dVdDzmxwwwwww/opendoc.htm>.

UN-Soldaten in Somalia angegriffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.1993.

„Uns droht nicht Spaltung, sondern Erosion“. Interview mit Jürgen Trittin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.5.1999.

Unveränderte Positionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.1.1998.

Urabstimmung über den Pazifismus, in: Süddeutsche Zeitung, 14.11.1996.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden gegen internationale Einsätze der Bundeswehr, verkündet in Karlsruhe am 12. Juli 1994 (Auszüge), in: Europa-Archiv 49, Nr. 15 (1994), S. D 428-431.

Verständigung in Bonn nach eingehenden Beratungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.8.1990.

Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, unterzeichnet in Bonn am 9.11.1990, in: Europa-Archiv 46, Nr. 3, S. D85-D90.

Vollenden und aufbrechen, hg. von Bündnis 90, verabschiedet auf der Gründungssitzung von Bündnis 90 am 21./22.9.1991 in Potsdam, in: Helmut Müller-Enbergs (Hg.) 1992: Was will die Bürgerbewegung?, Augsburg, S. 438-446.

Volmer gegen Vollmer in Sachen Nato, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.1997.

Volmer will Friedenscorps fürs Auswärtige Amt, in: Associated Press, 26.12.1998.

Von 310 Millionen Mark Somalia zwei Drittel für Militär, dpa-Meldung, 6.8.1993.

Vor der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.6.1993.

Vorsichtige Hoffnungen auf baldige Lösung der Kosovo-Krise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.6.1999.

Vorstand kritisiert Fraktion, in: Süddeutsche Zeitung, 6.9.1995.

Warum Fischer Außenminister werden muss, in: Süddeutsche Zeitung, 1.10.1998.

Weitere 5,5 Milliarden Mark an Amerika, in: Neue Zürcher Zeitung, 31.1.1991.

„Wer droht, der muss zur Not auch schießen“. Interview mit Angelika Beer und Waltraud Schoppe, in: die tageszeitung, 26.6.1995.

Wehrpflichtige nur als Freiwillige nach Bosnien, in: Süddeutsche Zeitung, 29.6.1995.

Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, hg. v. Bundesminister der Verteidigung im Auftrag der Bundesregierung, Bonn 1994.

„Wenn Fischer sich durchsetzt, dann wäre das für die Grünen verheerend“. Interview mit Kerstin Müller, in: die tageszeitung, 17.8.1995.

Wer wird was im Außenamt?, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.1998.

Widerspruch bei den Grünen gegen Fischers Bosnien-Vorstoß, in: Associated Press, 2.8.1995.

Wie kommt man von Bielefeld nach Bonn, in: die tageszeitung, 19.5.1999.

Wieder Streit über militärische Gewalt, in: Süddeutsche Zeitung, 1.9.1995.

Zorn im Kongress, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.9.1990.

Zum Problem einer Proliferation von chemischen Vernichtungsmitteln durch Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland. Kleine Anfrage Bundestagsfraktion Die Grünen, Bundestag-Drucksache 11/6221, 12.1.1990.

Zur Unterstützung der europäischen Eingreiftruppen, in: Süddeutsche Zeitung, 1.7.1995.

Zurück zur Politik! Erklärung der Bundestagsabgeordneten Christian Sterzing, Winfried Hermann, Winni Nachtwei, Claudia Roth, Hans-Josef Fell, Klaus Müller, Bonn, 13.4.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y102.

Zwei Richtungen - ein Ergebnis, in: Süddeutsche Zeitung, 8.2.1996.

Zwischen Protektorat und Partizipation im Kosovo, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.1999.

## **Quellen der Bundespartei Die Grünen und Bündnis 90/Die Grünen**

Änderungsanträge PA-1-3-neu Außenpolitik – Bundestagswahlprogramm der Delegiertenkonferenz in Mannheim, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997: Akte 225.

Alle Ansätze zu einer Lösung des Kosovo-Konfliktes ernsthaft prüfen, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 42/99, 29.3.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Bielefeld.

Antrag P73-2 des Landesvorstandes Baden-Württemberg, beschlossen auf der Sitzung des Länderrats am 16.2.1998, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Magdeburg.

Antrag P73-2 neu des Bundesvorstandes, beschlossen auf der Sitzung am 6.3.1998, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Magdeburg.

Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen, beschlossen am 17.1.1993 in Hannover, Archiv Grünes Gedächtnis, Freihandbestand.

Außenpolitischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Überarbeitungsentwurf des Wahlprogramms, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen 174/97, 26.11.1996, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 738: Pressemitteilungen 1996-1998.

Beschluss des Länderrats vom 12.6.1993, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 94/1993, 14.6.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner „Länderrat Bis 1994“.

Beschluss zu NATO-Osterweiterung, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 49/98, 24.3.1998, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 738: Pressemitteilungen 1996-1998.

Beschlüsse der außerordentlichen Bundesversammlung in Bayreuth vom 22. bis 23.9.1990, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz vom 9.10.1993 in Bonn, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997: Akte Nr. 75.

Beschlüsse der Bundesversammlung in Potsdam vom 3. bis 4.12.1994, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Bundestagswahlprogramm. Farbe bekennen, hg. v. Die Grünen, Bonn 1987.

Bundesvorstand lehnt NATO-Einsatz deutscher Soldaten im ehemaligen Jugoslawien ab, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 135/95, 28.11.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 12: Pressemitteilungen 1995.

Das Bundesprogramm der Grünen, hg. v. Die Grünen, Bonn 1980.

Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990, hg. v. Die Grünen, Bonn 1990.

Das Urteil lässt die Wahl: Selbstbeschränkung oder Großmachtpolitik, unterschrieben von Ludger Volmer, Helmut Lippelt und Angelika Beer für den Bundesvorstand, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 90/94, 12.7.1994, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 33: Pressemitteilungen 1994.

Den Friedensprozess in Bosnien fortsetzen und stärken, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen 85/98, 12.5.1998, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 738: Pressemitteilungen 1996-1998.

„Den Friedensprozess in Bosnien fortsetzen und stärken“. Beschluss des 2. Ordentlichen Länderrats in Bonn 7.6.1998, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner „Länderrat ab Mai 1998“.

Deutschlandpolitische Erklärung, verabschiedet auf der Außerordentlichen Bundesversammlung Die Grünen in Hagen, 30.3./1.4.1990, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

„Die Waffen nieder!“, Resolution des Bundeshauptausschusses der Grünen vom 27.1.1991, Presseerklärung 25/91, o.D., Archiv Grünes Gedächtnis, Pressedienst BuVo 1991, Band 30.

Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm, hg. v. Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2002.

Entschluss zur Bosnien-Politik der Bundesregierung: „Ja zum Friedensschluss von Dayton – Nein zur Politik von Kohl, Kinkel und Rühe“, verabschiedet auf der BDK Bremen, 1.-3.12.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Entwurf Bundestagswahlprogramm des Bundesvorstandes: Grün ist der Wechsel, ohne Ort und ohne Datum, [Bonn, Januar 1998 ], Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Magdeburg.

Erklärung der Landesvorstandsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 138/95, 7.12.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Pressemitteilungen 1995, Band 12.

Erklärung des Bundesvorstandes zu den Abstimmungen im Länderrat am 12.6.1993, Bornheim 16.6.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner „Länderrat bis 1994“.

Erklärung von Neumünster, verabschiedet auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Neumünster, 26.-28.4.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Europa braucht grün. Kurzprogramm zur Europawahl 1989, hg. v. Die Grünen, Bonn 1989, Archiv Grünes Gedächtnis, Freihandbestand: G 160.

„Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden, der seinen Namen zurecht trägt!“. Beschluss der 2. Außerordentlichen BDK in Bielefeld, 13.5.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Bielefeld.

Friedensmanifest, verabschiedet auf der 4. Ordentlichen Bundesversammlung der Grünen vom 2.-4.10.1981 in Offenbach, Bonn 1981, Archiv Grünes Gedächtnis, Freihandbestand: G 153.

„Für eine konsequente Zivilisierung der internationalen Politik“. Resolution der Sonder-Länderrats der Grünen am 21.3.1993 in Hannover, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner „Länderrat Bis 1994“.

„Für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Außenpolitik“. Beschluss des 2. Außerordentlichen Länderrats 1999 in Magdeburg, 16./17.10.1999, Internet:

<http://www.gruene.de/archiv/grem/LR/99/Magdeburg/beschluss/sicherheit.htm>.

Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, hg. v. Bündnis 90/Die Grünen, Bonn 1998.

Grüne unterstützen Initiative für Frieden im Kosovo, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 48/99, 12.4.1999, Internet: [www.gruene.de/archiv/pm/PM9904/pm99\\_048.htm](http://www.gruene.de/archiv/pm/PM9904/pm99_048.htm).

Kampfeinsatz der Bundeswehr ist eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 136/95, 6.12.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 12: Pressemitteilungen 1995.

Keine Intervention und keine Bundesmarine in den Golf. Für einen konsequenten Boykott des Irak, Resolution des Bundeshauptausschusses der Grünen vom 20.8.1990, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 163/90, 20.8.1990, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 10: Pressemitteilungen BuVo.

Keine out-of-area-Einsätze der Bundeswehr, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 132/92, 26.6.1992, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 31: Pressemitteilungen 1992.

Klarstellung zum „Bosnienbeschluss“, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 108/98, 5.6.1998, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 738: Pressemitteilungen 1996-1998.

Konzept des Wahlprogramms, Beschluss des kommissarischen Länderrats vom 11.-13.6.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 639: Ordner Bundesverband Wahl 1994.

Leipziger Erklärung, verabschiedet auf der 1. Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Leipzig, 16.5. 1993, in: Frankfurter Rundschau, 21.6.1993.

Neue Mehrheiten nur mit uns. Vierjahresprogramm zur Bundestagswahl 98, hg. v. Bündnis 90/Die Grünen, verabschiedet vom Länderrat in Bonn, Juni 1998.

Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994, hg. v. Bündnis 90/Die Grünen, Bonn 1994.

Memorandum des Bundesvorstandes zur parteiinternen Diskussion. Die Grünen und das Bündnis 90 – Perspektiven und Probleme einer Annäherung, 10.12.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner 13.

Mitglieder-Rundbrief Nr.3/1993, hg. v. Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen.

Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl 1994, hg. v. Bündnis 90/Die Grünen, Bonn 1994.

Presseerklärung des Bundesvorstandes Die Grünen vom 13.12.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 30: Pressemitteilungen 1991.

Protokoll der 2. Außerordentlichen Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Aachen, 12.-14.11. 1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997, Akte Nr.: Aachen.

Protokoll der 2. Außerordentlichen Bundesversammlung „Frieden und Menschenrechte vereinbaren“, Bielefeld, 13.5.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Bielefeld.

Protokoll der 1. Ordentlichen Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen, Leipzig 14.-16.5. 1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Protokoll der 6. Ordentlichen Bundesversammlung in Bremen, 1.-3.12. 1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Protokoll der 8. Ordentlichen Bundesversammlung in Suhl, 29.11.-1.12.1996, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Protokoll der 10. Ordentlichen Bundesversammlung in Magdeburg, 6.-8.3.1998, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Magdeburg.

Protokoll der 13. Ordentlichen Bundesversammlung in Neumünster, 26.-28.4.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Resolution A 3 der 13. Ordentlichen Bundesversammlung in Neumünster, 26.-28.4.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Resolution Somalia, verabschiedet auf der außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn, 9.10.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Resolution zu Somalia des Länderrats vom 11.-13.6. in Bonn, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Länderrat bis 1996.

„Ströbeles Aussagen vor der Israelreise“, Presseerklärung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 49/91, 16.2.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 30: Pressemitteilungen 1991.

„Warum wir gegen Waffenlieferungen nach Israel sind“. Erklärung von Christine Weiske im Namen des Bundesvorstands, Presseerklärung 31/91, 5.2.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 30: Pressemitteilungen 1991.

Zivile Kräfte stärken, Presseerklärung des Bundesvorstandes 140/96, 10.12.1996, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 551: Pressemitteilungen 1996.

## **Quellen grüner und bündnisgrüner Einzelakteure**

Bahro, Rudolf 1983: Überlegungen zu einem Neuansatz der Friedensbewegung in Deutschland, in: Bundesvorstand Die Grünen (Hg.): Entrüstet Euch. Analysen zu atomaren Bedrohung. Wege zum Frieden, Bonn, S. 52-73.

Bahro, Rudolf 1987: Logik der Rettung, Stuttgart/Wien.

Beck, Marieluise 1993: Entsetzen über die Verdrängungsleistung, in: die tageszeitung, 8.3.1993.

Beck, Volker 1995: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/84, 30.6.1995, S. 4016.

Beer, Angelika/ Tay Eich 1990: Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 659/90, o. D., in: Die Grünen im Bundestag. Reader zur Golfkrise. Dokumentation eines Hearings zur Golfkrise am 6./7.9.1990, Bonn, S. 49.

Beer, Angelika 1992: Grüne fordern Offenlegung aller Menschenrechtsverletzungen, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 208/92, 17.9.1992, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 31: Pressemitteilungen 1992.

Beer, Angelika 1993a: Somalia. Militärpolitik schlägt Entwicklungspolitik 3:1, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 123/93, 6.8.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 32: Pressemitteilungen 1993.

Beer, Angelika 1993b: Grüne. UNO raus aus Somalia!, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 156/93, 10.9.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 32: Pressemitteilungen 1993.

Beer, Angelika 1998: Für einen modernen Pazifismus, in: die tageszeitung, 12.8.1998.

Beer, Angelika 1999a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 14/30, 25. 3. 1999.

Beer, Angelika 1999b: Krieg im Kosovo – und kein Ende?, Bonn 11.4.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y100.

Buntenbach, Annelie 1999: Rede auf der 2. außerordentlichen Bundesversammlung in Bielefeld, 13.5.1999, Internet: <http://www.simmert.de/dokumente/191.html>.

Ditfurth, Jutta 1991a: Vom totalen Versagen und Opportunitätsdenken der Grünen, in: Frankfurter Rundschau, 21.3.1991.

Ditfurth, Jutta 1991b: Rede auf der Bundesversammlung der Grünen in Neumünster, 28.4.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDKs 1990-1997.

Ebermann, Thomas/Rainer Trampert 1984a: Machtfaktor oder Machtphantasie, in: Konkret Nr. 3.

Ebermann, Thomas/Rainer Trampert 1984b: Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Reinbek.

Fischer, Joschka 1983: Die Grünen müssen bündnisfähig sein, in: Der Spiegel, 17.10.1983.

Fischer, Joschka 1984: Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek.

Fischer, Joschka 1988: Zwischen Wiedervereinigungssillusion und NATO-Austrittsfiktion, in: To be or NATO be.

- Die NATO-Broschüre der Grünen, hg. v. Die Grünen im Bundestag, Bonn, S. 94-99.
- Fischer, Fischer 1992: Bitte nicht schon wieder einen Glaubenskrieg bei den Grünen!, in: die tageszeitung, 21.8.1992.
- Fischer, Joschka 1995a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/48, 30.6.1995, S. 3970f.
- Fischer, Joschka 1995b: „Wir müssen für den militärischen Schutz der UN-Zonen sein“. Offener Brief an die Partei, in: Frankfurter Rundschau, 2.8.1995.
- Fischer, Joschka 1995c: Die Bündnisgrünen als dritte politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen (Hg.): Nachtragsreader zum Strategiekongress am 30.9./1.10.1995 in Bonn, Bonn 1995.
- Fischer, Joschka 1996: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/149, 13.12.1996.
- Fischer, Joschka 1997: Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Kassel, 14.11.1997, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Kassel.
- Fischer, Joschka 1998a: Die Selbstbeschränkung der Macht muss fortbestehen. Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 9.6.1998, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.8.1998.
- Fischer, Joschka 1998b: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 14/8, 19.11.1998, S. 421f.
- Fischer, Joschka 1999a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 14/31, 26.3.1999.
- Fischer, Joschka 1999b: Redebeitrag auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld, 13.5.1999.
- Fischer, Joschka 1999c: Rede bei der Vorbereitungskonferenz zum Stabilitätspakt auf dem Petersberg bei Bonn am 27.5.1999, Internet: [http://www.auswaertiges-amt.de/6\\_archiv/inf-kos/r/r990527b.htm](http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/inf-kos/r/r990527b.htm).
- Fischer, Joschka 1999d: Rede bei der Außenministerkonferenz der EU zum Stabilitätspakt für Südosteuropa in Köln, 10.6.1999, Internet: <http://www.dgap.org/IP/ip9908/dokumente99082.htm>.
- Fischer, Joschka 1999e: Kluge Selbstbeschränkung, multilaterale Interessenvertretung. Rede vor der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 24.11.1999 in Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.1999.
- Fischer, Joschka 2000: „Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“. Rede in der Humboldt-Universität in Berlin, 12.5.2000.
- Fücks, Ralf 1990: No Germans to the Front, in: die tageszeitung, 1.9.1990.
- Fücks, Ralf 1991 (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten?, Reinbek.
- Fücks, Ralf 1993: Und ich begehre, nicht schuld daran zu sein..., in: die tageszeitung, 6.2.1993.
- Fücks, Ralf/Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf 1993a: Humanitäre Intervention in Bosnien!, in: die tageszeitung, 5.1.1993.
- Fücks, Ralf/Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf 1993b: Weder Bellizismus noch Fatalismus, in: die tageszeitung, 9.2.1993.
- Kelly, Petra 1982: Wie sich die Ökologiebewegung zur Friedensbewegung entwickelte, in: dies./Joachim Leinen (Hg.): Prinzip Leben. Ökopax - die neue Kraft, Berlin, S. 5-14.
- Kleinert, Hubert 1992: Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn.
- Kleinert, Hubert 1995: Die Arbeitsteilung wird die Welt auf Dauer nicht akzeptieren, in: Frankfurter Rundschau, 9.9.1995.
- Knapp, Udo 1991: Das Wagnis. Ökologische Realpolitik, Frankfurt/Main.
- Kröcher, Jens/Mathias Wagner 1999: Bündnis 90/Die Grünen haben eine zweite Chance verdient, Strategiepapier



vom 28.6.1999, Internet: <http://www.basisgruen.de/gruene/bund/allgemein/zweite-chance.htm>.

Lippelt, Helmut 1995: Erklärung zum Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands im früheren Jugoslawien, Parlamentsprotokolle 13/84, 30.6.1995, S. 4014f.

Lippelt, Helmut 1996: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/87, 9.2.1996.

Lippelt, Helmut 1997: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/184, 25.6.1997.

Lippelt, Helmut 1999a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 14/31, 26.3.1999.

Lippelt, Helmut 1999b: Zur Diskussion um den Rambouillet-Vertrag, Pressemitteilung 152/99 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 19.4.1999, Internet: <http://www.muenster.org/frieden/lippelt.html>.

Lippelt, Helmut/Claudia Roth 1992: Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg, in: die tageszeitung, 20.8.1992.

Lippelt, Helmut/Gerd Poppe/Waltraud Schoppe 1997: Wir kritisieren Deine Glorifizierung der Entspannungspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.1997.

Lengsfeld (vormals: Wollenberger), Vera 2002: Von nun an ging's bergauf... Mein Weg zur Freiheit, München.

Nachtwei, Winfried 1995: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/48, 30.6.1995, S. 3991f.

Nachtwei, Winfried 1996: Nach Bremen, Bonn und Dayton: 1996 Jahr der Bewährung für gewaltfreie Politik!, Brief an die Bundestagsfraktion, Bonn, 18.1.1996.

Nachtwei, Winfried 1998: Erklärung zur SFOR-Abstimmung im Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/242, 19.6.1998.

Nachtwei, Winfried 1999: Widersprüche, Glaubwürdigkeitslücken und Verantwortung – die Grünen zwischen Antikriegsprotest und Kriegsbeteiligung, o.O., 9.6.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y106.

Nachtwei, Winfried 2001: Frieden braucht ethische Verantwortung – „Gerechter Friede“ und politische Zukunft. Beitrag auf der Tagung der katholischen Akademie Freiburg, 10.2.2001.

Neunert, Andreas 1990: Neue Blocklogik?, in: die tageszeitung, 28.8.1990.

Poppe, Gerd 1991: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/9, 21.2.1991.

Poppe, Gerd/Vera Wollenberger 1991: „Durchsetzung des Embargos statt Luftangriffe“. Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 180/92, 24.8.1992, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 31: Pressemitteilungen 1992.

Poppe, Gerd 1993a: Kein Blankoscheck für Kampfeinsätze, Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 72/93, 26.3.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 529: Pressemitteilungen 1993.

Poppe, Gerd 1993b: Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz des Bündnis 90 in Hannover am 16. Januar 1993, in: Heinrich-Böll-Stiftung/Werner Schulz (Hg.) 2001: Der Bündnis-Fall. Politische Perspektiven 10 Jahre nach der Gründung des Bündnis 90, Bremen, S. 87-96.

Poppe, Gerd 1993c: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/166, 24.6.1993.

Poppe, Gerd 1994: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/240, 22.7.1994.

Poppe, Gerd 1995: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/84, 30.6.1995, S. 4003f.

Radcke, Antje 2001: Das Ideal und die Macht. Das Dilemma der Grünen, Berlin.

Rühle, Heide 1993: Brief an die ostdeutschen Landesvorstände von Bündnis 90/Die Grünen, Bornheim, 26.5.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner „Länderrat Bis 1994“.

Schmid, Thomas/Ernst Hoplitschek 1985: Ökolibertäre Thesen zur Entwicklung der Demokratie, in: Wolfram Bickerich (Hg.): SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek.

Schmillen, Achim 1992: Außenpolitische Konfliktlösung zwischen Gewaltfreiheit und militärischen Einsätzen,

Beitrag auf dem Außenpolitischen Symposium von Die Grünen, 27-29.11.1992 in Berlin, in: Hans-Peter Hubert/BAG Frieden und Internationalismus der Grünen (Hg.) 1993: Grüne Außenpolitik. Aspekte einer Debatte, Göttingen, S. 84-88.

Schmillen, Achim 1994: Wie zur neuen Friedensordnung für Gesamteuropa kommen? Die bündnisgrüne Außenpolitik muss aus einer Wiederholung liebgewordener Denkschemata herausfinden, in: die tageszeitung, 16.2.1994.

Schoppe, Waltraud 1995a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/48, 30.6.1995, S. 4036f.

Schoppe, Waltraud 1995b: Menschenrechte und Außenpolitik. Soll die Moral die Außenpolitik dominieren?, in: Internationale Politik 50, Nr. 8, S. 27-31.

Schulz, Werner 1994: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/240, 22.7.1994.

Simmert, Christian 2002: Die Lobby regiert das Land, Berlin.

Sterzing, Christian 1998: Erklärung zur SFOR-Abstimmung im Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/242, 19.6.1998.

Ströbele, Hans-Christian 1986a: Rede im Bundestag zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, Parlamentsprotokolle 10/246, 13.11.1986.

Ströbele, Hans-Christian 1986b: Rede im Deutschen Bundestag zur Unterbindung antisemitischer Betätigungen des amerikanischen Liberty-Verlages, Parlamentsprotokolle 10/237, 15.10.1986.

Ströbele, Hans-Christian 1991a: Erklärung zum Artikel in der Jerusalem Post, 22.2.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 31: Pressemitteilungen 1991.

Ströbele, Hans-Christian 1991b: Antwort auf den offenen Brief von Rolly Rosen vom 8.3.1991, in: Israel und Palästina. Extraausgabe zum Thema Golfkrieg, Israel und die deutsche Friedensbewegung, 2. Auflage, November 1991, S. 142-143.

Ströbele, Hans-Christian 1999: Erklärung zur Bundestagsentscheidung zu Rambouillet/Bundeswehreinsatz, 25.2.1999, Internet: [www.gruene.de/archiv/div/kosovo/stroebele.htm](http://www.gruene.de/archiv/div/kosovo/stroebele.htm).

Ströbele, Hans-Christian/Claudia Roth 1999: Die Luftangriffe sofort beenden und mit der Logik der Kriegsführung brechen. Antrag 74 auf der 2. außerordentlichen Bundesversammlung in Bielefeld, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Bielefeld.

Trittin, Jürgen 1991a: Nur Waffenstillstand hilft, in: Frankfurter Rundschau, 4.2.1991.

Trittin, Jürgen 1991b: Tarnung für Rüstungsexporte, in: die tageszeitung, 8.2.1991.

Trittin, Jürgen 1993a: Thesen zum Beschluss des Länderrates der Grünen vom 13.6.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y 123.

Trittin, Jürgen 1993b: Zur Bosniendebatte, in: Frankfurter Rundschau, 1.9.1993.

Trittin, Jürgen 1995a: Grüne fordern Reaktion auf kroatische Offensive. Waffenembargo und Boykott, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 35/95, 2.5.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 12: Pressemitteilungen 1995.

Trittin, Jürgen 1995b: Keine Soldaten nach Ex-Jugoslawien, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 53/95, 31.5.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 12: Pressemitteilungen 1995.

Trittin, Jürgen 1995c: Blanko-Vollmacht für Kriegseintritt, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 63/95, 26.6.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 12: Pressemitteilungen 1995.

Trittin, Jürgen 1995d: Keine Kehrtwende in der Sicherheitspolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 22.8.1995.

Trittin, Jürgen 1996: Eine dauerhafte Friedensordnung für Europa, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von

Bündnis 90/Die Grünen Nr. 107/96, 30.8.1996, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 551: Pressemitteilungen 1996.

Trittin, Jürgen 1997: Wir halten am Verzicht auf die Wehrpflicht fest, in: Die Welt, 24.10.1997.

Trittin, Jürgen/Heide Rühle 1995: Bomben bringen keinen Frieden, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 93/95, 30.8.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 12: Pressemitteilungen 1995.

Trittin, Jürgen/Frieder Otto Wolf 1996: Den Frieden in Bosnien stabilisieren, den Wiederaufbau unterstützen, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK Suhl: Antrag V20.

Ullmann, Wolfgang 1993: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/169, 2.7.1993.

Vollmer, Antje 1995: Heißer Frieden. Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation, Köln.

Vollmer, Antje 1997: Von Brandt und Genscher lernen. Die NATO-Erweiterung muss mit einer neuen Entspannungspolitik verbunden werden. Schriftlicher Beitrag zum 70. Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.2.1997.

Vollmer, Antje/Bernd Ullrich [o.J.]: „Kein Lager, drauf zu schwören...“, in: Koinegg, K. (Hg.): Das Einfache, das schwer zu machen ist. Unabhängige Texte zur Krise der Grünen, S. 11-16.

Vollmer, Antje/Wolfgang Templin/Werner Schulz 1992: „Grüne und Bündnis 90“, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Nr. 5, S. 29-34.

Volmer, Ludger/Christine Weiske 1991: Die Grünen lassen sich nicht spalten!, Presseerklärung 90/91, 13.5.1991, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 30: Pressemitteilungen 1991.

Volmer, Ludger 1992a: Bosnien und der Pazifismus, in: die tageszeitung, 5.9.1992.

Volmer, Ludger 1993b: Keine Bundeswehr nach Somalia, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 287/92, 23.12.1992, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 31: Pressemitteilungen 1992.

Volmer, Ludger 1993c: Will Ruhe tote Helden?, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 114/93, 14.7.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 32: Pressemitteilungen 1993.

Volmer, Volmer 1995: Greif' zur Waffe, fahr' nach Sarajevo, in: die tageszeitung, 12.8.1995.

Volmer, Ludger 1996a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/109, 12.6.1996.

Volmer, Ludger 1996b: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/138, 14.11.1996.

Volmer, Ludger 1997: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/184, 25.6.1997.

Volmer, Ludger 1998a: Die Grünen und die Außenpolitik – Ein schwieriges Verhältnis, Münster.

Volmer, Ludger 1998b: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 13/248, 16.10.1998.

Volmer, Ludger 1999a: Krieg in Jugoslawien – Hintergründe einer grünen Entscheidung, 26.3.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y098.

Volmer, Ludger 1999b: Rambouillet als Diktat oder die tageszeitung-Lüge?, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y099.

Volmer, Ludger 1999c: Wahlversprechen eingehalten: Die Mittel für Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung werden substantiell erhöht, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 505/99, 22.11.1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Pressemitteilungen 1999.

Weiske, Christine 1992: Friedensgebot des Grundgesetzes muß bleiben!, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Die Grünen Nr. 148/92, 15.7.1992, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 31: Pressemitteilungen 1992.

Weiß, Konrad 1993a: Pressemitteilung, 15.6.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner „Länderrat Bis 1994“.

Weiß, Konrad 1993a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/169, 2.7.1993.

Weiß, Konrad 1993b: Keine Inseln des Friedens in Somalia, Pressemitteilung des Bundesvorstandes von Bündnis

90/Die Grünen Nr. 159/93, 20.7.1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 32: Pressemitteilungen 1993.

Weißhuhn, Reinhard 1993: Die Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR im Jahr 1991, in: Gerda Haufe/Karl Bruckmaier (Hg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen, S. 159-191.

Wolf, Frieder Otto 1992: Ein nüchterner Pazifismus ist immer noch angesagt!, in: die tageszeitung, 22.8.1992.

Wollenberger, Vera 1993a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, Parlamentsprotokolle 12/163, 17.6.1993.

Wülffing, Gisela 1991: Widerworte, in: die tageszeitung, 30.1.1991.

## Interviewquellen

Buntenbach, Annelie: Mündliches Interview am 28.2.2002, Berlin.

Fücks, Ralf: Mündliches Interview am 11.4.2002, Berlin.

Hugler, Helmut: Mündliches Interview am 8.3.2002, Berlin.

Knapp, Dr. Udo: Mündliches Interview am 4.1.2002, Berlin.

Nachtwei, Winfried: Mündliches Interview am 27.2.2002, Berlin.

Poppe, Gerd: Mündliches Interview am 18.2.2002, Berlin.

Schmillen, Achim: Mündliches Interview am 15.3.2002, Berlin.

Volmer, Dr. Ludger: Mündliches Interview am 25.4.2002, Berlin.

Vollmer, Dr. Antje: Telefonisches Interview am 19.3.2002.

## Literaturverzeichnis

Adams, James/Samuel Merrill 1999: Modeling Party Strategies and Policy Representation in Multiparty Elections. Why Are Strategies So Extreme?, in: American Journal of Political Science 43, S. 765-791.

Adcock, Robert/David Collier 2001: Measurement Validity. A Shared Standard for Qualitative and Quantitative Research, in: American Political Science Review 95, S. 529-546.

Albert, Mathias 1996: Fallen der (Welt-)Ordnung. Internationale Beziehungen und ihre Theorien zwischen Moderne und Postmoderne, Opladen.

Albrecht, Ulrich 1999: Nach-Denken über den Krieg, in: ders./Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen, Köln, S. 9-17.

Albrecht, Ulrich 2001: Friedensforschung und deutsche Außenpolitik, in: Christiane Lammers/Lutz Schrader (Hg.): Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eine friedenswissenschaftliche Bilanz zwei Jahre nach dem rot-grünen Regierungswechsel, Baden-Baden, S. 16-25.

Alemann, Ulrich von/Rolf G. Heinze/Josef Schmid 1998: Parteien im Modernisierungsprozess. Zur politischen Logik der Unbeweglichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1-2, S. 29-36.

Appelius, Stefan 1991: Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945-1968, 2 Bände, Aachen/Mainz.

Auth, Edgar 1992: Friedensparlament geplant, in: Frankfurter Rundschau, 8.9.1992.

Bannas, Günter 1998a: Wahlkampf ohne Zentrum, in: Süddeutsche Zeitung, 28.3.1998.

Bannas, Günter 1998b: Die Machbarkeit des Möglichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.9.1998.

Bannas, Günter 1999: Der Krieg hat den Burgfrieden der Grünen zerstört, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.4.1999.

Barash, David P. 2000: Approaches to Peace. A Reader in Peace Studies, New York: Oxford University Press.

- Bauer-Kaase, Petra 2001: Politische Ideologie im Wandel? Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, in: Hans Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Opladen, S. 207-244.
- Baumann, Rainer 2001: German security policy within NATO, in: Volker Rittberger (Hg.): German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester: Manchester University Press, S. 141-184.
- Baur, Dominik 2002a: Gewaltfreiheit ade!, in: Spiegel-Online, 17.3.2002, Internet: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,187493,00.html>.
- Baur, Dominik 2002b: Wie eine Minderheit Roth-Kuhn den Laufpass gab, in: Spiegel-Online, 8.12.02, Internet: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,226230,00.html>.
- Bebler, Anton 1992: Das Schicksal des kommunistischen Föderalismus. Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien im Vergleich, in: Europa Archiv 47 (1992), S. 375-386.
- Benz, Georg 1982: Rüstung, Entrüstung, Abrüstung, o.O., Archiv Grünes Gedächtnis, Freihandbestand.
- Berger, Alois 2002: Kampf gegen Terrorismus, in: Die Woche, 22.2.2002.
- Berger, Rainer 1994: SPD und Grüne. Eine vergleichende Studie ihrer kommunalen Politik, Opladen.
- Berger, Thomas U. 1996: Norms, Identity, and National Security in Germany and Japan, in: Peter Katzenstein (Hg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, S. 317-356.
- Berger, Thomas U. 1998: Cultures of Antimilitarism, Baltimore: John Hopkins University Press.
- Bergman, Manfred Max 1999: A Theoretical Note on the Difference between Attitudes, Opinions, and Values, in: Swiss Political Science Review 4, Nr. 2, S. 81-93.
- Bergstraesser, Arnold 1957: Auswärtige Politik, in: Herders Staatslexikon, 6. Auflage, Freiburg, Band 1.
- Betz, Hans Georg 1995: Alliance 90/Greens. From Fundamental Opposition to Black-Green, in: D.P. Conradt u.a. (Hg.): Germany's New Politics. Parties and Issues in the 1990s, Providence: Berghahn Books, S. 203-220.
- Blumenwitz, Dieter 1994: Die humanitäre Intervention, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47, S. 3-10.
- Bonacker, Thorsten/Peter Imbusch 1999: Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung. Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Peter Imbusch/Ralf Zoll (Hg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen, 2. Auflage, Opladen, S. 73-116.
- Boekle, Henning/Volker Rittberger/Wolfgang Wagner 2001: Constructivist foreign policy, in: Volker Rittberger (Hg.): German foreign policy since reunification. Theories and case studies, Manchester: Manchester University Press, S. 105-137.
- Borchers, Andreas 1995: Grünes Licht für den Krieg, in: Die Woche, 11.8.1995.
- Brand, Karl-Werner/Detlef Büsser/Dieter Rucht 1984: Aufbruch in eine neue Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Frankfurt/New York: Campus.
- Brand, Karl-Werner 1998: Neue Soziale Bewegungen. ‚Europäische‘ Erklärungskonzepte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 11, Heft 1, S. 63-79.
- Brock, Lothar 1990: Frieden. Überlegungen zur Theoriebildung, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21, S. 71-89.
- Brock, Peter 1972: Pacifism in Europe to 1914, Princeton: Princeton University Press.
- Brock, Peter/Nigel Young 1999: Pacifism in the Twentieth Century, Syracuse/NY: Syracuse University Press.
- Broer, Michael 1997: Die Entwicklung der Politik der NATO zur Osterweiterung, in: August Pradetto (Hg.):

- Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, Opladen, S. 289-329.
- Brown, Janet Welsh 1999: Environmental Issues and Politics, in: Lester Kurtz (Hg.): Encyclopedia of Violence, Peace, Conflict, Academic Press, Band 1, S. 703-713
- Bruns, Tissy 1993: Das Ende des Prinzips Verantwortung, in: die tageszeitung, 11.10.1993.
- Bruns, Tissy 1994a: Bündnis 90/Die Grünen. Oppositions- oder Regierungspartei?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 1, S. 27-31.
- Bruns, Tissy 1994b: Die Grünen lassen das Streiten nicht, in: die tageszeitung, 25.2.1994.
- Bruns, Tissy 1994c: Vision ja, aber vernünftig soll sie sein, in: die tageszeitung, 28.2.1994.
- Buchsteiner, Jochen 1999: Edel leiden. Warum Joschka Fischer Außenminister bleiben wird, in: Die Zeit, Nr. 18, 29.4.1999.
- Bürklin, Wilhelm/Russell J. Dalton 1994: Das Ergrauen der Grünen, in: Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990, Opladen, S. 264-302.
- Bullion, Constanze von 2002: Die heimliche Sehnsucht nach Opposition, in: Süddeutsche Zeitung, 18.3.2002.
- Buzan, Barry 2000: Change and Insecurity Reconsidered, in: Stuart Croft/Terry Terriff (Hg.): Critical Reflections on Security and Change, London: Frank Cass, S. 1-17
- Calic, Marie-Janine 1993: Jugoslawienpolitik am Wendepunkt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37, S. 11-20.
- Calic, Marie-Janine 1999: Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 34, S. 22-32.
- Carr, Edward Hallett 1964: The Twenty Years' Crisis 1919-1939: An Introduction to the Study of International Relations, New York: Harper and Row.
- Caedel, Martin 1996: Ten Distinctions for Peace Historians, in: Harvey L. Dyck (Hg.): The Pacifist Impulse in Historical Perspective, Toronto: Toronto University Press, S. 17-35.
- Cay, William C. 1999: The Language of War and Peace, in: Lester Kurtz (Hg.): Encyclopedia of Violence, Peace, Conflict, Academic Press, Band 2, S. 303-312.
- Checkel, Jeffrey T. 2001: Why Comply? Social Learning and European Identity Change, in: International Organization 53, S. 553-588.
- Clausewitz, Carl von 1973: Hinterlassenes Werk vom Kriege, 18. Auflage, hg. v. Werner Hahlweg, Bonn.
- Collins, Alan 1997: The Security Dilemma and the End of the Cold War, New York: St. Martin's Press.
- Cooper, Alice Holmes 1996: Paradoxes of peace. German peace movements since 1945, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Crawford, Beverly 1995: German Foreign Policy and European Political Cooperation. The Diplomatic Recognition of Croatia, in: German Politics and Society 13, Nr. 2, S. 1-34.
- Crawford, Beverly 2001: The Bosnian Road to NATO Enlargement, in: Robert W. Rauchhaus (Hg.): Explaining Nato Enlargement, London, S. 39-59.
- Czempel, Ernst Otto 1993: Weltpolitik im Umbruch, München.
- Czempel, Ernst-Otto 1997: Die Neuordnung Europas. Was leisten NATO und OSZE für die Kooperation mit Osteuropa und Russland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.1-2, S. 34-44.
- Czempel, Ernst Otto 1999a: Friedensstrategien, 2. Auflage, Greifenstein.
- Czempel, Ernst-Otto 1999b: Und bist Du nicht willig. Die NATO-Strategie in Jugoslawien und der Gradualismus als „Strategie der geringsten Reue“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.1999.

- Dedial, Jürg 1997: Leicht sanftere Töne der deutschen Grünen, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.12.1997.
- Denkler, Thorsten 2002: Noch 'ne Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 18.3.2002.
- Desch, Michael C. 1999: Culture Clash. Assessing the Importance of Ideas in Security Studies, in: International Security 23, S. 141-170.
- Deupmann, Ulrich 1991: Parteitag in Neumünster, in: Süddeutsche Zeitung, 29.4.1991.
- Deupmann, Ulrich 1993: Frieden suchen mit der eigenen Seele, in: Süddeutsche Zeitung, 11.10.1993.
- Deupmann, Ulrich 1994a: Im Zweifel für die Realität, in: Süddeutsche Zeitung, 25.2.1994.
- Deupmann, Ulrich 1994b: Parteitag Bündnis 90/Die Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, 28.2.1994.
- Dörner, Christine 1998: Die Wählerschaft von Bündnis 90/Die Grünen – demographische Zusammensetzung und politische Orientierung, in: dies./Klaudia Erhardt (Hg.): Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum Superwahljahr 1994, Opladen, S. 150-183.
- Dormann, Franz 1992: Die Grünen. Repräsentationspartei der Neuen Linken. Dissertation, Universität Bonn.
- Downs, Anthony 1968: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen.
- Dräger, Klaus/Werner Hülsberg 1986: Aus für Grün? Die grüne Orientierungskrise zwischen Anpassung und Systemopposition, Frankfurt.
- Dyck, Harvey L. (Hg.) 1996: The Pacifist Impulse in Historical Perspective, Toronto: Toronto University Press.
- Elster, Jon 1986: Rational Choice, Cambridge: Cambridge University Press.
- Elster, Jon 1989: Nuts and bolts for the social sciences, Cambridge: Cambridge University Press.
- Emmert, Thomas/Matthias Jung/Dieter Roth 2001: Das Ende einer Ära – Die Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Hans Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Opladen, S. 17-56.
- Fahrner, Andreas R. 1997: Die Politik Russlands vor dem Hintergrund der NATO-Erweiterung, in: Jürgen Schwarz/Jan Wiktor Tkaczynski/Ulrich Vogel (Hg.): Polen und die neue NATO. Modalitäten der Integration, Frankfurt.
- Farrell, Theo 1998: Culture and Military Power, in: Review of International Studies 24, S. 407-416.
- Findeis, Hagen/Detlef Pollack/Manuel Schilling 1994: Die Entzauberung des Politischen, Leipzig.
- Finnemore, Martha 1996: Constructing Norms of Humanitarian Intervention, in: Peter Katzenstein (Hg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, S. 153-185.
- Finnemore, Martha/Kathryn Sikkink 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52, S. 887-917.
- Flick, Uwe 1995: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Rowohlt.
- Fogt, Helmut 1987: Die Grünen und die Neue Linke. Zum innerparteilichen Profil des organisierten Linksradikalismus, in: Manfred Langner (Hg.): Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei, Bergisch-Gladbach, S. 129-208.
- Fogt, Helmut 1991: Die Grünen in den Bundesländern, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hg.): Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, S. 231-279.
- Frankenberger, Klaus-Dieter 1998: Wie weit trägt das Kontinuitätsversprechen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.9.1998.

- Frankland, Gene E./Donald Schoonmaker 1992: *Between Protest and Power. The Green Party in Germany*, Boulder: Westview Press.
- Frankland, Gene E. 1996: The return of the greens. Superwahljahr 1994 and beyond, *Archiv Grünes Gedächtnis*, Ordner Einzelbeiträge: Y 040.
- Franz, Markus 1996: Linker Flügel scheitert mit Antrag auf Erweiterung, in: *die tageszeitung*, 13.6.1996.
- Franz, Markus 1997: NATO-Osterweiterung spaltet Grüne, in: *die tageszeitung*, 13.6.1997.
- Franz, Markus 1999: Grüner Horror vacui, in: *die tageszeitung*, 8.6.1999.
- Friedrichsen, Mike 1996: Im Zweifel für die Angeklagten. Zur Wahrnehmung und Akzeptanz von Parteien im Superwahljahr 1994, in: Christina Holtz-Bacha/Lynda Lee Kaid (Hg.): *Wahlen und Wahlkampf in den Medien. Untersuchungen aus dem Jahr 1994*, Opladen, S. 45-79.
- Friis, Lyke/Anna Murphy 2001: ‚Turbo-charged negotiations’: the EU and the Stability Pact for South Eastern Europe, in: *Journal of European Public Policy* 7, Nr. 7, S. 767-786.
- Fuchs, Dieter/Robert Rohrschneider 2001: Der Einfluss politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten, in: Hans Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Opladen, S. 245-282.
- Fuhr, Eckhart 1994: Zurück zur Mitte. Die SPD zu Beginn des Superwahljahres 1994, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 1, S. 8-11.
- Funke, Manfred 1996: Friedenspolitik ohne Königsweg. Eine Problemskizze zur Vision europäischer Sicherheitsidentität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 33-34, S. 10-18.
- Gabriel, Oscar 2002: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, in: ders./Oskar Niedermeyer/Richard Stöss (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*, 2.Auflage, Opladen, S. 228-249.
- Gabriel, Oscar/Frank Brettschneider 1998: Die Bundestagswahl 1998. Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 52, S. 20-32.
- Galtung, Johan 1971: Frieden und Friedensforschung, in: Dieter Senghaas (Hg.): *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt, S. 41-72.
- Galtung, Johan 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek.
- Gaupp, Peter 1999: Drei Wochen Verhandlungsfrist für Kosovo; Reise Cooks als Emissär der Kontaktgruppe nach Belgrad, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 29.1. 1999.
- Gaus, Bettina 1993: Auch Islamisten demonstrieren in Mogadischu, in: *die tageszeitung*, 27.2.1993.
- Gaus, Bettina 1996a: Kein Parteiknatsch bei den Grünen, in: *die tageszeitung*, 30.10.1996.
- Gaus, Bettina 1996b: Darf eine Politikerin das?, in: *die tageszeitung*, 26.11.1996.
- Gaus, Bettina 1997a: Bundestagsfraktion verzichtet auf Abstimmung über NATO-Osterweiterung, in: *die tageszeitung*, 20.3.1997.
- Gaus, Bettina 1997b: Grüne ohne Position, in: *die tageszeitung*, 20.3.1997.
- Gaus, Bettina 1997c: Grüne auf Nummer sicher: Frieden mit der Nato, in: *die tageszeitung*, 26.11.1997.
- Gaus, Bettina 1998a: Zwei Männer, zwei Meinungen, in: *die tageszeitung*, 11.3.1998.
- Gaus, Bettina 1998b: Die grüne Außenpolitik zwischen Pragmatismus und Vision, in: *die tageszeitung*, 13.3.1998.
- Gaus, Bettina 1998c: Eine Partei weiß nicht, wie ihr geschieht, in: *die tageszeitung*, 24.3.1998.
- Gaus, Bettina 1998d: Grünes Sofortprogramm, knapp gefasst, in: *die tageszeitung*, 1.9.1998.



- Gaus, Bettina 1998e: Trendwende in der Außenpolitik, in: die tageszeitung, 8.6.1998.
- Gaus, Bettina 1998f: Nur eine Minderheit sagte nein, in: die tageszeitung, 17.10.1998.
- Geertz, Clifford 1973: The interpretation of cultures, New York: Basic Books.
- Geis, Matthias 1993a: „... wünschen uns ein schnelles Kriegsende“, in: die tageszeitung, 8.3.1993.
- Geis, Matthias 1993b: Grüne gegen Frieden durch Militär, in: die tageszeitung, 23.3.1993.
- Geis, Matthias 1993c: Die Grünen stellen Prinzip Gewaltfreiheit in Frage, in: die tageszeitung, 14.6.1993.
- Geis, Matthias 1993d: Bewaffnet für die Menschenrechte?, in: die tageszeitung, 9.10.1993.
- Geis, Matthias 1993e: Immun gegen Mitleiden, in: die tageszeitung, 11.10.1993.
- Gerster, Florian 1994: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden.
- Gibowski, Wolfgang G. 2001: Wer wählte wen - und warum ?, in: Heinrich Oberreuter (Hg.): Umbruch '98. Wähler, Parteien, Kommunikation, München, S. 95-122.
- Giddens, Anthony 1984: The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration, Cambridge: Cambridge University Press.
- Giersch, Carsten 1998: Konfliktregelung in Jugoslawien 1991-1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO, Baden-Baden.
- Gilliart, Stephen 2002: No surrender? The attachment to identity and contemporary political thought, in: Contemporary Politics 8, Nr.1, S. 23-36.
- Gompert, David 1994: How to Defeat Serbia, in: Foreign Affairs 73, Nr. 4, S. 30-47.
- Goldstein, Judith/Robert Keohane 1993: Ideas and Foreign Policy. An Analytical Framework, in: dies. (Hg.): Ideas and foreign policy: beliefs, institutions, and political change, Ithaka: Cornell University Press, S. 3-54.
- Gottschlich, Jürgen 1995: Waffen für Butros-Ghali, in: die tageszeitung, 15.8.1995.
- Gottschlich, Jürgen 1995: Die Grünen trauen den „Olivgrünen“ nicht, in: die tageszeitung, 4.12.1995.
- Gow, James 1997: Triumph of the Lack of Will. International Diplomacy and the Yugoslav War, New York: Columbia University Press.
- Gray, Colin S. 1999: Strategic Culture as Context: the First Generation of Theory Strikes Back, in: Review of International Studies 25, S.49-69.
- Greven, Ludwig 1999: Vershobene Fronten, in: Die Woche, 11.6.1999.
- Gujer, Eric 1998a: Bonner Zusage für NATO-Einsätze im Kosovo, in: Neue Zürcher Zeitung, 1.10.1998.
- Gujer, Eric 1998b: Deutsche Beteiligung an der Kosovo-Truppe. Zustimmung des Bundestags zu einem Bundeswehrrkontingent, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.11.1998.
- Gujer, Eric 1999a: Für einen Einsatz der Bundeswehr in Kosovo; Entscheidung des Deutschen Bundestags, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.1.1999.
- Gujer Eric 1999b: Keine bundespolitischen Folgen der Bremer Wahl, in: Neue Zürcher Zeitung, 8.6.1999.
- Gujer, Eric 1999c: Die deutschen Grünen auf der schwierigen Suche nach Identität, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.11.1999.
- Gujer, Eric 2002: Die deutschen Grünen zeigen Realitätssinn, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.3.2002.
- Hacke, Christian 1997: Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung, in: August Pradetto (Hg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, Opladen, S. 231-249.
- Häckel, Erwin 2000: Ideologie und Außenpolitik, in: Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen, S. 148-154.

- Haftendorn, Helga 1994: Gulliver in der Mitte Europas. Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten, in: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hg.): Deutschlands Neue Außenpolitik, Band 1: Grundlagen, München, S. 129-152.
- Haftendorn, Helga 2001: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart.
- Hall, Peter A. 1993: Policy Paradigms, Social Learning, and the State, in: Comparative Politics 25, S. 275-295.
- Hampele, Anne 1992: Das Wahlbündnis Die Grünen/Bündnis 90 – BürgerInnenbewegungen, in: Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, 2. Auflage, Berlin, S. 307-341.
- Hanrieder, Wolfram F. 1995: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, 2. Auflage, Paderborn u.a.
- Hartung, Klaus 1994: Der Wunsch und die Wirklichkeit, in: Die Zeit, 4.3.1994.
- Hasenclever, Andreas 2001: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina, Frankfurt/New York.
- Haufe, Gerda 1993: Die Bürgerbewegungen im Jahr 1990, in: dies./Karl Bruckmaier (Hg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen, S. 78-158.
- Haugaard, Mark 1999: Social and Political Theories of Power, in: Lester Kurtz (Hg.): Encyclopedia of Violence, Peace, Conflict, Academic Press, Band 3, S. 107-121.
- Haynes, Lucas 2000: Die humanitäre Dimension der Kosovo-Krise. Wie effektiv reagierte die Völkergemeinschaft?, in: Joachim Krause (Hg.): Kosovo: humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa, Opladen, S. 89-102.
- Heidtmann, Ina 1995: Die öko-alternative Bewegung „Die Grünen“. Gesellschafts- und bildungspolitische Perspektiven, Aachen.
- Hellmann, Kai-Uwe/Ruud Koopmans (Hg.) 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen.
- Henderson, Errol Anthony 1998: The Democratic Peace Through The Lens of Culture. 1820-1989, in: International Studies Quarterly 42, S. 461-484.
- Herrmann, Richard K. 1997: Images in International Relations: An Experimental Test of Cognitive Schemata, in: International Studies Quarterly 21, S. 403-433.
- Hettlage, Robert/Ludgera Vogt (Hg.) 2000: Identitäten in der modernen Welt, Wiesbaden.
- Hieber, Lutz 1988: Die außerparlamentarischen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Erwin Jurtschitsch (Hg.): Grüne Perspektiven, Kölner Volksblatt-Verlag, S. 20-40.
- Höfele, Felix 1998: Die GRÜNEN und der Out of Area-Einsatz der Bundeswehr. Magisterarbeit, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Hölscher, Astrid 1993: Von Krieg und Frieden - und Parteitaktik, in: Frankfurter Rundschau, 11.10.1993.
- Hofmann, Gunter 1999: Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Die Zeit, Nr. 20, 13.5.1999, S. 17-19.
- Hoffmann, Jürgen 1998: Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90, Opladen.
- Holl, Karl 1978: Pazifismus, in: Otto Brunner/Werner Conz/Reinhart Kosselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart, Band 4, S. 767-787.

- Holl, Karl 1988: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/Main.
- Holtz-Bacha, Christine 1999: Bundeswahlkampf 1998 – Modernisierung und Professionalisierung, in: dies. (Hg.): Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien. Ein Reader zum Wahljahr 1998, Opladen, S. 9-23.
- Hopf, Ted 1999: The Promise of Constructivism in International Relations Theory, in: International Security 23, S. 171-200.
- Hort, Peter 1991: Europas Außenpolitik – ein Fernziel, in: Europa-Archiv 47, Nr. 20, S. 577-582.
- Huber, Josef 1983: Basisdemokratie und Parlamentarismus. Zum Politikverständnis der Grünen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 2, S. 33-45.
- Hudson, Valerie M. 1997: Introduction, in: dies. (Hg.): Culture and Foreign Policy, Boulder, CO: Rienner, S. 1-34.
- Hülsberg, Werner 1988: The German Greens: A Social and Political Profile, London/New York: Verso.
- Hummel, Hartwig 2001: Global Governance und die deutsche UN-Politik, in: Christiane Lammers/Lutz Schrader (Hg.): Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eine friedenswissenschaftliche Bilanz zwei Jahre nach dem rot-grünen Regierungswechsel, Baden-Baden, S. 164-175.
- Huntington, Samuel P. 1993: The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs 71, Nr. 3, S. 22-49.
- Huntington, Samuel P. 1996: The Clash of Civilization and the Remaking of World Order, New York: Simon and Schuster.
- Hurrelmann, Achim 2001: Zwischen Regierungsverantwortung und Bewegungserbe. Parteireform bei Bündnis 90/Die Grünen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 14, Heft 3, S. 46-51.
- Inacker, Michael J. 1991: Unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Die Deutschen in der Golfallianz, Bonn/Berlin.
- Inglehart, Ronald 1990: Culture Shift in Advanced Industrial Societies, Princeton: Princeton University Press.
- Jagodzinski, Wolfgang/Steffen Kühnel 2002: Werte und Ideologien im Parteienwettbewerb, in: Oscar Gabriel/Oskar Niedermeyer/Richard Stöss (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, 2.Auflage, Opladen, S. 204-227.
- Janjic, Dusan 1997: Ethnic Conflicts and the breakup of former Yugoslavia, in: ders (Hg.): Ethnic conflict management. The case of Yugoslavia, Ravenna, S. 9-52.
- Jansen, Herbert (Hg.) 2000: Gebt dem Frieden im 21. Jahrhundert neue Chancen. Lehren und Erfahrungen der Friedensbewegung im 21. Jahrhundert, Berlin.
- Jepperson, Ronald/Alexander Wendt/Peter Katzenstein 1996: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Peter Katzenstein (Hg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, S. 33-75.
- Jervis, Robert 1978: Cooperation under the Security Dilemma, in: World Politics 30, Nr.2, S. 167-214.
- Jörges, Hans-Ulrich 1999: Wenn Träume enden, in: Die Woche, 24.9.1999, S.1.
- Joffe, Josef 1998: Verfehltes Reifezeugnis, in: Süddeutsche Zeitung, 10.3.1998.
- Johnson, James Turner 1987: The Quest for Peace. Three Moral Traditions in Western Cultural History, Princeton: Princeton University Press.
- Johnston, Alastair Ian 1995: Thinking about Strategic Culture, in: International Security 19, Nr. 4, S. 32-64.
- Jung, Matthias/Dieter Roth 1994: Kohls knappster Sieg. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52, S. 3-15.
- Jung, Matthias/Dieter Roth 1998: Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 52, S. 3-19.
- Kahl-Lüdtke, Ina 1992: Entstehungsvoraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen grüner Politik in der

Bundesrepublik Deutschland, Münster.

Kaiser, Karl/Klaus Becher 1992: Deutschland und der Irak-Konflikt. Internationale Sicherheitsverantwortung Deutschlands und Europas nach der deutschen Vereinigung, hg. v. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn.

Kaiser, Karl/Hanns W. Maull (Hg.) 1993: Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, Bonn.

Kaiser, Karl 1996: Umgestaltung der NATO, in: Internationale Politik 51, Nr. 6, S. 35-46.

Kalman, Michael 1999: Krieg, Flucht, Vertreibung, in: Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen, Köln, S. 125-141.

Kaltefleiter, Werner 1995: Strukturelemente des deutschen Parteiensystems nach den Wahlen von 1994, in: Zeitschrift für Politik 42, Nr. 1, S. 16-26.

Kamp, Karl-Heinz 1997: NATO-Russland-Grundakte. Trojanisches Pferd oder Meilenstein des Ausgleichs?, in: Außenpolitik 48, Nr. 4, S. 315-324.

Katzenstein, Peter J. 1996: Introduction. Alternative Perspectives on National Security, in: ders. (Hg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, S. 1-31.

Karacs, Imre/John Eisenhower/Andrew Higgins 1991: Crisis in the Gulf. Balancing acts in Moscow and Bonn, in: The Independent, 18.1. 1991.

Karádi, Matthias Z./Konrad Klingenburg 1996: Dayton. Kriegsende oder Feuerpause für Bosnien?, in: Friedensgutachten 1996, Münster, S. 91-104.

Karp, Jeffrey A./Susan A. Banducci 2002: Issues and party competition und alternative electoral systems, in: Party Politics 8, S. 123-141.

Keller, Reiner 1997: Diskursanalyse, in: Ronald Hitzler (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik, Opladen, S. 309-334.

Kier, Elisabeth 1996: Culture and French Military Doctrine Before World War II, in: Peter Katzenstein (Hg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, S. 186-215.

Kindermann, Gottfried-Karl 1989: Konstellationsanalyse, synoptische Methode, Interessenanalyse, in: Jürgen Bellers/Wichard Woyke (Hg.): Analyse internationaler Beziehungen, Opladen, S. 99-109.

Kindermann, Gottfried-Karl 1991: Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, 4. erweiterte Auflage, München.

Kindermann, Gottfried-Karl 1997: Außenpolitik im Widerstreit, in: Internationale Politik 52, Nr. 9, S. 1-6.

Kitschelt, Herbert 1989: The Logics of Party Formation. Ecological Politics in Belgium and West Germany, Ithaca: Cornell University Press.

Klingemann, Hans Dieter/Max Kaase (Hg.) 2001: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Opladen.

Klingelschmitt, Klaus Dieter 1991a: Golfkrieg dominierte Koalitionsparteitag, in: die tageszeitung, 28.1.1991.

Klingelschmitt, Klaus-Peter 1991b: Der 'interne Glaubenskrieg' bei den Grünen, in: die tageszeitung, 5.3.1991.

Knapp, Ursula 1993: Nachteile für die Soldaten treten in ihrer Bedeutung zurück, in: Frankfurter Rundschau, 10.4.1993.

Kornelius, Peter 1999: Republikaner setzen Clinton unter Druck, in: Süddeutsche Zeitung, 4.5. 1999.

Kostede, Norbert 1991: Unfriede unter den Pazifisten, in: Die Zeit, 1.3.1991.

- Kowert, Paul/Jeffrey Legro 1996: Norms, Identity, and Their Limits. A Theoretical Reprise, in: Peter Katzenstein (Hg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press, S. 451-497.
- Krabbe, Günter 1993: Die Bundeswehr in Somalia, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.5.1993.
- Krämer, Jürgen/Hans Rattinger 1997: The proximity and the directional theories of issue voting: Comparative results for the USA and Germany, in: *European Journal of Political Research* 32, S. 1-29.
- Kranenpohl, Uwe 1999: Die Grünen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: *Deutsche und Internationale Politik*, Märzausgabe, S. 274-277.
- Krause, Joachim 1995: Fiasko auf dem Balkan, in: *Internationale Politik* 50, Nr. 8, S. 45-46.
- Krause, Joachim 1996: Kooperative Sicherheitspolitik. Strategische Ziele und Interessen, in: Karl Kaiser/ders. (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik. Band 3. Interessen und Strategien*, München, S. 77-96.
- Krause, Joachim 2000: Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise, in: ders. (Hg.): *Kosovo: humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa*, Opladen, S. 103-119.
- Krause-Burger, Sibylle 1999: Joschka Fischer. Eine Biographie, Stuttgart.
- Krech, Hans 1996: *Der Bürgerkrieg in Somalia (1988-1996). Ein Handbuch*, Berlin.
- Kreile, Michael 1996: Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 5, S. 3-11.
- Krell, Gert 2000: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.
- Krysmanski, Hans-Jürgen 1993: *Soziologie und Frieden. Grundsätzliche Einführung in ein aktuelles Thema*, Opladen.
- Kubálkova, Vendulka/Nicolas Onuf/Paul Kowert (Hg.) 1998: *International Relations in a Constructed World*, Armonk/NY u.a.: Sharpe.
- Kühne, Winfried 1993: Friedenssicherung durch Vereinte Nationen in einer Welt ethno-nationaler Konflikte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 15-16, S. 9-19.
- Kühnhardt, Ludger 1996: Die NATO im Prozess der inneren und äußeren Veränderung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 5, S. 12-20.
- Kupchan, Charles A. 2001: The Origins and Future of NATO Enlargement, in: Robert W. Rauchhaus (Hg.): *Explaining Nato Enlargement*, London u.a.: Cass, S. 127-148.
- Lamla, Jörg 1998: Grüne Professionalisierungsansätze. Perspektiven für den reformpolitischen Kernbestand der neuen Regierungspartei, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 11, Nr. 4, S. 9-19.
- Lapid, Yosef/Friedrich Kratochwil (Hg.) 1996: *The Return of Culture and Identity in IR Theory*, Boulder u.a.: Rienner.
- Laver, Michael 1997: *Private Desires, Political Action. An Invitation to the Politics of Rational Choice*, London u.a.: Sage.
- Lees, Charles 2000: *The Red-Green coalition in Germany. Politics, personalities and power*, Manchester: Manchester University Press.
- Legro, Jeffrey W. 1996: Culture and Preferences in the International Cooperation Two-Step, in: *American Political Science Review* 90, S. 118-137.
- Legro, Jeffrey W. 2000: The Transformation of Policy Ideas, in: *American Journal of Political Science* 44, S. 419-

Lehmbruch, Gerhard 2000: Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Opladen.

Leif, Thomas 1983: Die Friedensbewegung zu Beginn der 80er Jahre. Themen und Strategien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26, S. 28-40.

Leithäuser, Johannes 2002: Die PDS bemüht sich um weltanschauliche Beweglichkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.3.2002.

Lemke, Christiane 2000: Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, München/Wien.

Lersch, Paul/Hajo Schumacher 1999: Weltpolitik in Bielefeld, in: Der Spiegel, Nr. 19, 10.5.1999, S. 22.

Lipp, Karlheinz 1995: Religiöser Sozialismus und Pazifismus. Der Friedenskampf des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik, Pfaffenweiler.

Link, Werner 1987: Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur innerstaatlichen Struktur und Perzeption des internationalen Bezugsfeldes, in: Manfred Funke u.a. (Hg.): Demokratie und Diktatur. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf, S. 400-416.

Link, Werner 1991: Handlungsmaximen deutscher Außenpolitik im neuen Internationalen System, in: Jahrbuch der Politik 1, Nr.1, S. 77-102.

Link, Werner 1988: Der Ost-West-Konflikt, 2. Auflage, Stuttgart.

Link, Werner 1999a: Alternativen deutscher Außenpolitik, in: Zeitschrift für Politik 46, Nr. 2, S. 125-143.

Link, Werner 1999b: Die NATO im Geflecht internationaler Organisationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 11, S. 9-18.

Livingston, Robert Gerald 1997: Die Erwartungen der neuen Clinton-Administration an Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1-2, S. 54-61.

Loewenstein, Enno von 1991: Lernen in Israel, in: Die Welt, 22.2.1991.

Lohse, Eckart 1996a: Streit bei den Grünen um die Außenpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.1996.

Lohse, Eckart 1996b: Die Grünen zwischen Strömung und Macht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.9.1996.

Lohse, Eckart 1996c: Die Strömungen bei den Grünen fließen noch nicht ineinander, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.1996.

Lohse, Eckart 1996d: Eine Chaotisierung findet nicht mehr statt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.1996.

Lohse, Eckart 1997a: Wir werfen uns hinter den fahrenden Zug, nur aufs falsche Gleis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.1997.

Lohse, Eckart 1997b: Zugpferde und Parteikarren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.11.1997.

Lohse, Eckart 1998a: Die Grünen sind volljährig. Sind sie auch erwachsen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.1.1998.

Lohse, Eckart 1998b: Gelebte Demokratie mit Folgen für den Meister Joschka Fischer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.3.1998.

Lohse, Eckart 1998c: Freund und Feind fordern von Fischer Führungsstärke, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.3.1998.

Lohse, Eckart 1998d: Im Streit um die Nato-Ost-Erweiterung droht den Grünen die Selbstversenkung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.1998.

Lohse, Eckart 1998e: Fischers Positionen wären Adenauer Grund zur Freude, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung,

24.10.1998.

Lohse, Lohse 1998f: Die Sicherheit Fischers lässt an Routine glauben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.11.1998.

Lohse, Eckart 1999a: Die Luftschläge der NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.1999.

Lohse, Eckart 1999b: Die deutsche Außenpolitik verfolgt eine Doppelstrategie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.1999.

Lohse, Eckart 1999c: Auf dem Parteitag der Grünen gilt jede Entwicklung als denkbar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.5.1999.

Lohse, Eckart 1999d: Ein Netzwerk wird geknüpft und zerrissen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.6.1999.

Lohse, Eckart 1999e: Die Grünen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.1999.

Lohse, Eckart 2001: Grundsätzlich grün. Ein neues Programm für die Öko-Partei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.7.2001.

Lohse, Eckart 2002: Ökologie für Stammwähler, Familienpolitik für Wechselwähler Die Abstimmung über das neue Grundsatzprogramm wird ganz im Zeichen des Wahlkampfes stehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.3.2002.

Lorenzo, Giovanni di 1991: Comeback für die Grünen?, in: Süddeutsche Zeitung, 11.2.1991.

Lorenzo, Giovanni di 1993: Kontrollierte Ost-West-Fusion, in: Süddeutsche Zeitung, 16.1.1993.

Lowe, Ben 1997: *Imagining Peace. A History of Early English Pacifist Ideas 1340-1560*, University Park: Pennsylvania State University Press.

Luke, Timothy W. 1989: What's Wrong with Deterrence? A Semiotic Interpretation of National Security Policy, in: James Der Derian/Michael J. Shapiro (Hg.): *International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics*, Lexington: Lexington, S. 207-230.

Lutz, Dieter S. 1986: Gemeinsame Sicherheit – das neue Konzept: Definitionsmerkmale und Strukturelemente im Vergleich mit anderen sicherheitspolitischen Modellen und Strategien, in: Egon Bahr/ders. (Hg.): *Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept*, Baden-Baden, S. 35-82.

Lutz, Dieter S. 2000: Krieg ist das Versagen der Politiker!, in: ders. (Hg.): *Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Politik*, Baden-Baden, S. 173-177.

MacDonald, Stuart Elaine/Ole Listhaug/George Rabinowitz 1991: Issues and party support in multiparty systems, in: *American Political Science Review* 85, S. 1107-1131.

MacDonald, Stuart Elaine/George Rabinowitz 2001: Sophistry versus Science. One Further Effort to Rehabilitate the Proximity Model, in: *The Journal of Politics* 63, S. 482-500.

McGann, A.J. 2002: The Advantages of Ideological Cohesion. A Model of Constituency Representation and Electoral Competition in Multi-party Democracies, in: *Journal of Theoretical Politics* 14, S. 37-70.

Malik, J. Mohan 1999: The Evolution of Strategic Thought, in: Craig A. Snyder (Hg.): *Contemporary Security and Strategy*, New York u.a.: Routledge, S. 13-52.

March, James G./Johan P. Olsen 1989: *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, New York: The Free Press.

March, James G./Johan P. Olsen 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: *International Organization* 52, S. 943-969.

- Markovits, Andrei S./Philip S. Gorski 1997: Grün schlägt rot, Hamburg.
- Masala, Carlo/Ralf Roloff (Hg.) 1998: Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik, Köln.
- Massarrat, Mohssen 1995: Mit dem Pazifismus droht den Grünen auch der Anspruch auf grundlegende Reformen abhanden zu kommen, in: die tageszeitung, 10.8.1995.
- Matthies, Volker 1996: Vom reaktiven Krisenmanagement zur präventiven Konfliktbearbeitung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 33/34, S. 19-28.
- Maull, Hanns W. 1992: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa-Archiv 47, S. 269-278.
- Maull, Hanns W. 1993: Großmacht Deutschland? Anmerkungen und Thesen, in: Karl Kaiser/ders. (Hg.): Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, Bonn, S. 53-72.
- Maull, Hanns W. 2000: German Foreign Policy, Post-Kosovo: Still a 'Civilian Power'?, in: German Politics 9, Nr. 2, S. 1-24.
- Maull, Hanns W./Bernhard Stahl 2002: Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen, in: Politische Vierteljahresschrift 43, Nr. 1, S. 82-111.
- McSweeney, Bill 1996: Identity and Security. Buzan and the Copenhagen School, in: Review of International Studies 22, S. 81-93.
- McSweeney, Bill 1999: Security, identity and interests: a sociology of international relations, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mehl, Regina 1989: Bundestagsparteien und Sicherheitspolitik in den 80er Jahren. Dissertation, Bochum: Universitätsverlag.
- Meyer, Berthold/Peter Schlotter 2000: Die Kosovo-Kriege 1998/1999. Die internationalen Interventionen und ihre Folgen. Report der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Nr. 1, Frankfurt/Main.
- Meyers, Reinhard 1994: Begriff und Probleme des Friedens, Opladen.
- Merrill, S. 1995: Discriminating between the directional and proximity spatial models of electoral competition, in: Electoral Studies 14, S. 273-287.
- Mewes, Horst 1998: A Brief History of the German Green Party, in: Margit Mayer/John Ely (Hg.): The German Greens. Paradox between Movement and Party, Philadelphia: Temple University Press, S. 29-48.
- Mintchev, Emil 1999: Friedensordnung nach dem Kosovo-Krieg. Eine integrative Strategie für den Balkan, in: Internationale Politik 54, Nr. 5, S. 55-62.
- Mohr, Joachim 1991: Ditzfurth-Flügel bildet Partei der radikalen 'Ökologischen Linken', in: Frankfurter Rundschau, 9.12.1991.
- Monath, Hans 1995a: Tornado entzweit Grüne, in: die tageszeitung, 15.6.1995.
- Monath, Hans 1995b: Frieden in Bosnien - Krieg bei den Grünen, in: die tageszeitung, 7.12.1995.
- Monath, Hans 1996a: Grüne geeint gegen Militär-Einsatz, in: die tageszeitung, 8.2.1996.
- Monath, Hans 1996b: Grüne spielen wieder Cassandra, in: die tageszeitung, 10.2.1996.
- Monroe, Kirsten Renwick 1998: Paradigm Shift: From Rational Choice to Perspective, in: International Political Science Review 22, S. 151-172.
- Müller, Harald 1982: Ökologiebewegung und Friedensbewegung. Zur Gefährdung des Lebensraumes, in: Reiner Steinweg (Hg.): Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung, Frankfurt/Main, S. 177-188.



- Müller-Enbergs, Helmut 2001: Untergang auf Raten, in: Heinrich-Böll-Stiftung/Werner Schulz (Hg.): Der Bündnis-Fall. Politische Perspektiven 10 Jahre nach der Gründung des Bündnis 90, Bremen, S. 80-86.
- Müller-Rommel, Ferdinand 1993: Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen, Opladen.
- Mumby, Dennis K./Robin P. Clair 1997: Organizational Discourse, in: Teun A. van Dijk, (Hg.): Discourse studies. A multidisciplinary introduction. Band 2: discourse as social interaction, London: Sage, S. 181-205
- Mutimer, David 1999: Beyond Strategy: Critical Thinking and the New Security Studies, in: Craig A. Snyder (Hg.): Contemporary Security Studies, New York: Routledge, S. 77-101.
- Nassmacher, Hiltrud 2002: Politikwissenschaft, 4. Auflage, München/Wien.
- Niedermayer, Oskar (Hg.) 1999: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen.
- Niedermayer, Oskar/Richard Stöss (Hg.) 1997: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen.
- Nonnenmacher, Günter 1999: Auf dem Scherbenhaufen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.1999.
- North, Douglass C. 1991: Institutions, institutional change and economic performance, Cambridge: Cambridge University Press.
- Olson, Mancur 1998: Die Logik des kollektiven Handelns, 4. Auflage, Tübingen.
- Onuf, Nicolas 1989: World of Our Making: Rules and Rule in Social Theory and International Relations, Columbia: University of South Carolina Press.
- Onuf, Nicolas 1998: Constructivism. A User's Manual, in: Vendulka Kubáľkova/Nicolas Onuf/Paul Kowert (Hg.): International Relations in a Constructed World, Armonk/NY: Sharpe, S. 58-78.
- Ostrom, Elinor 1999: Institutional Rational Choice. An Assessment of the Institutional Analysis and Development Framework, in: Paul A. Sabatier (Hg.): Theories of the Policy Process, Boulder: Westview Press, S. 35-71.
- Paasch, Rolf 1999: Auf den Minenfeldern der Konfliktlösung, in: Frankfurter Rundschau, 16.9.1999.
- Papadakis, Elim 1984: The Green Movement in West Germany, New York: St. Martin's Press.
- Peters, Ingo 1999: The OSCE and German Policy: A Study in How Institutions Matter, in: Helga Haftendorn/Robert O. Keohane/Celeste A. Wallander (Hg.): Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space, Oxford: Oxford University Press, S. 195-220.
- Philippi, Nina 1997: Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland, Frankfurt/Main.
- Plog, Karsten 1991: Grünen-Reform nur teilweise durchgesetzt, in: Frankfurter Rundschau, 29.4.1991.
- Poguntke, Thomas 1996: Bündnis 90/Die Grünen, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen, S. 87-112.
- Poguntke, Thomas 1997: Der Stand der Forschung zu den Grünen. Zwischen Ideologie und Empirie, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen, S. 187-210.
- Porch, Douglas 2000: Military 'Culture' and the Fall of France in 1940: A Review Essay, in: International Security 24, Nr. 4, S. 157-180.
- Porter, S. 1996: Contra-Foucault. Soldiers, nurses and power, in: Sociology – The Journal of the British Sociological Association 30, S. 59-78.

- Pradetto, August 1998: NATO-Intervention in Jugoslawien? Kein Eingreifen ohne UN-Mandat, in: Internationale Politik 53, Nr. 9, S. 41-46.
- Pradetto, August 1999: 10 Thesen zum Kosovokrieg, in: Frankfurter Rundschau, 23.5.1999.
- Prantl, Heribert 1995: Die Grünen und der Pazifismus, in: Süddeutsche Zeitung, 30.11.1995.
- Prantl, Heribert 1999: Die Ungewissheit darüber, wie der Parteitag zum Jugoslawienkrieg entscheidet, wächst, in: Süddeutsche Zeitung, 10.5.1999.
- Preisinger, Johannes 1997: Silberstreif – Gewitterwolken. Ausblick auf den Friedensprozess in Bosnien-Herzegowina, in: Internationale Politik 53, Nr. 7, S. 29-36.
- Price, Richard/Nina Tannenwald 1996: Norms and Deterrence. The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in: Peter Katzenstein (Hg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, S. 114-152.
- Probst, Lothar 1993: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie, Köln.
- Probst, Lothar 1999: Ist Rot-Grün regierungsfähig?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 12, Nr. 4, S. 22-32.
- Rabinowitz, George/Stuart Elaine MacDonald 1989: A directional theory of issue voting, in: American Political Science Review 83, S. 93-121.
- Raschke, Joachim u.a. 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln.
- Raschke, Joachim/Rüdiger Schmitt-Beck 1993: Vor dem Wahljahr. Wählerpotentiale von Bündnis 90/Die Grünen in West- und Ostdeutschland, ohne Ortsangabe, September 1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y 136.
- Raschke, Joachim 2001: Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt/New York.
- Raymond, Gregory A. 1997: Problems and Prospects in the Study of International Norms, in: Mershon International Studies Review 41, S. 205-245.
- Reinecker, Hans 1993: Einzelfallanalyse, in: Erwin Roth (Hg.): Sozialwissenschaftliche Methoden: Ein Lehr- und Handbuch für Forschung und Praxis, 3. Auflage, München/Wien, S. 267-281.
- Reinhardt, Charima 1992: Die Abrüstung ist der natürliche Feind der Wehrpflicht, in: Frankfurter Rundschau, 19.2.1992.
- Reuter, Jens 1999: Die Entstehung des Kosovo-Problems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 34, S. 1-10.
- Rittberger, Volker (Hg.) 2001: German foreign policy since reunification. Theories and case studies, Manchester: Manchester University Press.
- Risse, Thomas 2000: „Let's Argue!": Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54, Nr. 1, S. 1-39.
- Risse, Thomas/Stephen C. Ropp/Kathryn Sikkink (Hg.) 1999: The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change, Cambridge: Cambridge University Press.
- Risse-Kappen, Thomas 1996: Collective Identity in a Democratic Community. The Case of NATO, in: Peter Katzenstein (Hg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, S. 357-399.
- Rohe, Karl 1994: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, 2. Auflage, Stuttgart.
- Rosen, Stephen Peter 1995: Military Effectiveness: Why Society Matters, in: International Security 19,

Nr. 4, S. 5-31.

Roth, Roland 1998: ‚Patch-Work‘. Kollektive Identitäten neuer sozialer Bewegungen, in: Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen, S. 51-68.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen, Frankfurt/New York.

Rucht, Dieter 1995: Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8, S. 9-23.

Rucht, Dieter 1998: Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. Herausforderungen, Innovationen und paradoxe Konsequenzen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 11, Nr. 1, S. 48-62.

Rudzio, Wolfgang 1996: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, Opladen.

Rulff, Dieter 1997a: Nato-Ausweitung? Jein!, in: die tageszeitung, 27.6.1997.

Rulff, Dieter 1997b: Hohe Staatskunst der Grünen, in: die tageszeitung, 27.2.1997.

Rulff, Dieter 1999: Bündnisgrüne wollen nicht FDP-light werden, in: die tageszeitung, 5.6.1999.

Rühl, Lothar 1993: Ohne Durchgreifen hat militärisches Eingreifen keinen Erfolg, in: Die Welt, 19.1.1993.

Ruggie, John Gerald 1998: What makes the World Hang Together? Neo-utilitarianism and the Social Constructivist Challenge, in: International Organization 52, S. 855-885.

Sabatier, Paul A./Hank C. Jenkins-Smith 1999: The Advocacy Coalition Framework: An Assessment, in: Paul A. Sabatier (Hg.): Theories of the Policy Process, Boulder: Westview Press, S. 117-166.

Scharpf, Fritz W. 1997: Games real actors play. Actor-centered institutionalism in policy research, Boulder: Westview Press.

Scheler, Max 1974: Die Idee des Friedens und der Pazifismus, 2. Auflage, Bern.

Schelen, Michael 2001: Joschka Fischer. Eine Karriere, München.

Schenk, Wolfgang 1991: Nicht alles sagen, was man denkt. Die grüne Partei und der jüdische Staat, in: Ralf Fücks (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten?, Reinbek, S. 116-127.

Schimmeck, Tom 1997: Die Last des Erfolges, in: Die Woche, 16.5.1997, S. 6.

Schlötzer-Scotland, Christiane 1995a: Ein Streit, der an den Grünen nagt, in: Süddeutsche Zeitung, 14.6.1995.

Schlötzer-Scotland, Christiane 1995b: Kugeln um Krieg und Frieden, in: Süddeutsche Zeitung, 4.12.1995.

Schlötzer-Scotland, Christiane 1996a: Emotionaler Riss bei den Grünen, in: Süddeutsche Zeitung, 27.1.1996.

Schlötzer-Scotland, Christiane 1996b: Rumrutschen in der Mausefalle, in: Süddeutsche Zeitung, 28.10.1996.

Schmid, Thomas 2003: Wir Phönixe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1.2003.

Schmidt, Roland 1983: Zur alternativen Kultur. Erscheinungsbild und Strukturen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 11, S. 41-54.

Schmitt, Rüdiger 1990: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

Schmitt-Beck, Rüdiger 1993: Vor dem Wahljahr 1994. Wählerpotentiale von Bündnis 90/Grünen in West- und Ostdeutschland, ohne Ortsangabe, Juni 1993, Archiv Grünes Gedächtnis, Band 639: Ordner Bundesverband Wahl 1994.

Schneckener, Ulrich 1999: Regulierung ethnischer Konflikte in Südosteuropa, in: Internationale Politik 54, Nr. 9, S. 7-20.

Schnieder, Frank 1998: Von der sozialen Bewegung zur Institution? Die Entstehung der Partei DIE GRÜNEN in den Jahren 1978 bis 1980, Münster.

- Schöllgen, Gregor 1999: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schroeren, Michael 1990: Die Grünen. 10 bewegte Jahre, Wien.
- Schrotthofer, Klaus 1994: Wer bremst Joschka Fischer?, in: Focus, Nr. 48, 28.11.1994, S. 50-52.
- Schulte, Karola/Christine Poehlmann 2002: „Wir sind nicht mehr die 'Anti-Parteien-Partei'" - Die Kernpunkt des neuen Grundsatzprogramms der Grünen, in: Agence France Press, 15.3.2002.
- Schwarz, Hans Peter 1992: Licht in die Grauzone, in: Die Welt, 23.7.1992.
- Schwarz, Hans-Peter 2000: Weltpolitik im alten Jahrhundert. Drei Perspektiven - 1900, 1995, 1999; in: Karl Kaiser/ders.: Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Bonn, S. 13-39.
- Schwarze, Johannes 1999: Geschichte, Ideologie und Programmatik der Grünen. Dissertation, Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Schwerdtfeger, Johannes 2001: Begriffsbildung und Theoriestatus in der Friedensbewegung, Opladen.
- Scully, Roger/Samuel C. Patterson 2001: Ideology, partisanship and decision-making in a contemporary American legislature, in: Party Politics 7, Nr. 2, S. 131-155.
- Seidel, Eberhard 2002: Die Grünen – Partei des etwas aufgeschlosseneren Bürgertums, in: die tageszeitung, 16.3.2002.
- Semler, Christian 1998: Die Grünen wollen Fischer als Außenminister. Warum?, in: die tageszeitung, 1.10.1998.
- Sending, Ole Jacob 2002: Constitution, choice and change: Problems with the ‘logic of appropriateness’ and its use in constructivist theory, in: European Journal of International Relations 8, S. 443-470.
- Siedschlag, Alexander 1996: Der institutionelle Anpassungsprozess der NATO und die Zukunft post-strategischer Sicherheitspolitik in Europa, in: Stefanie Pfahl (u.a.): Institutionelle Herausforderungen im neuen Europa. Legitimität, Wirkung und Anpassung, Opladen, S. 157-189.
- Siedschlag, Alexander 1997: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik: Beispiel internationale Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation, Opladen.
- Siedschlag, Alexander 1998: Konflikte und Konflikttheorien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Carlo Masala/Ralf Roloff (Hg.): Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik, Köln, S. 195-225.
- Siedschlag, Alexander 2000a: Zwischen gezähmter Macht und gefordertem Engagement. Die Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschland in ihrer ersten Dekade. Vortrag im Rahmen des Habilitationsverfahrens, Berlin.
- Siedschlag, Alexander 2000b: Politische Institutionalisierung und Konflikttransformation. Leitideen, Theoriemodelle und europäische Praxisfälle, Opladen.
- Siedschlag, Alexander 2001: Einführung – Internationale Politik als skeptische Gegenwartswissenschaft und die Münchner Schule des Neorealismus, in: ders. (Hg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik. Festschrift für Gottfried-Karl Kindermann zum 75. Geburtstag, Opladen, S. 13-66.
- Sked, Alan 1991: Cheap excuses. Germany and the Gulf Crisis, in: National Interest 24, S. 51-60.
- Skenderovic, Nadia 1997: Temptations of Transition and Identity Crisis in Post-Communist Countries. The Example of Former Yugoslavia, in: Andreas Klinke/Ortwin Renn/Jean-Paul Lehnert: Ethnic Conflicts and Civil Society. Proposals for a New Era in Eastern Europe, Aldershot u.a.: Ashgate, S. 83-98.
- Smith, Thomas 1999: History and International Relations, London/New York: Routledge.

Snyder, Craig A. (Hg.) 1999: Contemporary Security and Strategy, New York u.a.: Routledge.

---

Snyder, Jack 2002: Anarchy and Culture: Insights from the Anthropology of War, in: International Organization 56, S. 7-45.

Sontheimer, Kurt/Wilhelm Bleek 1997: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 9. Auflage, München.

Staack, Michael 2000: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn u.a.

Stadlmayer, Tina 1999: Die Linken sind misstrauisch, in: die tageszeitung, 10.8.1999.

Stein, Arthur A. 1990: Why Nations Cooperate: Circumstance and Choice in International Relations, Ithaka: Cornell University Press.

Stephenson, Carolyn M. 1999: Overview Peace Studies, in: Lester Kurtz (Hg.): Encyclopedia of Violence, Peace, Conflict, Academic Press, Band 2, S. 809-820.

Stock, Wolfgang 1993a: Bündnis 90/Die Grünen drängt in die Regierungsverantwortung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.5. 1993.

Stock, Wolfgang 1993: Das Dilemma der Grünen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.12.1993.

Stock, Wolfgang 1994: Der Europawahlkampf verblasst hinter nationalen Themen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.6.1994.

Stock, Wolfgang 1995: Der Chor der Empörten bleibt merkwürdig dünn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.8.1995.

Stock, Wolfgang 1996: Das Maß ist voll, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.3.1996.

Stoess, Richard 2002: Macht und Identität. Das Dilemma der Bündnisgrünen vor der Bundestagswahl 2002. Festvortrag bei der Eröffnungsfeier des neuen Domizils des Archivs Grünes Gedächtnis.

Strom, Kare 1990: A Behavioral Theory of Competitive Political Parties, in: American Journal of Political Science 34, S. 565-598.

Stoessinger, J. 1993: Why Nations Go to War, 6. Auflage, New York: St. Martin's Press.

Sturm, Daniel-Friedrich 1999: Anspruchsvolle Lehrgänge, in: Das Parlament, 10.9.1999.

Swidler, Ann 1986: Culture in Action: Symbols and Strategies, in: American Sociological Review 51, S. 273-286.

Theysen, Andreas 1997: Die Spagat-Partei, in: Die Woche, 4.7.1997, S. 7.

Tiefenbach, Paul 1998: Die Grünen: Verstaatlichung einer Partei, Köln.

Thränert, Oliver 2000: Die Reform der Bundeswehr: Die Debatte bei den Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 43, S. 24-28.

Tuschoff, Christian 1993: Die politischen Folgen der Streitkräfte-Reform der NATO, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 15-16, S. 28-39.

van Deth, Jan W. 1995: A Macro Setting for Micro Politics, in: ders./Elinor Scarbrough (Hg.): The Impact of Values, Oxford, S. 45-78.

van Hüllen, Rudolf 1989: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, Bonn.

Vandamme, Ralf 2000: Basisdemokratie und zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen Sozialen Bewegungen, Opladen.

Varwick, Johannes 2002: Die EU nach dem Kosovo-Krieg. Ein überforderter Stabilitätsdenker?, in: Joachim Krause

- (Hg.): Kosovo: humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa, Opladen, S. 185-200.
- Varwick, Johannes/Wichard Woyke 2000: Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel, 2. Auflage, Opladen.
- Veen, Hans-Joachim/Jürgen Hoffmann 1992: Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, Bonn/Berlin.
- Verheyen, Dirk 1991: The German Question. A Cultural, Historical, and Geopolitical Explanation, Boulder: Westview Press.
- Vetter, Matthias 1999: Vom Kosovo zum Kosovo. Chronik von Krise und Krieg 1986-1999, in: Dunja Melčić (Hg.): Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Opladen, S. 542-568.
- Vetter, Matthias/Dunja Melčić 1999: Synopse zu Opfern, Schäden und Flüchtlingen, in: Dunja Melčić (Hg.): Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Opladen, S. 524-530.
- Viering, Jonas 1999: Der Sonderparteitag der Bündnisgrünen zum Kosovo kommt zu spät, in: die tageszeitung, 7.4.1999.
- Vogt, Roland 1997: Politik ohne Gewalt. Das Postulat der Gewaltfreiheit bei den Grünen, in: Politik von unten. Sonderband zum 60. Geburtstag von Theodor Ebert, hg. v. Gewaltfreie Aktion, Berlin, S. 151-163.
- Voigt, Karsten D./Wolfgang Bruckmann 1994: Verantwortbar und regierungsfähig? Eine kritische Betrachtung der außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen von Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner Einzelbeiträge: Y 081.
- Voit, Thomas 1991: Streitkultur, Grenzfälle, Reibungen und Konsensfähigkeit, in: die tageszeitung, 23.5.1991.
- Walker, Martin/Daviv Fairhall 1991: War in the Gulf. Iraqi missiles strike Israel, in: The Guardian, 18.1.1991.
- Wallander, Celeste A. 2000: Institutional Assets and Adaptability: NATO after the Cold War, in: International Organization 54, S. 705-735.
- Waschkuhn, Arno 2002: Grundlegung der Politikwissenschaft. Zur Theorie und Praxis einer kritisch-reflexiven Orientierungswissenschaft, München/Wien.
- Wasmuth, Ulrike C. 1998: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung, Selbstverständnis, politischer Kontext, Münster.
- Weber, Max 1947: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1, 4. Auflage, Tübingen.
- Weiland, Severin 1995: Bosnien-Krieg zerstört grünen Friedenskonsens, in: die tageszeitung, 24.7.1995.
- Weller, M. 1999: The Rambouillet conference on Kosovo, in: International Affairs 75, Nr. 2, S. 211-251.
- Wendt, Alexander 1992: Anarchy is what states make of it. The social construction of power politics, in: International Organization 46, S. 391-425.
- Wendt, Alexander 1994: Collective Identity Formation and the International State, in: American Political Science Review 88, S. 384-397.
- Wendt, Alexander 1999: Social Theory of International Politics, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wieland, Leo 1998: Geistesverwandte beim Liebesmahl im Weißen Haus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.1998.
- Wielgohs, Jan/Marianne Schulz/Helmut Müller-Enbergs 1992: Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven, Berlin.
- Wiesendahl, Elmar 1998a: Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1-2, S. 13-28.

- Wiesendahl, Elmar 1998b: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen.
- Wiesendahl, Elmar 2000: Identitätsauflösung. Anschlussuche der Großparteien an die postindustrielle Gesellschaft, in: Robert Hettlage/Ludgera Vogt (Hg.): Identitäten in der modernen Welt, Wiesbaden, S. 275-295.
- Wiesenthal, Helmut 1987: Rational Choice. Ein Überblick über Grundlinien, Theoriefelder und neuere Themenakquisition eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas, in: Zeitschrift für Soziologie 16, S. 434-449.
- Wiesenthal, Helmut 1990: Unsicherheit und Multiple-Self-Identität, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, MPIFG Discussion Paper 90/2.
- Wiesenthal, Helmut 1991: Die Wähler und „ihre“ Partei. Notizen über eine Beziehungskrise, in: Ralf Fücks (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten?, Reinbek.
- Wiesenthal, Helmut 1993a: Programme, in: Raschke, Helmut u.a.: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln, S. 95-129.
- Wiesenthal, Helmut 1993b: Realism in Green Politics, Manchester: Manchester University Press.
- Wiesenthal, Helmut 2000: Profilkrisen und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5, S. 22-29.
- Wilson, Richard W. 2000: The Many Voices of Political Culture. Assessing Different Approaches, in: World Politics 52, Nr.1, S. 246-273.
- Winkler, Hans-Hubert 2001: Der lange Weg nach Westen. Zweiter Band. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, 3. Auflage, München.
- Winter, Martin 1991: Koalition beharrt auf Kampfeinsatz der Bundeswehr, in: Frankfurter Rundschau, 3.6.1991.
- Yee, Albert S. 1996: The causal effects of ideas on policies, in: International Organization 50, S. 69-108.
- Zastrow, Volker 1995: Fischers neue Lage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.8.1995.
- Zehfuss, M. 2001: Constructivism and identity: A dangerous liaison, in: European Journal of International Relations 7, Nr. 3, S. 315-348.
- Ziller, Peter 1991: 'Irgendwie hat der Bauch eben über den Kopf gesiegt', in: Frankfurter Rundschau, 29.4.1991.
- Ziller, Peter 1994: Bei der Außenpolitik geraten sich Bündnis 90/Grüne in die Wolle, in: Frankfurter Rundschau, 12.2.1994.
- Ziller, Peter 1995a: Grüne Tabubrecher rütteln am Pazifismus, in: Frankfurter Rundschau, 14.6.1995.
- Ziller, Peter 1995b: Fast täglich meldet sich der Urlauber aus der Toskana, in: Frankfurter Rundschau, 17.8.1995.
- Zips, Martin 1999: Plädoyer für mehr Selbstvertrauen, in: Süddeutsche Zeitung, 22.11.1999.
- Zirakzadeh, Cyrus Ernesto 1997: Social Movements in Politics. A Comparative Study, London/New York.

### **Eigenständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, Steffen Schmuck-Soldan, geb.am. 06.04.1973 in Rotenburg a.d. Fulda, eidesstattlich, dass ich die Dissertation „Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen – Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000“ auf der Grundlage der angegebenen Hilfsmittel eigenständig angefertigt habe.

Steffen Schmuck-Soldan